

FUTUROLOGIE UND PARTEIPROGRAMMATIK

**Eine Untersuchung zum Verhältnis
von konkreter Utopie und Politik,
dargestellt anhand ausgewählter Beispiele
aus der neueren Parteiprogrammatik
von CDU und SPD**

**Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie
am
Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin**

**vorgelegt von
Diplom-Politologe Ulrich Grasser
aus Prag**

1976

FUTUROLOGIE UND PARTEIPROGRAMMATIK

Eine Untersuchung zum Verhältnis
von konkreter Utopie und Politik,
dargestellt anhand ausgewählter Beispiele
aus der neueren Parteiprogrammatik
von CDU und SPD

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines

Doktors der Philosophie

am

Fachbereich Politische Wissenschaft

der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Diplom-Politologe Ulrich Grasser

aus Prag



Berichterstatter:

Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim

Prof. Dr. Theodor Ebert

Tag der Promotion:

20. Juli 1976

Druck: Zentrale Universitätsdruckerei, V a A 4

INHALTSVERZEICHNIS

=====

	<u>Seite</u>
A. Inwieweit kann die Futurologie Beiträge zu einer prospektiven politischen Orientierung leisten?	6
I. Erläuterungen zum Thema und Definition des Forschungsziels	6
II. Verlust, Bedeutung und Funktion "realer Utopien" für eine Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung von Bedingungen und Erfordernissen der BRD	9
1. Zur allgemeinen Begriffsbestimmung von "realer" oder "konkreter" Utopie	9
2. "Reale Utopie" - ein Abgrenzungsversuch im Sinne der Futurologie von "Utopie" und "Ideologie"	32
3. Der Verlust "realer Utopien" in der BRD als Symptom der "Ideologie der Entideologisierung"	39
a) Ursachen dieser Erscheinung	39
b) Welche Funktion hat das Erstellen "konkreter" oder "realer" Utopien für eine Gesellschaft wie die der BRD?	63
III. Kritische Rezeption bisheriger Ansätze der Zukunftsforschung	75
1. Allgemeine Futurologiekritik in bezug auf die Abgrenzung zu anderen Disziplinen und der Frage, inwieweit sie als Wissenschaft gilt:	75
a) Futurologie - kein prinzipielles Novum - Futurologische Aspekte anderer Wissenschaften	75
b) Zum Wissenschaftscharakter der Futurologie	83

2. Zur speziellen Kritik am Wissenschafts- anspruch der Futurologie	99
a) Positivistische Kritik	99
b) Einige Anmerkungen zur Kritik an der Futurologie aus marxistischer Sicht	102
3. Versuch einer Typologisierung verschiede- ner futurologischer Approaches	110
a) Einige Beispiele zur projektiv- intuitiven und normativen Futurologie	119
b) Zur explorativen Futurologie	130
c) Zum Versuch einer der Mängel der bei- den Richtungen enthebenden "integrier- ten" Futurologie	139
4. Die Diskrepanz in der Funktionsbestim- mung von "Wachstum" als Schlüsselgröße für die Bewertung unterschiedlicher Zu- kunftsprognosen	146
a) Zur Kahn/Wienerschen Konzeption der postindustriellen Gesellschaft	146
b) Zu Forresters und Meadows Appell einer Begrenzung des Wachstums	154
c) Zur Kritik der Modellaussagen von Meadows	167
B. Futurologische Komponenten in der neueren Partei- programmatik von CDU und SPD	173
I. Zum Problem der westdeutschen Parteien und ihrer Programmatik als futurologischer Grad- messer der Gesellschaft	173
1. Parteien und die Zukunft	173
2. Die Bedeutung, Aussagekraft und Funktion von Parteiprogrammen	181
II. Die CDU und die Zukunft	188
1. Zum Verhältnis der CDU zur Futurologie, dargestellt anhand von Beiträgen der wis- senschaftlichen Beratungsinstitutionen der Partei	188

2. Zum Bericht Richard von Weizsäckers über die Ergebnisse der CDU-Grundsatz- kommission	199
3. Zum futurologischen Gehalt des Berli- ner Programms der CDU	207
4. Zu einem Aufsatz des Parteivorsitzenden Helmut Kohl über die Zukunft der Union	213
III. Futurologische Aspekte in der Programmatik der SPD	219
1. Die Zukunftsorientierung in den sozial- demokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren	219
2. Zur Wachstumsdebatte im programmatischen Vorfeld der deutschen Sozialdemokraten	239
3. Zum futurologischen Gehalt des Langzeit- programms der SPD	249
a) Das Langzeitprogramm, ein Novum in der Geschichte der westdeutschen Parteiprogramme	249
b) Die umstrittene Funktion von Wachs- tum in der Diskussion um das Lang- zeitprogramm	257
c) Zur Einschätzung weiterer Aspekte des Langzeitprogramms	275
C. Schlußbemerkungen	283
Literaturverzeichnis	289

A. Inwieweit kann die Futurologie Beiträge zu einer prospektiven politischen Orientierung leisten?

I. Erläuterungen zum Thema und Definition des Forschungsziels

Die vorliegende Arbeit soll einen einführenden Beitrag zur Frage nach den Zukunftskonzeptionen der beiden großen Parteien der Bundesrepublik leisten. Dabei soll vor allem untersucht werden, von welchen Vorstellungen sich CDU und SPD bei ihren Vorschlägen zur Zukunftsgestaltung leiten lassen. Wie sind diese futurologisch zu bewerten? Werden sie den Kriterien, die die Zukunftsforschung erarbeitet hat, gerecht?

Letztlich soll die Arbeit ein Element zur übergeordneten Frage nach der Funktion der Parteien in der Bundesrepublik, bezogen auf die Dimension Zukunft, beisteuern. Ausgehend von der These, daß die Gesellschaft der BRD eine Gesellschaft ohne Zukunft sei, weil ihr konkrete Zielvorstellungen für die fernere Zukunft fehlen, sollen die neueren Programme der beiden großen Parteien der BRD - als jene grundgesetzlich verankerten Institutionen -, die dem Wähler Konzeptionen zur Zukunftsgestaltung zur Disposition stellen, mit einigen relevanten Ergebnissen der Zukunftsforschung kontrastiert werden. Dabei soll der futurologische Gehalt programmatischer Äußerungen von CDU und SPD näheren Aufschluß geben über Art und Ausmaß des allenthalben vermuteten cultural lag zwischen dem Forschungsstand der Zukunftswissenschaft und jenen Organen der Gesellschaft, denen die Steuerung der Zukunftsgestaltung vorbehalten bleibt. Die Untersuchung enthält schlicht die Frage nach dem Zukunftsbewußtsein der beiden großen Parteien. Dabei ist sich der Verfasser stets bewußt, daß die Analyse der neueren Parteiprogrammatik von CDU und SPD im Hinblick auf ihren futurologischen Gehalt nur eines von vielen Forschungsfeldern dar-

stellt, das Aufschluß geben könnte, nach welchen Vorstellungen die Zukunft der bundesrepublikanischen Gesellschaft konzipiert wird. Ein hinreichendes Bild über die zukunftsgehaltenden Kräfte der BRD kann diese Arbeit nicht vermitteln. Hierzu bedürfte es einer umfangreichen politökonomischen Analyse der Gesellschaft der BRD, die dann unter dem Gesichtspunkt der möglichen zukünftigen Entwicklung abgeleitet werden müßte. Ein solches Vorgehen überstiege aber bei weitem die Möglichkeit einer Einzeluntersuchung. Die vorliegende Arbeit soll demnach nicht analysieren, wie die Zukunft sein wird, sondern wie die Zukunft der BRD nach den Vorstellungen von CDU oder SPD sein soll. Dabei soll u.a. auch festgestellt werden, ob bereits in den Programmen der beiden Parteien das Normative gegenüber einer Fortschreibung der vermeintlich konstatierten Sachzwänge der Gegenwart geopfert wird und somit die Zukunft letztlich konzeptionslos bleibt.

Um überhaupt die Zukunftskonzeptionen der beiden Parteien bewerten zu können, bedarf es eines Kriterienkataloges, den es zunächst im ersten Teil zu erarbeiten gilt. So besteht ein wesentlicher Teil der folgenden Arbeit in der Aufarbeitung futurologischer Literatur. Der Verfasser versucht zunächst, die Zukunftsforschung innerhalb der verschiedenen Disziplinen einzuordnen. Ferner geht es darum, den Anspruch der Futurologie, ihre einzelnen Varianten methodologisch und nach ihren gesellschaftspolitischen Implikationen einzuordnen und kritisch zu reflektieren. Schließlich sollen ausgewählte Ergebnisse der Zukunftsforschung erörtert und bewertet werden. Dies wiederum ist nur nach einer kritischen Rezeption bisheriger Ansätze der Zukunftsforschung möglich.

Um auch ein normativ-ideologiekritisches Vorgehen zu ermöglichen, wird in einem einleitenden Teil der Begriff der realen oder konkreten Utopie erarbeitet. Dieses Vorgehen bot sich u.a. schon allein deshalb an, weil der Begriff der konkreten Utopie von der kritisch-normativen Futurologie in Ab-

grenzung zu anderen futurologischen Ansätzen bewußt wieder aufgegriffen und weiterentwickelt wurde. Die vorliegende Untersuchung soll demnach im wesentlichen folgende Fragen beantworten:

- Entwickeln CDU und SPD in ihren Zukunftskonzeptionen Ansätze von konkreter Utopie; in welchem Ausmaß und mit welchen Intentionen werden wertbezogene, gesellschaftlich langfristig orientierte Zielvorstellungen entwickelt?
- An welche futurologischen Vorstellungen lehnen sich diese Zielvorstellungen an; werden aus der Wissenschaft stammende Orientierungsdaten und Forderungen an die Zukunft überhaupt berücksichtigt, oder bleibt man tradierten Aussagen großmaschiger Parteiprogrammatik verpflichtet, die notdürftig "mögliche" bzw. "wünschenswerte" Zukünfte antizipieren?
- Welchen Stellenwert nimmt das Wachstum ein? Wie beurteilen CDU und SPD die Funktion von Wirtschaftswachstum für ihre Zukunftsvorstellungen; orientieren sie sich eher an der auf Wachstum basierenden Konzeption der postindustriellen Gesellschaft oder an der konkreten Utopie einer auf Wachstumsströme umleitenden und wachstumsbegrenzenden Zukunftskonzeption?

In der vorliegenden Fassung wird der theoretische Teil gegenüber dem empirischen Teil ein leichtes Übergewicht einnehmen, was sich einerseits bereits aus der Themenstellung und andererseits durch die Begrenztheit des programmatischen Quellenmaterials ergibt.

II. Verlust, Bedeutung und Funktion "realer Utopien" für eine Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung von Bedingungen und Erfordernissen der BRD

1. Zur allgemeinen Begriffsbestimmung von "realer" oder "konkreter" Utopie

Bei dem Versuch, Gegensatz und Gemeinsamkeit von Eschatologie und Utopie aufzuzeigen, wird u.a. darauf verwiesen, daß im Gegensatz zu den zyklischen Zeitvorstellungen der Antike sowohl für die Eschatologie als auch für die Utopie lineare, d.h. von einem Anfangszustand zu einem fixierten Endzustand sich bewegende Zeitabläufe, charakteristisch sind.¹⁾ Die Beschreibung dieses Endzustandes ist zunächst Gegenstand der Utopie. Spricht die Zukunftsvision der Eschatologie nur von einem im "Heilsplan Gottes vorgezeichneten Weg der Geschichte"²⁾, so wird im utopischen Denken die Zukunft prinzipiell als "offen" für eine Fülle von Möglichkeiten beschrieben. Ist in der Eschatologie Gott Herr und Maßstab des Geschichtsablaufes, so wird in der Utopie der Mensch als gestaltendes, mitunter aber auch unkalkulierbares Subjekt der Geschichte herausgestellt. Meist wird in der Utopie, ganz im Gegensatz zur Gegenutopie, der Mensch prinzipiell als emanzipatorisches, d.h. sich weiter- oder fortentwickelndes Wesen gesehen.

Zur Charakterisierung und Eingrenzung des Begriffs "Utopie" genügt es sicherlich nicht festzustellen, daß Utopie säkularisierte Eschatologie sei. Der Begriff "Utopie" ist so diffus, wie er ergiebig ist. Darin liegt auch die Schwierigkeit, Utopie als Arbeitsbegriff zugrunde zu legen. Es empfiehlt sich gerade im Hinblick auf eine Abgrenzung des Begriffs, wie sie der Autor verstanden wissen will, zunächst einen knappen Überblick über das Deutungsspektrum zu geben, das sich in der Literatur mit dem Begriff Utopie verbindet.

1) Vgl. Schwonke, Martin: Naturwissenschaft und Technik im utopischen Denken der Neuzeit, in: Futurum, Heft 3, 1971, S. 285

2) ebd.

Martin Schwonke definiert Utopie im Anschluß an Raymond Ruyer¹⁾ als "Gedankenexperimente über andere Möglichkeiten".

Die Utopie gehe also davon aus, daß die Dinge auch anders sein könnten, als sie sich gegenwärtig darstellen. Dieser Definition zufolge wäre Utopie nicht allein mit der Kategorie Phantasie zu erklären, wobei utopisches Denken zwar Neues oder noch nie Dagewesenes formuliert, ohne mit einzu-beziehen, ob bzw. wie dieses Neue zu erreichen sei. Symptomatisch für verkürztes bzw. falsch verstandenes Utopieverständnis ist die im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit verankerte Identität von Utopie und Realitätsferne. So wird Utopie in der politischen Tagesauseinandersetzung als Kampfbegriff verwendet, zur Diskreditierung opponierender politischer Gruppen. Eine Auseinandersetzung mit dem Gedankengut jener, die utopisch denken, erübrigt sich, da ihr Denken esoterisch und weltfremd ist, also ohne Bezug zur Realität. Der Utopist scheidet mit dieser Charakterisierung als solcher automatisch als ernstzunehmender Gesprächspartner aus.

Ganz entgegen diesem im allgemeinen Sprachgebrauch weit verbreiteten Utopieverständnis betont Schwonke, daß utopisches Denken nicht grundsätzlich nur Unrealisierbares zum Gegenstand habe, sondern daß der "utopische Entwurf im Ganzen oder wenigstens in Teilen Wirklichkeit sein oder werden könnte ... Aber nicht das Maß der etwa enthaltenen Unwahrscheinlichkeiten bestimmt die Wirkung der Utopie, sondern ihre Fähigkeit, den Glauben an die Unabänderlichkeit der gegebenen Zustände zu erschüttern und die menschliche Aktivität zur Bewältigung von Problemen in einer veränderlichen Welt aufzurufen."²⁾

Diese bewußt weitgefaßte Definition habe den Vorteil, daß sie nicht nur, wie die "klassische" Utopie, dem sogenannten

1) Ruyer, Raymond: L'utopie et les utopies, Paris 1950

2) Schwonke, Martin: a.a.O., S. 282

"Staatsroman", auf den politischen und sozialen Bereich beschränkt sei, sondern schlechterdings auf alle Bereiche, auch der Naturwissenschaft und Technik etc., anwendbar ist.

Darüber hinaus bietet sich dieser nicht determinierte Utopiebegriff an, weil er noch nichts über die Bewertung der projektierten "anderen Möglichkeit" aussagt, ob sie wünschenswert ist, ob sie befürchtet, durchgesetzt oder abgelehnt werden sollte. Ein Nachteil sei aber mit dieser Definition verbunden, nämlich, daß keine Unterscheidung getroffen wird zwischen reinen Phantasieprodukten einer fiktiven Welt, die nie Anspruch erheben, je Wirklichkeit zu werden, und jenen Spekulationen und Prospektionen, die als realisierbar bzw. wünschbar gelten sollen.

Utopie sei in diesem Sinne nicht eine mehr oder minder interessante Literaturgattung, "sondern ein wesentlicher Bestandteil der Neuzeit".¹⁾

Eine weitere Möglichkeit, den Begriff Utopie zu umschreiben, liegt in der von Karl Mannheim vorgenommenen Kontrastierung von Ideologie und Utopie. Während die Ideologie sich als Verherrlichung des von der Vergangenheit geprägten Status quo darstellt, sei demgegenüber die Utopie die Vorwegnahme einer vollkommenen Kultur der Zukunft.²⁾

Demnach sind unter Ideologie "die Ideen und Denkmuster der an Interessen gebundenen, herrschenden Gruppen zu verstehen, die den Status quo erklären, rechtfertigen und rationalisieren. Utopie wurde dort (nämlich bei Karl Mannheim,

1) Schwonke, Martin: a.a.O., S. 283

Ob Utopie bereits zu einem wesentlichen "Bestandteil des Bewußtseins der Menschen in den fortgeschrittenen Industrieländern geworden ist", wie der Autor glaubt, muß zwar als wünschenswert, doch noch nicht als gegeben angesehen werden. Noch dürfte das falsche, d.h. diskreditierend-diffamierende Utopiebewußtsein wie bereits beschrieben vorherrschen.

2) Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie, Frankfurt/M. 1965, S. 49 ff., S. 169 ff.

Anm. d. Verf.) verstanden als der intellektuelle Stimulus der unterdrückten Gruppen, die die herrschende Ordnung herausfordern und sie in die gute Gesellschaft unzuwandeln versuchen".¹⁾

Die Dichotomie zwischen Rechtfertigung und Erhaltung des Status quo und der Forderung nach einer neuen, d.h. politisch und ökonomisch anders strukturierten Gesellschaft betont auch Bert van Steenberg, wenn er feststellt, daß sich innerhalb der verschiedenen Wissenschaftsströmungen in den letzten Jahren eine Neubewertung des utopischen Denkens nachweisen lasse. Demnach sähen Philosophen wie Bloch, Marcuse, und Kolakowski Utopie im engen Zusammenhang mit dem Verlangen nach einer kritischen Gesellschaft.²⁾ Dabei betont Kolakowski die Affinität von Utopie und dem Begriff "Linke". Die "Linke" als Negation des Bestehenden benutze die Utopie als Werkzeug zur Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit.³⁾ "Die Linke scheidet Utopien aus wie die Bauchspeicheldrüse das Insulin."⁴⁾ Utopisches Denken sei deshalb Voraussetzung jeglicher Revolution.

Ein ausführlicheres Zitieren Kolakowskis empfiehlt sich, um den engen Zusammenhang zwischen Utopie und konkreter gesellschaftlicher Veränderung hinreichend zu erklären. "Unter Utopie verstehe ich jenen Zustand des sozialen Bewußtseins, der einer sozialen Bewegung entspricht, die auf radikale Verände-

-
- 1) Rounes, S. W./Farganis, J.: American Politics and the End of Ideology, in: Iltorowitz, J. L.: The New Sociology, New York 1965, S. 272
 - 2) Theo Pirker, der sich selbst in Anlehnung an Karl Marx zum "kritischen utopischen Denken" bekennt, wirft Bloch und Marcuse allerdings vor, sie seien Vertreter "der modischen und äußerst literarisch-belletristischen Form des Utopismus". Vgl. Pirker, Theo: Zukunftsforschung zwischen Utopie und Positivismus, in: Die Zukunft, Wille und Vorstellung, Vorträge der Steinschen Akademie 1969, S. 181
 - 3) Vgl. Kolakowski, L.: Der Sinn des Begriffes "Linke", in: A. Neusüss: Utopie, Berlin 1968, S. 425 - 446
 - 4) ebd.

rungen der menschlichen Gesellschaft hinzielt, diesen Veränderungen aber nicht genau entspricht, sondern sie in idealisierter und mystifizierter Weise versinnbildlicht und so der wirklichen Bewegung den Sinn einer Realisierung eines Ideals verleiht, das in der reinen Sphäre des Geistes entsteht und nicht aus der gegenwärtigen geschichtlichen Erfahrung."¹⁾

Solange aber diese Gedankenantizipation keine adäquate Entsprechung in den konkreten gesellschaftlichen Massenbewegungen findet, sei sie lediglich "Utopie im engeren Sinne". Aus dem Stadium eines individuell konstruierten Modells der Welt, wie sie sein sollte, tritt nach Kolakowski die Utopie erst dann, wenn sie zum "sozialaktualisierten Bewußtsein" der Massenbewegungen geworden ist. Damit habe die Utopie den Schritt vom "theoretischen und moralischen Denken" ins Gebiet des "praktischen Denkens" vollzogen. Kolakowski versucht nachzuweisen, daß es gerade ein Kennzeichen der gesellschaftlichen "Rechten" sei, daß sie, da status quo orientiert, keiner Utopie bedürfe und daß der Linken das Entwerfen und Verwirklichen von Utopien immanent sei. "Und doch - und das ist wesentlich für das Verständnis der inneren Antinomie der linken Bewegungen - kann die Linke nicht ohne Utopien bestehen ... Ein totales Programm der Veränderungen, das ist eben eine Utopie. Die Utopie ist ein notwendiger Bestandteil der gesellschaftlichen Linken als Ganzes ..." ²⁾

"Die Linke ist ein Akt des Protestes gegen die bestehende Welt, aber sie ist keine Sehnsucht nach dem Nichts. Die Linke ist eine Sprengstoffladung, welche die Verhärtung des sozialen Lebens aufbricht, aber sie führt nicht ins Leere ...". ³⁾

1) Zu diesem und folgendem vgl. Kolakowski, L.: Der Mensch ohne Alternative, München 1960, S. 142 ff.
Zit. nach: Flechtheim, O. K.: Futurologie - Der Kampf um die Zukunft, Köln 1970, S. 213 ff.

2) Kolakowski, L.: a.a.O., S. 142 ff.

3) Kolakowski, L.: a.a.O., S. 158 ff.

Ein anderer Ansatz zur Beschreibung des Begriffs Utopie liegt in der Untersuchung des Verhältnisses von Utopie und Sozialwissenschaften. Dabei betonen die Soziologen Riesman und Polak ebenso wie Marcuse und Kolakowski "die utopischen Visionen als Katalysator des gesellschaftlichen Fortschrittes".¹⁾

Indem die Utopie durch das Beschreiben einer anderen, besseren Welt auf die durch schlechtere Erscheinungsformen gekennzeichnete Status-quo-Welt moralischen Druck ausübt, übernimmt die Utopie in der Gesellschaft eine eindeutig kritische Funktion. Dabei beruht ein wesentlicher Unterschied zwischen Sozialwissenschaften und Utopie darauf, daß die letztere die möglichen Gesellschaftsformen schildert und die Sozialwissenschaften, wie sie bisher vorgehen, die Wirklichkeit bestehender Gesellschaftsformen untersucht. Gerade diesen Mangel an empirischer Faktizität als Kennzeichen von Utopie gegenüber anderen Formen betont Arthur Waskow, wenn er seine restriktive Utopiedefinition erläutert. Mit der Einführung des Begriffs "possidictions", worunter Waskow Projektionen von Veränderungen versteht, die möglich sind, aber bestimmt werden bzw. abhängig sind von den sozialen und politischen Entscheidungen, die vorher getroffen worden sind, trifft er eine klare Unterscheidung zwischen futurologisch ausgerichteter Sozialwissenschaft und Utopie.

Utopien hingegen würden das Element des Erwünschten überbetonen, während sie das der Möglichkeit vernachlässigen.²⁾

Ganz im Gegensatz zu Waskow sehen andere Autoren sehr wohl einen Bezug zwischen Utopie und Faktizität, denn die Utopie beziehe sich auf empirische Tatsachen, mit denen sie gleich-

1) van Steenberg, Bart: Kritische und Establishment-Futurologie, in: Futurum, Heft 2, 1970, S. 178

2) Vgl. Waskow, A. J.: The Historian's Role in Future's Research, in: Futures, Bd. 1, Heft 2, 1968, S. 117 - 118
Dargest. in: van Steenberg/Bart: a.a.O., S. 173 ff.

sam experimentiert.¹⁾ Vico hebt hervor, daß der historische Bereich im Gegensatz zur Welt der Natur vom Menschen prinzipiell erkannt werden kann, da die historische Welt erst vom Menschen geschaffen wurde.²⁾ Vorbedingung für das Erkennen sei aber das Gestaltenwollen, und Erkennenkönnen sei konstitutiv für utopisches Denken.

Bart van Steenberghe kommt bei der Betrachtung des Verhältnisses von Utopie und Sozialwissenschaften zu dem Schluß: "Wir können daher behaupten, daß die Utopie zu einer Bedingung für die sozialwissenschaftliche Forschung wird, und daß beide in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen. Die Establishment-Futurologen verwerfen die Utopie, wenn auch nicht so sehr aus wissenschaftlichen als vielmehr aus ideologischen Erwägungen heraus. Die Utopie ist nämlich eine deutliche Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung."³⁾

Die Utopie ist auch bei Herbert Marcuse ein notwendiger und integraler Bestandteil seines Denkens. Demnach habe die kritische Theorie im Gegensatz zum realitätsgebundenen Positivismus keine Scheu vor der Utopie. So soll protestierendes Denken gegenüber dem Bestehenden sowohl utopischer als auch negativer werden. Protestierendes Denken, also Dialektik, Negation und Utopie seien Elemente ein und derselben Haltung und bilden zusammen das große "Nein!" Dabei ist auch Marcuses Utopiebegriff empiriebezogen, wenngleich in etwas abgewandelter Form. Empirisch nicht in bezug auf die gegebene Gesellschaft, sondern auf eine künftige Gesellschaft, die Bedürfnisse befriedigt, die Marcuse als konkrete menschliche Bedürfnisse formuliert, die aber in der modernen Industriegesellschaft nicht zum Tragen kommen. Die faktischen Bedürf-

1) van Steenberghe, B.: a.a.O., S. 178

2) Vico, G.: Die neue Wissenschaft über die gemeinschaftliche Natur der Völker, in deutscher Übersetzung, Reinbek 1966, S. 51-52, zit. in: van Steenberghe, B.: a.a.O.

3) ebd.

nisse, etwa Leistung, Arbeit und Zweckmäßigkeit, sind insofern faktisch, als sie den technokratischen Verhältnissen und der bestehenden Herrschaftsordnung entsprechen. Die "wahren Bedürfnisse" hingegen, wie Ausdrucksmöglichkeit, Freiheit und Frieden, entsprechen einem Zustand, den Marx "das Reich der Freiheit" nennt und Marcuse das "befriedete Dasein". Die Realisierung dieser "wahren Bedürfnisse" sei prinzipiell möglich, da nicht die Natur ihre Verwirklichung beschränke. Es sind die gegebenen sozialen Zustände, die sie verhindern, und diese lassen sich beseitigen.

"Dieser Unterschied zwischen Wahrheit und Faktizität steht in derselben antithetischen Relation wie Utopie und Wirklichkeit. Das wahre Gebiet der Erkenntnis ist nicht das Gegebene, die Erkenntnis ist nicht auf die Dinge in ihrer Faktizität gerichtet, sondern auf ihre kritische Wertbestimmung, durch die eine Überwindung des Gegebenen erst möglich wird."¹⁾

Wie aber läßt sich "konkrete Utopie" definieren, mitunter auch "reale", "positiv reale Utopie" genannt, von Utopie im oben beschriebenen Sinne abgrenzen? Gibt es überhaupt ein eindeutig erkennbares Unterscheidungsmerkmal zwischen Utopie und konkreter oder realer Utopie? Auch hier existieren verschiedene Interpretationsmöglichkeiten.

Ein gravierender Unterschied zwischen konkreter Utopie und Utopie, die den Realitätsbezug betont, besteht sicherlich nicht. In der Interpretation des Begriffs reale bzw. konkrete Utopie wird vor allem die Handlungsinitiative hervorgehoben. Nach Heinz Rudolf Sonntag sind konkrete Utopien jene, die realisiert werden müssen, d.h. also Gedankenexperimente über eine geforderte Zukunft auf einem bestimmten Gebiet. "Die konkrete Utopie heißt konkret, weil sie sich nicht auf nur eine Dimension menschlicher Tätigkeit festlegen läßt.

1) Vgl. van Steenberg, B.: a.a.O., S. 178 ff.

Sie wird zwar gedacht, aber nur in ihren allgemeinen Merkmalen, in ihren kategorischen Prinzipien ... Die konkrete Utopie wird also gedacht, weil die gegebene Gestalt der Wirklichkeit hier und jetzt sie immer wieder aufs Denken allein zurückwirft. So muß sie denn allgemein bleiben, darf nur in den Köpfen verwirklicht werden, hat der handelnden Verwirklichung sich zu enthalten. Damit wird sie zum angestrebten Ziel und als solches zum Handlungsmotiv."¹⁾

Angestrebtes Ziel ist die Verwirklichung jener Bedürfnisse, die die kritische Theorie die wahren und menschlichen nennt. Durch den Repressionscharakter des gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse wird aber ein Formulieren dieser Bedürfnisse verhindert. Die wahren Bedürfnisse hätten keine Ausdrucksmöglichkeit. So habe die konkrete Utopie politisierend zu wirken, indem sie den verschütteten und unterdrückten Bedürfnissen der Masse Ausdruck verleiht und sie freisetzt. "Die konkrete Utopie heißt konkrete, weil sie nicht Inhalt des Denkens allein bleiben darf, sondern Inhalt des Handelns werden muß."²⁾

O. K. Flechtheim, der Ideologie und Utopie zu "Überwinden" trachtet, versucht dies durch "die rationale und kritische Fortbildung der Utopie zur Futurologie als einer 'konkreten' oder 'positiven realen Utopie'".³⁾ Das Verhältnis von konkreter bzw. realer Utopie zur Futurologie soll in einem folgenden Abschnitt näher erläutert werden.

Theodor Ebert unterscheidet zwischen "abstrakter" und "konkreter" Utopie. Unter konkreter Utopie versteht er eine "emanzipatorische Zukunftskonzeption, in der die Übergänge zum Übermorgen aufgezeigt und die bewegenden Kräfte nach-

1) Sonntag, Heinz Rudolf: Zur Kritik eines Gedankens für die Zukunft - Statt einer Polemik. In: Kursbuch 14, Frankfurt/Main 1968, S. 138 ff.

2) ebd.

3) Flechtheim, Ossip K.: Futurologie, Möglichkeiten und Grenzen. Berlin/Frankfurt a.M. 1968, S. 26

gewiesen sind."¹⁾ Damit unterstreicht Ebert, daß Utopie sich erst dann zur konkreten Utopie fortentwickelt, wenn sie über das Entwerfen von Zukünften hinaus diese mit einem Handlungskatalog verbindet. Voraussetzung ist aber zunächst eine eindeutige Analyse geschichtlicher Bewegungsgesetze. Durchaus selbstkritisch wird Ebert seiner eigenen Definition gerecht, wenn er am Schluß seiner Erläuterungen, in denen er Konzeptionen zur Verwirklichung einer Weltinnenpolitik als konkrete Utopie vorzustellen versucht, indem er gleichzeitig die Bedingungen zu ihrer Realisierung entwickelt, dabei aber Zweifel aufkommen läßt, ob damit schon die Bedingung für eine konkrete Utopie erfüllt ist. Erst durch den eigentlichen Akt politischen Handelns wird demnach eine Utopie "konkret". Folglich schließt er denn auch seinen Aufsatz "Weltinnenpolitik: Futuristische Ideologie oder konkrete Utopie?" mit der Erkenntnis: "Ob es sich hier um eine abstrakte oder um eine konkrete Utopie handelt, das können nicht die Wissenschaftler, das können nur Demokraten durch ihr Handeln selbst entscheiden".²⁾

Ähnlich differenziert auch Martin Schwonke, nur entwirft er dafür einen anderen Terminus, nämlich "realistische" Utopie. Danach ist eine Utopie in die Kategorie realistische Utopie einzuordnen, wenn sie nicht nur die Erreichung eines "optimalen Endzustandes" zum Ziel hat, sondern gleichzeitig "aussichtsreiche Lösungen" entwickelt. Hinzu kommt noch, das ist das eigentlich Neue an Schwonkes Definition und insofern hebt sie sich originär von anderen ähnlichen Beurteilungen ab, daß die "menschliche Unzulänglichkeit" bewußt als zusätzliche Kategorie eingebaut wird. Als typischer und erster Vertreter dieser Utopiegattung wird H. G. Wells mit seinem oeuvre "Der Luftkrieg" (1909) aufgeführt: "Man könnte bei ihm von einer 'realistischen' Utopie reden, die einerseits vom politischen

1) Ebert, Theodor: Weltinnenpolitik: Futuristische Ideologie oder konkrete Utopie? In: Futurum, Heft 3, 1970, S. 392

2) ebd.

Engagement, andererseits aber von der Kenntnis der Risiken und den menschlichen Unzulänglichkeiten geprägt ist."¹⁾

Hans G. Schneider verwendet zwar nicht explizit den Begriff konkrete oder reale Utopie, doch seine Erläuterungen zu dem Begriff, wie er ihn angewandt und verstanden wissen will, lassen den Schluß zu, daß er damit ähnliches meint, was andere Autoren unter konkrete oder reale Utopie subsumieren.

Demnach würden Zielvorstellungen von der Gesellschaft, wie sie sein soll, von der heutigen Realität gesehen utopisch erscheinen. Dies sollten sie auch, da utopisch alles das sei, was noch nicht verwirklicht ist. Entscheidend sei aber, daß die Utopie einer solchen Gesellschaft "objektiv realisierbar ist".²⁾ Schneider schlägt vor, die Entscheidungsstruktur innerhalb der gegebenen sozialen Hierarchie umzukehren. Das System der Gesellschaft würde dann nach einer Zielfunktion gesteuert, die sich diametral zur alten von unten nach oben herausbildet. Konkrete und erfolgreiche Ansätze gebe es bereits in der Existenz der Gesellschaftsmodelle der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung und des chinesischen Sozialismus. Diese sind zwar nicht schematisch auf die Verhältnisse anderer Länder zu übertragen, doch praktizieren sie bereits Prinzipien, die sich entsprechend auch bei anderen Verhältnissen realisieren ließen.

Folgerichtig betont H. G. Schneider analog zu anderen Autoren bei seinem Utopieverständnis den Handlungsaspekt. "Um reale Handlungsmöglichkeiten zur Verwirklichung der dargestellten Utopie zu finden, ist es nötig, die utopisch konkretisierte Zielvorstellung in einen Bezug zur heutigen Realität zu setzen. Dieser Bezug muß operational sein, was besagt, daß die

1) Schwonke, M.: a.a.O., S. 291 (bezieht sich auf Wells, H. G.: Der Luftkrieg, Stuttgart 1909)

2) Schneider, Hans G.: Die Zukunft wartet nicht, Stuttgart 1971, S. 292

von ihm ausgehenden Handlungsanweisungen in der jeweilig bestehenden Wirklichkeit konkretes Handeln in Zielrichtung der Utopie ermöglichen müssen."¹⁾ Dabei sei es aber nicht sinnvoll, ein Zielprogramm zu entwickeln, denn die Voraussetzungen beinahe aller Programmaspekte befänden sich in ständiger Bewegung. Mit den veränderten Möglichkeiten der Technik würden sich auch die Wertvorstellungen der Menschen verändern und seien somit einem unaufhörlichen Wandel unterworfen. Demnach hält Schneider folgendes Verfahren am geeignetsten: "Wir geben also kein Zielprogramm, sondern operational definierte, handhabbare Zielkriterien, die den Abbau von Herrschaft, die Befreiung des Menschen zu höherer Fähigkeit der Selbststeuerung und die Verwirklichung gesellschaftlicher Utopie zum Ziel haben."²⁾

Hans G. Schneider entwickelt im Anschluß an seine Analyse für die Ursachen des Elends der Status-quo-Welt für eine konkrete Utopie der Welt von morgen, wie er sie zur Disposition stellt, fünf konkrete Zielkriterien, die er in der "Charta der neuen Menschenrechte", wie er sie bezeichnet, zusammenfaßt.

Auch ausgesprochen bürgerliche Politologen haben die Utopie "wiederentdeckt". Ganz entgegen Kolakowskis Feststellung, daß sich die gesellschaftliche Rechte u.a. dadurch charakterisiere, daß sie keiner Utopie bedürfe, konstatiert der DDR-Wissenschaftler Alfred Bönisch in seiner kritischen Analyse der bürgerlichen Zukunftsforschung einen Wandel hinsichtlich der Einstellung bürgerlicher Autoren zur Utopie. Es sei gerade ein Merkmal bürgerlicher Futurologie, daß sie der Gesellschaft reale Utopien anbietet.

Nach Helmuth Pütz braucht jede in einem Staat organisierte Gesellschaft zu ihrer sozialen Integration und politischen

1) Schneider, H. G.: a.a.O., S. 295

2) ebd.

Orientierung "reale Utopien", d.h. kreative, die politische Teilnahme fördernde Visionen. Das Streben nach materiellem Wohlstand und seine soziale Absicherung kann nur für begrenzte Zeit einer Gesellschaft als Zielvorstellung dienen. Der auf Erringung und Erhaltung des materiellen Wohlstandes fixierten kapitalistischen Produktionsgesellschaft der BRD fehlen ebenso wie in den meisten anderen westlichen Gesellschaften "reale Utopien". Am Entstehen dieses Symptoms, das zur verstärkten Entpolitisierung der Gesamtgesellschaft, zur geistigen und politischen Desorientierung und zur Abkehr bestimmter Bevölkerungsgruppen vom bestehenden System geführt hat, sind maßgeblich die beiden großen Parteien der Bundesrepublik beteiligt. Dies wird zwar von Pütz nicht ausdrücklich gesagt, doch dürfte sein Aufsatz als Aufforderung an seine eigene Partei zu verstehen sein, sich mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. "Reale Utopie" soll hier als "ein Entwurf von jenen Sozialzuständen gedacht werden, die durch zielbewußte politische Aktivität erst herbeigeführt werden sollen. In diesem Sinne wird Utopie also nicht als Traumbild einer unwirklichen Welt verstanden, sondern eine gedankliche Antizipation der Zukunft, die jeder zielorientierten Handlung vorausgeht".¹⁾

Als Synonym zur "realen Utopie" ist hier im Sinne Pichts die "aufgeklärte Utopie"²⁾ gemeint. Diese sei insofern Utopie, als die ihr zugrunde liegende Konzeption in der Realität zwar noch nicht existent, aber potentiell realisierbar sei. So hat auch der Dirks'sche Utopiebegriff engen Realitätsbezug, denn eine solcherart gekennzeichnete Utopie sei schließlich

1) Pütz, Helmuth: Reale Utopien als politische Integrationsfaktoren in der Bundesrepublik, in: Reale Utopien, Glanz und Elend der Parteien. Schriftenreihe des Instituts für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung, Band 6, Mainz 1970, S. 12

2) Vgl. Picht, Georg: Prognose, Utopie und Planung. Die Situation des Menschen in der Zukunft der technischen Welt. In: Schriften der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V., Heft 6, Stuttgart 1967, S. 13 ff.

auf reale Veränderung bestehender Strukturen angelegt. Ein Zukunftsentwurf dieser Kategorie habe lediglich noch "keinen Ort" der Realisierung gefunden.¹⁾

Helmuth Pütz liefert auch gleich Beispiele dafür, was er unter realen Utopien versteht. Der Staat Israel etwa sei bis zu seiner Gründung ein typisches Beispiel, zumal dieser zwar in der Vorstellung und Zielsetzung bereits vorhanden, aber eben noch nicht realisiert worden sei. Weitere Beispiele seien Johnsons "Great Society" und Ludwig Erhards "Deutsches Gemeinschaftswerk".²⁾ Beides sind Pütz' Verständnis zufolge reale Utopien, die eben noch nicht realisiert sind. Formal besteht zwischen Pütz' Verständnis von realer Utopie und der Definition der bereits erwähnten Autoren eine gewisse Übereinstimmung.

Der entscheidende Unterschied beruht vor allem im Fehlen der emanzipatorischen Komponente bei Pütz' Betrachtungsweise. Dies ist übrigens auch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß Pütz ein prägnanter Vertreter jener jungen Technokraten-generation in der CDU ist, die bereits die gesellschaftliche Notwendigkeit von Planung propagiert, sie aber ausdrücklich als "gesellschaftspolitisches Instrument wertfrei"³⁾ angewandt wissen will. Zumindest eine kleine Konzession räumt Pütz in seinem Katalog realer Utopien auch emanzipatorischen Denkrichtungen ein, wenn er ausdrücklich auch den Weltfrieden als "kreative Vision", also eine reale Utopie, die noch keinen Ort gefunden habe, erwähnt. Wie aber dieser Weltfrieden, ob durch ein internationales Drohsystem oder im Sinne der Weizsäcker'schen "Weltinnenpolitik" erreicht werden soll, darüber ist nichts näheres zu erfahren.

1) Vgl. Dirks, Walter: Die Zukunft als Tabu, in: Deutschland ohne Konzeption? Modelle für eine neue Welt. Hrsg.: Jungk, Robert/Mundt, Hans Josef, München/Wien/Basel 1964, S. 33-54, zit. nach Pütz, H.: a.a.O., S. 12

2) Pütz, H.: ebd.

3) ebd., S. 13

Pütz' Ausführung zum Begriff reale Utopie ist noch unter einem anderen Gesichtspunkt interessant. Einen nicht zu übersehenden Erklärungswert für den Begriff reale Utopie hat für ihn der Begriff Zukunft. Dabei wird der Versuch unternommen, den Begriff Zukunft unter Hinzunahme des Zeitfaktors zu erläutern. Um die pragmatische Komponente der realen Utopie gegenüber dem allgemeinen Utopiebegriff zu unterstreichen, unterscheidet Pütz zwischen zwei Dimensionen von Zukunft. Einmal Zukunft als zeitlich abschätzbare und somit determinierte Dimension, d.h. der Zeitraum, bis zu dem die spezifische reale oder konkrete Utopie verwirklicht werden soll, und die Zukunft, die daran anschließt, für die es dann wieder neue reale Utopien zu entwerfen gelte, um ihre Probleme zu lösen. "'Zukunft' kann aber nicht als das Ende aller Zeiten angesehen werden, als das Paradies auf Erden, sondern lediglich als eine Kulturstufe, auf der viele der jetzt erkannten sozialen und politischen Mängel zwar behoben wurden, der aber durch inzwischen eingetretene soziale Wandlungen und Verschiebungen neue politisch-soziale Probleme erwachsen sind, die ihrerseits einer Lösung in der Zukunft harren."¹⁾ Reale Utopien, als langfristige Konzeption, werden aus der Spekulation in den realen Bereich geholt durch das Aufstellen von kurz- bzw. mittelfristigen realen Utopien, die ihre Entsprechung in kurz- oder mittelfristigen Projekten finden sollen.

Das gesamte System realer Utopien muß dabei so flexibel sein, daß jederzeit neue reale Utopien entworfen werden. Das ist eine notwendige Konzession gegenüber dem Anspruch, "real" sein zu wollen, wenn ersichtlich wird, daß sich die Sozialprämissen, auf denen die "alten" Zukunftsprojektionen basieren, inzwischen überholt sind. Daß Helmuth Pütz sich ausdrücklich zum dezisionistischen Planungsmodell bekennt, aus dieser Tatsache macht er kein Hehl. Neben seinem ausdrückli-

1) Pütz, H.: a.a.O., S. 21

chen Bekenntnis zur wertfrei sich verstehenden Wissenschaft soll diese ausschließlich Beraterfunktion erhalten. "Die Entscheidungsfreiheit des Politikers muß jederzeit gesichert sein."¹⁾ Folglich sei auch mit der Verwirklichung einer realen Utopie keineswegs über eine Zukunftsplanung entschieden, "die ein für allemal gültig ist".²⁾ Pütz fordert eine ständige Überprüfung der Zukunftsprojektionen, auch und vor allem durch den Politiker. Auch gehöre es zu den "Führungsaufgaben der Politiker", Zielprojektionen zu entwickeln. Diese sollen dem Bürger als Leitideen für die Zukunft dienen. Pütz erhärtet ziemlich drastisch den Vorwurf, daß die bürgerliche Zukunftsforschung eine besonders subtile Form von crisis management sei, die langfristig die essentielle Erhaltung des Status quo auch für die Zukunft sichern soll. Helmuth Pütz fordert nämlich die Schaffung eines "sozialen Vorwarnsystems", das nicht nur die langfristigen Folgen der technischen Entwicklung für Umwelt, Individuum und Gesellschaft rechtzeitig erkennen soll, sondern darüber hinaus potentielle gesellschaftliche Krisenherde frühzeitig aufspüren muß, "daß Gefahren für den sozialen Frieden und die soziale Gerechtigkeit abgewendet werden können".³⁾

Indem Pütz die Integrationsfunktion der realen Utopie herausstreicht und für den Verbund mit der bürgerlichen Futurologie als wissenschaftlichem crisis management zur langfristigen Sicherung gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse rät, hat er ganz gegen Kolakowskis Feststellung die Notwendigkeit der Utopie für die gesellschaftliche Rechte entdeckt. Der DDR-Wissenschaftler Alfred Bönisch bezieht sich direkt auf Pütz, wenn er feststellt, daß mit dieser Utopiekonzeption "die bürgerlichen Wissenschaftler davon ablenken, daß unter heutigen Bedingungen jede gesellschaftliche Utopie, und mag sie noch so als 'real' deklariert werden, reaktionär ist".⁴⁾

1) Pütz, H.: a.a.O., S. 18

2) ebd.

3) ebd., S. 19

4) Bönisch, Alfred: Futurologie. Eine kritische Analyse bürgerlicher Zukunftsforschung. Frankfurt/M. 1971, S. 129

Theo Pirker unterstreicht explizit, daß das systematische Entwerfen von Utopien eine "konstituierende Methode"¹⁾ der Futurologie ist. Das kritische utopische Denken - Pirker verwendet den Terminus "kritische Utopie" - unterscheidet sich ausdrücklich vom Utopismus, wie ihn Marx und Engels an den utopischen Sozialisten kritisiert haben. Er will dabei bewußt die Frage, inwieweit "die Väter und die Vertreter des Marxismus in Theorie und Praxis ebenfalls von Denkformen und Verhaltensmustern des Utopismus beherrscht gewesen sind"²⁾, ausklammern.

Nach Pirker kritisierten Marx und Engels an den utopischen Sozialisten nicht die Tatsache, daß sie eine neue und "harmonisierte Form gesellschaftlicher Ordnung" propagierten bzw. Etappen zu ihrer Durchsetzung vorzeichnen wollten, sondern daß sie glaubten, mit der Reform einer einzigen gesellschaftlichen Institution, etwa des Betriebes, des Arbeitsmarktes, des Geldes, des Warenmarktes etc., die gesamtgesellschaftlichen Widersprüche beseitigen zu können. Der Verdienst von Marx und Engels bestehe darin, daß sie den utopischen Sozialisten die Methode des wissenschaftlichen Marxismus entgegengesetzt und nachgewiesen haben, daß eine prinzipielle Neuordnung der Gesellschaft nicht durch die gesellschaftliche Entwicklung bzw. den gesellschaftlichen Wandel erreicht werde, sondern daß sie "von außen her durch die Einführung eines neuen Prinzips der gesellschaftlichen Ordnung herbeigeführt werden"³⁾ müsse.

Pirker konstatiert das Phänomen - insoweit erfährt die These Kolakowskis eine weitere Einschränkung -, daß die Status-quo-orientierten Kräfte, in Kolakowskis Terminologie die gesellschaftliche Rechte also, zunehmend Utopien zu entwerfen schei-

1) Pirker, Theo: Zukunftsforschung zwischen Utopie und Positivismus, in: Zukunft, Wille und Vorstellung, Vorträge der Steirischen Akademie. Hrsg.: Kulturreferat der Steiermärkischen Landesregierung, Graz 1969, S. 181

2) ebd.

3) ebd.

nen. Dabei ergibt sich eine fatale Wechselwirkung: Je mehr sogenannte Praktiker, die vorgeben, rein rationalistisch bzw. sachbezogen zu denken, je mehr sie auf die sogenannten Sachzwänge rekurren, desto mehr würde sich unkritisches utopisches Denken ausbreiten. So entwickelt sich in den hochindustriellen Gesellschaften zunehmend ein neuer Typus von Utopie, den man, abweichend von Pirker, als reduzierte Utopie bezeichnen kann, dem Pirker seine kritische Utopie entgegensetzt. Als kritische Utopie will Pirker die Futurologie, wie er sie verstanden wissen will, fungieren lassen. Darauf werden wir im folgenden Kapitel noch näher eingehen.

Die reduzierte oder restriktive Utopie ist insofern restriktiv, als sie sich darauf beschränkt, perfekte Ordnungsbilder der Gesellschaft zu entwerfen, die emanzipatorische Komponente also völlig vernachlässigt. Diese Utopien würden sich zwar wissenschaftlich geben, gingen aber über den Bereich des Überprüfbaren Wissens hinaus, "weil keine wissenschaftliche Analyse und Prognose die Vielfalt der gesellschaftlichen Beziehungen in ihrer Einheit zu fixieren vermag".¹⁾ Dies sei eben nur durch das Setzen von Ordnungsbildern möglich. Diese Ordnungsbilder zielen aber auf eine Perfektionierung gegenwärtiger Ordnungsvorstellungen ab und ihre langfristige Sicherung in der Zukunft, wobei die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse präventiv berücksichtigt werden. Hier bildet sich eine neue Form affirmativer Utopiebildung heraus, die es gilt scharf von jener Utopie abzugrenzen, für die die Emanzipation von Individuen und Gesellschaft ein integraler Bestandteil ist. Nach Pirker präjudiziert die Suche nach perfekten Ordnungsbildern nicht zwangsläufig die Eliminierung der demokratisch-emanzipatorischen Komponente. Das Suchen nach perfekten Ordnungsbildern an sich ist notwendig und legitim.

1) Pirker, Theo: a.a.O., S. 183

"Betrachten wir die Gesellschaft als ein Kommunikationssystem, das sich selbst zu regulieren vermag, dann ergibt sich die Notwendigkeit, sowohl den Kommunikationsprozeß als auch den mit diesem verbundenen Vorgang der Regulierung unter dem Aspekt eines perfekten Ordnungsbildes, eben einer Utopie, zu sehen. Jede gesellschaftliche Einheit bedarf zu ihrer Selbstregulierung solcher perfekter Ordnungsbilder, die hinwiederum den Charakter der ausgetauschten Informationen, den Modus des Austausches, die Kommunikation selbst und die Technik der Regulierung beeinflussen."¹⁾

Pirker unterscheidet heute drei Hauptformen von Utopien, die perfekte gesellschaftliche Regulierungsvorstellungen zum Ziel haben, wobei die Intention der Utopie bzw. die Organisationsprämissen für ihre Verwirklichung Aufschluß über ihren Demokratisierungsgrad geben, d.h. ob sie den Status quo demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten garantieren, reduzieren oder langfristig den Demokratisierungsspielraum auch unter den veränderten Bedingungen einer hochtechnologischen komplexen Gesellschaft erweitern.

Die bürokratische Utopie beruhe auf dem Grundsatz der "bewußten und permanenten Intervention"²⁾ seitens der Bürokratie. Dadurch werde das Informations- und Kommunikationssystem in der Gesellschaft total rationalisiert und perfektioniert. Die Informations- und Entscheidungsstruktur ist demnach ein hierarchisches Stufensystem. Der einzelne ist in seinem Informationsgrad und seiner Entscheidungskompetenz durch seine Stufe geprägt. Seine Kapazität vermag er nur zu erweitern, wenn er in eine höhere Stufe aufsteigt. Die adäquate Form gesellschaftlicher Regulierung ist bei der bürokratischen Utopie die Planung. Diese ist ausschließlich Sache der Spezialisten. Das schließt eine "Regierung von Lai-

1) Pirker, T.: a.a.O., S. 182

2) ebd., S. 183 f.

en"¹⁾ bzw. das vollverantwortliche Mitgestalten jedes Einzelnen in der Gesellschaft von vornherein aus.

In der demokratischen Utopie hingegen wird ein transparentes und flexibles Informations- und Kommunikationssystem angestrebt, indem der einzelne prinzipiell die Möglichkeit hat, sich einen hohen Informationsgrad anzueignen. Institutionelle Voraussetzungen und Anreiz für das Individuum sind die Wege zur Realisierung dieses anvisierten Zustandes. "Ideal und Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung ist die 'freie Assoziation', in der 'die Herrschaft über Menschen' verschwindet und 'die Verwaltung der Dinge' an ihre Stelle tritt."²⁾

Die kybernetische Utopie ist die Antizipation eines sich selbst regulierenden Informations- und Kommunikationssystems, das erfordert, daß die "kybernetische Revolution" schon stattgefunden haben muß. Das bedeutet, daß diese Gesellschaft durch die extensive Anwendung elektronischer Geräte und von Systemen umfassender Datenverarbeitung in allen relevanten gesellschaftlichen Teilbereichen gekennzeichnet ist. Das Mittel der kybernetischen Utopie ist eine langfristig orientierte und "elastische Planung"³⁾, die sich bewußt auf die Schaffung stets neuer Gleichgewichtszustände sowohl einzelner Teilbereiche als auch der Gesamtgesellschaft hin ausrichtet. Die gesellschaftlich perfektionierte Ordnungsvorstellung sei aber weder bürokratisch, da das hierarchische Prinzip in jeder Hinsicht für die kybernetische Technik der Informationssammlung und -verarbeitung hinderlich sei, sie sei weder demokratisch, weil dieses System weitgehend von Spezialisten getragen wird und keine "sachfremde Intervention"⁴⁾ dulde, sie ist aber auch nicht totalitär, weil sie prinzipiell eine Bildungsintensivierung al-

1) Pirker, T.: a.a.O., S. 183 f.

2) ebd., S. 184

3) ebd., S. 184

4) ebd., S. 185

ler Mitglieder der Gesellschaft voraussetzt und darüber hinaus auf die Zustimmung und Mitarbeit aller Individuen und Gruppen angewiesen ist.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß zwischen Utopie, die den Aspekt der Realisierung berücksichtigt und eine emanzipatorische Zielsetzung zugrundelegt und realer oder konkreter Utopie kein zu präzisierender Unterschied besteht. Man kann bestenfalls sagen, daß bei der realen Utopie an das Entwerfen eines gewünschten Zukunftszustandes sich unmittelbar die Forderung anschließt, diese Zielvision durch das Aufstellen eines Handlungskataloges in den näheren Bereich der Verwirklichung zu rücken. Das wäre demnach kein qualitativer, sondern ein quantitativer Unterschied in bezug auf die Realisierungsmöglichkeit.

Der Weg zur Realisierung einer solchen Utopie führt über die Problemanalyse, die Prognose und schließlich zur Planung. Als erste Stufe kann die Phase bezeichnet werden, in der Zukunftszielbewußtsein entwickelt wird, dem allerdings die Analyse des "Ist-Zustandes" vorausgegangen sein muß.

Mangel an Zukunftszielbewußtsein bzw. das Fehlen von konkreten oder realen Utopien läßt sich aber gerade bei den beiden großen Parteien der BRD nachweisen, wie im Hauptteil dieser Arbeit noch darzulegen ist. Insofern spiegelt die Parteiensphäre sehr nachhaltig das Verhältnis der Gesellschaft zur Dimension Zukunft wieder. Eine Gesellschaft, die sich darauf beschränkt, die Zukunft im Sinne der kommerziellen Werbung zu einem allgemein mißbrauchten Schlagwort gerieren zu lassen, muß notgedrungen konzeptionslos "in die Zukunft taumeln" und wird vor vielen Problemen, die sich sehr deutlich schon am Horizont abzeichnen, kapitulieren.

Sicherlich, Prognose, auf der die heutigen Planungsansätze basieren, die lediglich im "Ist-Zustand" konstatierte Trends

extrapoliert, kommt ohne jenes Zukunftszielbewußtsein aus, was charakteristisch für die technokratische und affirmative Zukunftsforschung und Planung ist. Wie der längere Exkurs zum Utopiebegriff zeigt, hat nicht ohne Grund das politische Denken der jüngeren Zeit sich verstärkt der Utopie zugewandt.

Ob und wie dieses Unbehagen sich auch auf die Träger politischer Meinungsbildung in unserem System übertragen hat und welche Auswirkungen auf die Programmatik von CDU und SPD dieser Reflex hat, soll Gegenstand dieser Arbeit sein.

Konkrete Utopie, wie sie der Verfasser im folgenden als Arbeitsbegriff verwenden will, soll im ursprünglichen Sinn des Wortes "Gedankenexperimente über andere Möglichkeiten" sein (Schwonke), im Sinne eines normativen Zukunftszielbewußtseins. Das setzt Wissen um die Probleme der Zukunft voraus, beinhaltet aber auch eine klare Wertentscheidung darüber, wie die Zukunft gestaltet werden soll. Darüber, wie sie die Zukunft sehen bzw. sehen wollen, oder besser, wie ihrer Meinung zufolge die Zukunft aussehen soll, darüber Rechenschaft abzugeben, die "Zukunft" also transparent zu machen für all jene, die sie betrifft, ist eine legitime Forderung an alle politischen Gruppierungen, vor allem an die Parteien.

Unter "Zukunft" soll hier bewußt nicht jene verengende Betrachtungsweise verstanden werden, auf die die politischen Machtträger sie gewöhnlich in tagespolitischer Manier zu reduzieren versuchen, nämlich die Zeitspanne von günstigstenfalls vier Jahren, also bis zur nächsten Wahl.

Konkrete Utopie soll auch weniger den Aspekt der gesellschaftlichen Integrationsfunktionen betonen, wie es etwa Pütz fordert, sondern sollte eher als Synonym langfristiger gesellschaftlicher Emanzipationskonzeptionen Anwendung finden. Verkürzt formuliert umreißen folgende Bestimmungs-

merkmale den Utopiebegriff, wie er in die Arbeit Eingang finden soll:

- das Entwerfen qualitativ neuer, "anderer" Möglichkeiten
- anwendungs-, d.h. handlungsbezogen
- langfristig

Die Futurologie als besondere Form konkreter oder realer Utopie soll im anschließenden Abschnitt behandelt werden.

2. "Reale Utopie" - ein Abgrenzungsversuch im Sinne der Futurologie von "Utopie" und "Ideologie"

Einleitend sei festgestellt, daß, wie immer auch die Position der Autoren ist, ein Bezug zwischen Futurologie und Utopie prinzipiell nicht in Frage gestellt wird. Ob es nun darum geht, Utopie zu "Überwinden" oder den "monistischen Perfektionismus" zu vermeiden, oder ob die Futurologie davor gewarnt wird, in die "Utopie-Falle" zu gehen: Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Utopie und Futurologie.

O. K. Flechtheim, der sich eher an der Affinität von Utopie und Linke wie sie Kolakowski formuliert hat, orientiert, lehnt Mannheims Utopie- und Ideologiedefinition, zwei Schlüsselbegriffe für sein eigenes Utopieverständnis, in Anlehnung an Neusüss¹⁾ ab, Mannheims Definition sei widersprüchlich. Darüber hinaus wird der Utopiebegriff auf die für unterdrückte Klassen spezifische Bewußtseinsform reduziert. Mannheim spricht von Utopie "als Bewußtsein 'aufstrebender', d.h. beherrschter und sich von Herrschaft befreiender Klassen, Ideologie als das Bewußtsein herrschender Klassen bestimmt".²⁾

Flechtheim bestreitet auch, daß Karl Marx mit dem utopischen Sozialismus die Utopie überwunden habe. Marx bleibe mit seinem "ungebrochen-absoluten Zukunftsoptimismus" in der Tradition der Utopie. "Die dialektische Bewegung erstarrt auch bei ihm schon allzubald zu einer geschlossenen Struktur, in der die Zukunft utopisch 'aufgehoben' wird."³⁾ Futurologie müsse Ideologie, Utopie, Entideologisierung und Gegenutopie in einer Synthese kritisch aufheben.

1) Neusüss, A.: Utopisches Bewußtsein und freischwebende Intelligenz. Zur Wissenssoziologie Karl Mannheims, Meisenheim a.G. 1968, S. 121 f., zit. in: Flechtheim, O. K.: a.a.O., S. 212

2) Mannheim, K.: Ideologie und Utopie, Frankfurt/M. 1952, S. 169

3) Flechtheim, O. K.: a.a.O., S. 215

Dabei könne es aber nicht einfach darum gehen, das ideologische und das utopische Moment in der Mitte zu versöhnen¹⁾. Wenn die Futurologie den verschiedenen Stellenwert der Ideologie und der Utopie herausarbeitet, kämpft sie Flechtheim zufolge für die Überwindung der Ideologie, indem sie sich bewußt um eine kritische Fortbildung der Utopie bemüht.²⁾

Maßstab ist hierbei der unterschiedliche Stellenwert, der der Vergangenheit und Zukunft vom Einzelnen beigemessen wird. Flechtheim sieht die Begriffsebenen in folgendem Zusammenhang:

"Für uns steht die Ideologie als die Rechtfertigung und Verherrlichung der bestehenden, von der Vergangenheit her bestimmten Gesellschaftsordnung im Gegensatz zur Utopie als der Verwerfung des Status quo und seiner Überwindung durch eine ideale Zukunftskultur."³⁾

Alle politisch-sozialen Richtungen, Lager und Weltanschauungen, vor allem Konservatismus und Traditionalismus, die sich darauf beschränken, gegenwärtige und vergangene Eigentums- und Herrschaftsordnungen zu preisen, sind demnach ideologisch. In deutlicher Anspielung auf die gegenwärtige Praxis einiger sozialistischer Staaten will Flechtheim auch jene philosophischen Haltungen und Systeme als ideologisch klassifizieren, die eine radikale Verbesserung ihres eigenen Status quo verneinen und ihre Welt als die beste aller möglichen propagieren. An Flechtheims Definition fällt auf, daß er Mannheims Ideologie- und Utopiedefinition zumindest in letzterem nicht prinzipiell widersprechen kann, denn die "unterdrückte Klasse", sofern sie die entsprechende Bewußtseinslage hat, wird zwangsläufig auf eine Überwindung des Status quo ausgerichtet sein.

1) Flechtheim, O. K.: a.a.O., S. 228

2) ebd., S. 227

3) ebd., S. 26

Wenn Flechtheim die "rationale und kritische Fortbildung der Utopie zur Futurologie als einer 'konkreten' oder 'positiven realen Utopie'"¹⁾ propagiert, so geschieht dies dadurch, daß sich die Futurologie nicht auf Prognose und Planung beschränkt, sondern zukunftsorientierte Philosophie miteinbezieht. Der enge Zusammenhang zwischen Utopie und Futurologie wird besonders deutlich, wenn er schreibt: "Philosophie heißt für uns aber vor allem auch Vision und Kritik."²⁾

Andere Autoren betonen zwar den engen Bezug zwischen Utopie und Futurologie, wollen die Futurologie aber bewußt in einem kritischen Spannungsverhältnis zur Utopie belassen. Der Futurologie komme dabei pragmatisierende Funktion zu. Das bedeutet, daß die Futurologie vor allem den Bereich der Realisierbarkeit näher auszuleuchten hat bzw. konkretisieren soll. Insofern ist die Futurologie der konkreten oder realen Utopie am nächsten, macht man das Selbstverständnis der konkreten Utopie zur Bemessungsgrundlage.

Theo Pirker verlangt von der Futurologie, daß sie sich gegenüber der Utopie zunächst einmal wie jede andere Wissenschaft zu verhalten hat, nämlich jede Utopie auf ihre logische Richtigkeit und Stimmigkeit zu überprüfen. Dies sei schon allein deshalb vonnöten, weil perfekte gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen, und dies sei schließlich ein bezeichnendes Merkmal jeder Utopie, aus ihrem Perfektionismus heraus logische Widersprüche und Inkonssequenzen implizieren.

Eine weitere Methode in ihrer Kritikfunktion bestehe darin, "vorgetragene Muster gesellschaftlicher Ordnung"³⁾ mit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung zu vergleichen. Da-

1) Flechtheim, O. K.: a.a.O., S. 26

2) Flechtheim, O. K.: Futurologie - Der Kampf um die Zukunft, a.a.O., S. 202

3) Pirker, T.: a.a.O., S. 186

bei habe die Futurologie unter Betonung ihrer sozialwissenschaftlichen Komponente die Utopie mit den Kenntnissen über die gegenwärtige gesellschaftliche Ordnung, wie sie die Sozialwissenschaften herausarbeiten, zu konfrontieren. Hierbei kann nur interdisziplinär vorgegangen werden. Als Ergebnis wird sich schließlich herausstellen, daß das die Utopie kennzeichnende Perfektionsprinzip erheblich eingeschränkt werden muß. Dieses Vorgehen beruhe auf der Erkenntnis, daß Gesellschaft nicht unter einem Aspekt allein begriffen werden kann. So entziehe sich jede gesellschaftliche Ordnung dem allgemeinen Grundprinzip der Utopie, nämlich dem der Perfektion. Jede Gesellschaft weise eine Vielfalt von Normen und Zielsetzungen auf, von denen sich sowohl Gruppen wie auch Individuen leiten lassen, die mitunter in keinen logischen Zusammenhang zu bringen sind. "Mit der faktischen Pluralität der gesellschaftlichen Ordnungen konfrontiert die Futurologie zum Utopismus, bei dem sie auszeichnenden Schritt. Ihre kritische Position gestattet es ihr nicht, sich dem monistischen Perfektionismus der Utopie und den damit verbundenen Vorstellungen einer mechanischen oder voluntaristischen Entwicklung der Gesellschaft hinzugeben. Sie gestattet es ihr jedoch - wovon wir bereits gesprochen haben -, die Methodik des utopischen Denkens kritisch für eigene Fragestellungen zu nutzen."¹⁾ Dabei hat die Futurologie auf drei Ebenen zu wirken. Zunächst habe sie, gerade weil sie die utopischen Entwürfe ernst nimmt, diese mit der gesellschaftlichen Realität zu konfrontieren, um dadurch vor allem die Widerstände, die sich aus dieser Realität ergeben, für die Verwirklichung der entsprechenden Utopien herauszuarbeiten.

Mit diesem Schritt, interpretiert man Pirker richtig, könnte die Futurologie dazu beitragen, Utopien "machbar" zu machen, d.h. schließlich das Vorgehen zu ihrer Realisierung zu präzisieren, was aber wiederum nichts anderes bedeutet als

1) Pirker, T.: a.a.O., S. 186

im Sinne der konkret-realen Utopie Handlungsalternativen anzubieten.

Auch die zweite Ebene betont den Pragmatisierungseffekt der Futurologie, wie sie Pirker versteht versus Utopie. Demnach muß die Futurologie "das Ausmaß der Umwandlungen des individuellen Rahmens oder Netzes der Gesellschaft herausarbeiten und damit auch das Ausmaß an Mobilisierung kollektiver Energie, also des Zwanges und der Gewalt nachweisen, das auf dem Weg zur Erreichung solcher perfekter gesellschaftlicher Ordnungen notwendig ist".¹⁾

Drittens schließlich sollte die Futurologie in direkter Anlehnung an die Methodik des utopischen Denkens versuchen, selbst neue Utopien kritisch zu konstruieren.

Helmut Klages meint, die Futurologie davor warnen zu müssen, sich in die "Utopie-Falle" zu begeben. Indem er zwischen zwei Bereichen von Utopieverständnis differenziert, vermeidet es Klages, eine Unvereinbarkeit zwischen Futurologie und Utopie in toto zu konstruieren. Insofern besteht der Gegensatz weniger zwischen Futurologie und Utopie allgemein, vielmehr zwischen seinem quasi als positiv verstandenen Utopieverständnis und jenem anderen. Während ersteres ein konstituiver Bestandteil der Futurologie zu sein habe, sollte letzterem die Utopie bewußt aus dem Wege gehen. Das Utopieverständnis hat sich seiner Meinung nach zunehmend auf dieses "negative" Utopieverständnis reduziert. Diese Variante gehöre geradezu zu den "spezifischen Gefährdungen der Gegenwart".²⁾

Wie sieht dies aber aus?

1) Pirker, T.: a.a.O., S. 186

2) Klages, Helmut: Aufgaben und Ziele der Zukunftsforschung, in: Futurologie - Zukunftsforschung, Basis-Dokumentation, hrsg. v. Basis - Freiburger Studentenzeitung und AStA, Freiburg 1971, S. 5

"Mit 'Utopie-Fälle' meine ich demgegenüber diejenigen Fälle, in denen der Begriff und die spezifisch 'moderne' Möglichkeit des Utopischen auf eine exklusiv verstandene und absolut verbindlich gesetzte weltanschaulich-abstrakte 'Idee' des veränderten Lebens eingeengt wird."¹⁾

Typisch sei, daß diese Utopien auf ältere geschichtsphilosophische Denkmodelle zurückgreifen. Dadurch, daß das utopische Denken (hier hat Klages "utopisch" nicht zufällig in Anführungsstriche gesetzt) zunehmend realistisch werde, sei der Beweis erbracht, daß die heutige Welt "modern" sei. Modern in dem Sinne, daß sie der vergangenen Geschichte gegenüber qualitativ neu sei, denn die "bis tief in die Substanz des Menschen hineinzielenden Ergebnisse der Wissenschaft und Technik und die sich immer mehr ausbreitenden Methoden und Praktiken der Planung lassen die Welt in einem früher unvorstellbaren Sinne 'offen' und 'machbar' werden".²⁾ Die Status-quo-Welt sei kein Gegenbeweis für das Veränderungspotential, das utopische Möglichkeiten durchaus offenlasse. Indem aber ein Großteil des gegenwärtigen utopischen Denkens in praktisch historisch überholten Dimensionen verharret, hier bezieht sich Klages explizit auf Lübke, verbaut er seinem quasi als modern apostrophierten Utopieverständnis die Möglichkeit, Fuß zu fassen.

Hier muß wohl kritisch angemerkt werden, daß Helmut Klages die technisch-wissenschaftlichen Innovationsprozesse in ihrer qualitativ-emanzipatorischen Auswirkung für das Zusammenleben der Menschen überschätzt.

Sicherlich vernachlässigen jene historisch gewordenen Utopiekonzeptionen mitunter wichtige Komponenten und müßten dies-

1) Klages, H.: Aufgaben ..., a.a.O., S. 5

2) Klages, H.: Soziologie zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit. Plädoyer für eine projektive Soziologie. Köln/Opladen 1968, S. 19 ff., zit. nach Klages, H.: Aufgaben ..., a.a.O., S. 5

bezüglich modifiziert werden. Dabei sollte jedoch nicht ausser acht gelassen werden, daß sie deshalb noch über große Attraktivität verfügen, weil die Möglichkeiten des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts allein einige Kardinalprobleme der Gesellschaft aus ihrem "Sachzwang" heraus sicherlich nicht zu lösen imstande sind. Insofern sind einige Grundforderungen jener als historisch bereits überholt angesehenen Konzeptionen noch brennend aktuell. Klages fordert eine Zukunftsforschung, die eben nicht bloß instrumentelle Dienstleistungswissenschaft ist, sondern eine Futurologie, "welche die Bereitschaft und den Mut zur 'wachstumsunabhängigen' (Klaus Koch) Projektion 'alternativer Zukünfte' hat und die somit der Gegenwart das klare und unmißverständliche Bild ihrer real möglichen Ziele und objektiv ergreifbaren Weiterentwicklungs- und Veränderungschancen jenseits der bloßen Verlängerung des Bestehenden vor Augen führt".¹⁾

Die Futurologie habe die "säkulare Aufgabe", unter Einbeziehung der "innovativen Potenzen des gegenwärtigen Lebens" das "objektiv Mögliche konkret sichtbar zu machen und damit zum Gegenstand der gesellschaftlichen Entscheidung werden zu lassen".²⁾ Abgesehen von der Tatsache, daß eine präzisere Definition des "objektiv Möglichen" äußerst problematisch erscheint, kann abschließend festgestellt werden, daß auch Klages einen Aspekt im Verhältnis von Futurologie³⁾ zur Utopie hervorhebt, nämlich die Funktion, das Realisierbare der Utopie zu konkretisieren.

1) Klages, H.: Soziologie ..., a.a.O., S. 5

2) ebd.

3) Daß die Futurologie unbedingt "realutopische Konzepte" zu entwerfen habe, betont explizit Fritz Vilmar. Vgl. Vilmar, Fritz: Relevanz und Irrelevanz futurologischer Literatur, in: Futurum, Heft 3/1970, S. 35 ff.

3. Der Verlust "realer Utopien" in der BRD als Symptom der Ideologie der Entideologisierung

a) Ursachen dieser Erscheinung

Will man die Zukunftskonzeptionen der beiden großen Parteien der BRD vor allem auch anhand ihrer Parteiprogramme untersuchen, so kommt man um eine Erörterung der sogenannten Phase der Entideologisierung nicht umhin.

Während sich im westdeutschen Parteiensystem seit der Studentenrevolte und ihrem feedback auf die Parteien inzwischen auch gegensätzliche Tendenzen zu einer partiellen Reideologisierung abzeichnen, so etwa die Renaissance marxistischen Gedankengutes in der Programmatik der Jungsozialisten, kann man doch prinzipiell von einer Perpetuierung des Trends der Entweltanschaulichung und Pragmatisierung in der programmatischen Ausrichtung von CDU und SPD sprechen.

Ähnlich dem Begriff "Utopie" erfährt der Begriff "Ideologie" in der Literatur ein weites Deutungsspektrum. Für eine Wiedergabe dieser komplexen Begriffserläuterung ist dieser Exkurs denkbar ungeeignet. Um das Syndrom der sogenannten Entideologisierung mit ihren einzelnen Symptomen, Ursachen und Wechselwirkungen vor allem in ihrem Bezug zum Parteiensystem der BRD zu erörtern, benützt es hier, "Ideologie" in einem ganz einfachen Sinn zu verwenden. In Anlehnung an Ralf Dahrendorf soll "Entideologisierung" zunächst nichts anderes heißen, als daß man zu konstatieren glaubte, die "Zeit der umfassenden politischen Entwürfe" sei vorbei.¹⁾

Das Phänomen der Entideologisierung läßt sich nach verschiedenen Kriterien aufschlüsseln. Nach dem Unter-Überbauschema kann man, ausgehend von den ökonomischen Ursachen, die poli-

1) Vgl. Dahrendorf, Ralf: Das Ende der Ideologie, in: Die Zeit, Nr. 44 v. 1. Nov. 1963

tisch-theoretischen, die politisch-praktischen und schließlich die ideellen Aspekte dieses Gesamtkomplexes abhandeln. Eine andere nicht uninteressante Frage wäre, ob die Entideologisierung auf allen genannten Gebieten stattgefunden hat. Das folgende Kapitel soll allerdings schematisch nur in zwei Teilbereiche aufgegliedert werden. Anfänglich sollen die allgemeinen Prämissen der Entideologisierung knapp umrissen werden, und dann soll versucht werden, diese auf die Parteipalette zu beziehen, d.h. aufzuzeigen, wie sich die beiden Parteien der BRD diesem Trend angepaßt haben oder ihn sogar kausal bewirkt haben. Inwieweit SPD und CDU auch heute noch dieser Ausrichtung zum tagesbezogenen Pragmatismus in ihren programmatischen Aussagen verhaftet sind, soll im Hauptteil dieser Untersuchung vorgenommen werden. Dabei wäre zu analysieren, ob etwa technokratische Zukunftsmodelle, sofern sie überhaupt Eingang in das Denken der Parteien finden, nichts anderes sind als eine Extrapolation dieser Ideologie der Entideologisierung, wie sie auch im politischen Denken der BRD in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre Eingang fand.

Bereits der Kulturkritiker Oswald Spengler glaubte, ein Zeitalter ohne Ideologien antizipieren zu können. Interessant dürfte sein, daß Spengler das Entstehen eines Zeitalters, das nicht mehr von Ideologien geprägt ist, eng mit dem Ende der Weltanschauungsparteien koppelt bzw. eine ihrer Hauptentstehungsursachen im Wandel der Parteien sieht. "Indessen diese abstrakten Ideale besitzen eine Macht, die sich kaum über zwei Jahrhunderte - die der Parteipolitik - erstreckt ... Man gibt endlich nicht diese oder jene Theorie auf, sondern den Glauben an Theorien überhaupt und damit den schwärmerischen Optimismus des achtzehnten Jahrhunderts, unzulängliche Tatsachen durch Anwendung von Begriffen verbessern zu können ... Niemand sollte sich darüber täuschen, daß das Zeitalter der Theorie auch für uns zu Ende geht ..."¹⁾

1) Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes, 2. Bd.: Welthistorische Perspektiven, München 1922, S. 568, zit. nach Flechtheim, O. K.: Futurologie - Der Kampf um die Zukunft, Köln 1970, S. 67

Wenn Spengler das Ende der Parteienherrschaft beschwört, was demnach synonym ist mit dem Ende der Vorherrschaft der Ideologien, dann erinnert seine Argumentation an Robert Michels' ehernes Gesetz der Oligarchie: "Der Wille zur Macht ist stärker als alle Theorie. Am Anfang entsteht die Führung und der Apparat des Programms wegen; dann werden sie von den Inhabern um der Macht und Beute willen verteidigt, wie es heute schon ganz allgemein der Fall ist, wo in allen Ländern Tausende von der Partei und den von ihr vergebenen Ämtern und Geschäften leben, und endlich verschwindet das Programm aus der Erinnerung, und die Organisation arbeitet für sich allein".¹⁾

Aktuelle Bedeutung erhielt das Schlagwort vom Ende der Ideologien erst, als im Zuge einer spezifischen sozioökonomischen Entwicklung, ausgehend von den USA und später auch auf Westeuropa übergreifend, in den frühen fünfziger Jahren unter Entideologisierung plakativ der Weg zu einem bestimmten politischen und gesellschaftlichen Modell verstanden wurde. War es erstmals Edward Shils, der provokativ die Frage nach dem Ende der Ideologie gestellt hatte, so gehören vor allem die amerikanischen Soziologen Daniel Bell und S. M. Lipset zu den geistigen Verfechtern einer Epoche ohne gestaltende Ideologien. Aber auch in Europa fanden sich namhafte Wissenschaftler, wie Raymond Aron in Frankreich und Helmut Schelsky in der BRD, die, wenn sie schon nicht in allem den Beweis anzutreten vermochten, daß man bereits in einer "nachideologischen Epoche" (Schelsky) lebe, zumindest propagierten, einen solchen statischen Endzustand anzustreben. Alles was nur den Anschein von Moralisch-normativem hatte, war suspekt.

"The tendency to convert issues into ideological problems, to invest them with moral color and high emotional charge,

1) Spengler, O.: a.a.O., S. 568

is to invite conflicts which can only damage a society." ¹⁾
 Ein anderer Aspekt, mit dem das Entideologisierungssyndrom angereichert wurde, war das Überlegenheitsgefühl, da man sich im Besitz des richtigen "Patentrezeptes" wähnte. Die vermeintliche Überlegenheit des US-amerikanischen Regierungssystems wurde anderen Gesellschaften als nachahmenswert empfohlen. Eine solcherart strukturierte Gesellschaft mußte funktionieren, gerade weil Ideologien in diesem System keine Möglichkeit hatten, politisch relevant zu werden. "Democratic politics means bargaining between legitimate groups and the search for consensus. This is so because the historic contribution of liberalism was to separate law from morality." ²⁾

Überdies maß man der institutionellen Absicherung des Gewaltenteilungsprinzips, wie sie formal in der amerikanischen Verfassung verankert ist, eine nicht zu unterschätzende Präventivfunktion zu. ³⁾ Mitunter war man auch ernsthaft der Meinung, daß die etablierten sozialistischen Systeme - allen voran die UdSSR - mit der Zeit peu à peu wichtige Essentials ihres Modells kopieren würde, weil sich deren Effizienz nachhaltig auch in der Zukunft herausstellen wird. Dabei dachte man vor allem an das Wirtschaftssystem. Da man unterstellte, daß auch sozialistische Wirtschaftsführer langfristig ihre Entscheidungen primär nach ökonomischen Gesichtspunkten fällen, waren Überlegungen im Sinne der Konvergenztheorie dahin zu interpretieren, daß "die Marxisten mehr von den Kapitalisten übernehmen als umgekehrt". ⁴⁾ Wenn es darum ging, die These von der Entideologisierung zu erhärten, so rückte zwangsläufig eine gesellschaftliche Gruppe in den Kern der

1) Bell, Daniel: The End of Ideology, The Free Press of Glencoe, Illinois 1960, S. 110

2) ebd.

3) Vgl. ebd., S. 111

4) Kahn, Hermann/Wiener, Anthony J.: Ihr werdet es erleben. Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahre 2000, Wien/München/Zürich 1968, S. 36

Betrachtung, die man diffus als Intellektuelle bezeichnet. Dieser gesellschaftlichen Gruppe, die angeblich Ideologie produziert, verbreitet und erst dafür sorgt, daß sie zu politischen Leitlinien werden, widmeten vor allem Daniel Bell und Raymond Aron besondere Aufmerksamkeit. Ihr Verhalten bestätigt quasi experimentell den Aufstieg und das Ende der Ideologien. "Thus, not only does ideology transform ideas, it transforms people as well. The nineteenth-century ideologies, by emphasizing inevitability and by infusing passion into their followers could compete with religion. By identifying inevitability with progress, they linked up with the positive values of science. But more important, these ideologies were linked, too, with the rising class of intellectuals, which was seeking to assert a place in society ... In a business civilization, the intellectual felt, that the wrong values were being honored, and rejected the society. Thus here was a 'built-in' compulsion for the free-floating intellectual to become political."¹⁾

Die Ideologien, die ja allesamt Ideologien des neunzehnten Jahrhunderts seien, haben nur so lange gestaltende Kraft und Faszination besessen, wie sie eben von dieser Kerngruppe der Gesellschaft, nämlich den Intellektuellen, getragen worden seien. Diese Gruppe habe sich aber zunehmend von diesen Ideologien abgewandt und erfülle damit die Voraussetzung für das endgültige Ende der Ideologien. Dafür seien mehrere Gründe maßgeblich gewesen. "Today, these ideologies are exhausted. The events behind this important sociological change are complex and varied. Such calamities as the Moscow Trials, the Nazi-Soviet pact, the concentration camps, the suppression of Hungarian workers, form one chain; such social changes as the modification of capitalism, the rise of the Welfare State another."²⁾ Damit würde nicht gesagt, daß Ideologien wie z.B.

1) Bell, Daniel: a.a.O., S. 372

2) ebd., S. 373

der Kommunismus in Frankreich und Italien ihren politischen Einfluß bereits völlig eingebüßt haben. Prinzipiell war man aber optimistisch, daß sich, wenn auch mit etwas Verzögerung, der Trend zur Aufgabe der Ideologien auch hier durchsetzen würde. "But out of all this history, one simple fact emerges: for the radical intelligentsia, the old ideologies have lost their 'truth' and their power to persuade."¹⁾

Schließlich war man optimistisch, daß der Großteil der Intelligenz sich zu den westlichen Idealen bekennen würde und, indem sie die Überlegenheit dieses Gesellschaftssystems erkennt und anerkennt, zwei Dinge bewirkt: einmal die Ideologien des neunzehnten Jahrhunderts endgültig in die Geschichte zu verbannen und darüber hinaus zur Stabilisierung des westlichen Systems beizutragen.

"In the Western world, therefore, there is today a rough consensus among intellectuals on political issues: the acceptance of a Welfare State; the desirability of decentralized power; a system of mixed economy and of political pluralism. In that sense, too, the ideological age has ended."²⁾

Mit diesem neu hinzugewonnenen Potential, das bisher immer ein Unsicherheitsfaktor dargestellt hatte, war man keinen Augenblick im Zweifel, wer schließlich als Sieger aus dem Weltringen der Systeme bzw. Weltlager hervorgehen würde.

"The trajectory of enthusiasm has curved East, where, in the new ecstasies for economic utopia, the 'future' is all that counts."³⁾

Daniel Bell schränkt seine These vom Ende der Ideologien zwar dahingehend ein, daß namentlich die Dritte Welt neue Ideologien produziere, ja sie vorübergehend sogar dringend als Integrationsfaktor benötige. Diese neuen Massenideologien seien aber qualitativ anders als die vermeintlich Überkommenen des neunzehnten Jahrhunderts. "The massideologies of Asia and Africa are parochial instrumental, and created by political leaders.

The driving forces of the old ideologies were social equality and, in the largest sense, freedom. The impulses of the new ideologies are economic development and national power."¹⁾

Raymond Aron, den die Frage nach dem Ende der Ideologien ebenfalls bewegt, widmet dem Verhältnis zwischen den Intellektuellen und dem Fortbestand der Ideologien ein ganzes Buch, das er mit dem bezeichnenden Titel ausstattet "Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung." Er ist weniger optimistisch als Bell, wenngleich er die Gruppe der Intellektuellen noch expliziter als die entscheidende Schlüsselgröße ansieht. Aron macht kein Hehl daraus, daß er ein entschiedener Verfechter der Forderung nach dem Ende der Ideologien ist. Allerdings vertritt er die Meinung, daß es geradezu ein Spezifikum sei, das diese Gruppe kennzeichnet, nämlich das Verlangen der Intellektuellen nach einer Weltanschauung.

Diese gesellschaftliche Gruppe habe immer darunter gelitten, daß sie nie voll in die übrige Gesellschaft integriert wurde. Gleichzeitig bestehe aber gerade bei den Intellektuellen ein ausgesprochener Hang, sich mit "dem Volk" zu identifizieren. Aus der Schizophrenie dieses nämlich bewußten Hangs einerseits und der pathologischen Integrationsunfähigkeit andererseits flüchtet der einzelne Intellektuelle wie auch die gesamte Gruppe immer wieder in eine Ideologie. "Vielleicht trägt die Ideologie dem illusorischen Gefühl einer Gemeinschaft mit dem Volke bei, zu einem Unternehmen, das von einer Idee und von einem Willen geleitet wird."²⁾

Mit Unbehagen registriert Aron, daß aber gerade diese Gruppe, die offensichtlich zum pathologischen Verhalten gezwungen ist, immer mehr an Einfluß in der Gesamtgesellschaft gewinnt. "Ob liberal, ob sozialistisch, ob konservativ oder marxistisch,

1) Bell, Daniel: a.a.O., S. 373

2) Aron, Raymond: Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung. Köln/Berlin, 1957, S. 382

unsere Ideologien sind das Erbe eines Jahrhunderts, in dem Europa zwar die Vielfalt von Zivilisationen kannte, aber nicht an der Universalität seiner Sendung zweifelte. Heute sprießen die Fabriken, die Parlamente, die Schulen überall in der Welt auf, die Massen werden unruhig, die Intellektuellen übernehmen die Macht."¹⁾ Daher fordert Aron die Intellektuellen auf, ihr bisheriges Verhaltensmuster aufzugeben und sich zu den Errungenschaften des Westens zu bekennen: "Die Intellektuellen des Westens zögern gelegentlich, das Gegenteil zu gestehen; ohne die Freiheit der Forschung, ohne die individuelle Tatkraft, ohne die Initiative der Kaufleute und der Industriellen wäre diese Zivilisation vielleicht nie entstanden."²⁾

Folgerichtig, da Aron zwar am automatischen Ende der Ideologien zweifelt, ja diesen Prozeß durch das Verhalten der Intellektuellen gefährdet sieht, gleichzeitig aber diese Entwicklung herbeisehnt, endet sein Buch mit einem Appell: "Wenn aber Toleranz nur aus Zweifel geboren wird, dann lehre man den Zweifel an Vorbildern und Utopien, man lehre, die Prophezen des Heils und die Verkünder von Katastrophen in ihre Schranken zu weisen. Rufen wir mit unseren Wünschen die Zweifler herbei, wenn sie es vermögen, den Fanatismus zu töten."³⁾

Arons zum Teil pathetische Ausführungen verdeutlichen eindrücklich, wie sehr die geistigen Vertreter der sogenannten Entideologisierung selbst Propheten einer neuen Ideologie des platten, tagesbezogenen Pragmatismus zu werden drohten, auf die es später noch näher einzugehen gilt, die alle jene zu verkettzen begann, die sich nicht konform diesem vermeintlichen Trend entsprechend verhielten. Überdies fatal an den Ausführungen Arons, die treffend die Grundstimmung weiter Kreise in den fünfziger Jahren wiedergibt, ist die Tatsache, daß ein Vertreter der Gruppe, die hier angeprangert wird, den Ressentiments

1) Aron, R.: a.a.O., S. 372

2) ebd., S. 373

3) ebd., S. 384

eines längst populär gewordenen Antiintellektualismus neue Nahrung gibt. Nur so sind die "Hexenverfolgungen" der McCarthy-Ära überhaupt zu verstehen, sieht man einmal von den Auswirkungen des "Kalten Krieges" ab. Aber auch in der BRD gab es Anhänger der Entideologisierungsthese.¹⁾ Helmut Schelsky als Apologet der vermeintlich "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" liefert die ideologisch-theoretische Begründung für den allgemeinen Trend zum Pragmatismus, der allerdings ohne gewisse Strukturwandlungstendenzen in der deutschen Nachkriegszeit kaum denkbar ist. Schelsky spricht in diesem Zusammenhang von einer "sozialen Nivellierung in einer verhältnismäßig einheitlichen Gesellschaftsschicht, die ebensowenig proletarisch wie bürgerlich ist, d.h. durch den Verlust der Klassenspannung und sozialen Hierarchie gekennzeichnet wird."²⁾

Auch Ralf Dahrendorf, der später dezidiert Schelskys Thesen von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft kritisiert³⁾, vertritt noch 1963 in einem Artikel, der mit dem Titel "Das Ende der Ideologie" umschrieben ist, Auffassungen, die denen der Entideologisierungsthese nicht unähnlich sind: "Es hat den

-
- 1) Neben Schelsky und mit Einschränkung Dahrendorf vertreten auch andere Sozialwissenschaftler die Forderung nach Ablösung der Ideologien, vgl.: Schmidtchen, Gerhard und Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Bedeutung repräsentativer Bevölkerungsumfragen für die offene Gesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 4. Jahrgang, Heft 2/1963, S.195. Hier wird von den beiden Autoren die Ansicht vertreten, daß politische Fragen so lange keiner rationalen Klärung zugänglich seien, wie sie im Rückgriff auf Ideologien entschieden würden. Insofern komme der Sozialforschung, speziell mit ihren empirischen Methoden, eine Schlüsselrolle zu, zur Versachlichung der Politik beizutragen. Von keinem Autor wird so explizit die Führungsrolle der Sozialwissenschaft als treibender Faktor im Entideologisierungsprozeß hervorgehoben, wie hier. Man glaubt schließlich, daß ein Zustand eintreten könne, "in dem ideologische Fragen in einem geschichtsbewegenden Umfang zu Sachfragen gemacht werden können".
 - 2) Schelsky, Helmut: Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Köln/Düsseldorf 1965, S. 332
 - 3) Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, Stuttgart/Hamburg 1965, S. 146 ff.

Anschein, daß eben diese Auflösung der Klassenfronten im Zeitalter der Industrialisierung in einigen modernen Gesellschaften die Grundlage für das Ende der ideologischen Politik abgibt."¹⁾

Dahrendorfs Meinung nach sei die anbrechende nachideologische Epoche kein Resultat beliebiger geistesgeschichtlicher Strömungen, sondern Ergebnis dieses entscheidenden Wandels in der Struktur der Gesellschaft. Diese Entwicklung lasse sich auch nicht durch die Propagierung neuer Utopien aufhalten, da dieser Trend eben gesellschaftsbedingt sei. Gleichzeitig beklagt Dahrendorf, daß es nichts gebe, was im nachideologischen Zeitalter die Phantasie der Menschen erregen könne, daß es an zündenden Konzeptionen fehle. Die verlorene Übersichtlichkeit der Politik kündige jenes andere Phänomen an, das er als "Ende der Utopie" oder als "fehlende Idee" bezeichnet. Dies sei aber nun einmal der Preis, den es aufzubringen gelte, für eine Epoche, die möglicherweise glücklicher sei als die ihr vorangegangenen. Heftig wendet sich Dahrendorf gegen die Wiederbelebung der Utopie, denn wer dies wünsche, wünsche damit gleichzeitig die "Rückkehr gesellschaftlicher Verhältnisse des Zwanges und der erbitterten Auseinandersetzung, denn nur unter diesen Verhältnissen kann der Totalentwurf blühen".²⁾

Die gesellschaftlichen Bedingungen und Bedürfnisse einer Gesellschaft, die durch Auflösung der Klassenfronten, einer offenen, sich wandelnden pluralistischen Gesellschaft, in der soziale Interessenunterschiede und -gegensätze rational gemeistert werden, erlauben nicht mehr die Rückkehr zur Ideologie, d.h. ihr Fehlen ist neben den erwähnten Strukturmerkmalen eine wichtige Voraussetzung für ihren Weiterbestand. "Wohl der Gesellschaft, die mit Recht von sich sagen kann, daß in ihr die Ideologie zu Ende gegangen ist!"³⁾

1) Dahrendorf, Ralf: Das Ende der Ideologie, in: Die Zeit, Nr. 44, vom 1. Nov. 1963

2) ebd.

3) ebd.

Abgesehen davon, wie fraglich die These von der Auflösung der Klassenfronten auch sein mag, lediglich weil soziale Konflikte z. Z. vorwiegend nach bestimmten kodifizierten Regeln und Schemata ausgetragen werden und so die Illusion eines steuerbaren Konfliktmechanismus erwecken, wobei geflissentlich oft die Ursachen dieser domestizierten Konflikte allmählich aus den Augen geraten.¹⁾ Dahrendorf qualifiziert sich mit diesen Ausführungen in deutlicher Affinität zu Schelsky zu einem Apologeten der "Ideologie der Ideologielosigkeit", wie sie O. K. Flechtheim nennt. Flechtheim beschreibt überdies treffend die Szenerie, in der diese neue Ideologie geboren wurde: "In einer Ära des großen Geschäfts und der kleinen Politik, des Parochialismus der öffentlichen Meinung und des Partikularismus der Pressionsgruppen, der Institutionalisierung der Bewegungen und der Bürokratisierung der Parteien wurden die Spannungen, Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten allzuleicht hinter den Kulissen - in den Ausschüssen und Büros, in den Wandelhallen und auf den "Parties" - bereinigt oder gar vertuscht. Der saubere Kompromiß wurde so durch den Kuhhandel ersetzt. Die politischen Richtungen und Parteien rücken angeblich oder auch vielleicht zeitweise tatsächlich aneinander ... - es entsteht eine Art Einheitsideologie, wie sie etwa in den Vereinigten Staaten schon geraume Zeit vorherrscht ... Der Status quo einer sozial- und rüstungskapitalistischen Massen- und Klassendemokratie kann gar nicht mehr in Frage gestellt werden ... An die Stelle des alten starren Systemdenkens tritt ein impressionistisches Oberflächenbewußtsein ..." ²⁾

Die Absicht, sich von Ideologien zu lösen, erweist sich letztlich als Anpassung an bestehende Ideen und Ressentiments. Da es praktisch aber keinen Freiraum von Ideen und Werten gibt, orientieren sich die herrschenden und "tonangebenden" Schichten der Gesellschaft an historischem Verhaltens- und Normenpo-

1) Zur Kritik an Dahrendorfs Konflikttheorie vgl. Senghaas, D.: Die Zukunft des Konflikts, in: Berliner Zeitschrift für Politikologie, hrsg. v. Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin, 9. Jg., Heft 2, 1968, S. 46

2) Flechtheim, O.K.: Futurologie ..., a.a.O., S. 223

tential. Hinzu kommt, daß der Zukunftsaspekt unberücksichtigt bleibt. Insofern ist Flechtheim zuzustimmen, wenn er behauptet, diese "Ideologie der Ideologielosigkeit" sei eine Variante einer Status-quo-rechtfertigenden und -beschönigenden, letztlich "konservativen" Ideologie.¹⁾ Indem die Utopie schlechthin als ideologieverdächtig abgelehnt wird, erweist sich Flechtheim zufolge die Entideologisierung Überdies als Rückkehr von der Utopie zur Ideologie.²⁾

Neben den bereits erwähnten Merkmalen des Entideologisierungssyndroms, die damit den Nachweis erbringen, daß es sich hier um nichts anderes handelt als eine Ideologievariante, kommt noch hinzu, daß die vorgebliche Entideologisierung mit einem unreflektierten Antikommunismus gekoppelt wurde und damit endgültig jeden Zweifel beseitigt, daß das Entideologisierungssyndrom ein echtes "Ideologievakuum" erzeugt habe.

Was den ideengeschichtlich oder verkürzt ideellen Aspekt bei der Analyse des Entideologisierungsprozesses anbelangt, so kommt hinzu, daß die Gesellschaft der fünfziger Jahre einer ausgeprägten "Wertmüdigkeit" anheimfiel und damit verbunden einer ausgesprochenen Aversion gegenüber allem Politischen. Die psychologischen Ursachen des damit eingeleiteten Entpolitisierungsprozesses dürften im Verhalten des einzelnen zu suchen sein. Die "Überpolitisierung", der die Gesellschaft durch die Nazi-Propaganda ausgesetzt war, erzeugte in der Folge einen individuellen Abwehrmechanismus, der sich im Überdruß gegenüber jeder normativen und auch politischen Festlegung manifestierte.

Den Aspekt der "Wertmüdigkeit" sollte man nicht unterschätzen, wobei einschränkend hinzugefügt sei, daß damit die ge-

1) Vgl. dazu: ebd., S. 223 und Flechtheim O. K.: Die Institutionalisierung der Parteien in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Politik, 9. Jg., Heft 2, 1962, S. 103

2) Zu diesem und folgendem vgl. Flechtheim, O. K.: Futurologie ..., a.a.O., S. 224

sellschaftspolitischen Ursachen des Entideologisierungsprozesses nicht bagatellisiert werden sollen. Es bleibt unbestritten, daß letzteren im Katalog der verursachenden Faktoren Priorität zukommt.

Hinzu kommt noch ganz entscheidend im ökonomischen Bereich der zunächst unbestrittene Erfolg der sogenannten freien bzw. sozialen Marktwirtschaft, der nach Jahren der Knappheit und der Kriegsbevorratungswirtschaft in einem bisher nicht dagewesenen Maße ermöglichte, die materiellen Bedürfnisse breiter Massen zu befriedigen. Als Folge der "Wertmüdigkeit" und Politikaversion läßt sich die Flucht in die Privatsphäre erklären. Als Folge der im Zuge des Aufschwungs der Marktwirtschaft weitverbreiteten Verbraucherhysterie entstand jene spezifische Ausformung eines platten Konsummaterialismus als einer Art "Ersatzreligion". Interessant wäre zu untersuchen, inwieweit dieser Ideologiefächer mit seinen differenzierten Erscheinungsformen, der sich hinter dem Schlagwort der Entideologisierung verbirgt, eine der geistigen Voraussetzungen für die verhältnismäßig reibungslose und bedingungslose Westintegration der späteren BRD ist. Das hieße schließlich, daß die "Ideologie der Ideologielosigkeit" die dem Prozeß der Westintegration und der Konsolidierung der Marktwirtschaft adäquate Ideologie darstellt. Das heißt darüber hinaus, daß das Entstehen einer neuen Ideologie ohne historische Parallele, wie sie die "Entideologisierung" darstellt und der Ablauf eines konkreten gesellschaftlichen und politischen Prozesses einander bedingen.

War es erstmalig Oswald Spengler, der eine Korrelation zwischen einem Zeitalter ohne Ideologien und der Entweltanschaulichung der Parteien glaubte antizipieren zu können, so besteht der Verdienst Wolf-Dieter Narrs darin, diesen wechselseitigen Prozeß in der Nachkriegsentwicklung von SPD und CDU nachgewiesen zu haben bzw. deren Auswirkungen für die Entwicklung des Parteiensystems und die Entpolitisierung der Gesamtgesellschaft dargestellt zu haben.

"Der Affekt gegen jegliche Ideologie", der sich zum "Affekt gegen jegliches Programm" ausweitet, bewirkte schließlich jenen Trend zur Grundsatzlosigkeit aller politischen Parteien, dessen demokratiegefährdender Effekt bis zu jenem Zeitpunkt gern übersehen wurde.¹⁾

Nach Meinung Peter Molts ist die Entideologisierung primär ein Vorgang, der darauf beruht, daß die beiden großen Parteien ihre "festgefügtten Ordnungsanschauungen", etwa den Marxismus oder die Katholische Naturrechtslehre, zugunsten einer "mehr pragmatischen Politik" aufgegeben haben.²⁾

Es dürfte schwer sein, im einzelnen nachzuweisen, ob CDU und SPD sich akkomodistisch-opportunistisch in diesen sogenannten Entideologisierungsprozeß eingegliedert haben, oder ob sie ihn primär verursachend erst ermöglicht haben. Unbestritten bleibt aber die Tatsache, daß unter den beiden genannten Parteien die CDU als Prototyp der sogenannten Volkspartei "Schrittmacherfunktion" übernahm und sich die SPD von dem anfänglichen Erfolg der CDU, mit dem der Wähler diese Partei für ihre Integration in die "Strömung der Zeit" belohnte, in einen vermeintlichen Zugzwang genötigt sah, der schließlich in der eigenen Anpassung an ein hauptsächlich von der CDU vorgefertigtes Erfolgsschema mündete. Diese These wird von Flechtheim unterstützt, der hervorhebt, daß für die vorübergehende Isolierung der SPD, das Wiedererstarken der konservativen Kräfte und die spätere Anpassung der SPD ausschlaggebend gewesen sei, daß die CDU/CSU als die zunächst größte und einflußreichste Partei Westdeutschlands sich "inzwischen unter dem Druck der USA, der bürgerlichen Interessen und in Anknüpfung an die traditionellen Formen und Institutionen der

-
- 1) Vgl. Narr, Wolf-Dieter: CDU - SPD, Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966, S. 13 ff.
 2) Vgl. Molt, Peter: Wertvorstellungen in der Politik - Zur Frage der "Entideologisierung" der deutschen Parteien, in: Politische Vierteljahresschrift, 4. Jahrgang, Heft 4, 1963, S. 350

deutschen Gesellschaft für die Erhard'sche 'soziale Marktwirtschaft', d.h. für den Wiederaufbau eines mehr oder weniger sozial getönten Kapitalismus entschieden hatte."¹⁾ Die gesamtgesellschaftlichen Entweltanschaulichungstendenzen finden ihre Entsprechung in der Entwicklung der beiden grossen Parteien der BRD zu sogenannten Volksparteien, verschiedentlich auch "Allerweltpartei"²⁾, "Umfassungspartei"³⁾ oder "Mehrzweckpartei"⁴⁾ genannt.

Für die Entwicklung der CDU zum Prototyp der "Volkspartei" wirkte sich, wie in einem Teil der Literatur zur Parteienforschung hervorgehoben wird, begünstigend ihre Entstehungsgeschichte aus.⁵⁾

Die CDU konnte sich im Gegensatz zu den übrigen Parteien parallel mit dem Entstehen der BRD entwickeln und so den entsprechenden Erfordernissen im Hinblick auf Struktur und Programm besser Rechnung tragen. Die CDU greift dabei zwar auch auf frühere Traditionen zurück; ihr Vorteil besteht aber darin, daß sie nicht mit der langen Tradition zu kämpfen hatte, wie etwa die SPD, und als insofern traditionslose Partei eher in der Lage war, sich an die gesellschaftlichen und sozialpsychologischen Verhältnisse anzupassen.⁶⁾

- 1) Flechtheim, O. K.: Die Anpassung der SPD: 1914, 1933 und 1959, in: Politologie und Soziologie, Otto Stammer zum 65. Geburtstag, Hrsg.: Jürgen Fijalkowski, Köln/Opladen 1965, S. 190
- 2) Vgl. Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: PVS 1, Januar 1965
- 3) Vgl. Narr, Wolf-Dieter: a.a.O., S. 42
- 4) Vgl. Zeuner, Bodo: Innerparteiliche Demokratie, Zur Politik und Zeitgeschichte Nr. 33/34, hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung, Berlin 1969, S. 25
- 5) Vgl. Tormin, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart 1967, S. 230 f.
- 6) Ausführlicher zum Problem der Volkspartei anhand der CDU, vgl. Grasser, Ulrich: Die Mitbestimmungsdebatte in der CDU - eine exemplarische Analyse eines Gruppenkonfliktes, unveröffentlichte Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, WS 1969/70, S. 1 ff.

Die CDU wurde zur Partei der "Westintegration", der Marktwirtschaft, des bedingungslosen Antikommunismus und deckte Überdies die Absatzbewegung großer Bevölkerungskreise in die unpolitische Privatsphäre durch ein Programm und eine Praxis, die sich sehr bald vorwiegend am tagespolitischen Pragmatismus orientierten. "Die CDU fing aber nicht nur die bürgerliche Sehnsucht auf als Partei, die sich gleich zu Beginn in ihrem liberal-konservativen Teil dem kleinen Mann der Mitte verschrieben hatte, und kam der dominanten Verbraucherhaltung voll und ganz entgegen. Die CDU war nicht nur gestützt von der Autorität vornehmlich der katholischen Kirche, durch ihr christliches Element erschien sie vielen Protestanten ebenfalls attraktiv. Ebenso wußte sie dem allgemeinen Sicherheitsverlangen Rechnung zu tragen, indem sie das eindeutige "Oder" des Kommunismus präsentierte."¹⁾

Im folgenden soll die sogenannte Anpassung der SPD kurz behandelt werden, zumal dieser Vorgang die Voraussetzung für den endgültigen Erfolg der Entideologisierung im politischen Entscheidungsbereich der BRD darstellt. Erst mit dem Einschwenken der SPD wird das politische Spektrum Westdeutschlands um eine relevante Alternative gebracht. Indem die SPD nachträglich in Programm und Praxis in Essentials der CDU immer ähnlicher wurde, begann sie, die politisch-ökonomische Entwicklung Westdeutschlands zu akzeptieren²⁾ und ermöglichte damit erst jenen Prozeß, den Flechtheim mit dem Begriff "Amerikanisierung" des Parteiensystems umschrieben hat. Für diesen Vorgang begünstigend kam neben der bereits beschriebenen Entideologisierung hinzu, daß sich in der Bundesrepublik in der Folge unverkennbar ein Trend zum Zweiparteiensystem abzeichnete, d.h. die Zahl der Parteien geht zurück, und nur mehr einige wenige typische Monopolparteien beherr-

1) Narr, Wolf-Dieter: a.a.O., S. 155 f.

2) Vgl. Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1964, S. 74 f.

schen das politische Leben.¹⁾ "Diese Großparteien 'institutionalisieren' sich - sie werden immer mehr zu Quasi-Staatsparteien."²⁾ In dem Maße, wie die beiden großen Parteien an Konturen verlieren und immer weniger unterscheidbar werden und aufgrund ihrer faktischen Monopolisierung selbst "zu einem Teil des Staates zu werden drohen"³⁾, geraten ihre ursprünglich gesellschaftsemanzipatorischen Implikationen in den Hintergrund, und andere im vorparlamentarischen Raum operierende Gruppierungen, wie etwa die Verbände, erhalten unangemessenen Einfluß und Bedeutung im politischen Entscheidungsprozeß. Das ursprünglich politische reduziert sich auf einen Kampf um den angemessenen Anteil im Distributionsprozeß.⁴⁾

Wenn im folgenden vorwiegend die Anpassung der SPD umrissen werden soll, so deshalb, weil mit der "Kapitulation" der SPD vor dem vermeintlichen Zeitgeist die "letzte Bastion" gefallen war, die die Entideologisierung und "Amerikanisierung" der Parteien hätte verhindern können. Dies soll allerdings auf einen knappen Exkurs beschränkt bleiben. Die Transformation der SPD erschließt ein so komplexes Feld von Faktoren, Tatsachen und Informationen, die in Betracht zu ziehen wären, um einen nur einigermaßen angemessenen Überblick zu verschaffen, daß eine befriedigende Analyse nur durch eine umfangreiche Studie gewährleistet wäre. Insoweit können die folgenden Ausführungen nur provisorischen Charakter haben.

Die Metamorphose der SPD von einer "Weltanschauungspartei" zu einer sogenannten Volkspartei skizziert begrifflich den Wandel, d.h. die Anpassung der SPD. Zur Begriffserläuterung sei hinsichtlich des Begriffs "Volkspartei" auf die vorange-

1) Zu diesem und folgendem vgl. Flechtheim, O. K.: Die Institutionalisierung der Parteien in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Politik, Heft 2, 1962, S. 97

2) ebd., S. 97

3) ebd., S. 110

4) Vgl. Narr, Wolf-Dieter: a.a.O., S. 215

gangenen Erläuterungen und die angegebene Literatur verwiesen. "Weltanschauungspartei" soll in Anlehnung an die Begriffsbestimmung von Peter Molt Verwendung finden. Demnach seien zu den "Weltanschauungsparteien" auch jene Parteien zu zählen, "die aufgrund einer bestimmten Weltanschauung gegebene Ordnungskonzeptionen verwirklichen wollen".¹⁾ Dies setze aber eine den gesamten politischen Bereich umfassende Ordnungslehre voraus, die sich an bestimmten festgelegten Richtlinien und Prinzipien orientiert und gleichzeitig einen bestimmten Weg in der Mittelanwendung vorschreibt. Dabei besteht das Bemühen, beides zu verbinden und in Einklang miteinander zu bringen. Das Postulat von der Einheit zwischen Theorie und Praxis bietet ein gutes Beispiel. So verstanden seien "sowohl die gemäßigten als auch radikalen sozialistisch-marxistischen Parteien" Weltanschauungsparteien.²⁾ Die programmatische abschließende Wende des Wandlungsprozesses der SPD, der durch die Praxis längst präjudiziert war, versucht konsequenterweise jeden Makel von Restbeständen an Weltanschauung zu beseitigen. In einer parteioffiziösen Erläuterung zum Godesberger Programm heißt es: "Das Programm betrachtet den demokratischen Sozialismus nicht als eine Weltanschauung. Die Sozialdemokratische Partei 'ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen'".³⁾

Die Aktionsprogramme von Dortmund (1952) und Berlin (1954) markieren den Weg der SPD zur Volkspartei. Nirgends wird die Aufgabe ehemals als unerschütterlich geltender Grundsätze der Sozialdemokratie deutlicher als in der Feststellung,

1) Molt, Peter: Wertvorstellungen in der Politik, Zur Frage der "Entideologisierung" der deutschen Parteien, in: Politische Vierteljahresschrift, 4. Jahrgang, Heft 4, 1963, S. 359

2) ebd.

3) Eichler, Willi: Hundert Jahre Sozialdemokratie, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn, Bielefeld 1962, S. 83

"daß die allgemeine Sozialisierung nicht mehr a priori als Heilmittel für alle gesellschaftlichen Schäden und vor allem nicht mehr als Synonym für Sozialismus gilt".¹⁾ Das auf dem Parteitag von Bad Godesberg verabschiedete Programm war für die deutsche Sozialdemokratie der vorläufige Schlußpunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf die reformerisch anti-kapitalistische SPD sich zur bürgerlichen Volkspartei wandelte. Die vollendete Westintegration, die Remilitarisierung, die lange anhaltende Hochkonjunktur und Wahlergebnisse, die die restaurative Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu legitimieren schienen, wurden seitens der sozialdemokratischen Führung als Indizien für eine gescheiterte Nachkriegspolitik der Partei gewertet. "Länger als ein Jahrzehnt hat die sozialdemokratische Opposition ihr politisches Tun und lassen weniger an den bundesrepublikanischen Gegebenheiten als an ihren guten Wünschen für ein fiktives Nachkriegsdeutschland orientiert."²⁾

Zusammenfassend können die Ergebnisse des Godesberger Parteitages als eine nachträgliche Anpassung der Programmatik an eine längst praktizierte Praxis der SPD bewertet werden. Der auf der SPD schwer lastende Widerspruch zwischen sozialistischer Zielsetzung und gleichzeitiger Loyalität gegenüber dem Parlamentarismus wurde insofern gelöst, als sich die SPD zu einer bürgerlichen Partei entwickelte. Der Umstand, daß sie dabei nicht ihr traditionelles Wählerreservoir einbüßte, mochte ihr diesen Schritt erleichtert haben. Im Gegenteil, es gab Stimmen in den eigenen Reihen, die gerade wegen vermeintlicher Strukturwandlungstendenzen in der Gesellschaft in Anlehnung an Schelskys Thesen diesen Schritt forderten. Besonders zu erwähnen ist dabei Ulrich Lohmar, der der Gesellschaft der BRD das Attest einer "offenen Klassengesellschaft"³⁾ ausstellte, deren Klassengegensätze zu verschwim-

1) Eichler, Willi: a.a.O., S. 83

2) Gaus, Günther: Bonn ohne Regierung, München 1965, S. 68

3) Lohmar, Ulrich: Ideologie und Struktur der deutschen Linken, in: Standpunkt, Nr. 3/4, 1958, S. 10

men beginnen. Demnach konnte die SPD unbesonnen "aus einer Partei der Arbeiterklasse zur Partei des Volkes"¹⁾ werden.

Eine andere einflußreiche Persönlichkeit in der SPD, nämlich Klaus Schütz, rechtfertigt nachträglich den Prozeß der Entideologisierung der SPD mit dem Hinweis, dieser sei zu recht eingeleitet worden, weil sich die Partei damit von Vorstellungen befreit habe, die die Gegenwart nicht mehr angemessen beschriebe. Folgerichtig habe hier in Anlehnung an die gängige Ideologiedefinition eine Befreiung von falschem Bewußtsein über die Wirklichkeit stattgefunden.²⁾

Demgegenüber hat sein Hinweis dabei aber nicht vollkommen auf Theorie und utopisches Denken zu verzichten, vergleichsweise verbal-deklamatorische Bedeutung, und bleibt ohne große Relevanz; eine vorweggenommene Konzession an die zum Zeitpunkt seiner Äußerung bereits sichtbaren gegensätzlichen Strömungen, die ein "Mehr an Theorie" zum Ziel haben. Abschließend kann zum Godesberger Wendepunkt festgestellt werden, daß seine "historische Bedeutung" darin besteht, daß in der Programmatik post festum die Einheit von Theorie und Praxis für die SPD wiederhergestellt war.

Fragt man nach den Ursachen der sogenannten Anpassung der SPD, so können in der Fülle der hierbei anzuführenden Gründe sicherlich folgende als "ausschlaggebend" klassifiziert werden:

- Die SPD war in ihrem Anpassungsprozeß jenem Mechanismus unterworfen, der von der konstatierbaren Tatsache aus-

1) Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, 1959, S. 26, hier zit. nach Narr, Wolf-Dieter: a.a.O., S. 210

2) Vgl. Schütz, Klaus: Die SPD und die außerparlamentarischen Gruppen, in: Jahre der Wende, Festgabe für Alex Möller zum 65. Geburtstag, Hrsg.: Robert Schwebler und Walter Föhrenbach, Karlsruhe 1968, S. 58 f., aus: Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 428

geht, daß eine Fundamentalopposition im Parlamentarismus keine parlamentarische Mehrheit erringen kann. Folglich werden die antikapitalistischen, sozialistischen Vorstellungen abgebaut, und man paßt sich an die gegebenen sozioökonomischen Wertvorstellungen an. Letzteres ist durch das Godesberger Programm der SPD geschehen. Sicherlich ist die Annahme Peter Molts richtig, daß der Entideologisierungsprozeß der Parteien maßgeblich durch die vorrangige Machtorientierung eben dieser Parteien zu erklären ist.¹⁾ Nur in diesem Kontext ist der oben angeführte Mechanismus verständlich.

- Ohne Zweifel waren die fatalen Wahlniederlagen der SPD von 1953 und 1957 und die Angst vor der kommenden Bundestagswahl von großer Bedeutung für die "Verbürgerlichung" der SPD.²⁾

Vor allem jene Sozialdemokraten, die in den Ländern und Gemeinden politische Ämter bekleideten, drängten darauf, daß die SPD auch auf Bundesebene Regierungsverantwortung übernehmen sollte. Ein großer Teil der Bundestagsabgeordneten ersehnte die Chance, nach jahrelanger Opposition politisch gestaltend wirken zu können. Neben dem an Schelsky orientierten Ulrich Lohmar gab es noch eine andere Richtung, die die Notwendigkeit eines Wandlungsprozesses der SPD theoretisch zu begründen wußte. Dabei waren für die theoretischen Überlegungen der vor allem sozialwissenschaftlich ausgerichteten Sozialdemokraten die vermeintlichen Nivellierungstendenzen der ursprünglichen Klassengesellschaft weniger ausschlaggebend als die veränderten Bedingungen in einer Gesellschaft, die von der "zweiten industriellen Revolution" geprägt wird. Damit war die zunehmende Automatisierung, Kybernetisierung und die zunehmende technologisch-industrielle Verwertbarkeit der Atomenergie und ihre Auswirkungen für

1) Vgl. Molt, Peter: a.a.O., S. 362

2) Vgl. Narr, Wolf-Dieter: a.a.O., S. 156 und Flechtheim, O. K.: Die Anpassung der SPD, a.a.O., S. 596

die Struktur der Gesellschaft gemeint. Dieser Herausforderung habe der demokratische Sozialismus rechtzeitig zu begegnen, indem "Wege zur Gestaltung einer neuen gesellschaftlich-politischen Ordnung"¹⁾ erschlossen werden.

Der Angleichung an die vermeintliche Veränderung in der Gesellschaft sollte durch die Transformation der SPD zur Volkspartei entsprochen werden.

- Eine weitere Ursache für den charakteristischen Weg, den die SPD nach Godesberg eingeschlagen hat, beruht auf dem bereits erwähnten Umstand, daß als Vorbild die CDU gedient hat. Die Tatsache, daß sich die SPD hierbei zu nahe an der Schablone orientiert hat, bestätigt direkt das Heberlesche Theorem. Demnach neigen erfolglose Parteien stets dazu, die dem politischen System und der Gesellschaft besser angepaßten Parteien "nachzuahmen".²⁾ Tragisch gegenüber den ursprünglichen Intentionen der geistigen Mentoren innerhalb der SPD für einen Wandlungsprozeß der Partei mußten schließlich die Ergebnisse des Godesberger Programms empfunden werden. Diese beruhten weniger auf einer erhofften wissenschaftlich fundierten Zeitanalyse, sondern waren eher auf Werbeeffect im Sinne moderner Wählermanipulierung angelegt.³⁾

Abschließend lassen sich die Ursachen des über den Parteienhorizont hinausreichenden, allgemeinen Entideologisierung-

- 1) Stammer, Otto: Die Freiheit des Menschen in der industriellen Gesellschaft, in: Die Neue Gesellschaft, Jahrgang 5, Heft 4, 1958, S. 268 f.
- 2) Vgl. Heberle, Rudolf: Hauptprobleme der politischen Soziologie, Stuttgart 1967, S. 172
- 3) Vgl. dazu Flechtheim, O. K.: Die Anpassung der SPD, a.a.O., S. 599; und Dittberner, Jürgen: Die Bundesparteitage der Christlich-Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1946 bis 1968 - Eine Untersuchung der Funktionen von Parteitag, Inaugural-Dissertation an der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, Augsburg 1969, S. 98

syndroms schematisch verkürzt wie folgt skizzieren:

a) auf dem ökonomischen Sektor:

Der zunächst unbestrittene Erfolg der sogenannten Marktwirtschaft.

b) politisch-theoretisch:

Eine Fundamentalopposition kann im Parlamentarismus keine Mehrheit erringen, folglich: Abbau antikapitalistischer (sozialistischer) Vorstellungen bei der SPD und Anpassung an gegebene sozioökonomische Wertvorstellungen (so z.B. Glaube an die soziale Funktion des Marktmechanismus und unkritische Wachstumsorientierung etc.), wie sie von konkurrierenden Parteien offenbar erfolgreich vertreten wurde. Diese Entwicklung manifestiert sich schließlich in der Verabschiedung des Codesberger Programms der SPD. Dieser Anpassungsprozeß wiederum ist durch die vorrangige Machtorientierung der Parteien zu erklären, die die sogenannte Entideologisierung der Parteien erst ermöglicht.

c) politisch-praktisch:

Der unter b) angeführte Mechanismus führt zur Amerikanisierung des Parteiensystems, d.h. die Zahl der Parteien geht zurück, wenige, große Monopolparteien, die sich in Struktur und Aussage immer ähnlicher werden, reduzieren die Möglichkeit einer inhaltlich definierten demokratischen Alternative. Es bilden sich Quasi-Staatsparteien.

d) ideell:

Nach dem Überdruß durch die faschistische Propaganda entsteht eine allgemeine "Wertmüdigkeit". Begünstigt wird

diese durch die anfängliche Faszination durch die vom Mittelstand getragene, vermeintlich nivellierte Mittelsstandsgesellschaft und durch die Orientierung am US-Regierungssystem als Leitbild liberaler, westlicher Demokratien. Platter Konsummaterialismus ersetzt wertbezogenes Denken und vor allem Handeln. In der Entideologisierungsphase entsteht aber kein Wert- und Normenvakuum. Die Entideologisierung wird selbst zu einer sogenannten Ideologie der Ideologielosigkeit, die eher konservativem Denken verhaftet ist und zukunftsbezogenes bzw. positiv besehenes utopisches Denken zwangsläufig diffamiert.

Wenn der Verlust "realer Utopien" in der BRD als Symptom der "Ideologie der Entideologisierung" zu einer weitgehenden Entpolitisierung von Gesellschaft und Politik geführt hat, so wurde die "Biedermeierphase" der Bundesrepublik mit dem Aufstand der Jugend beendet. War dieser Abschnitt den Ursachen und Erscheinungen dieses Zeitabschnittes gewidmet, so soll im anschließenden Teil versucht werden darzustellen, welche Funktion das Erstellen realer oder konkreter Utopien für eine Gesellschaft wie die der BRD hat. Eines kann vorab festgestellt werden, wenngleich es nicht zu übersehende Tendenzen zu einer partiellen Reideologisierung gibt, die Gesellschaft in ihrer Mehrheit ist unter dem Gesichtspunkt einer wertbezogenen und normenverhafteten Ausrichtung noch im Stadium einer "Übergangsgesellschaft". Eine Gesellschaft, der jahrelang eine radikale "Wertabstinenz" verordnet wurde, und die sich daran gewöhnt hat, sogenannte sachbezogen zu handeln, ist auf der Suche nach einer neuen Orientierung.

b) Welche Funktion hat das Erstellen "konkreter" oder "realer" Utopien für eine Gesellschaft wie die der BRD?

Bestand die Aufgabe in den ersten Abschnitten darin, zunächst eine Vorstellung von dem Begriff "konkrete Utopie" zu vermitteln, um dann schließlich zu einer operational verwertbaren Arbeitsdefinition zu gelangen, so war mit dem Abschnitt über die Entideologisierungsphase der BRD und ihre Ursachen beabsichtigt, eine kurze Analyse der Wertproblematik in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft zu erstellen. In diesem Abschnitt soll schließlich versucht werden, die Erkenntnisse aus dem vorangegangenen Teil der Arbeit dahingehend zu interpretieren, daß aus dem Abschnitt über die Entideologisierung die Notwendigkeit abgeleitet wird, dezidiert wertbezogenes Denken und vor allem politisches Handeln als gesellschaftliches Bedürfnis und Notwendigkeit im allgemeinen Bewußtsein zu verankern. Im Hinblick auf die Langzeitproblematik und das allgemein zu vermittelnde Zukunftszielbewußtsein wie aus der Forderung, daß dieses Denken nur emanzipatorisch orientiert sein kann und soll, hat dieser partielle Reideologisierungs- bzw. besser Repolitisierungsprozeß der Gesellschaft durch das Erstellen konkreter Utopien¹⁾ im Sinne der vorangegangenen Definition zu erfolgen. Mit der Forderung nach einer Renaissance explizit normativer Gesellschaftskonzeptionen soll jedoch keine prinzipielle Absage an das Bestreben erteilt werden, den politischen Entscheidungsprozeß nach rationalen Gesichtspunkten ablaufen zu lassen. Ein gutes Beispiel, daß sich beides kombinieren läßt bzw. beides kombiniert werden muß, bietet Drors "Normatives Optimum Modell"²⁾, das eine "Verbindung von rationalem und nicht-rationalem Modell unter Einbeziehung der Zielproblematik"³⁾ darstellt.

-
- 1) Nachdem dieser Begriff hinlänglich erläutert und definiert wurde, sollen künftig die Anführungsstriche weggelassen werden.
 - 2) Vgl. Dror, Gehezel: Muddling Through - "Science" or Inertia? in: Public Administration Review, Vol. XXIV, No. 3/1964, S. 154 ff.
 - 3) Böhret, Carl: Entscheidungshilfen für die Regierung. Modelle, Instrumente, Probleme. Ein Beitrag zur demokratischen Regierungslehre, Berlin 1969, S. 36/37

Die Forderung nach stärkerer Berücksichtigung der normativen Komponente beim Erstellen langfristiger Gesellschaftskonzeptionen soll im Abschnitt über die Futurologie und im Abschnitt über einige konkrete Zukunftsprognosen ausführlicher begründet werden. Spätestens dann erscheint die Annahme plausibel, daß das bisherige Verschanzen hinter dem vermeintlich wertfreien Sachzwang maßgeblich an dem Dilemma von Gegenwart und Zukunft mitschuldig ist. Dies gilt vor allem für das Verhältnis von Mensch und Gesellschaft zu Forschung und Technik. Legitimierte sich bis in die jüngste Gegenwart noch alles weitgehend dadurch als "Fortschritt", weil es technologisch machbar war, wofür die kollektive Fortschrittsmystifizierung des US-Mondflugprojekts besonders kennzeichnend war, so tritt zunehmend die Frage nach dem "Sinn" in den Vordergrund des Denkens. Bezeichnend für den Lernprozeß bzw. das Umdenken - auch in Kreisen der Naturwissenschaft, die bislang Reflektionen über den gesellschaftlichen Bezug ihres Handelns geflissentlich vernachlässigt haben - ist der Leitsatz Karl Steinbuchs, der als Fazit seiner Analyse des Verhältnisses von Technik und Gesellschaft als Zukunftsproblem zu der Überlegung kommt: "Die entscheidende intellektuelle Leistung besteht nicht in der Produktion phantastischer Ideen, sondern in deren kritischer Auswahl."¹⁾

Welche eminent wichtige Rolle der normative Bezug beim Erstellen von Zukunftskonzeptionen einnimmt, wird deutlich, wenn namhafte Futurologen die "Lösung" der Zukunftsprobleme nur dann für möglich halten, wenn tradierte Wertsysteme aufgegeben werden und ein neues Wertsystem stärker als bislang menschliches Handeln bestimmt.²⁾

1) Steinbuch, Karl: Technik und Gesellschaft als Zukunftsproblem, in: Menschen im Jahr 2000. Eine Übersicht über mögliche Zukünfte, hrg. von Jungk, Robert, Frankfurt/M. 1969, S. 65

2) Literaturhinweise und nähere Ausführungen zu diesem Aspekt werden in einem folgenden Kapitel gegeben.

Wenn im Anschluß eine Funktionsbestimmung konkreter Utopien für unsere Gesellschaft versucht wird, so können die folgenden Ausführungen nur vorläufigen Charakter haben, da sie weitgehend auf eigenen Überlegungen beruhen und sich durch entsprechende Literaturhinweise nicht absichern lassen, da diesem Aspekt offensichtlich bisher nur wenig Beachtung geschenkt wurde. In Carl Böhrets Studie z.B. wird zwar die Bedeutung des gesellschaftlichen Wertsystems für den politischen Entscheidungsprozeß erörtert und die Relevanz begründet, die das gesellschaftliche Wertsystem für die Ableitung konkretisierter politischer Ziele hat¹⁾; eine Funktionsanalyse globalerer Gesellschaftsentwürfe für die Gesellschaft unterbleibt jedoch. Offensichtlich hängt das mit dem "Haut-goût" zusammen, den der Utopiebegriff und globale Konzeptionen selbst bei den Wissenschaftlern hinterläßt, die über entsprechendes Zukunftszielbewußtsein verfügen und die Notwendigkeit langfristiger gesellschaftlicher Planung propagieren. Dabei wird gemeinhin außer acht gelassen, daß eine unabdingbare Prämisse konkreter Utopien, und damit hebt sie sich explizit von der allgemeinen Utopie ab, in der Forderung besteht, gleichzeitig einen Aktionskatalog zu entwerfen, um ihre politische Realisierung zu ermöglichen.

Folglich kann man sagen, je konkreter im obigen Sinne sich die konkrete Utopie verdichtet, desto mehr erfährt der globale Aspekt, d.h. letztlich der quantitative eine Einschränkung, ohne ihn jedoch ganz aufzugeben.

Hier wird noch einmal deutlich, wie wichtig zur Vermeidung von Mißverständnissen die Erörterung des jeweiligen Utopieverständnisses ist. Konkrete Utopie, wie sie hier Eingang finden soll, hat, wie bereits im Kapitel zum Utopieverständnis ausführlich dargelegt, folgende Komponenten zu berücksichtigen:

1) Vgl. Böhret, Carl: a.a.O., S. 54: Unter "gesellschaftlichem Wertsystem" versteht Böhret "die Summe der vorherrschenden sozialen Normen und Überzeugungen".

- a) Entwurf qualitativ neuer, d.h. "anderer" Möglichkeiten;
- b) Aktionsbezogen, d.h. gleichzeitiges Entwickeln von Maßnahmen zur politischen Realisierung;
- c) Langfristig.

Um dies zu verdeutlichen, empfiehlt es sich, hier ein Beispiel einer konkreten Utopie zu geben, die alle drei Hauptelemente berücksichtigt.

Theodor Ebert will in Anlehnung an Weizsäcker die Entwicklung hin zur Weltinnenpolitik als langfristige und prinzipiell realisierbare Zielkonzeption ausdrücklich als konkrete Utopie verstanden wissen. Neben den oben zitierten Kriterien, bei deren Vorhandensein von einer konkreten Utopie im Sinne der Definition gesprochen werden kann, kommt ein Aspekt hinzu, der die konkrete weiter von der Utopie abhebt und sie eher in die Nähe einer futurologischen Zukunftskonzeption ansiedelt. Wird bei der Utopie vom "Wünschbaren" ausgegangen, d.h. eine entsprechende Entwicklung wird primär unter normativen Gesichtspunkten angestrebt bzw. es gibt nicht unbedingt zwingende Faktoren, die eine Entwicklung in die gewünschte Richtung vorschreiben, wird bei der konkreten Utopie gerade dieser Aspekt betont. Die konkrete Utopie legitimiert sich weitgehend aus der Notwendigkeit, den hier konzipierten Weg einzuschlagen. Letztlich bedeutet das, daß nicht nur die Realisierbarkeit begründet werden muß, sondern eben diese vorgeblichen Zwänge. Insofern lassen sich im Vorgriff auf den Abschnitt über einzelne konkrete Prognosen anhand der darin vermittelten Erkenntnisse und der sich daran anknüpfenden Konzeptionen diese als konkrete Utopien ausweisen. Wie dieser Exkurs deutlich macht, ist die Affinität zwischen Futurologie und konkreter Utopie ein konstitutives Merkmal beider Bereiche.

Kommt man auf das Beispiel der Weltinnenpolitik zurück, so werden hier vor allem die drohende Welthungerkatastrophe und die Möglichkeit eines nuklearen Krieges¹⁾ als jene Faktoren hervorgehoben, die eine Entwicklung von tradierten Formen der Außenpolitik hin zur Weltinnenpolitik zwingend vorschreiben. Da die Weltinnenpolitik unter weitgehender Nichtberücksichtigung sogenannter nationaler Interessen auf globale Kooperation in Richtung auf "richtige Güterverteilung" und Abrüstung angelegt ist, ist sie gegenüber anderen Konzeptionen internationaler Politik qualitativ neu. Damit erfüllt sie ein unter a) formuliertes Kriterium. Hier läßt sich, wie später noch offensichtlicher nachgewiesen werden kann, von einem qualitativen Sprung sprechen, d.h. hier werden keine Elemente vergangenheitsorientierter Ideologien in die Zukunft projiziert.

Indem sich Ebert näher mit den Strategien auseinandersetzt, die es zur Durchsetzung der Weltinnenpolitik anzuwenden gilt, werden die unter b) formulierten Kriterien erfüllt.

Die unter a) und b) formulierten Prämissen bilden einen ineinanderfließenden Übergang, wenn Ebert feststellt, daß nur durch den Widerstand, den Aufstand, d.h. durch die Selbstorganisation der Betroffenen aus futuristischen Ideologien konkrete Utopien werden.²⁾ "Es bleibt die gewaltfreie, direkte Aktion - der gewaltfreie Aufstand als Alternative zu Resignation und Bürgerkrieg."³⁾

Der Aktionsaspekt wird weiter konkretisiert, wenn Ebert feststellt, daß z.B. in Griechenland und der CSSR z. Z. nur wenig Aussicht auf emanzipatorische Schritte zu erwarten sei und daher die wichtigste konstruktive Kraft in dem Pro-

1) Vgl. Ebert, Theodor: Weltinnenpolitik: Futuristische Ideologie oder konkrete Utopie? a.a.O., S. 378

2) Vgl. Ebert, Theodor: a.a.O., S. 379

3) ebd., S. 380

zeß zur Weltinnenpolitik in der Intensivierung innenpolitischer Demokratisierungsbestrebungen in den mitteleuropäischen Formaldemokratien bestehe.¹⁾

Um dem unter b) aufgestellten Kriterium auch hinreichend zu entsprechen, wird im Anschluß eine Prognose über die Realisierbarkeit der Weltinnenpolitik, ausgehend von der vermuteten Entwicklung des internationalen Systems entwickelt, auf die hier nicht ausführlicher eingegangen werden soll.²⁾

Schließlich wird die unter c) aufgestellte Bedingung erfüllt, wenn der Autor, was den Realisierungszeitraum dieser konkreten Utopie betrifft, davon ausgeht, daß sie "sich teilweise kaum vor den achtziger Jahren und umfassend nicht vor der Jahrtausendwende realisieren lassen dürften".³⁾

Für die Klärung der Frage, welche Funktion das Erstellen konkreter Utopien für die Gesellschaft, wie etwa die der BRD, haben könnte, war zunächst festgestellt worden, daß dies im Wesentlichen davon abhängt, was man unter konkreter Utopie versteht. Für die weitere Funktionsbestimmung kann nur von dem oben angeführten Utopiebegriff, der überdies an einem Beispiel erläutert wurde, ausgegangen werden.

Da sich in der Literatur kaum Hinweise für die Fragestellung ergeben, müßte sich der Verfasser damit begnügen, die von Pütz erwähnte Integrationsfunktion⁴⁾ zu erwähnen und gegebenenfalls die Emanzipationsfunktion, die sich aus der gewählten Utopiedefinition ableiten läßt, anzuführen.

Diese beiden Funktionselemente, so relevant sie auch sein mögen, legitimieren noch nicht hinlänglich das Erstellen konkreter Utopien als langfristiger Zukunftszielkonzeptionen.

1) Vgl. Ebert, Theodor: a.a.O., S. 381

2) Vgl. ebd., S. 391 f.

3) Vgl. ebd., S. 375

4) Vgl. Pütz, Helmuth: a.a.O., S. 11

Es konnten weitere Funktionselemente herausgearbeitet werden, deren abschließende Bewertung wesentlich davon abhängt, welchen Stellenwert man ihnen jeweils zukommen läßt. Bei Helmut Pütz war im vorangegangenen Teil der Untersuchung bereits kritisiert worden, daß der Autor die Integrationsfunktion bei weitem überbetont, während die Emanzipationsfunktion überhaupt keine Erwähnung findet. In diesem Fall kommt das einer eindeutigen politischen Positionsangabe gleich. Sofern sich die politischen Parteien überhaupt zum Erstellen von Zukunftskonzeptionen im Sinne konkreter Utopien durchgerungen haben sollten¹⁾, käme dieser Fragestellung im Vorgriff auf den empirischen Teil der Untersuchung ein großer Erklärungswert zu für die Beantwortung der Frage, welche Intention etwa die jeweilige Partei damit verfolgt.

Übernimmt man die von Pütz aufgestellte These, daß jede in einem Staat organisierte Gesellschaft zu ihrer sozialen Integration und politischen Orientierung konkreter Utopien bedürfe²⁾, läßt sich zumindest für die Bundesrepublik feststellen, daß hier, ähnlich wie in anderen pluralistisch-kapitalistischen Gesellschaften, sogenannte Integrationsfaktoren weitgehend fehlen.

Im Gegensatz zur Zeit vor 1945, als übersteigerter Nationalismus und gemeinsamer äußerer Feind oder rassische oder soziale Minderheiten oder die Identifikation mit charismatischen "Führern" integrationsbildende Funktion hatten, so beruht eine der Haupterrungenschaften der Ideologie der Entideologisierung nach Meinung ihrer Protagonisten darauf, daß die Gesellschaft in der Phase der Entideologisierung dieser "gesellschaftsbildenden" Faktoren nicht mehr bedürfe. Andererseits brachte diese vermeintliche Versachlichung der Gesellschaftsbeziehungen seitens der konservativen und rechtsorien-

1) Diese Frage gilt es im empirischen Teil der Arbeit zunächst zu untersuchen.

2) Vgl. Pütz, Helmut: a.a.O., S. 11

tierten sogenannten Staatswissenschaftlern den Vorwurf ein, dies habe zu einer weiteren Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft geführt und manifestiere sich in dem allenthalben nachweisbaren Autoritätsverlust des Staates. Ohne hier auf die äußerst problematische Begriffstrennung von Staat und Gesellschaft einzugehen, und das Anliegen der konservativen Pluralismuskritik näher zu analysieren, kann man prinzipiell von einem Mangel an Integrationsfaktoren in der BRD ausgehen. Hierbei liegt die Akzentuierung im deutlichen Gegensatz zu den oben angeführten Integrationsfaktoren auf den Ergebnissen der Analyse der sogenannten Entideologisierung.

Insofern zielt der Verfasser weniger auf eine Renaissance jener fragwürdigen Integrationsfaktoren ab, als auf die Tatsache, daß der Gesellschaft der BRD kreative, die politische Anteilnahme fördernde und explizit wertbezogene Visionen fehlen.¹⁾

Hinzu kommt ein anderer Aspekt. Je komplexer und daher unübersichtlicher die die Politik bestimmenden Faktoren werden, desto mehr wird der "Durchschnittsbürger" bei der Bildung eines eigenen politischen Urteils verunsichert. Das für ihn allmählich nicht mehr zu bewältigende Informationsüberangebot erzeugt zunächst Mißtrauen gegen alles Politische und die sich damit Befassenden, weil die Szenerie nicht mehr überschaubar erscheint. Dieses Mißtrauen könnte zunächst als "gesunde" individualpsychologische Reaktion im Sinne sicherlich demokratiestabilisierender Kritikbereitschaft seitens des einzelnen Bürgers interpretiert werden, wenn nicht in den weiteren Etappen Resignation und schließlich die Einstellung überwiegt:

1) Im Gegensatz zu England oder Frankreich kommt für die BRD erschwerend hinzu, daß es hier durch den Verlust der nationalen Einheit kein Äquivalent durch sogenannte Integrations-symbole gibt, wie etwa Krone etc., die dem emotionalen-irrationalen Bedürfnis des einzelnen Bürgers entgegenkommen und somit zeitweilig über das Fehlen qualitativ anderer und höher zu bewertender Integrationsfaktoren hinwegtäuschen könnten.

"Die da oben werden es schon richtig machen", Parallel hierzu "versachlicht" sich die Politik zunehmend im Sinne einer ressort-arbeitsteiligen Verwaltung der Gesellschaft. Damit sind dem Einzelnen immer weniger emotionale Identifikationsmöglichkeiten gegeben. Dieser Widerspruch in der modernen technokratisch-dezisionistischen Gesellschaft zwischen zunehmender systemadäquater Rationalität in Politik und Verwaltung und gleichzeitiger Entpolitisierung könnte einen fatalen, letztlich faschisierenden Mechanismus erzeugen; der Wunsch nach einer starken Führungspersönlichkeit, die das individuelle Bedürfnis nach emotionaler Identifikation befriedigt, und der man gleichzeitig zutraut, stellvertretend den Apparat zu beherrschen, wird zur Tendenz.

Verallgemeinernd kann dieser spekulative Exkurs mit der Feststellung abschließen: Moderne technokratisch-dezisionistische Gesellschaften scheinen deshalb besonders gefährdet, gegebenenfalls eine "Sucht nach charismatischem Persönlichkeitskult" als Substitut für mangelnde langfristige Wertperspektiven und fehlenden Identifikationsmöglichkeiten zu entwickeln.

Schon unter diesem Gesichtspunkt scheint die Befürchtung Flechtsheims, daß sich unsere gegenwärtige Gesellschaft zu einer "sozial-kapitalistische(n) oder auch kollektivistischen Gesellschaft mit vollentfalteter zentralistisch-bürokratischer Reglementierung und Militarisierung"¹⁾, d.h. zu einer "neocäsaristischen Diktatur" entwickeln könnte, nicht ganz unwahrscheinlich.

Größeres Gewicht als der ambivalenten Integrationsfunktion, die auch zu einer Integration in den gesellschaftlichen status quo und in eine unkritische prinzipielle Bejahung

1) Flechtheim, O. K.: Futurologie - Der Kampf um die Zukunft ..., a.a.O., S. 317

herrschender Klassen und Schichten auswuchern kann, kommt der Identifikationsfunktion zu.

Die Symptome der Entideologisierungsphase reichen bis in die Gegenwart in Form weitverbreiteter Entpolitisierung und Pragmatisierung. Erich Fromm, der für die westliche Industriegesellschaft die Gefahr einer Entwicklung hin zum Robotertum zu befürchten scheint, sieht "die westliche Welt" in "einer Sackgasse"¹⁾ angelangt. Sie habe zwar ihr ökonomisches Ziel erreicht, jedoch "den Sinn für ein Ziel des Lebens" verloren. "Ohne solch ein Ziel, ohne eine Schau, die die gegebene Realität transzendiert, muß die westliche Gesellschaft, wie jede andere der Vergangenheit, ihre Vitalität und innere Kraft verlieren. Heute sind die Dinge im Sattel und reiten den Menschen."²⁾

Nachdem die "westliche Gesellschaft" z.Z. keine Ziele in diesem weiteren Sinne zu entwickeln vermag, findet auch das Bedürfnis des Einzelnen als gesellschaftliches Wesen, sich durch Zustimmung und Ausrichtung auf solche Zielkonzeptionen mit seiner Gesellschaft zu identifizieren, keine Entsprechung. Der Einzelne bleibt notgedrungen in seinem Denk-, Wunsch- und Handlungsbereich primär auf die Privatsphäre beschränkt. Über die Identifikation großer Teile der Gesellschaft mit konkreten Utopien könnten sich viele "Formalbürger" zu einem "politischen Wesen" entwickeln und damit dem objektiven Zwang zum gesellschaftlichen Wesen entsprechen.

Diese Wandlung des Einzelnen und damit großer Teile der Gesellschaft zu einer wirklich politischen Gesellschaft entspräche, um nur ein Beispiel zu nennen, auch jener weiteren Forderung an die konkrete Utopie, nämlich emanzipatorische Funktion auszuüben. Indem die in der konkreten Utopie anvi-

1) Vgl. Fromm, Erich: Der moderne Mensch und seine Zukunft, Frankfurt/M. 1960, S. 322 f.; zit. nach Flechtheim, O. K.: Futurologie ..., a.a.O., S. 397

2) ebd.

sierten Ziele einen "qualitativ neueren, besseren und anderen" Zustand anstreben und auch in ihrer pragmatisierten Form immer jene Gesellschaft freier, eigenverantwortlicher und zur Selbstentscheidung fähiger Menschen im Auge behält, ist die konkrete Utopie solange emanzipatorisch, wie sie glaubhaft Etappen zu diesem Zustand in ihren Ziel- und Aktionskatalog einbaut.

Ihre Langfristigkeit, d.h. ihre vorrangige Ausrichtung an zukünftigen Problemen, gibt der konkreten Utopie ihre spezifisch futurologische Dimension und unterscheidet sie von kurz- und mittelfristigen politischen Programmen. Indem die konkrete Utopie mögliche zukünftige Probleme mit einer Intensität als seien es Gegenwartsprobleme im Bewußtsein der Gesellschaft verankert und die Interdependenz zwischen jenem vermeintlichen Zukunftsproblem und der Gegenwart glaubhaft vermittelt, schafft die konkrete Utopie im weitesten Sinne Zukunftszielbewußtsein. Dadurch, daß sie Wissen um Künftiges verbreitet und plausibel macht, weshalb es gilt, sich bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt in einem geforderten Sinn zu entscheiden, trägt die konkrete Utopie dazu bei, jenen in weiten Teilen der Gesellschaft verbreiteten Zustand der Ungewißheit, des Ausgeliefertseins und letztlich der politischen Apathie abzubauen.

Gelingt es ihr Überdies, in ihrem Aktionskatalog die Möglichkeit für den Einzelnen und gesellschaftliche Gruppen zur aktiven Teilnahme an der Realisierung ihrer Ziele zu schaffen, so dürfte letztlich eine demokratische Gestaltung und Bewältigung der Zukunft gegenüber einer technokratisch autoritär-elitären durchsetzbar sein.

Abschließend läßt sich der konkreten Utopie eine Bedeutung im Hinblick auf jene exklusive gesellschaftliche Zielgruppe beimessen, die mit politischen Führungsaufgaben "betraut" ist.

Beschränkt sich Politik gegenwärtig vorwiegend noch auf ein der Tagespolitik verpflichtetes "Verwalten" der Gesellschaft und kennzeichnet sich durch eine geradezu leichtfertige Indolenz gegenüber künftigen und globalen Problemen, so führt die konkrete Utopie heraus aus diesem restriktiv entarteten Politikverständnis. Das Erstellen gesellschaftlich langfristig orientierter Zielvorstellungen im Sinne konkreter Utopien, für ihre Verbreitung im gesellschaftlichen Bewußtsein zu sorgen, alternative Entscheidungsmöglichkeiten zur Disposition zu stellen, und über politische Teilaktionsprogramme ihre Realisierung zu ermöglichen, gehört zu den konstitutiven Merkmalen politischer Aktivität, die zu Recht für sich in Anspruch nehmen darf, daß sie im weitesten Sinne "politisch" ist.

Um abschließend die Frage zu beantworten, welche Funktion das Erstellen konkreter oder realer Utopien für eine Gesellschaft wie die der BRD hat, lassen sich die verschiedenen Funktionselemente in einem prioritätsorientierten Katalog zusammenfassen:

- a) Emanzipationsfunktion
- b) Zukunftszielbewußtsein zu vermitteln
- c) Partizipationsfunktion
- d) Identifikationsfunktion
- e) Integrationsfunktion
- f) Erweiterung der Führungsaufgaben der Politiker, die u.a. darin bestehen, Zielprojektionen zu entwickeln.

Ob und in welchem Ausmaß sich ein Umdenken im obigen Sinne in den beiden großen Parteien der Bundesrepublik nachweisen läßt, soll im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit untersucht werden.

III. Kritische Rezeption bisheriger Ansätze der Zukunftsforschung

1. Allgemeine Futurologiekritik in bezug auf die Abgrenzung zu anderen Disziplinen und der Frage, inwieweit sie als Wissenschaft gilt

- a) Futurologie - kein prinzipielles Novum. Zum futurologischen Aspekt anderer Wissenschaften

Im folgenden empfiehlt es sich, einen kurzen Überblick über das zu geben, was unter Futurologie bzw. Zukunftsforschung im engeren Sinne verstanden wird. Nur wenn die Diskussion um diese zum Teil noch umstrittene Variante der Wissenschaft wiedergegeben wird, wenn die Kritik zu Wort kommen kann und schließlich eine Arbeitsdefinition versucht wird, können die Forschungsergebnisse dieser "neuen Disziplin" in den Kontext gebracht werden, der notwendig erscheint, um anhand dieser Aussagen das Zukunftsbewußtsein in unseren Parteien zu messen. Dieser Abschnitt kann sicherlich kein im wissenschaftstheoretischen Sinne befriedigender Beitrag zum Thema Futurologie sein. Dazu ist die Diskussion bereits zu umfangreich. Wollte man einen Beitrag, der diesem Anspruch voll gerecht wird, erarbeiten, so bedürfte dies einer eigenen umfangreichen Studie. Dennoch soll im folgenden so knapp wie möglich versucht werden, ein Problembewußtsein zu vermitteln, das das wiedergibt, was sich bisweilen mit dem Begriff Futurologie verbindet. Vorrangig soll dabei der Aspekt behandelt werden, wo der Verfasser in Abgrenzung zu anderen Definitionen und Sehweisen sein eigenes Futurologieverständnis zu entwickeln versucht. Dabei soll klar werden, unter welcher "Optik" das eigentliche Forschungsfeld, nämlich die Zukunftskonzeptionen der Parteien, analysiert wird.

Zunächst kann man davon ausgehen, daß Futurologie als eigene Disziplin, sofern sie das überhaupt zu sein beansprucht, sicherlich nicht neu ist. "Zukunftsforschung" im weiteren Sinne wur-

de und wird bereits seit geraumer Zeit betrieben, wenn man darunter die futurologischen Aspekte der einzelnen Wissenschaften versteht. Die Notwendigkeit zu planen ist längst ein konstitutives Merkmal sozialen Handelns geworden. Planen impliziert aber immer Vorausschau. Der Streit um das, was voraussehbar ist, vor allem ob die Methoden der Prognoseversuche auch genügend "wissenschaftlich" sind, ist so alt wie der Versuch, die Zukunft aus dem Bereich des Spekultativen in den des Kalkulierbaren zu holen. Das liegt wohl an der trivialen Erkenntnis, daß hier nur mit wenig Fakten gearbeitet werden kann, da im Augenblick der Faktizität die Dinge in die Dimension der Gegenwart und Vergangenheit gelangt sind. Doch die ständig zunehmende Geschwindigkeit der Innovationsprozesse und unserer sich dadurch ständig verändernden Umwelt und der ständig zunehmenden Komplexität der sozialen Systeme hat zwingender als in jeder anderen Epoche der Menschheitsgeschichte die Notwendigkeit zur Prognose und Planung des "zeitlich noch vor und Liegenden" im allgemeinen Bewußtsein geprägt. Insofern ist es kein Zufall und sicherlich keine Mode, wenn gerade in den letzten 25 Jahren die Futurologie als umfassende Wissenschaft von und über die Zukunft geboren wurde und seither ständig weiterentwickelt wird. Das Unbehagen um die unbestrittene Funktion dieser "neuen Wissenschaft" verbindet sich mit der Erkenntnis ihrer zum Teil noch unzureichenden Methoden und ist eine Erklärung für die Skepsis, mit der der Zukunftsforschung gemeinhin noch begegnet wird. Gelegentlich mag es geradezu als absurd erscheinen, wenn manche die Futurologie mit dem Hinweis auf das Spekulative ihres Forschungsgegenstandes ablehnen, wo doch gleichzeitig die Zukunft in bereits fatal-unabänderlicher Weise "vorprogrammiert" zu sein scheint und die Menschheit seither mit dem "Ticken mehrerer Zeitbomben" zu leben gelernt hat.

Nichts verdeutlicht die Tatsache, daß angewandte Futurologie längst ein integraler Bestandteil menschlichen Handelns ist, besser als eine Äußerung Georg Lukács, der der Futurologie

als Wissenschaft aber mit großer Skepsis begegnet: "Wenn ich als Außenstehender die Futurologie betrachte, habe ich das merkwürdige Gefühl, daß man mit Futurologie versucht, eine Wissenschaft daraus zu machen, was menschliche Praxis von vornherein und notwendigerweise immer gewesen ist. ... Es ist die Frage, in welchem Maße Erfahrungen, die Urerfahrungen sind und die aus keiner Praxis ausschaltbar sind, zu Wissenschaft werden können".¹⁾

Dann bringt Lukács das Beispiel von einem Landwirt, der seine Kuh mit einem bestimmten Stier paart. Dies sei bereits ein futurologischer Versuch, weil dieser Landwirt aus der Erfahrung heraus die berechtigte Hoffnung habe, daß er mit einem bestimmt beschaffenen Stier eben bessere Nachkommen in seiner Rinderzucht erzielen wird als mit einem anders beschaffenen Stier. Daher kommt der ungarische Philosoph zu der Erkenntnis, daß das, was man gegenwärtig Futurologie nenne, ein notwendiges Element einer jeden Wissenschaft und menschlichen Praxis sei. Er nennt ein Beispiel kapitalistischer Futurologie auf ökonomischem Gebiet, die er als "halbwissenschaftlich" einstuft, nämlich das Versicherungswesen. Jede Art von Versicherung beruhe auf dem Versuch, eine Tendenz statistisch zu erfassen, den Durchschnitt mathematisch zu ermitteln und den Menschen dann eine Garantie für die Zukunft zu geben. Dennoch glaube er nicht, daß man dieses aus verschiedenen Wissenschaften herausgegriffene Moment zu einer einheitlichen Wissenschaft zusammenfassen könne. "Es gibt keine einheitliche Futurologie in dem Sinne, wie wir von einer einheitlichen Mathematik, Geometrie oder Physik oder Ökonomie sprechen können. In jeder gesellschaftlichen Wissenschaft ist ein futurologisches Element, das den Entwicklungsgesetzen dieser Wissenschaft entspricht."²⁾

1) Vgl. Ausschnitte aus einem Gespräch mit Georg Lukács über Futurologie, in: Futurologie - Zukunftsforschung, Basis-Dokumentation; hrsg. v. Basis - Freiburger Studentenzeitung und Asta, 1971, S. 109 f.

2) ebd., S. 110

Allein die sozialistische Planwirtschaft setze ein hohes Maß an futurologischen Elementen voraus. Er stimme auch mit Galbraith darin überein, daß es im Kapitalismus im Kampf um den Marktanteil zu einer "Art Planwirtschaft der Manipulation des Marktes" gekommen sei.

"Das bedeutet, daß futurologische Elemente in der ökonomischen Praxis in zunehmendem Maße vorhanden sind. Es ist ein sehr großer Unterschied, ob ich in jeder Wissenschaft ein Mitwalten futurologischer Elemente anerkenne und untersuche, oder ob ich diese Elemente herausnehme und eine selbständige Wissenschaft daraus mache."¹⁾ Trotzdem gäbe es aber rein mathematische Gesetze, die unabhängig sind, ob man sie eben in Ökonomie, Physik oder Chemie anwende. Dies könne aber für futurologische Thesen nicht gelten. Ein interdisziplinäres Übergreifen spezifischer futurologischer Methoden und Gesetze gibt es nach Lukács nicht. Dies ist aber für ihn die Bedingung, die Futurologie als selbständige Wissenschaft anzuerkennen. Was an Lukács Argumentation interessant erscheint, ist, daß er ähnliche Einwände wie die positivistische Kritik an der Futurologie vorbringt. Zunächst soll die Kritik an der Futurologie wieder in den Hintergrund treten. Die Frage, ob und inwieweit die Zukunftsforschung wissenschaftlich ist, soll im folgenden Abschnitt behandelt werden. Wichtig an dem Exkurs zu Lukács ist die Tatsache, daß hier sehr deutlich wird, daß Futurologie kein prinzipielles Novum ist und futurologische Aspekte längst notwendiger Bestandteil zahlreicher anderer Wissenschaften sind und überdies aus menschlichem Handeln kaum wegzudenken sind.

Aller Kritik zum Trotz ist die Futurologie dabei, sich zu etablieren. Eine Wissenschaft, die darauf beruht, die futurologischen Aspekte ihrer Zuträgerwissenschaften zu koordinieren, läuft Gefahr, "zur Universalwissenschaft schlechthin"²⁾ zu werden.

1) Futurologie - Zukunftsforschung, a.a.O., S. 110

2) Schelsky, Helmut: Planung der Zukunft, in: Soziale Welt, Heft 2, 1966, S. 172

Flechtheim allerdings hält dem entgegen, daß man durchaus zwischen ausgesprochen zukunftsorientierten Wissenschaften, "zeitlosen" Disziplinen und Wissenschaften der Vergangenheit¹⁾ unterscheiden könne. Demnach sind Zoologie und Geologie ausgesprochen vergangenheitsorientierte Wissenschaften, ebenso wie die Geschichtswissenschaften, während Geisteswissenschaften im engeren Sinne, wie Logik und Mathematik, Rechtslehre, aber auch die reinen Naturwissenschaften wie die theoretische Physik und die Chemie zweifellos zu den "zeitlosen" zu rechnen sind.

Aufgabe der Futurologie schließlich ist es u.a., den futurologischen Aspekt der verschiedenen Disziplinen so zu koordinieren, daß auch eine wissenschaftliche Gestaltung der Zukunft möglich ist. Doch zur Synopsisfunktion der Futurologie, wie sie Flechtheim versteht, an einer anderen Stelle noch ausführlicher. Die Darstellung der Funktion, die die Zukunftsforschung in unserer politischen und sozioökonomischen Umwelt trotz der Kritik an ihrer Wissenschaftlichkeit einnimmt, soll diesen Abschnitt beschließen.

Nach Meinung einiger Autoren kommt der Zukunftsforschung in der nachindustriellen, spätkapitalistischen Gesellschaft eine Schlüsselstellung zu, da die Gesamtgesellschaft von Wissenschaft und Technik, d.h. letztlich also von systematischer Planung, zunehmend abhängig werde.

"Traditionelle Technologien - wie der Maschinenbau - kommen an Kapazitätsgrenzen. Der Markt ist für viele Grundbedürfnisse gesättigt. Es muß jedoch weiter produziert und abgesetzt werden. Einen Ausweg bietet die Rüstungswirtschaft, die nicht auf die allgemeine Marktnachfrage angewiesen ist. Vor allem jedoch haben ständige Neuerungen durch die wissen-

1) Vgl. Flechtheim, O. K.: Soziologie, Politologie, Futurologie: Begriffsbestimmungen und Problemstellungen, in: Neue Sammlung, Heft 3, 1967, S. 194

schaftliche Forschung die Funktion, Wirtschaft und Wirtschaftsgesellschaft in Gang zu halten."¹⁾ Dies wiederum bewirkt einen Konzentrationsprozeß in der Forschung, der sich im Trend zur Großforschung, so etwa in der Großchemie oder in den Großlaboratorien wie etwa dem halbstaatlichen Kernforschungszentrum Karlsruhe abzeichnet. Neben der Konzentration der Forschung der großen Konzerne im Bereich der Wirtschaft wirkt sicherlich der Staat über den Investitionssektor als Hauptstimulanz dieses Trends. Das sogenannte Wissenschaftskabinett der Bundesregierung verabschiedete am 24. Oktober 1972 den Entwurf für das vierte Atomprogramm. Demnach ist vorgesehen, daß 1973 bis 1976 Ausgaben in Höhe von 6.5 Milliarden DM zur weiteren Förderung von Kernforschung und -technik vorgesehen sind.²⁾ Hierbei will der Bund 90 % dieser Summe bereitstellen. Dabei haben einzelne Entscheidungen über Forschungsprioritäten eine zunächst nicht abschätzbare Multiplikatorwirkung im technischen Verwertungsprozeß ihrer Ergebnisse. Auf die Bedeutung, die hierbei der ständig wachsenden Innovationsgeschwindigkeit zukommt, wurde bereits hingewiesen. So dauerte beispielsweise die Entwicklung von der Entdeckung der Laserstrahlen bis zu ihrer technischen Ausreifung und ihrer Marktanwendung nur mehr etwa zwei Monate.

Vergleicht man diesen knappen Zeitraum mit der Innovationszeit bei der Dampfmaschine, die fast neunzig Jahre dauerte, so wird an diesem Beispiel sehr plausibel illustriert, welche Bedeutung dem frühestmöglichen Abschätzen der Wirkung künftiger Neuerungen beizumessen ist.

Welche Bedeutung die angewandte Futurologie über verschiedene neue Berufssparten wie "Planungschef, wissenschaftlicher Berater in Wirtschaft und Politik sowie Entwicklungsleiter"

1) Grossner, Claus: Zukunftsforschung ohne Zukunft - Sind Futurologen Scharlatane? in: Futurologie - Zukunftsforschung, Basis-Dokumentation, a.a.O., S. 102 f.

2) Vgl. Der Tagesspiegel v. 25. Oktober 1972, S. 8

für die berufliche Praxis und damit für die Herrschaftsstruktur der Gesellschaft hat, ist unschwer zu ermessen. Mit der zunehmenden Planung und "Verplanung" gesellschaftlicher Prozesse steigt hier eine neue Gruppe funktionaler Machteliten auf, die bald die Spitze hierarchischer Herrschaftsstrukturen bilden dürfte. Es ist ein Verdienst Claus Grossners, eingehend auf die Gefahren hingewiesen zu haben, die hier der Demokratie von einem noch weitgehend unbekannten Faktor drohen.

Hier beginnt eine neue Gruppe Herrschaft auszuüben, indem sie weitgehend eigenmächtig die Ziele der "neuen Qualität des Lebens" verbindlich präjudiziert; Ziele, die weder hinreichend diskutiert noch demokratisch ermittelt wurden. "Bacons 'Wissen ist Macht' und August Comtes 'Vorherwissen ist Macht' gelten auch für die Futurologen, deren Wissenschaft sich nicht empirisch ausweisen läßt; ihr Einfluß wächst, und sie verändern die Gesellschaft nach Ideen, über die öffentlich diskutiert werden müßte."¹⁾

Einer Gesellschaft, deren bonum comune bislang als das kleinste gemeinsame Vielfache der mächtigen unter den organisierten Interessen ermittelt wurde, droht der Umbruch in eine geplante Gesellschaft. So sehr die Hoffnungen vieler auf einer Besserung durch letzteres ruhen, sollte nicht vergessen werden, daß zu den Gefahren der Aushöhlung der pluralistischen Demokratie zu einer Formaldemokratie der mächtigsten Interessen hier in einer weitgehend geplanten Gesellschaft die Gefahren der Willkür der Planungstechnokratie hinzukommen.

Inwieweit gerade die Diskussion um die Demokratisierung der Planungsprozesse von den Parteien in ihren Zukunftskonzeptionen berücksichtigt werden, soll dem empirischen Teil der Ar-

1) Grossner, Claus: a.a.O., S. 103

beit vorbehalten sein. Dann wird es sich erweisen, ob es der CDU beispielsweise gelingt, durchaus berechnete Einwände im erwähnten Sinne zu einem generellen Ressentiment gegen Planung schlechthin auszubauen oder beispielsweise die SPD, die der Notwendigkeit, die Gesellschaft zu planen, zwar aufgeschlossen gegenübersteht, in ihren Konzeptionen aber zu wenig die Gefahren berücksichtigt, die der Demokratisierung durch eine Planungstechnokratie und damit einer neuen Herrschaftsschicht drohen.¹⁾

1) Eine sicherlich nicht uninteressante Frage wäre die Erörterung, ob in einer geplanten Gesellschaft nicht de facto herkömmliche Demokratiekonzeptionen eine nicht unerhebliche Einschränkung erfahren. In diesem Zusammenhang ist auf das Buch von Bachrach, Peter: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft, Frankfurt/M. 1970, zu verweisen, in dem eine Synthese zwischen Elitenherrschaft und Demokratie versucht wird.

b) Zum Wissenschaftscharakter der Futurologie

Peter Weingart verweist auf die Tatsache, daß Friedensforschung und Zukunftsforschung auf spezifische Weise miteinander vergleichbar sind. Dies nicht nur, weil beide an "zukünftigen Zuständen" interessiert sind. Eine vergleichsweise Betrachtung beider junger und umstrittener Wissenschaften erscheint bei ausführlicher Untersuchung durchaus plausibel und dürfte sowohl für die Friedensforschung als auch besonders für die Zukunftsforschung durch Analogieschlüsse die Erkenntnisbreite spürbar ausweiten bei der Beantwortung der Frage nach der Wissenschaftlichkeit beider Disziplinen. Dennoch gilt es vorweg, einen wichtigen Unterschied zu klären, um ein unreflektiertes Vorverständnis zu vermeiden. Demnach ist "Frieden" inhaltlich bestimmt, während der Begriff "Zukunft" rein formal gesehen keinen Wert in dem Sinne impliziert wie "Frieden". "Zukunft" ist als Erkenntnisgegenstand unbegrenzt, sowohl in der ihr inhärenten Zeitdimension als auch - und das ist noch wichtiger - im Hinblick auf ihre empirische Konkretisierung. 'Zukunft' als Erkenntnisgegenstand beinhaltet immer die Frage, 'Zukunft' wovon; denn wie Schelsky pointiert fragt: 'Welcher Gegenstandsbereich ist nicht 'Zukunft'?'¹⁾ 'Zukunft' läßt sich formal also im Hinblick auf alle möglichen Gegenstände oder Fragestellungen analysieren, und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Futurologie hierbei ebenso wie Friedensforschung auf die traditionellen reinen Disziplinen angewiesen ist, daß sie also auch eine angewandte Wissenschaft im Sinne Galtungs ist."²⁾

Weingart bezieht sich hierbei auf den von Galtung herausgearbeiteten Unterschied zwischen reinen und angewandten Wissenschaften. Demnach sind die reinen Wissenschaften dadurch ge-

1) Schelsky, Helmuth: a.a.O., S. 172

2) Weingart, Peter: Friedensforschung und Futurologie - Wege zur heimlichen Programmierung der Wissenschaftspolitik, in: Futurum, Heft 3, 1970, S. 339

kennzeichnet, daß sich ihre Probleme durch den Forschungsprozeß selbst stellen, während die angewandten oder zielgerichteten Wissenschaften "... von autotelischen Werten wie Kontrolle über die Natur, Gesundheit, Wohlfahrt, Rechtmäßigkeit, Frieden usw. abgeleitet ... (sind). Die Wissenschaften oder Disziplinen, die solche Fragen beantworten, können als angewandt oder gerichtet auf diese Problemreihe oder auf diesen höchsten Wert, als Ziel bezeichnet werden. Das ist Zielforschung, die nicht mit Anwendungsforschung verwechselt werden sollte".¹⁾

Eine analoge Analyse von Friedensforschung und Futurologie empfiehlt sich schon daher, weil sich beide Wissenschaften in einer spezifisch verwandten Weise sowohl inhaltlich als auch und vor allem strukturell von den klassischen Disziplinen unterscheiden. Beide seien nicht wissenschaftliche Disziplinen im geltenden Sinne akademischer Organisationen und Konstitutionsprinzipien. Sie implizieren vielmehr "den Anspruch auf eine spezifische Orientierung der traditionellen Disziplinen, zumindest, soweit diese mit den übergreifenden Bezügen Frieden bzw. Zukunft in Verbindung zu bringen sind. Sie implizieren also den Anspruch auf intradisziplinäre und interdisziplinäre Prioritätensetzung der Forschung".²⁾ Ebenso wie die Friedensforschung lebt die Zukunftsforschung aus dem spezifischen Verhältnis der einzelnen traditionellen oder reinen Wissenschaften, die hier die Funktion von "Zuträgerwissenschaften"³⁾ einnehmen.

1) Galtung, Johan: Friedensforschung, in: Krippendorff, Ekkehart (Hrsg.): Friedensforschung, Köln und Berlin 1968, S. 522, zitiert nach Weingart, Peter: a.a.O., S. 331

2) Weingart, Peter: a.a.O., S. 330

3) Vgl. hierzu Kaiser, K.: Friedensforschung in der Bundesrepublik, Gegenstand und Aufgabe der Friedensforschung, ihre Lage in der Bundesrepublik sowie Möglichkeiten und Probleme ihrer Förderung. Im Auftrag der Stiftung Volkswagenwerk, Göttingen 1970, S. 24

Die Form, in welcher die einzelnen Zuträgerwissenschaften zum Tragen kommen, gibt Auskunft darüber, ob es sich jeweils um eine interdisziplinäre oder multidisziplinäre Form der Forschung handelt. Bei der interdisziplinären sei die Arbeit des Forschers an seine traditionelle Ausbildung gebunden, und er solle lediglich innerhalb eines verbindenden institutionellen Rahmens Vorstellungen aus anderen Disziplinen mit aufnehmen, während die multidisziplinäre Form ein Team aus Vertretern vieler Disziplinen voraussetze, die kooperativ, d.h. zusammen an einem Problem arbeiten und die Ergebnisse in einem gemeinsamen Forschungsbericht vorlegen.

Somit wäre auch dem Vorwurf begegnet, daß die Futurologie schon deshalb keine Wissenschaft sui generis sei, weil sie sich bislang nur wissenschaftlicher Methoden anderer Wissenschaften bemächtige und keine futurologiespezifischen Methoden entwickelt habe. Wie überhaupt dieser Aspekt, die Futurologie zu begreifen, dem sich der Verfasser ausdrücklich anschließen möchte, die langwierige und komplexe Kontroverse um die Wissenschaftlichkeit der Zukunftsforschung obsolet erscheinen läßt. Dennoch sollen noch einige Gesichtspunkte zu dieser Diskussion wiedergegeben werden, um die Futurologie gegen falsche, ihr unterstellte Implikationen abzusichern und ihre Bedeutung als praktische, die Zukunft gestaltende Wissenschaft herauszustellen.

Eine Verdichtung von der interdisziplinären über die multidisziplinäre Form in der Zukunftsforschung betrieben wird, hin zu einem Endzustand, in dem eine Amalgamation von Einzeldisziplinen erfolgt ist. Futurologie in ihrer bisher weitgehend heuristischen Funktion dürfte dann sicherlich auch ihre eigenen spezifischen Methoden herausgebildet haben.

Der Vorwurf in bezug auf das Fehlen eigener Methoden scheint von daher besehen noch als unnötig, will man dies als Haupt-

indiz gegen ihre Wissenschaftlichkeit anführen. Hier bietet sich eine Parallele an, die man zu der Entwicklung der Politologie ziehen kann, die sich ihren wesentlichen Teilen in ihrem Konstituierungsprozeß ursprünglich ebenso ausschließlich auf die Methoden ihrer Zuträgerwissenschaften zu stützen hatte.

Weingart macht im Zusammenhang mit der Analogie zwischen Futurologie und Friedensforschung auf einen anderen, sehr wichtigen Aspekt der Diskussion um die Wissenschaftlichkeit der Futurologie aufmerksam. Da die Überspezialisierung der klassischen Wissenschaften zu scheinbar unüberwindlichen Kommunikationsschwierigkeiten geführt habe, gleichzeitig aber komplexe Problembereiche eine baldmögliche Bewältigung erfahren müssen, ist das der deutschen Wissenschaft typische disziplinäre Organisationsprinzip weitgehend durch ein "integriertes dynamisches System der Wissenschaft"¹⁾ abgelöst worden. Es läßt sich der "Übergang von einem statisch vertikalen zu einem dynamisch horizontalen Organisationsprinzip der Wissenschaft"²⁾ konstatieren, was zur Herausbildung von problem- bzw. systembezogenen Superwissenschaften geführt hat. Wie umstritten die Friedens- und Zukunftsforschung im Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Bereich auch sein mag, die Notwendigkeit von Superwissenschaften im naturwissenschaftlichen Bereich, wie etwa Ozeanographie und Ökologie, ist sicherlich unumstritten. Es wird daher für das weitere Verständnis von Futurologie und Friedensforschung davon abhängen, wie diese beiden Disziplinen ihre gesellschaftliche Funktion begreifen und sie darstellen, um ihre Notwendigkeit hinreichend als "Problemlösungswissenschaft" gegenüber dem öffentlichen Bewußtsein zu legitimieren. Die Zukunftsforschung erfährt nicht nur in einem einseitigen Beeinflussungsprozeß Impulse von ihren Zuträgerwissenschaften, sondern hat

1) Weingart, Peter: a.a.O., S. 344

2) ebd.

auch einen enormen Einfluß auf die Einzeldisziplinen. Eine ausgeprägte Lenkungsfunktion sei Friedensforschung und Futurologie ihrer Struktur inhärent. Über ihre Integrationsfunktion hinaus wirkt die Futurologie auch selektiv und gewichtend. "Diese Wirkung erstreckt sich nicht nur auf das Verhältnis der Einzeldisziplinen zueinander, sondern reicht auch in die Disziplinen hinein, wo diese 'Selektion' sich als Gewichtung von Fragestellungen und Methoden auswirkt. Diese intra- und interdisziplinäre Prioritätensetzung entscheidet potentiell über den Gang wissenschaftlichen Fortschritts, über seine Richtung, über die von der Wissenschaft vorrangig behandelten Fragen, über das Entwicklungstempo einzelner Disziplinen und damit indirekt auch über die Entwicklung der Gesellschaft in den (zunehmendem) Maße, in dem diese von deren Problemlösungskapazität abhängig wird. In der Friedens- und Zukunftsforschung wird der gesellschaftliche und politische Bezug der Wissenschaft klarer denn je zuvor in einer Einzeldisziplin; darüber sollte auch ihr zur Zeit noch relativ geringer Entwicklungsstand nicht hinwegtäuschen."¹⁾

Insofern brauchen Friedens- und Zukunftsforschung Relevanzkriterien für die "selegierende" Integration ihrer Zuträgerwissenschaften. Dies gelte sowohl für die interdisziplinäre als auch intradisziplinäre Prioritätensetzung und Koordination.²⁾

Es sei daher nicht verwunderlich, daß die Friedens- und Zukunftsforschung über ihre unmittelbare Lenkungsfunktion in der Wissenschaft als eine Art "Steuerungsdisziplin" vor allem auch auf den politischen Bereich in Anlehnung an Klaus

1) Weingart, Peter: a.a.O., S. 345

2) Vgl. hierzu ausführlich: Lompe, Klaus: Das Verhältnis der "Zukunftsforschung" zur Wissenschafts- und Regierungslehre, Kritische Analyse der Bezugspunkte eines neuen Forschungszweiges, in: Futurum, Bd. 2, Heft 1, S. 24; zit. nach: Weingart, Peter, a.a.O., S. 343

Lompes Begriff "Machtfaktor Wissenschaft"¹⁾ nicht zu übersehende Anziehungskraft²⁾ ausübt. Dabei ist man vor allem an "technokratischen Sozialstrategien interessiert, wie sie das spätkapitalistische staatliche Krisenmanagement braucht"³⁾, um Rezepte für ihre Planungsaufgaben im Entscheidungsbereich in die Hand zu bekommen.

Dabei dürfte das multidisziplinäre Vorgehen der Friedens- und Zukunftsforschung exemplarisch für die Intentionen politischer Instanzen sein, denen es ja auch darum geht, komplexe soziale Zusammenhänge in den Griff zu bekommen und die hier entstandenen Probleme zu lösen. Von daher erscheint es dem Verfasser als naheliegend, wenn die Zukunftsforschung immer wieder in Gefahr gerät, eine originäre Herrschaftswissenschaft zu werden. Das Entstehen der Futurologie und die Tatsache, daß Zukunftsforschung in den USA längst auch unter Investitionsgesichtspunkten zu einer entsprechend "gehätschelten" Wissenschaft geworden ist, die bereits sichtbarer Bestandteil des Herrschaftsmechanismus ist, sollten der Diskussion um die Herrschaftsfrage bei der Konstituierung der europäischen Futurologie einen vorrangigen Stellenwert einräumen. Gerade der Verlauf der "Third World Future Research Conference" in Bukarest (3. - 10. 9. 1972) unterstreicht die Erkenntnis, wie schwer es ist, hat man sich einmal unreflektiert in den Dienst der status quo stabilisierenden Kräfte gestellt, sich wieder zu lösen, und einen kritischen Standpunkt einzunehmen. So berichtete Anthony Wiener, Mitautor des Futurologieklassikers "Ihr werdet es erleben" von Hermann Kahn, wie er sich unter dem Eindruck der Teamprognose "Limits to Growth" von Dennis Meadows aus dem Hudsoninstitut gelöst habe, um künftig unabhängige und kritische Forschung zu betreiben.

-
- 1) Vgl. Lompe, Klaus: Politische Wissenschaft und politische Planung, in: Die Mitarbeit, Vol. 17, 1968, S. 23
 - 2) Diese Anziehungskraft der Futurologie auf politische Instanzen wurde dem Verfasser besonders anhand der Teilnehmerzusammenstellung bei der "Third World Future Research Conference" in Bukarest v. 3. - 10. Sept. 1972 bewußt.
 - 3) Weingart, Peter: a.a.O., S. 347

In diesem Zusammenhang ist es geradezu bestürzend, feststellen zu müssen, wie wenig Beachtung dem Aspekt der Superwissenschaft Futurologie als ideales Herrschaftsinstrument in der Kritik bürgerlicher Wissenschaftler an der Zukunftsforschung geschenkt wird, während sich die marxistische Kritik in erster Linie darum bemüht, möglichst viele Beispiele dafür zu bringen, welchen festen Bestandteil die Futurologie im Kapitalismus als ausgesprochen praxisrelevante Wissenschaft hat, die eine quantité négligeable eines überflüssigen Betätigungsfeldes ehrgeiziger selbsternannter Futurologen darstellt.

Interessant dürfte sein, daß sich auch die marxistische Kritik mit der Frage befaßt, inwieweit die sogenannte bürgerliche Zukunftsforschung Wissenschaftscharakter habe. Ohne die spezielle Kritik seitens marxistischer Autoren vorwegzunehmen, die in einem folgenden Abschnitt ausführlicher dargestellt werden soll, muß hier einiges vorwegbemerkt werden. Formal deckt sich der Vorwurf mit der Kritik, die aus dem vorwiegend positivistischen Lager gegen die Zukunftsforschung formuliert wird. Die bürgerliche Zukunftsforschung habe keine wissenschaftlich-theoretische Basis. Igor Bestuschew-Lada wirft der Futurologie vor, ihr Forschungsbereich sei zu breit angelegt, und sie sei zu diffus abgegrenzt gegenüber anderen Disziplinen, kurz, sie habe kein genau definiertes Forschungsobjekt.¹⁾ Das erinnert an den Einwand bürgerlicher Futurologiekritiker, die meinen, eine genaue Abgrenzung des Forschungsfeldes sei schon aus dem Begriff Zukunft nicht möglich, da "Zukunft" ubiquitären Charakter habe. Besonders deutlich wird diese Argumentationsverwandtschaft zwischen bürgerlichen und marxistischen Kritikern bei dem bereits zitierten Lukács. Auch der DDR-Autor Alfred Bönisch stellt die Frage nach der Wissenschaftlichkeit der bürgerlichen Zukunftsforschung. Dabei kommt

1) Vgl. Bestuschew-Lada, Igor: Utopien der bürgerlichen Futurologie, in: Basis-Dokumentation, a.a.O., S. 107

er zu dem Schluß, daß die Futurologie schon deshalb nicht wissenschaftlich sei, weil sie in den Widersprüchen des Kapitalismus befangen sei. So kommt es, daß die bürgerliche Futurologie sich übermäßig stark auf technische Trendanalysen¹⁾ beschränke, die den status quo reproduzieren, anstatt die Ursachen der sich in den Trends manifestierenden Widersprüche zu erforschen. Der unwissenschaftliche Charakter der Futurologie werde vor allem in der Behandlung von Gesetz, Hypothese und Prognose deutlich. Die spezifisch subjektivistische Betrachtungsweise bürgerlicher Wissenschaft verhindere die Einsicht, daß erst die Aufdeckung des Allgemeinen Aussagen über die künftige sozial-ökonomische Entwicklung gestattet. Erst wenn sich die Futurologie die Aussage des objektiv existierenden Zusammenhanges von Gegenwärtigem und Zukünftigem zugrundelege, werde sie wissenschaftlich. Diese Forderung leiste nur die Konzeption des dialektischen Determinismus. Überdies sei eine spezielle Futurologie schon deshalb unsinnig, weil eine jede wissenschaftliche Theorie neben einer explikativen auch eine prognostische Funktion habe.²⁾

Da in der Futurologie bislang viel mit Trendextrapolationen gearbeitet wurde, bietet die Frage der Extrapolierbarkeit einen weiteren Ansatz zu Kritik an der Wissenschaftlichkeit der Zukunftsforschung. "Andererseits kann man feststellen, welche Prozesse sich zum Beispiel durch Zufälle so schnell ändern, daß sie nur für ganz kurze Zeitspannen extrapolierbar sind. Die Beeinflußbarkeit von Prozessen, die Extrapolierbarkeit ist eine allgemeine Frage."³⁾ Die Frage der Extrapolierbarkeit hängt weitgehend vom Gegenstand ab. Franz Jánosy meinte in einem Gespräch mit Georg Lukács, daß das Auffinden des Maßes von Extrapolierbarkeit verschiedener Prozesse daher ein brauchbares allgemeines Prinzip der Futurologie sein könnte. Dies sei immerhin besser, als sich mit

1) Vgl. Bönisch, Alfred: a.a.O., S. 35

2) ebd., S. 39

3) Jánosy, Franz in einem Gespräch mit Georg Lukács über Futurologie, in: Basis-Dokumentation, a.a.O., S. 110

der Feststellung zu begnügen, wie dies bislang die Futurologie gemacht habe, daß gewisse Prozesse eben irreversibel seien. Manche seien sicherlich irreversibel, sie hätten aber einen verschiedenen Stetigkeitsgrad. Ein anderer Teilnehmer dieses Gespräches definierte dann die Aufgabe der Futurologie aus dieser Kritik heraus wie folgt: "Die Aufgabe der Futurologie wäre es also, den möglichen Spielraum solcher bewußter Veränderungen aufzudecken. Hierzu müssen jedoch erstmal die erwähnten praktisch kaum beeinflubbaren objektiven Tendenzen - die fortschrittlichen, wie die schädlichen, retrograden und antihumanen - erforscht und ihr Gültigkeitsbereich festgestellt werden."¹⁾

Auch nicht marxistische Autoren sehen in falsch angelegten Extrapolationen eine Gefahr für die Futurologie, ihrem Wissenschaftsanspruch nicht entsprechen zu können. Helmut Klages glaubt sogar, die Futurologie von einer ausgesprochenen "Extrapolations-Falle" warnen zu müssen. So biete die Marxsche Prognose einer im Zusammenhang mit der Akkumulation des Kapitals immer wahrscheinlicher werdenden proletarischen Revolution ebenso wie die in der Sammlung "Today and Tomorrow" enthaltenen grotesken Fehlprognosen berühmter englischer und amerikanischer Naturwissenschaftler der 20er Jahre ein gutes Beispiel für falsch angelegte Extrapolationen. In diesem Beispielen, ähnlich wie in vielen anderen Fllen, hätten problematische oder sogar eindeutig fehlerhafte Prognosen ihre Ursache darin, "daß man wichtigen Punkten gegenwärtig beobachtbare Trends (oder auch Zusammenhänge zwischen verschiedenen Grssen) als Konstanten in Ansatz gebracht wurden, die sich dann in Wirklichkeit aber aufgrund des Eingreifens unberücksichtigt gebliebener 'intervenierender Variablen' veränderten".²⁾

1) Holl-Janossy, Maria, in dem oben erwähnten Gespräch, ebd., S. 111

2) Klages, Helmut: Aufgaben und Ziele der Zukunftsforschung, in: Basis-Dokumentation, a.a.O., S. 4

Die Zukunftsforschung würde in jüngerer Zeit diese gefährreichen "Extrapolations-Fällen" dadurch umgehen, daß sie die einfachen Trendextrapolationen durch Modelle ersetzen, die "den Zusammenhang zwischen den einzelnen Ursachengruppen und dem langfristigen Wachstum"¹⁾ von Reihen beschreiben, und somit der Komplexität der modernen Wirklichkeit eher gerecht werden. Dabei würden die zunächst dominierenden analytisch-mathematischen Modelle zunehmend von sogenannten "Simulationsmodellen" abgelöst.²⁾

Claus Grossner spricht im Zusammenhang mit der von der Futurologie bevorzugten Methode der Extrapolation sogar von einem "Ur-Sündenfall der Futurologen"³⁾, der darin bestehe, daß die Futurologen die cartesianische Methode der Naturwissenschaft unreflektiert übernehme und sie in komplexe Bereiche wie etwa die Politik übertrage. "Analog wie in einer mathematischen Reihe werden scheinbar naturgesetzliche Trends der Vergangenheit erhoben, dann in die Zukunft verlängert, extrapoliert. Damit erhalten diese Entwicklungstendenzen die Weihe unabänderlicher Gesetze. In Wirklichkeit setzen sie jedoch nur den status quo fort, ohne ihn zu kritisieren."⁴⁾

Die Kritik an der sicherlich oft falsch angewandten Methode der Trendextrapolation hat immerhin dazu beigetragen, die Futurologie in ihrer Gesamtheit in Mißkredit zu bringen. Andererseits erscheint eine an einem zweifelsohne nicht unwichtigen Kriterium aufgehängte Kritik sicherlich nicht dazu auszureichen, um als Schlußfolgerung der Futurologie in toto Unwissenschaftlichkeit zu attestieren. Es gibt weitaus verfei-

1) Anderson, Oskar (jr.): Stichwort "Trend", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 10, Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1959, S. 407, zit. nach Klages, Helmut, a. a. O., S. 5

2) Vgl. u. a. Forrester, Jay W.: Principles of Systems, Cambridge/Mass. 1968 (Second Preliminary Edition), Sec. 3. 2.

3) Grossner, Claus: Zukunftsforschung ohne Zukunft, Sind Futurologen Scharlatane? in: Basis-Dokumentation, a. a. O., S. 103

4) ebd.

nertere Methoden in der Futurologie, wie etwa die Spieltheorie, Ökonometrie oder Computersimulationen, die zunehmend die einfachen Trendextrapolationen, wie bereits erwähnt, abgelöst haben und so Prognosen komplexer Zusammenhänge hinreichend abgesichert erlauben. Letztere Methoden haben leider in der Bundesrepublik noch wenig Verbreitung gefunden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß Mißgriffe in der methodischen Anwendung sicherlich zu den Geburtswehen einer jeden Wissenschaft gehören, die sich in ihrer Konstituierungsphase befindet. Aus diesem Faktum gleich so generalisierende Vorwürfe zu formulieren wie Claus Grossner, daß dadurch die Futurologie die Beziehung zur Wirklichkeit verliere und drohe, zu einer Rechtfertigungstheorie für futurologische Ambitionen der Einzelforscher zu werden¹⁾, erscheint dem Verfasser unangemessen.

Erich Jantsch ist bezüglich der Verfeinerung des Methodenapparates der Futurologie recht optimistisch. Er glaubt, daß bereits in wenigen Jahren zumindest die technisch-ökonomische Vorhersage eine so große Perfektion erreichen wird, daß sie in den Planungsprozeß selbst einmünden und nicht mehr als Disziplin aus eigenem Recht fortbestehen wird.²⁾

Der Frage, ob die Aussagen der Futurologie den Grad an Exaktheit zu erreichen vermögen, den man von wissenschaftlichen Aussagen zu fordern gewohnt ist, geht u.a. Flechtheim ausführlich nach.³⁾ Nach seiner Ansicht ist es falsch, von jeder Disziplin, die sich Wissenschaft nennt, nur absolut sichere Erkenntnisse zu erwarten. Zwar orientiere sich unser Wissenschaftsbegriff vor allem an den "exaktesten" Wissenschaften wie Mathematik und Astronomie, Physik und Chemie,

1) Grossner, Claus: a.a.O., S. 103

2) Vgl. Jantsch, Erich: Technocological Forecasting in Perspective, Publication of the OECD, Paris 1967, S. 18

3) Vgl. Flechtheim, O. K. u. a.: Futurologie - Möglichkeiten und Grenzen, Frankfurt/M. 1968, S. 21

doch würden auch Disziplinen, die nicht in diesem Sinne "exakt" sind, wie Meteorologie, Psychologie oder Ökonomie, durchaus als Wissenschaften anerkannt, ganz zu schweigen von der Philosophie oder gar der Theologie. Der Unterschied zwischen der Futurologie einerseits, Wissenschaften wie Soziologie, Ökonomie, Psychologie oder auch Biologie andererseits, sei also gar nicht so grundsätzlich, sondern eher gradueller Natur.

Lars Gustafson versucht, die Diskussion in eine andere Richtung zu führen. Er verwirft die klassische Unterscheidung zwischen "Meta-Ebene" und "Objekt-Ebene" für die Beurteilung der Wissenschaftlichkeit der Futurologie. So sei eine strenge Unterscheidung zwischen den beiden Ebenen in bezug auf die Futurologie sehr schwierig. Gemeinhin sei die Futurologie ihrem Selbstverständnis nach der Meta-Ebene zuzurechnen. Erst wo die Futurologie die Zukunft zu gestalten beginne, sei sie der Objekt-Ebene zuzurechnen. Erst auf dieser Ebene sei die Futurologie der Frage zugänglich, ob sie wissenschaftlich sei oder nicht. Sinnvolle Prognosen könne die Zukunftsfor-schung offenbar nur da anbieten, wo sie die Zukunft "politisch, ökonomisch und sozial mitgestaltet"¹⁾. Ob man diese Aktivität nun mit "Futurologie" oder anders bemesse, bleibe eine reine Frage der Terminologie. Damit sei aber eine gewisse Erkenntnis verbunden: "Wenn wir andererseits die Futurologie als eine Wissenschaft betrachten, die die Erfindung von neuen institutionellen, politischen und ökonomischen Instrumenten systematisch vorantreibt, dann verliert sie den isolierten 'objektiven' Charakter, der ihrem Anspruch anhaftet, eine Wissenschaft über die Zukunft zu sein. Sie wird mehr politische Aktivität den politische Wissenschaft."²⁾

Daß die Futurologie in diesem Zusammenhang ebenso wie andere Wissenschaften nicht frei sei von unterschiedlichen Interes-

1) Gustafsson, Lars: Ist Futurologie eine Wissenschaft? in: Futurum, Heft 2/1971, S. 126/127

2) ebd.

sen, die in ihren verschiedenen Richtungen differenziert zum Ausdruck kommen, unterstreicht Edgar Weick. Daher brauchte man ihr nicht zu unterstellen, daß sie deshalb unwissenschaftlich sei. Die Strategien zu Vermeidung oder Steuerung von Konflikten hätten mit dem wachsenden Konfliktpotential nicht Schritt halten können. Internationale Konflikte hätten sich zunehmend der Kontrolle der Großmächte entzogen, die zunächst die Rolle einer "Weltpolizei" einzunehmen gedachten. Die Konflikte würden längst schon außerhalb der dafür vorgesehenen Institutionen ausgetragen. Hinzu komme, daß mit der sprunghaften Entwicklung der Produktivkräfte in den hochindustrialisierten Staaten bisher unbekannte Probleme entstanden seien, die dazu führten, daß man die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen dieser Produktivkräfte neu stelle. "Die Futurologie, als Wissenschaft bereits älter als diese Krisenerfahrungen, sah sich in die Rolle einer Krisenwissenschaft gedrängt. Gegensätzliche politische Interessen drückten sich in ihr ebenso aus wie in anderen Disziplinen der Sozialwissenschaften."¹⁾

Eng mit der Frage der Wissenschaftlichkeit ist die Frage nach der Funktion der Futurologie verknüpft. Bisweilen hat letztere in aufgeklärteren Kreisen erstere verdrängt. Das Spektrum ist breitgefächert. Die einen sehen in ihr eine "Herrschaftswissenschaft" und reines "Krisenmanagement", andere sehen in ihr die Möglichkeit, die künftige Gesellschaft wissenschaftlich fundiert und langfristig orientiert zu verändern; sie betonen den Handlungsaspekt einer Futurologie, die nicht in erster Linie die Zukunft vorausszusehen habe, sondern vielmehr die Zukunft zu machen, d.h. zu gestalten habe. Insofern wird die Futurologie als angewandte Wissenschaft verstanden in deutlicher Anlehnung an die sogenannte konkrete Utopie.

1) Weick, Edgar: Die Zukunft - eine Utopie? in: "Wochen-schau" für politische Erziehung, Sozial- und Gemein-schaftskunde, Nr. 12, 22. Jahrg., August 1971, S. 263

Doch bei der Zuordnung des Gegenstandes, mit dem sich die Zukunftsforschung zu befassen habe, treten deutliche Unterschiede auf, auch wenn man sich bereits darüber einig ist, daß die Futurologie eine primär emanzipatorische und humanisierende Funktion habe. Bisweilen wird die Futurologie nicht als selbständige Wissenschaft angesehen. Fritsch z.B. charakterisiert sie eher als eine Haltung, die praxisbezogen, aber nicht kommerziell zu sein habe.¹⁾ Sörensen sieht in der Futurologie vor allem die Möglichkeit und Notwendigkeit zu interdisziplinärer Zusammenarbeit. Raffert weist der Futurologie eher die Position einer angewandten Zuträgerwissenschaft zu, die sich in den Dienst politischer Entscheidungsvorbereitung zu stellen habe. Bert van Steenbergen will die Futurologie als "expliziter Teil der implizit zukunftsorientierten kritischen Theorie"²⁾ verstanden wissen. Marković versteht die Futurologie ähnlich als "multidimensionale, gesellschaftskritische Wissenschaft"³⁾. Klages schließlich definiert Futurologie als eine "praktisch orientierte Theorie der Gesellschaftsentwicklung, die in ihrer zweiten Phase normativ-entscheidungslogische und extrapolatorische Ansätze durch komplexe Computer-Simulations-Modelle, hinter denen eine rational-experimentelle Einstellung stehe, ersetzt".⁴⁾

Abschließend noch einiges zum prognostischen Aspekt der Futurologie. Zunächst muß davon ausgegangen werden, daß sich Futurologie nicht auf Prognostik beschränkt, wie dies oft fälschlich angenommen wird. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Futurologie wichtige andere Aufgaben zu leisten hat. Dennoch kann auch unter dem Gesichtspunkt der pro-

1) Vgl. Strauch, Volkmar: Kritik der Zukunftsforschung - Futurologie in der zweiten Phase, in: "Analysen und Prognosen" Über die Welt von Morgen, hrsg. v. Zentrum Berlin für Zukunftsforschung e.V., Heft 21, Mai 1972, S. 25

2) ebd.

3) ebd.

4) ebd.

gnostischen Funktion der Futurologie ihre Wissenschaftlichkeit erörtert werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Kann eine Disziplin überhaupt exakte Aussagen, so gebietet es zumindest der Wissenschaftsanspruch einer bestimmten Wissenschaftstheorie, über etwas machen, was noch gar nicht existiert?

Hierzu ist folgendes zu sagen: Es ist sicherlich nicht Aufgabe der Zukunftsforschung, unerwartete und Überraschende Ereignisse vorauszusagen. Den Verlauf künftiger Ereignisse kann man nur dann annähernd voraussagen, wenn man im Besitz aller relevanten Informationen ist, die im Zusammenhang mit dem betreffenden erst in Zukunft eintretenden Ereignis stehen. Der Futurologie in ihrer prognostischen Variante geht es also nicht darum, bestimmte punktuelle Ereignisse vorauszusagen, sondern darum, langfristige Trends und die sich daraus eventuell ergebenden Alternativmöglichkeiten zu erkennen und zu erläutern bzw. abzuschätzen, welche der vermeintlichen Konsequenzen als wahrscheinlicher gilt. Insofern trifft die seriöse Zukunftsforschung ihre Aussagen nicht in der Form von "predictions", d.h. daß bestimmte Ereignisse sicher eintreten werden, sondern in der Form des "forecast", d.h. daß entsprechende Ereignisse bzw. Entwicklungen mit größerer und geringerer Wahrscheinlichkeit eintreten können. Indem sie ihre eigenen Aussagen hinterfragt und skeptisch überprüft und abwägt, erfüllt die moderne Zukunftsforschung zumindest ein wichtiges Kriterium auch des teilweise bereits überwundenen klassisch-positivistischen Wissenschaftsbegriffes.¹⁾

1) Vgl. Jungk, Robert: Anfänge und Zukunft einer neuen Wissenschaft: Futurologie 1985, in: Jungk, R./Mundt, H. J. (Hrsg.): Unsere Welt 1985, München 1985, S. 13 ff. - Hier schreibt Jungk, die Futurologie dürfe sich wissenschaftlich nennen, "seit sie anfängt, sich selbst in Frage zu stellen, ihre eigenen Grenzen zu erkennen und nur noch Hypothesen über künftige Entwicklungen vorzuschlagen, statt eherne Gesetze zu postulieren".

Durch die Relativierung ihrer Aussagen hebt sich die moderne Futurologie in ihrem Überwiegenden Teil sichtbar von den sozioökonomischen Zukunftsvisionen des 19. Jahrhunderts ab, die z.T. ihre Prognosen apodiktisch auf vermeintliche Gesetzmäßigkeiten stützen und sie so in Form einer absolut sicheren Aussage treffen. Insofern begreift sich die Futurologie in ihrem Überwiegenden Teil, was ihre prognostische Seite anbelangt, nicht als Wissenschaft von dem, "was die Zukunft bringen wird, sondern von den Möglichkeiten, die die Zukunft mit größerer oder geringerer Wahrscheinlichkeit bringen kann, vorausgesetzt, daß alle stillschweigend oder expressis verbis gemachten Prämissen tatsächlich eintreffen".¹⁾

1) "Futurologie", hrsg. v. Haus Rissen, in Auszügen wiedergegeben in: Information für die Truppe, Hefte für staatsbürgerliche Bildung und innere Führung, hrsg. v. Bundesminister der Verteidigung, Führungsstab der Streitkräfte, Nr. 2/1971, S. 166

2. Zur speziellen Kritik am Wissenschaftsanspruch der Futurologie

a) Die positivistische Kritik

Ihre präziseste Ausformung erfährt die Kritik an der Zukunftsforschung von der positivistischen Seite in Karl Poppers Grundlagenwerk "Das Elend des Historizismus". Hier wird der Geistes- und Sozialwissenschaft die Möglichkeit zur Prognose, die Wissenschaftscharakter hat, schlechthin abgesprochen. Damit erhält die Futurologie bereits in ihren Prämissen das Attest der Unwissenschaftlichkeit. Einmal seien Aussagen über den künftigen Verlauf der Geschichte, berücksichtigt man dabei hinreichend die Bedingungen der modernen Gesellschaft, schon deshalb nicht möglich, weil die Entwicklung durch das ständige und quantitativ nicht faßbare, geschweige denn prognostizierbare Anwachsen des menschlichen Wissens nachhaltig gesteuert und verändert werde. Daher glaubt Popper, warnen zu müssen vor einer "durch unbedachtsame wissenschaftliche Vorgriffe auf die Zukunft ermunterten 'utopischen Planung', die angesichts ihrer 'unbeabsichtigten und zum großen Teil unerwarteten Rückwirkungen' immer weiter ausgreifen müsse und die somit mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in den Totalitarismus einmünden müsse".¹⁾

Die positivistische Kritik mißt auch die Futurologie an ihren Kriterien eines "kognitiven Perfektionismus"²⁾, wie es Klaus Lompe treffend formuliert hat, und unterwirft sie so den "Präzisionsansprüchen der Naturwissenschaften".³⁾

Auch andere Autoren, die der Futurologie etwas weniger skeptisch gegenüberstehen, hegen als Fazit ihrer Methodenkritik

-
- 1) Popper, Karl: Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965, S. 51 ff., zit. nach Klages, Helmut: a.a.O., S. 4
 - 2) Lompe, Klaus: Wissenschaftliche Beratung der Politik. Ein Beitrag zur Theorie angewandter Sozialwissenschaften, Göttingen 1966, S. 85 ff.
 - 3) Klages, Helmut: a.a.O., S. 5

die Hoffnung, daß sich die Futurologie schließlich dem Status der "exakten Wissenschaften" annähert, indem sie ihren Kriterien gerecht wird.¹⁾

Theo Pirker macht auf die Tatsache aufmerksam, daß neben den Argumenten, die vom "Positivismusstreit" analog gegen die Futurologie ins Feld geführt werden, sich ein neuer unkritischer Positivismus entwickelt habe, der sich dadurch auszeichne, daß er alle Methodologie auf mathematisch-statistische, also qualitative Methoden reduzieren möchte.²⁾ Der Faszination dieser Richtung ist ein Teil der Futurologie seit den aufsehenerregenden Studien von Forrester und Meadows selbst erlegen und trägt schließlich dazu bei, die Richtungen der Zukunftsforschung, die andere Methoden benutzen, durch ihre Geringschätzung zu diskreditieren.

Gegen die Einwände der positivistischen Kritik ist zusammenfassend folgendes anzumerken: Erstens ist die Prognostik als solche, wie Igor Bestuschew-Lada richtig ausführt, ebenso wie die Diagnose oder Analyse eine wesentliche Aufgabe auch eben jener als Maßstab herhaltender exakten Wissenschaft. In diesem Sinne sei sie eigentlich nichts Neues, sondern eine immer stärker an Boden gewinnende Richtung der modernen wissenschaftlichen Forschung.³⁾

Zum Wahrscheinlichkeitsgrad der von der Futurologie aufgestellten Prognosen betont Flechtheim, daß "zumindest jede Gesellschaftswissenschaft einerseits induktive Wahrscheinlichkeitsaussagen" und "andererseits deduktive Aussagen über sichere Zusammenhänge" macht.⁴⁾ Zur Bewertung der Prognosen

-
- 1) Vgl. Le Lionnais, François: Hat die Futurologie eine Zukunft? in: Unesco Kurier, 12. Jahrgang, Nr. 4, Bern 1971, S. 33
 - 2) Pirker, Theo: Zukunftsforschung zwischen Utopie und Positivismus, a.a.O., S. 190
 - 3) Vgl. Bestuschew-Lada, Igor: Bereit für die Zukunft, in: Unesco Kurier, a.a.O., S. 24
 - 4) Vgl. Flechtheim, O. K.: Futurologie. Der Kampf um die Zukunft, a.a.O., S. 246/247

in bezug auf den Wahrscheinlichkeitsgrad sei die Futurologie generell mit anderen Wissenschaften zu vergleichen und stehe prinzipiell nicht schlechter da.

Gegen einen dritten Haupteinwand seitens der positivistischen Kritik, die Zukunftsforschung habe keine eigene, ihr spezifische Methode, kann man einen Einwand Gert von Eyerners entgegenhalten, der auf den Methodenpluralismus z.B. der Wirtschaftswissenschaften verweist¹⁾, denen niemand Unwissenschaftlichkeit unterstellen würde. Damit ist die Tatsache, daß es in der Futurologie keine einheitliche Methode gibt, kein Indiz für ihre Unwissenschaftlichkeit.

1) Vgl. Eyern, Gert v.: Grundlinien und Ziele wissenschaftlicher Politik, Bad Homburg v. d. H., 1955, S. 19

b) Einige Anmerkungen zur Kritik an der Futurologie aus marxistischer Sicht

Die Kritik von marxistischer Seite orientiert sich weniger daran, ob die Futurologie den Kriterien strenger Wissenschaftlichkeit gerecht wird oder nicht, sondern welche Funktion die bürgerliche Zukunftsforschung als neue Variante bürgerlicher Theorie in der ideologischen Auseinandersetzung einnimmt und inwieweit sie objektiv dazu beiträgt, den zum Untergang verurteilten Kapitalismus durch ihre Ergebnisse zu stabilisieren, z.B. als Krisenmanagement. Man unterstellt ihr zwar auch Unwissenschaftlichkeit, da die bürgerliche Zukunftsforschung eben nicht nach den Gesetzen des wissenschaftlichen Sozialismus ausgerichtet ist. Eindeutigen Vorrang in der Auseinandersetzung mit der Futurologie nimmt aber der Versuch ein, den Beweis zu erbringen, daß die Futurologie ein neues, besonders probates Herrschaftsinstrument im Sinne verdinglichter Wissenschaft in den Händen des aggressiven Imperialismus sei, der versucht, sein Defizit an zukunftsbezogener Theorie gegenüber dem Sozialismus auszugleichen.

Mitunter wird die bürgerliche Futurologie auch differenziert gesehen. So wird durchaus zugegeben, daß es auch eine kritische Richtung in der Futurologie gibt, die versucht, demokratisierend zu wirken. Demnach würden sich in der Futurologie zwei Bestrebungen überkreuzen: Einerseits habe die bürgerliche Zukunftsforschung die Aufgabe, Wirtschaft und Gesellschaft des Kapitalismus zentral zu regulieren, um die imperialistischen Machtverhältnisse zu stabilisieren, andererseits gebe es auch Bestrebungen, die Entwicklung des Imperialismus demokratisch zu beeinflussen.¹⁾

Dabei stoße die Futurologie immer wieder an die Grenzen des imperialistischen Systems und decke eine Reihe von Widersprü-

1) Vgl.: Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin-Ost 1967, zit. nach: "Wochenschau", a.a.O., S. 259

chen auf. Die daraus folgende Kritik an verschiedenen Erscheinungen der imperialistischen Gesellschaftsordnung beruhe jedoch meist auf der Theorie des "dritten Weges" der Industriegesellschaft. Nur da, wo die Futurologie direkte Maßnahmen gegen die status-quo-erhaltenden gesellschaftlichen Kräfte ausarbeite und sich dem Kampf der Arbeiterklasse anschließe, könne sie eine wirksame Rolle in der antiimperialistischen Bewegung spielen.

In anderen Veröffentlichungen aus der DDR wird die Intention zumindest der kritischen Futurologie nicht mehr gewürdigt, sondern die bürgerliche Zukunftsforschung in ihrer Gesamtheit, d.h. auch ihre kritisch-normative Variante als ein besonders gefährliches und zur ideologischen Diversion angelegtes Instrument des Imperialismus eingeschätzt. Die Entstehung der Futurologie habe eindeutige Ursachen. So hätten sich die imperialistischen Theorien gegenüber dem Marxismus-Leninismus zunehmend als untauglich erwiesen. Vor allem die imperialistische Ideologie aus den fünfziger Jahren habe den neuen Fragen, die sich aus der wissenschaftlichen-technischen Revolution ergeben hätten, ungenügend gerüstet gegenübergestanden. "Da jedoch die imperialistische Bourgeoisie Feind des Marxismus-Leninismus ist, aber bei Strafe des Unterganges versuchen muß, sich den Erfordernissen des Klassenkampfes und der wissenschaftlich-technischen Revolution anzupassen, stellt sie die Zukunftsforschung in den Dienst ihrer Klasse."¹⁾

Die von der Futurologie propagierten Zukunftsmodelle seien einerseits eine verspätete Reaktion auf die zunehmende Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, gleichzeitig fungierten sie als "konterrevolutionäre Prophylaxe" gegenüber den sozialen Erfordernissen der wissenschaftlich-tech-

1) Gesellschaft ohne Zukunft, 33 Fragen und Antworten zum Imperialismus der BRD, hrsg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1972, S. 92

nischen Revolution. Dabei habe die bürgerliche Zukunftsforschung mehrere Funktionen zu erfüllen:¹⁾

1. Zur Stabilisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus beizutragen, indem sie etwa Brennpunkte eines möglichen künftigen Klassenkampfes prognostiziert und system-sichernde Maßnahmen präventiv ausarbeitet.
2. Sie soll auf kommende wissenschaftlich-technische Prozesse frühzeitig aufmerksam machen, damit sich die Produktion rechtzeitig im Sinne höherer Profite umstellen kann.
3. Sie hat Manipulierungsfunktion, indem sie den Eindruck erwecken soll, der Kapitalismus habe Zukunftsperspektiven.
4. Die Futurologie soll vortäuschen, es gebe echte Alternativen zur marxistisch-leninistischen Theorie von der Gesellschaft.

Zum anderen sei die bürgerliche Zukunftsforschung ausgesprochen unwissenschaftlich. Nur orientiert sich die marxistische Kritik an einem anderen Wissenschaftsbegriff als die Einwände der Positivisten. Das kommt in den einzelnen Argumenten deutlich zum Ausdruck:

1. Die Futurologie sei unwissenschaftlich, weil sie das Kernproblem jeglicher Gesellschaftsanalyse, nämlich die Frage nach dem Charakter des Eigentums an Produktionsmitteln gänzlich ignoriere.
2. Der unwissenschaftliche Charakter komme in der technizistischen Betrachtungsweise der Futurologie zum Ausdruck, der schließlich dazu führe, daß die USA als Modellfall für die Perspektive der Menschheit hingestellt wird. Meist beschränke sich die bürgerliche Zukunftsforschung darauf, technisch-wissenschaftliche Entwicklungstendenzen

1) Gesellschaft ohne Zukunft, a.a.O., S. 93 ff.

zu beschreiben und zu verherrlichen unter bewußter Außerachtlassung der Widersprüche. Dabei komme die Futurologie in Detailfragen oft zu teilweise richtigen Resultaten. Gelte es diese aber in den sozioökonomischen Kontext einzuordnen, werde die Apologetik wieder offensichtlich. Diese Feststellung kulminiert in der Aussage: "Das Wesen der Futurologie besteht jedoch darin, daß sie die gesellschaftlichen Grundfragen ausklammert."¹⁾

3. Die Futurologie sei unwissenschaftlich, weil sie Fortschrittsgedanken und Reformideen, sofern sie diese überhaupt entwickelt, einseitig zur Erhaltung des Imperialismus einsetze.
4. Schließlich sei die bürgerliche Zukunftsforschung unwissenschaftlich, weil sie an der Konvergenztheorie festhalte und diese zu untermauern trachte. Damit erweise sich die Futurologie als ein weiteres Instrument, das der ideologischen Diversion gegen die sozialistischen Staaten diene.

Interessant bei Alfred Bönisch, der in einer ausführlichen Studie die bürgerliche Futurologie darstellt und zu analysieren versucht, ist die Tatsache, daß die DDR-Autoren der Futurologie eine viel größere Bedeutung beimessen, als ihr im Bewußtsein auch der aufgeklärten Öffentlichkeit der BRD zukommt. Gleich zu Anfang seiner Analyse stellt Bönisch fest: "Die bürgerliche Zukunftsforschung ist weniger eine Sammlung unverbindlicher journalistischer Ansichten oder akademischer Expertisen, sondern entwickelt zunehmend praktikable Methoden, Führungsinstrumentarien und Organisationsformen. In ihr widerspiegelt sich die dem Kapitalismus eigene Dialektik von Verschärfung und relativer Lösung system-eigener Widersprüche".²⁾

1) Gesellschaft ohne Zukunft, a.a.O., S. 95

2) Bönisch, Alfred: a.a.O., S. 8

Bönisch vertritt explizit die These, daß sich die Intention der bürgerlichen Zukunftsforschung direkt mit den Bestrebungen maßgeblicher Reformkräfte der BRD, vor allem der gegenwärtigen Bonner Regierung, deckt. Das Ziel der "Kooperationstendenzen zwischen Staat, Konzernen und Futurologen" sei, unter den sich verändernden Bedingungen des Kapitalismus die "Integration der Werktätigen in das imperialistische System" zu gewährleisten.¹⁾ Hier tritt eine Variante des alten Integrationsvorwurfs gegen die bürgerliche Zukunftsforschung wieder zum Vorschein, wie sie erstmals der nachhaltig von der "Frankfurter Schule" geprägte Claus Koch schon 1968 formuliert hat. Ebenso wie in der Ausgabe des gesellschaftswissenschaftlichen Instituts des ZK der SED wird die Rolle der Futurologie hervorgehoben, die sie im Anpassungsprozeß des Spätkapitalismus an die veränderten Bedingungen entwickelte, wie sie durch die wissenschaftlich-technische Revolution entstanden sind. Inzwischen hätten maßgebliche Kreise in der BRD eingesehen, daß es bestimmter Veränderungen und Reformen bedürfe, um das System überlebensfähig zu halten. Dabei komme der Futurologie eine zentrale Funktion zu, sie habe Wege und Möglichkeiten für den Übergang von "isolierten Detailinterventionen in die Wirtschaft zu langfristigen Gesellschaftskonzeptionen, -prognosen und -programmen"²⁾ aufzuzeigen.

Bönisch nennt im Verlauf seiner Untersuchung eine Fülle von Einzelbeispielen, wo die Futurologie von ihrer akademischen Ursprungsform zu einer wichtigen angewandten Wissenschaft im Spätkapitalismus geworden ist. Nicht ganz unproblematisch erscheint ein Versuch, alle prognostischen Tätigkeiten der Großkonzerne z.B. unter dem Begriff Futurologie zu subsumieren. Die Kritik von Bönisch an der bürgerlichen Futurologie läßt sich etwa folgendermaßen schematisch skizzieren:

1) Bönisch, Alfred: a.a.O., S. 9

2) ebd., S. 11

Voraussetzung für eine Analyse der bürgerlichen Zukunftsforschung sei, daß man sich zunächst mit den Grundfragen der bürgerlichen Ideologie und Politik auseinandersetzt. Dabei kommt der Autor zu ähnlichen Aussagen wie bereits erwähnte DDR-Publikationen. Die Futurologie ist ein logischer und somit folgerichtiger Bestandteil der bürgerlichen Ideologie, der im Nachhinein die theoretische Legitimation für Planungskonzepte im Kapitalismus zu liefern hat, die bislang von den "herrschenden Kräften" im Kapitalismus abgelehnt wurden.¹⁾

Die Ausgangsthese gipfelt in der bereits erwähnten Feststellung, daß die Futurologie innerhalb der neuerworbenen Bereitschaft des Imperialismus, sich auch planerisch zu betätigen, langfristige Gesellschaftskonzeptionen zu entwickeln habe. Die Bereitschaft zu solchem Verhalten wird analog auch von Bönisch der Entwicklung der Produktivkräfte zugeschrieben. Insofern attestiert er dem Kapitalismus immerhin eine gewisse Lernfähigkeit und begibt sich zeitweilig in die Gefahr, zugeben zu müssen, daß der Kapitalismus zumindest einige Systemwidersprüche im Nachhinein zu bewältigen scheint. Die sozialwissenschaftlich ausgerichtete Futurologie hat in diesem Rahmen die Aufgabe, neue Formen und Methoden der Herrschaftsausübung zu entwickeln, um die sich verschärfenden Widersprüche zu regulieren oder partiell zu lösen. Insofern ist die Futurologie Instrument des Staates zur Krisenverhinderung bzw. -steuerung. Mitbestimmungskonzepte, so das Fazit von Bönisch, und das Postulat von "sozialer Demokratie" schließlich seien die "ideologische Absicherung" dieses Prozesses.

Folgerichtig versucht Bönisch, den Monopolanspruch der sozialistischen Zukunftsforschung zu begründen und kritisiert das "Axiom der Nichtparteilichkeit" der bürgerlichen Zukunfts-

1) Vgl. Bönisch, Alfred: a.a.O., S. 15

forschung, während er für sich die "Parteilichkeit der revolutionären Theorie" in Anspruch nimmt.¹⁾

Hier übrigens deckt sich Bönisch mit der Meinung seines Landmannes Jürgen Kuczynski, der Futurologie nur gelten lassen will, wo sie antimonopolistisch und antikapitalistisch ist. Er gliedert die nicht-monopolistische, "also kritische Futurologie, in drei Gruppen auf".²⁾

Da seien einmal die "bourgeoisliberalen Reformer" wie Galbraith und Theobolt, die die herrschende Klasse "zu überreden" versuchten und sie zu Reformen bewegen wollen.

Zweitens die "demokratische Gruppe". Hierzu zählt er Robert Jungk, A. Etzioni, O. K. Flechtheim und F. Polak. Diese würden sich zwar für die Interessen der Werktätigen einsetzen, sähen aber nicht die Notwendigkeit zwischen Futurologie und Klassenkampf.

Schließlich gebe es noch die "radikal-extreme Schule" der "Neuen Linken", die die bestehende Gesellschaftsordnung zwar ablehne, dafür aber einen "Kult der Spontaneität und des militanten Utopismus" betreibe.

Igor Bestuschew-Lada kritisiert die bürgerliche Zukunftsforschung, weil sie kein genau definiertes Forschungsfeld habe. Als typische Form systemimmanenter Futurologie analysiert er vor allem die der Kahn/Wiener-Studie zugrunde gelegte "Theorie der Stadienentwicklung"³⁾, die bestreitet, daß die gesellschaftliche Entwicklung darin besteht, daß sozialökonomische Formationen einander ablösen. Hier handelt es sich um eine Theorie, die besagt, daß proportional der Zunahme des

1) Vgl. Bönisch, Alfred: a.a.O., S. 13/14

2) Vgl. Kuczynski, Jürgen: Futurologische Strömungen, in: Basis-Dokumentation, a.a.O., S. 106

3) Vgl. Bestuschew-Lada, Igor: Utopien der bürgerlichen Futurologie, in: Basis-Dokumentation, a.a.O., S. 107 ff.

Bruttosozialproduktes jede Volkswirtschaft verschiedene Entwicklungsstadien durchmacht. Diese Betrachtungsweise kritisiert Bestuschew-Lada vor allem, weil sie ökonomische Indikatoren entwickelt, vollkommen losgelöst von der jeweiligen Gesellschaftsordnung. Vor allem das allmähliche Verschwinden der Arbeiterklasse, wie sie im Konzept der "postindustriellen Gesellschaft" amerikanischer status-quo extrapolierender Futurologen prognostiziert wird, hält der Autor für unwissenschaftlichen Zweckoptimismus bürgerlicher Apologetik, dem er seine eigene Prognose entgegenhält, daß im Gegenteil die Arbeiterklasse quantitativ zunehme, auch wenn sie sich qualitativ verändere. Demnach würde sich auch der Klassenkampf verstärken, zumal der Kapitalismus auch in der Zukunft nicht mit seinen Widersprüchen fertig würde. Bestes Beispiel sei die Frage der Freizeit, die bürgerliche Futurologen als eines der Kardinalprobleme der künftigen Gesellschaft einschätzen, weil es der Kapitalismus unterlasse, das Bildungs- und Kulturniveau der Massen zu entwickeln. Auf die Bedeutung der kritischen Futurologie geht er explizit nicht ein.

Zusammenfassend läßt sich zur Kritik aus marxistischer Sicht an der bürgerlichen Zukunftsforschung sagen, daß hier in erster Linie ihre ideologische Funktion angegriffen wird, sowie der gesellschaftstheoretische Hintergrund, aus dem die Futurologie sich entwickelt hat. Insofern ist die marxistische Kritik umfassender als die bürgerliche Kritik, die, sieht man einmal von Claus Koch ab, vorwiegend nur unter wissenschaftstheoretischen, d.h. methodologischen Aspekten ihre Kritik entwickelt. Hier wird versucht, historisch das Entstehen der Futurologie zu erklären sowie ihre Funktion als auch ihr Gesellschaftsverständnis zu analysieren, so fragwürdig manche Aussage auch scheinen mag. Eines zumindest leistet die marxistische Kritik: Sie entwickelt einige Kriterien, anhand derer sich das Verhältnis von Futurologie und praktischer Politik bemessen läßt.

3. Versuch einer Typologisierung verschiedener futurologischer Approaches

Ossip K. Flechtheim verlangt von Futurologie, die mehr sein will als Utopie, Technokratie oder Crisismanagement, daß sie versuchen muß, "Prognostik, Planung oder Philosophie der Zukunft zu einer neuen Einheit zusammenzufügen, wobei zur Zukunfts-Philosophie auch die Politik und Pädagogik der Zukunft gehören".¹⁾

Neben dem utopischen Element, das in seiner Beziehung zur Futurologie bereits ausführlich erörtert wurde, sind sicherlich Prognose und Planung die Hauptbegriffe, die die Futurologie in ihrem Anwendungsbereich kennzeichnen. Es soll nicht Aufgabe dieses Abschnittes sein, das Verhältnis von Prognose und Planung zu dem übergeordneten Bereich Zukunftsforschung darzustellen. Hingegen soll im folgenden versucht werden, einen knappen Abriß über die verschiedenen Richtungen der Futurologie zu geben, um ihre Ergebnisse, die gesellschaftliches Denken und Handeln, d.h. die Politik beeinflussen, richtig bewerten zu können. Nur so wird es möglich sein, die Zukunftsvorstellungen der Parteien, soweit sie in deren Programmatik zum Ausdruck kommen, zu bemessen. Deshalb soll bei der Kontrastierung der verschiedenen Richtungen der Futurologie der Schwerpunkt auf die Darstellung der gesellschaftspolitischen Intention, d.h. ihrer ideologischen Funktion, gelegt werden, ohne den methodischen Aspekt aus dem Auge zu verlieren. Will man Futurologie als eine besondere Form konkreter Utopie verstanden wissen, so kann schon allein unter dem Postulat des Konkreten auf methodologische Erörterungen, und seien sie auch noch so knapp, nicht verzichtet werden. Prognose soll zunächst ganz einfach im Sinn von Vorausschau gebraucht werden.

Die Methoden (Techniken) der Prognose werden ausschließlich vom Prognoseumfang (Zeitraum), ihr Aussagekraft und Zuverläss-

1) Flechtheim, O. K.: Futurologie, a.a.O., S. 9

sigkeit diktiert. Die Richtungskonstante der Prognose ist die Zukunft, ein inhaltlich leerer Begriff, wird er nicht durch bestimmte Kategorien und Bewertungsindikatoren (Wünschbarkeit, Realisierbarkeit) auf die Gegenwart bezogen. Die politische und gesellschaftliche Gegenwartsanalyse geht deshalb teilweise direkt als Negativfolie oder utopisch-kreatives Ideenprodukt in die Zukunftskonzeption ein.

Zur Verdeutlichung soll kurz auf die Abgrenzung von Prognose und Planung eingegangen werden. Nach Flechtheim beruht eine Differenzierung auf folgenden Prädikaten¹⁾:

<u>Prognose</u>	<u>Planung</u>
Aussagecharakter	imperativistischer Charakter
Erkenntnisfunktion	strategische Funktion
zielsuchend, entscheidungsvorbereitend	zielsetzend, entscheidungsdurchsetzend

Planung in diesem Sinne kann nach Erich Jantsch folgende Methoden anwenden²⁾:

intuitive,
explorative,
projektive,
rekursive Methoden.

Tendenziell läßt sich eine strikte Trennung von prognostischem und planerischem Element in der Futurologie nur selten durchführen.

Bevor an Beispielen die verschiedenen Richtungen der Futurologie skizziert werden, sollen einige Typologisierungsschemata aufgezeigt werden.

1) Vgl. ausführlicher Flechtheim, O. K.: Futurologie, a.a.O., S. 167 f.

2) Vgl. Jantsch, Erich: Technological Forecasting in Perspective, Publication of the OECD, Paris 1967, S. 113 f.

Flechtheim unterscheidet zwischen der "kühn-emanzipatorischen" und der "konservativ-technokratischen" Richtung. Letztere orientiert sich am Exaktheitsbegriff des positivistischen Wissenschaftsverständnisses, gehe vom Bestehenden aus und extrapoliere es meist unkritisch. Über die Funktion des ersteren schreibt er:

"Es geht um die Bedrohung und Rettung des Kollektive Menschheit heute und morgen - ähnlich wie es die Medizin mit den Gebrechen und der Heilung des Menschen als Individuum zu tun hat. Wie die Medizin eine Krankheit diagnostiziert und diese in ihrem künftigen Verlauf prognostiziert, um eine Therapie durchführen zu können, so will auch die Futurologie die Gefahren und Bedrohungen von heute und morgen diagnostizieren, prognostizieren und 'therapieren'." ¹⁾

Mit "Futurologie" meint Flechtheim die Richtung, zu der er sich zählen darf. Die Frage, ob die von ihm vertretene Richtung den "therapeutischen Aspekt" nicht etwas gegenüber dem normativen vernachlässigt, soll später noch erörtert werden.

Pavel Apostol unterscheidet zwischen deterministischer, kritisch-normativer und prospektiver bzw. probabilistisch-projektierender Zukunftsforschung. Die deterministische arbeitet vorwiegend linear extrapolativ und überbetont quantitative gegenüber qualitativen Aspekten, z.B.: Wie kann die Stahlproduktion erhöht werden?

Sie stellt nicht die Frage, ob dieser Produktionssektor etwa umgewandelt werden soll. Im gesellschaftlichen Bereich trägt sie lediglich zur Optimierung des status quo bei. Die prospektiv-projektierende Zukunftsforschung weist echte Alter-

1) Flechtheim, O. K.: "Ist die Zukunft noch zu retten? Ein futurologischer Versuch." Auszüge aus einer Rede, gehaltenen anlässlich der Third World Future Research Conference in Bukarest vom 3. - 10. September 1972. Maschinengeschriebenes Manuskript, S. 3

nativen auf im Unterschied zur rein kritisch-normativen. So müssen nämlich immer, das ist nach Apostol ein Imperativ, mehrere Möglichkeiten zur Realisierbarkeit in die Projektion eingebaut werden. Auf eine Formel gebracht kann man sagen, die kritisch-normative Futurologie erhebt nur die Forderung nach Strukturveränderung, während die prospektiv-probabilistische die Operationalisierungskomponente bewußt berücksichtigt, d.h. Wege zur Realisierbarkeit aufzeigt.

Hier zeigen sich deutliche Parallelen zu der Definition von konkreter Utopie. Apostol meint hier vor allem die marxistisch orientierte Zukunftsforschung (ZF). Zudem sprach er sich explizit für die Forderung Flechtheims aus, die Ideologiekritik als einen Bestandteil in die ZF aufzunehmen.¹⁾ In diesem Fall würde die kritisch-normative ZF mit der probabilistischen zusammenfallen.

Für die Entwicklung von Zukunftsmodellen müsse ein ausgeglichenes System zwischen Wirklichkeit, Realisierbarkeit und Wünschbarkeit bestehen. Würde z.B. die Wünschbarkeit überbetont, führe das zu einer abstrakten, nicht realisierbaren Utopie. Würde die Wirklichkeit überbetont, bewirke dies lediglich eine status-quo-Extrapolation. Wenn schließlich die Realisierbarkeit überbetont werde, ergebe dies eine technokratische Projektion.²⁾

Johan Galtung unterscheidet in seiner Typologie zwischen prädikativer Zukunftsforschung und präskriptiver Zukunfts-

- 1) Diese Ausführungen und die oben angeführten machte Pavel Apostol anläßlich eines Referates, das er am 12. November 1971 in einem Seminar von O.K. Flechtheim hielt.
- 2) Zur allgemeinen Futurologieproblematik vgl. auch Apostol, Pavel: Drei kurzgefaßte Betrachtungen über Futurologie, in: Futurum, Heft 2/1971, S. 128 ff; ders.: Der gegenwärtige Stand der Zukunftsforschung und der Anfang einer neuen Phase - aus marxistischer Sicht, in: Ansichten einer künftigen Futurologie - Zukunftsforschung in der zweiten Phase, hrsg. v. Pforte, Dietger/Schwencke, Olaf, München 1973, S. 45 ff.

forschung¹⁾; wobei er sich nach Meinung Jutta Matzners bewußt von Bart van Steenbergens Unterscheidung zwischen kritischer und Establishment-Futurologie abhebt, denn auf funktionaler Ebene sehe er durchaus eine Verbindung zwischen beiden Elementen.

Prädikative Extrapolation als Frühwarnsystem, während die präskriptiven Extrapolationen als normatives Korrektiv "positive Zukünfte" entwirft, wobei beide Methoden des negativen oder positiven "mapping" seien. Für Galtung "ist prädikative Zukunftsforschung im wesentlichen Extrapolation aus der Gegenwart in die Zukunft, also unhistorische Verknüpfung einer historischen Dimension", während präskriptive ZF normativ ist, sie "hat Wertvorstellungen und will sie in die Realität umsetzen".²⁾

Die präskriptive Variante der Zukunftsforschung, zu der sich Galtung ausdrücklich bekennt, ist ebenso wie Pavel Apostols probabilistisch-projektierende ZF eine besondere Form konkreter Utopie, zumal beide die wesentlichen Kriterien erfüllen, die im Zusammenhang mit der Erörterung der konkreten Utopie bereits in einem vorangegangenen Teil der Studie erarbeitet wurden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß kritische Futurologie, sofern sie über das rein normativ-postulierende hinausreicht und darüber hinaus positive künftige Modelle entwirft und mit Realisierungsvorschlägen anreichert, konkrete Utopie ist.

Betrachtet man Waskows interessantes Modell der Funktionsumwandlung bestehender Institutionen³⁾ oder Galtungs Modell

1) Vgl. Matzner, Jutta: Zum Selbstverständnis kritischer Futurologie, in: Meynaud, Jean: Spekulationen über die Zukunft, München 1971, S. 256

2) Galtung, Johan: Pluralism and the Future of Human Society, zit. nach Matzner, Jutta: a.a.O., S. 256

3) Vgl. Waskow, A. I.: Looking Forward: 1999, in: Jungk, Robert/Galtung, Johan (Hrsg.): Mankind 2000, Oslo/London 1969, S. 85/94 f., zit. nach Flechtheim, O. K.: Futurologie, a.a.O., S. 363 f.

einer strukturellen Veränderung des internationalen Systems, das denkbare und konkrete Möglichkeiten aufweist, wie das Sozialgefälle zwischen den Industriestaaten und der Dritten Welt nach einem von ihm prognostizierten Nord-Süd-Konflikt verändert wird, dann entdeckt man auch hier eine nicht zu übersehende Affinität zur konkreten Utopie. So sieht beispielsweise Galtungs Modell eine progressive Besteuerung der Nationalstaaten vor, "sowie der Individuen, Bildung eines gemeinsamen Pools unter Führung der UNO oder eines komplexeren internationalen Gremiums ..."¹⁾, was eine "Verteilung der Mittel auf sowohl anonyme als auch universalistische Weise bedeuten" würde.

Kritisch-normative Futurologie ist demnach immer dann konkrete Utopie, wenn sie in ihren Modellen sowohl qualitativ Neues und Anderes anvisiert und gleichzeitig Wege zur Realisierung dieser Zielvorstellung entwickelt. In diesem Sinne wäre an eine soziologisch bzw. politologisch vorgehende Futurologie nicht nur die Forderung nach der Entwicklung sozialer Phantasie zu stellen. Sie muß ebenso - wenn nicht vorrangig - Strategien zur Veränderung emanzipationshemmender Strukturen erarbeiten. Dabei wird eine allgemeine Schwäche auch bei der solcherart verstandenen sozialwissenschaftlichen Zukunftsforschung offenbar, nämlich das Fehlen einer adäquaten allgemeinen Gesellschaftstheorie. Wie eng die Frage einer Zielfindung und -bewertung als Richtungskonstante bewußten gesellschaftlichen Handelns (Planens) mit der Problematik der Zukunftsforschung zusammenhängt, wird hier besonders deutlich. Insofern bedürfte es zunächst des theoretischen Vorfeldes einer Zieltheorie, die zwar nicht existiert, deren Bedeutung aber unbestritten sein dürfte.

1) Galtung, Johan: Über die Zukunft des internationalen Systems, in: Futurum, Heft 1/1968, S. 97 ff.; zitiert nach Flechtheim, O. K.: Futurologie ..., a.a.O., S. 365/366

Im folgenden soll eine knappe Skizzierung anhand einiger futurologischer Studien Aufschluß geben über die Kriterien, nach denen sich Futurologie typologisieren läßt. Vorweg eine Feststellung: Ebenso wenig wie es die Gesellschaftswissenschaften gibt, gibt es die Futurologie. Andererseits genügt es nicht, eine Untersuchung nach den gesellschaftspolitischen Implikationen in kritische oder Establishment-Futurologie zu treffen, je nachdem, ob sie systemtranszendierende Intentionen verfolgt oder zur Perpetuierung des status quo beiträgt. Als Reaktion auf Claus Kochs¹⁾ Kritik an der Zukunftsfor- schung ist man zunächst geneigt, dieses Schema zu überneh- men.

Bei näherer Betrachtung empfiehlt es sich jedoch, eine Dif- ferenzierung unter vorwiegend methodologischen Gesichtspunk- ten zu treffen.²⁾

Hierbei lassen sich zwei Hauptströmungen unterscheiden:

- a) ein Bereich, der sich vor allem qualitativer, spekulativer, philosophischer und normativer Methoden bedient;
- b) ein Bereich, in dem quantitative, statisti- sche und formalisierende Methoden überwiegen.

Insofern ist die gängige Unterscheidung zwischen kritischer und Establishment-Futurologie ohne große Aussagekraft. Ihr liegt die Gleichsetzung zugrunde von Kritik ist gleich Spe- kulation und Utopie, und Establishment-Futurologie bedeutet Quantifizierung, Exploration und wissenschaftliche Absiche- rung.

1) Vgl. Koch, Claus: Kritik der Futurologie, a.a.O., S. 1 ff.
 2) Zu diesen Überlegungen kam der Verfasser durch ein Refe- rat, das die folgenden Ausführungen zu den einzelnen Stu- dien nicht unerheblich beeinflusst hat.
 Vgl. Hugger, Werner: Können futurologische Erkenntnisse zu einer Zielwertbestimmung beitragen? Referat, gehalten im SS 1972 am Otto-Suhr-Institut im Seminar von Prof. Dr. C. Böhret, "Modelle sozioökonomischer Systemreform, Teil I"

Deshalb wird im folgenden zwischen projektiv-intuitiver und normativer Futurologie und explorativer Zukunftsfor-
schung zu unterscheiden sein.

Es besteht insofern eine gewisse Gefahr, das oben verworfene Schema zu übernehmen, als die kritisch intendierte Futurologie zweifelsohne nicht unerhebliche methodische Mängel aufweist, die es noch zu zeigen gilt. Sicherlich genügt es nicht allein, durch soziale Phantasie, Intuition und emanzipatorisches Engagement zur Konstruktion alternativer, wünschbarer und menschlichen Grundbedürfnisse entsprechender Zukünfte zu kommen.

Andererseits besteht die Gefahr, an einer zu sehr unter methodologischen Gesichtspunkten ausgerichteter Kritik an der Aussagekraft der "kritischen" Futurologie, daß sie einer Futurologie frönt, die selbst in einem schon von Georg Picht erkannten "Neopositivismus" neuester Prägung erstarrt.

Die Kritik an der kritischen Futurologie kommt von der auf vorwiegend mathematisch-quantitativen Verfahren beruhenden "Prognose-Futurologie", die primär auf Exaktheit der Eintreffwahrscheinlichkeit bedacht ist. Dabei läßt diese Variante der Futurologie vollkommen außer acht, ihre eigene Position kritisch zu hinterfragen, zumal mit dem Grad der Exaktheit ihrer Prognosen die von ihr getroffenen Aussagen banal werden. Insofern wird diese Art von Zukunftsfor-
schung wie über den Charakter einer "Sozial-Meteorologie" hinausreichen, die sich darauf beschränkt, das unmittelbare "Morgen" vorweg zu beschreiben. Somit bleibt sie stets status-quo-

bezogen. Sicherlich wird man ihre Notwendigkeit für begrenzte Projekte - wie z.B. Marketing-Research etc. - nicht absprechen.

Demgegenüber sind die "Spekulationen" der durch intuitive Phantasieassoziationen, gekoppelt mit einer fundierten Gesellschaftsanalyse, ermittelten Zukünfte oft umfassender und vermitteln überdies "alternative Möglichkeiten" für eine bewußte Gestaltung der Zukunft.

a) Einige Beispiele zur projektiv-intuitiven und normativen Futurologie

Zu den Vertretern der projektiv-intuitiven bzw. normativen Futurologie zählt sicherlich O. K. Flechtheim. Seiner Auffassung zufolge müsse die Futurologie die fünf "Challenges" die die Menschheit bedrohen, beantworten. Sie müsse "ihren Beitrag leisten zur Eliminierung von Hunger und Elend und zur Stabilisierung der Bevölkerungszahl, zur Institutionalisierung des Friedens, zur Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung und zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, zur Beendigung des Raubbaus und zum Schutz der Natur und des Menschen vor sich selber, zum Abbau von Entleerung und Entfremdung und zur Schaffung eines neuen kreativeren Homo humanus."¹⁾

Von diesen fünf Herausforderungen ausgehend, kommt Flechtheim in einer Globalprognose zu drei möglichen alternativen Zukünften:

"Der Rückfall in die Barberei oder der Untergang der Menschheit, die Heraufkunft eines bürokratisch-technokratischen, Rüstung und Raumfahrt forcierenden Neo-Cäsarismus oder die Geburt einer solidarischen Weltfördererion, die das Vorausdenken und Planen von Frieden, Wohlfahrt und Kreativität zu ihrem Hauptanliegen machen würde."²⁾ Diese drei Alternativen konkretisiert der Autor in fünf potentiellen Gesellschaftssystemen,³⁾ die in ihrer langfristigen Antizipation und Abstraktion auf drei reduziert werden.

Zu seinen Zukunftsalternativen kommt Flechtheim im Wesentlichen durch historische Analogieschlüsse, durch Intuition oder durch freie Ideenassoziation und durch punktuelle Trend-

1) Flechtheim O. K.: Futurologie... &a.O., S. 9

2) ebd., S. 9 und S. 311

3) ebd., S. 317

korrelation. Flechtheim selbst reflektiert weniger die theoretischen und methodischen Implikationen seiner Ergebnisse. Wohl werden bei ihm die Wertproblematik der Zukunftsfor-
schung¹⁾, die notwendige, sozialethische Parteilichkeit, und die undogmatische, am "homo humanus" orientierte Funktionalität futurologischen Erkennens als partielle, unabdingbare wissenschaftstheoretische Voraussetzungen konzediert, wodurch sich die Futurologie weitgehend als Integrationswissenschaft ausweist, teils aus mangelnder methodischer und theoretischer Einheit in den Sozialwissenschaften selbst, teils aus ihrem zugeschriebenen Auftrag "Querverbindungen und Vermittlungen, Symbiosen und Synthesen"²⁾ zwischen den spezialisierten und sich aufspaltenden Wissenschaften darzustellen.

In seinem Schlußkapitel "Die Welt von morgen - Antizipationen und Alternativen" entwickelt Flechtheim Futurologie unzweifelhaft im Sinne konkreter Utopie. Das normativ-utopische Element findet seine Entsprechung in seiner Zielbeschreibung, die eine nach Genossenschaftsmodellen strukturierte Gesellschaft anstrebt, die eingebettet ist in eine "solidarische Weltfördererion". Das Konkrete findet seine Entsprechung in einer ausführlichen Erörterung des Strategieaspekts.

Dabei wird der Versuch unternommen, in einer Ziel-Mittel-Relation zur Erreichung einer wirklich humanen Gesellschaft die Effizienz der Strategie gewaltfreier Aktionen innerhalb einer Gesamtstrategie systemüberwindender Reformen in der BRD zu begründen. "Damit gewinnt heute als 'Dritter Weg' zwischen Revolutionärer Gewalttätigkeit und quietistischem Legalismus die Politik der 'Permanenten Reform' mittels direkter gewaltfreier Massenaktionen an Bedeutung."³⁾

1) So sind "die Futurologen berechtigt und verpflichtet, nach bestem Wissen und Gewissen zu postulieren, was sein soll, was der Menschheit nutzen und was ihr schaden dürfte...", Flechtheim, O.K.: Futurologie, a.a.O. S. 263

2) ebd., S. 267

3) ebd., S. 388 f.

Die Erörterung des Strategieaspektes bedeutet gleichzeitig eine eindeutige gesellschaftspolitische Positionsangabe und begibt sich somit in das Feld politischer Auseinandersetzungen. Flechtheims Futurologie will Synthese von Ideologie und Utopie sein, nicht nur "Dritter Weg", sondern will auch als "Dritte Kraft zwischen Kapitalismus und Kommunismus"¹⁾ fungieren.

Gerade mit diesem Bekenntnis im Selbstverständnis wertbezogener und wertsetzender Wissenschaft verläßt Flechtheim den schützenden Elfenbeinturm vorgeblich objektiver Wissenschaft und greift ein in den "Kampf um die Zukunft". Haben marxistische Autoren Flechtheim bislang attestiert, daß er zumindest tendenziell gegen den inhumanen Kapitalismus antrete, so wird er in dem Augenblick, wo er sich zum "totalen Menschen" und nicht zum "totalen Staat" bekennt, wo er versucht, Gehör zu finden beim "Nonkonformisten" hüben und den "Revisionisten" drüben, zum "ideologischen Feind des Sozialismus"²⁾ erklärt.

Johan Galtung³⁾ kommt durch zwei Variable kollektivistisch-individualistisch (organisationsstrukturell) und horizontal-vertikal (gesellschaftsstrukturell) zu vier Gesellschaftsmodellen, von denen er drei historische Korrelate nachweisen kann:

vertikal-kollektivistisch	=	feudal,
vertikal-individualistisch	=	kapitalistisch,
horizontal-kollektivistisch	=	sozialistisch.

1) Flechtheim, O. K.: Futurologie, a.a.O., S. 388 f.

2) So der SED-Wirtschaftswissenschaftler Professor Kuczinski in einer Buchbesprechung von Flechtheims "Futurologie - der Kampf um die Zukunft" in der Ost-Berliner Weltbühne. Vgl.: Der Tagesspiegel vom 13. 2. 1971

3) Vgl. Galtung, Johan: On the Future of Human Society, in: Futures, The Journal of Forecasting and Planning, Vol. 2, Nr. 2, S. 132 ff. - Der Artikel basiert auf einem Vortrag, den Galtung auf der 2. Internationalen Konferenz für Zukunftsforschung in Kyoto, Japan, vom 10. - 16. April 1970 gehalten hat.

Das vierte, horizontal-individualistische Modell findet seine Entsprechung in einer kommunistischen Gesellschaft und ist Konstrukt der nach-revolutionären Entwicklungsphase. Das ökonomisch-technische Niveau im vierten Modell (oder im vierten Entwicklungsstadium) zeichnet sich aus durch eine hohe wirtschaftliche und technologische Entwicklungsstufe bei gleichzeitig maximal ausgeprägter Mobilität.

Ziel ist individuelle Selbstverwirklichung, die innerhalb dieser Gesellschaft solcher Art qualifiziert ist, indem sie intra-individuell zum Tragen kommt. Diese Gesellschaft muß die Richtungskomponenten Wachstum und Gerechtigkeit auf idealtypische Weise in sich vereinen; insofern stellt dieses Modell der nachrevolutionären Gesellschaft eine Synthese von Kapitalismus (wachstumsdominierend) und Sozialismus (gerechtigkeitsdominierend) dar. Visionäre Abstraktion und kreative Wunschvorstellung resultieren bei Galtung aus einer gleichermaßen stark entwickelten Phantasie und Intuition.

Gleichfalls induktiv geht Waskow beim Entwurf seiner "wünschenswerten und erreichbaren Zukunft bis ins lebendige Detail hinein"¹⁾ vor.

Die Kernproblematik seines mit projektiver Methode entwickelten Modells liegt im geforderten demokratischen Charakter des Zielgewinnungsprozesses und der modellhaften Realisierung. Das Problem der Zielwerte löst Waskow durch eine Minimalisierung der Zweck-Mittel-Relation zugunsten der Frage nach dem Zukunftsmöglichen und Zukunftspraktikablen. Sein kybernetisches Zukunftsmodell basiert auf einer Analyse gegenwärtiger Gesellschaftssituation und historischer Entwicklung, auf Wissenssoziologie und teilnehmender Beobachtung, die sich nach den Fragen zu orientieren hat: "Von welchen hauptsächlich Tendenzen der unmittelbaren Vergangenheit (sind) größere

1) Waskow, Arthur J.: Vorausschau 1999, in: Basis-Dokumentation, a.a.O., S. 54 ff.

Veränderungen zu erwarten, und zu welchen Werten Teile der Gesellschaft festhalten, von denen als Zielvorstellung für Veränderungen ausgegangen werden kann".¹⁾

"Keim der Veränderungen" sind bei ihm die "Hypertrophie des Krieges, das Auftauchen einer 'neuen Klasse' und das Anwachsen der Klasse der Unterprivilegierten". Diesen Faktoren der Veränderung entsprechen auch die zentralen Charakteristika seines Modells, das gewisse Gemeinsamkeiten mit dem Galtungsschen aufweist: Abrüstung, "transnationale Institution des Weltforums", Schwächung des Establishment, Verpflichtung der ganzen Welt zu Gewaltverzicht.²⁾

Einen größeren Schwerpunkt auf die methodische Realisierung "möglicher Zukünfte" legt Hasan Ozbekhan in seinem Modell einer "Look-out-Institution".³⁾ Ozbekhans Modell zeigt auf appellatorischer und normativer Ebene nicht wenige Parallelitäten zu jenem von Waskow. Er versucht durch eine statistische Bestandsaufnahme der Gegenwart durch "Umwandlungsmethoden über die Manipulation des Modells der gegenwärtigen Situation zu gelangen, das statistisch und datenmäßig so erfaßt und konkretisiert werden kann, daß es als "Antizipation der Zukunft" Informationen über Möglichkeiten der Manipulation und Modifikation des zukünftigen Modells zurück zum Modell der Gegenwart geben kann.

Grundlegend für dieses dynamische (nicht kybernetischer Natur, da die gegenseitigen Einwirkungen nicht berücksichtigt werden) Kreislaufmodell können "doppelte Datenbasen" sein, "von denen eine die Gegenwart beschreibt und die andere eine Antizipation ist".⁴⁾

1) Waskow, Arthur J.: Vorausschau 1999, a.a.O., S. 56

2) ebd., S. 60

3) Ozbekhan, Hasan: Skizze einer "Look-out-Institution", in: Koch, Klaus/Senghaas, Dieter: Texte zur Technokratiediskussion, Frankfurt/Main 1970, S. 330 ff.

4) ebd., S. 340

Nun ist hier der Gedanke einer Institutionalisierung dieses Modells als "non-profit"-Organisation, die sich exekutiv und legislativ unabhängig als Expertengremium mit jeglicher Freiheit nach außen konstituieren sollte, angesprochen.

Eine realitätsgerechte und auf die Möglichkeit der Verwirklichung abgehobene Modellierung der Zukunft gibt Hans G. Schneider¹⁾. Methodische und theoretische Mängel werden durch eine Schwerpunktverlagerung auf inhaltlich-praxisorientierte und strategische Erwägungen weitgehend aufgefangen. Von einer "Defizitanalyse" (Kritik an der Gesellschaftsstruktur und -entwicklung) und einer Auflistung zukünftiger existenzbedrohender Entwicklungstendenzen ausgehend, entwickelt Schneider fünf Zielkriterien, auf denen eine "Charta der neuen Menschenrechte" basiert:

- I. Jeder Mensch hat das Recht auf eine saubere, ruhige und ästhetische Umwelt.
- II. Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche, geistige und seelische Unversehrtheit.
- III. Jeder Mensch hat das Recht auf verantwortliche Mitwirkung an allen Entscheidungen, die sein alltägliches Verhältnis zu seiner sozialen und sachlichen Umgebung unmittelbar betreffen.
- IV. Jeder Mensch hat das Recht, in Übereinstimmung mit anderen Menschen die Form seines sozialen Zusammenlebens selbst zu bestimmen.
- V. Jeder Mensch hat das Recht, im Falle eines Krieges oder Bürgerkrieges die Art seiner Verteidigung selbst zu bestimmen. Die Wahl der Kampfmittel darf den sozialen Zweck ihres Einsatzes, die Verteidigung der selbstgewählten Lebensweise, nicht in Frage stellen. Entsprechende Entscheidungen können jederzeit vorgenommen werden.

1) Schneider, Hans G.: a.a.O., S. 295

Diesen Zielkriterien entsprechen Werte, die konkretisiert und versuchsweise operationalisiert werden.¹⁾ Die Zielverwirklichung läuft gesellschaftsspezifisch ab, in technologisch hochentwickelten kapitalistischen Ländern als Transformation unter Zielwertimperativen. Dabei orientiert sich Schneider an folgendem Schema:

- "1. Strategische Zielvorstellung: Verwirklichung der neuen Menschenrechte;
2. Operative Ansatzpunkte: Spezielle Formen der Unterdrückung;
3. Taktisch-politisches Vorgehen: Schwerpunktmäßig innerhalb jener Gruppen, die real und potentiell funktionelle Träger gesellschaftlicher Macht sind."²⁾

Gerade Schneiders Vorgehen ist ein besonders gutes Beispiel, wie auch das eben zitierte Schema zeigt, wie Zukunftsfor-schung über die Formulierung eines normativen Zielkataloges und die ausgiebige Erörterung der Realisierung den Anforderungen konkreter Utopie entsprechen kann. Dabei zeichnet Schneiders Studie die Tatsache aus, daß er nicht, wie bisher in der Zukunftsforschung oft üblich, abstrakt an den realen gesellschaftlichen Bedingungen vorbeiprognostiziert bzw. antizipiert, d.h. daß er sich nicht, um in der Terminologie von Claus Koch zu bleiben, um die Erörterung der Herrschaftsfrage gedrückt hat. In seiner "Ist-Analyse" entwickelt er Ansätze einer Analyse der Herrschaftsstruktur der Gesellschaft, der er sein Modell konkreter Utopie zugrunde legt und entwickelt, wie bereits erwähnt, darüber hinaus strategisch-taktische Maßnahmen zur Zielrealisierung seiner "Utopie".

Besonders breiten Raum nimmt bei Schneider die Analyse des gegenwärtigen bzw. "Ist-Zustandes" ein. Über eine ausführliche, mit naturwissenschaftlichen Daten abgesicherte Bestands-

1) Schneider, Hans G.: a.a.O., S. 297

2) ebd., S. 303

aufnahme hinaus prognostiziert er sehr plausibel den Verlauf der heraufkommenden "Katastrophe", wenn die Entwicklung weiter in den Bahnen verläuft, wie sie zur Zeit angelegt ist. Zu einer "Katastrophe" können unter anderem folgende Entwicklungen führen:¹⁾

Stagnation der Weltnahrungsmittelerzeugung, disparitätische Bevölkerungsentwicklung und Überbevölkerung, Zerstörung des ökologischen Gleichgewichtes, Bevölkerungskonzentration in den Ballungsräumen (Aggressivität, Extremismus), Informationschaos (Entscheidungswillkür, Orientierungslosigkeit) und Existenzbedrohung durch Nuklearkriege.

Mit dem prognostischen Teil seiner Studie berührt Schneider einen weiteren Aspekt der Zukunftsproblematik und gleichzeitig unbewußt eine weitere Dimension in der Utopiediskussion. Utopien waren bislang darauf vorwiegend angelegt, Zustimmung mit ihrem normativen Gehalt zu erzeugen im Sinne von Zielalternativen, deren Umsetzung erst dann gewährleistet war, wenn genügend viele und relevante Kräfte sich mit ihren Zielen identifizierten. Diese Normen- bzw. Zielidentifikation war bislang eine Frage, ob bzw. welchen Wert man der jeweiligen Utopie beimaß.

Eine zwingende Notwendigkeit, Utopien überhaupt zu entwickeln oder etwa ihre Realisierung anzuvisieren, existierte nicht. Sie konnte verworfen werden und der status quo perpetuiert werden. Damit konnte Utopie wieder getrost in den Bereich des Wünschbaren verbannt werden. Inzwischen aber haben sich Entwicklungen angebahnt, die eine drastische Änderung gesellschaftlichen Verhaltens als Voraussetzung für das existenzielle Überleben als notwendig erscheinen lassen.

Insofern wird hier Utopie unter einem zusätzlichen Aspekt "konkret". Hier wird versucht, aus der Analyse des gegen-

1) Vgl. Schneider, Hans G.: a.a.O., S. 9 ff.

wärtigen Zustandes konkret den Nachweis zu erbringen, daß neue, andere gesellschaftliche Zielwerte entwickelt werden müssen. Ob die von Schneider formulierten Ziele allerdings ausreichen und nicht die Komplexität der Gesellschaft und Umwelt durch zu wenige alternative Ziele stark reduzieren, ist eine andere Frage. Das eigentlich Neue ist, daß hier wie bei Forrester und Meadows¹⁾ noch offensichtlicher und präziser aufgezeigt wird, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Menschheit neue Werte und Ziele entwickeln muß, weil das Festhalten an den alten zu ihrer Vernichtung führt.

Ob die hier erwähnten Prognosen richtig sind, mag zunächst dahingestellt sein. Relevant ist ihre Wirkung. Immerhin haben sie die Diskussion über die Ziele und Werte gesellschaftlichen Handelns und Produzierens neu entfacht. Ihre historische Funktion besteht darin, daß sie Zukunftsproblematik allenthalben vor Augen geführt haben und diejenigen, denen die Ergebnisse ihrer Untersuchungen²⁾ inzwischen geläufig sind, so weit aufgerüttelt haben, daß man bereit ist, ernsthaft alternative Zukunftsmodelle zu diskutieren, gegebenenfalls auch im Sinne konkreter Utopien. So ist es vorwiegend der "Zukunftschock", der zur Zeit Bereitschaft und Bedingungen erzeugt, unter denen erstmalig wieder "Utopie" ein Stellenwert eingeräumt wird.

Eine monokausale Erklärung zukünftiger Überlebensprobleme gibt Georg Picht³⁾: Verlust an Vernunft und Moral haben die kommenden Katastrophen verschuldet, "die Menschheit wird ihre Zukunft nur durch einen moralischen und geistigen Durchbruch erobern können ... Da aber sowohl unsere politischen Ordnungen wie unsere Wissenschaften desintegriert und damit

1) Zu Forrester und Meadows später noch ausführlicher

2) Vgl. insbesondere Meadows, Dennis: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit Stuttgart 1972

3) Vgl. Picht, Georg: Mut zur Utopie - Die großen Zukunftsaufgaben, München 1969

vernunftlos sind, hängt die Zukunft des Menschengeschlechts davon ab, ob es gelingt, in einem qualitativen Sprung eine neue Stufe der kollektiven Moral und eine neue Stufe der kollektiven Vernunft zu erreichen.¹⁾

Als dringend zu lösende Aufgabe sieht Picht das Ernährungsproblem und die notwendige Industrialisierung der Entwicklungsländer, die Wasserknappheit, eine Energiegewinnung ohne Raubbau und ein Welterziehungsprogramm, das es der Bevölkerung erlaubt, sich als gebildet zu verhalten. Zielwert für die Lösung dieser Aufgaben ist die "Menschlichkeit der Menschen". Dieser Begriff ist appellatorisch und desiderativ zu verstehen:

Als Synthese von Vernunft und Moral läßt sie (die Menschlichkeit) sich bei der Lösung von Zukunftsproblemen verwirklichen, wie sie auch hierzu vorausgesetzt werden muß. Die Differenz ist in der Verantwortlichkeit verschiedener Teile der Weltgesellschaft zu sehen. Die Realisierung seiner Postulate sieht Picht in der Institutionalisierung von Weltwirtschaftsplanung und der Konstitutionierung von supranationalen Machtzentren. Sein wünschenswert bis utopisch zu klassifiziertes Zukunftsmodell gewinnt Picht neben Evidenzkriterien aus Intuition und Ideenassoziation.

Zusammenfassend läßt sich zur projektiv-intuitiven bzw. normativen Futurologie unter dem Methodenaspekt folgendes feststellen:

- a) Es handelt sich fast ausschließlich um Total- und Globalprognosen.
- b) Der Prognosezeitraum ist mittel- bis meistens langfristig
- c) Die Prognosezuverlässigkeit ist nur evidenzplausibler, nicht aber analytisch-logischer Art.

1) Picht, Georg: Mut zur Utopie ... a.a.O. S. 145

d) Die Prognoseaussagekraft bleibt auf Kategorien des "Wünschenswerten" beschränkt.

e) Es dominieren die Methoden:¹⁾

Historische Analogie, andeutungsweise Strukturanalysen, freie Ideen-Assoziation, Utopiebeschreibungen, d.h. induktive und rekursive, global: normative Methoden.

1) Vgl. hierzu: Bommer, Jürgen, Methoden der Zukunftsforschung und Busch, Heinz: Planung, langfristige Zielvorstellungen und Zukunftsforschung, in: Basis-Dokumentation, a.a.O., S. 8 ff. und S. 12 ff.

b) Zur explorativen Futurologie

Mit scenario-writing (Drehbuchschreiben) und Trendextrapolationen erstellen H. Kahn und A. J. Wiener einen "Rahmen für Spekulationen in den nächsten dreißig Jahren".¹⁾ Im Mittelpunkt steht ein "komplexer, langfristiger Trend, der aus dreizehn aufeinander bezogenen Elementen besteht".²⁾

Der Trend ist gekennzeichnet durch das Anwachsen der sensua-
listischen Kulturkreise, Vermehrung der wissenschaftlich-
technologischen Kenntnisse, weltweite Industrialisierung und
Modernisierung, Wachsen von Wohlstand und Freizeit, Bevölke-
rungszunahmen, Verstädterung, Zunahme der Möglichkeiten der
Massenvernichtung und beschleunigtes Tempo der Veränderungen.

Dieser Trend wird in weiteren Szenarios weiter detailliert
und führt zu Entwürfen, die als "Überraschungsfrei"³⁾ gel-
ten, da von der Trendextrapolation willkürlich ein niedri-
ger, nach dem Wahrscheinlichkeitskriterium ausgewählter
Wert herausgegriffen wird.

Drei Modelle der Standardwelt⁴⁾, "integriert, introspektiv
und desintegriert", werden "kanonischen Variationen" unter-
zogen, die in Verbindung mit den Trendvariablen in zahlrei-
chen Szenarios durchgespielt werden.

Als Ergebnis dieser extrapolativen Spekulationen um einen
Zukunftsentwurf kristallisiert sich die Welt des technolo-
gischen und industriellen Wachstums, der Entwicklung und Er-
findung heraus, die in ihrem Bestand scheinbar nur durch

1) Kahn, Hermann/Wiener, Anthony: Ihr werdet es erleben -
Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahr 2000, Reinbek/
Hamburg 1971. Titel der Originalausgabe: The Year 2000
- A Framework for Speculation on the next thirty-three
Years, Hudson-Institute, 1967

2) ebd., S. 21

3) ebd., S. 23

4) ebd., S. 24 ff.

machtpolitische, kriegerische Imponderabilien gefährdet scheint. Ein untergeordnetes Problem ist die mangelnde Flexibilität von Kultur und institutioneller Organisation. "Werden sich unsere kulturellen und institutionellen Ergebnisse dem rapiden Wandel in so kurzer Zeit (bei exponentiellem Wachstum vieler Trends) anpassen können?" ¹⁾

Die disparitätische Wachstumsentwicklung, die Diskrepanz zwischen Industrieländern und Ländern der Dritten Welt wird als "natürlich" hingenommen und als potentieller Konfliktstoff in einem Szenario verarbeitet. ²⁾

Die Zukunftsgefahren (Nuklear-Konflikt und technologisches Sklaventum - letzteres ist allerdings ein Problem von geringerer Virulenz, da ja alles "machbar" sein wird -) münden in einen "Zielkatalog zukunftsorientierter Erforschung politischen Handelns". ³⁾

Bei Kahn/Wiener wird die Zukunftsbewältigung primär darin liegen, durch Erkenntnis- und Wissenssteigerung, Zukunftskrisen antizipieren und vermeiden zu können, und die durch den "faustischen" Charakter des Menschen gefährdete Einflußnahme auf den zur Verselbständigung tendierenden Prozeß technologischer Entwicklung zu garantieren.

Die in verstärktem Maße in den Sozialwissenschaften Verwendung findende Methode der Simulation von Modellstrukturen und Entwicklungstrends liegt Forresters Studie "World Dynamics" zugrunde. ⁴⁾

1) Kahn/Wiener: Ihr werdet es erleben, a.a.O., S. 133

2) ebd., S. 152 ff.

3) ebd., S. 394

4) Forrester, Jay W.: World Dynamics, Wright-Allen-Press Inc., Cambridge/Mass. 1971. - Nach einer Diskussion der "System Dynamics" des MIT (Massachusetts Institute of Technology) im "Club of Rome" am 26. 6. 1970 wurden deren Mitglieder am 20. 4. 1971 vom MIT nach Cambridge eingeladen, um Jay W. Forresters "World Dynamics" als Grundlage eines einjährigen Forschungsprogramms am MIT unter Leitung von Dennis Meadows (Mitglied des Club of Rome) zu erörtern.

Unter "World System" begreift Forrester den Menschen, seine sozialen Systeme, seine Technologien und seine natürliche Umwelt. Dieses "World System" droht, sich zu einem existenziellen Engpaß hin zu entwickeln, der sich aus "Überbevölkerung, der ökologischen Krise und den disparitätischen Lebensstandards" ergeben könnte. Forrester nimmt fünf für diese globale Dimension generalisierbare Variable:

Bevölkerung, Kapitalinvestition, Rohstoffe, Kapitalinvestition in der Landwirtschaft und Umweltverseuchung als jeweils dominierende Strukturen und gewinnt schließlich in einer simulativen Optimierung, bezogen auf die Variable, "Quality of Life", die eine Funktion der fünf Strukturen (Entwicklungstrends) ist und als abhängig von materiellem Standard, Nahrungsversorgung, Wachstum und Umweltkonditionen¹⁾ qualifiziert wird, ein Modell, in dem die Variablen in ihrer Wachstumsdynamik verschieden stark reduziert sind. Das Postulat für eine existenzgarantierende Zukunft lautet deshalb bei Forrester, es müsse gelingen, die Traditionen der Zivilisation in Übereinstimmung mit dem dringend zu erreichenden Übergang von exponentiellem Wachstum zu einem globalen Gleichgewichtszustand zu bringen.²⁾ Dabei konzidiert Forrester, daß sein Modell ausschließlich technologischer Natur ist und sieht ein, daß die Realisierung dieser Forderungen nur über und im sozialen System möglich ist, und zieht daraus die Konsequenz, daß es gelingen müsse, durch erweiterte sozialwissenschaftliche Kenntnisse ein simulationsfähiges Modell des sozialen Systems zu erstellen.³⁾

Das Projekt des "Club of Rome"⁴⁾ über die Zukunft der Menschheit stellt im wesentlichen eine Vertiefung und Erweiterung

1) Forrester, Jay W.: World Dynamics, a.a.O., S. 11

2) ebd., S. 125 f.

3) ebd., S. 125 ff.

4) Meadows, Donella H./Meadows, Dennis, u.a.: The Limits to Growth - A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, New York 1972. Unter der Leitung von Dennis Meadows wurde diese Studie im Rahmen eines einjährigen Forschungsprogramms am MIT erstellt.

von Jay W. Forresters "World Dynamics" dar. Das Modell, verstanden als "systematisierte Annahmen über ein komplexes System"¹⁾ wird von den fünf Variablen Forresters getragen, deren Interrelationen, Implikationen und Ursachen als Trendextrapolationen zum Gegenstand der Untersuchung gemacht werden. Mit neunzig Parametern werden die Variablen Bevölkerung, Industrialisierung, Umweltverseuchung, Nahrungsproduktion und Raubbau der Rohstoffe quantifiziert und über Rückkopplungsschleifen miteinander verbunden, um die Reaktionen der übrigen Faktoren auf die Änderung einer dieser Determinanten feststellen zu können. Die systematische Strukturierung dieser aus historischen Trends gewonnenen und weiter extrapolierten Faktoren und die computergerechte Aufbereitung ermöglicht in der Simulation die Ermittlung der kritischen Größen bestimmter Determinanten und Variablen.

Aus der Prüfung der Relevanz der Interaktionsströme für die Änderung des Modells ergibt sich dieselbe Konsequenz wie bei Forrester: Der Übergang von einer wachstumsorientierten hin zur gleichgewichtsgarantierenden Gesellschaft²⁾ ist nur erreichbar durch eine radikale Umschichtung bestehender Werte durch das bewußte Erkennen der gesetzten Grenzen, und notfalls durch Zwang. Der anzustrebende Zustand des Gleichgewichts wird in seiner strategischen Herbeiführung nicht global für alle Gesellschaften generalisiert, sondern es wird zugegeben, daß der Mechanismus des Modells in unterentwickelten Gesellschaften, deren Entwicklung gefördert werden muß, anders ablaufen muß, also bestimmte andere Variable in ihrem Wachstum gehemmt oder gefördert werden müssen.³⁾

Zusammenfassend läßt sich zur explorativen Futurologie unter methodischen Gesichtspunkten folgendes feststellen:

1) Meadows, D. H./Meadows, D. u.a.: The Limits to Growth, a.a.O., S. 20

2) ebd., S. 187

3) Vgl. ebd., S. 181 f./S. 190 ff.

- a) Die gegebenen Prognosen sind globaler und totaler Natur, d.h. es wird versucht, den Komplex der Prognoseobjekte möglichst vollständig zu erfassen.
- b) Der Prognosezeitraum ist zwar in seiner Relevanz für die Aussagen quantitativ abgesteckt, tendenziell aber unlimitiert.
- c) Die Prognosezuverlässigkeit steigt durch die Kategorien des Mathematisierbaren und Quantifizierbaren beträchtlich.
- d) Die Prognoseaussagekraft erlangt eine vergleichsweise hohe Evidenz und logische Schlüssigkeit.
- e) Methodisch finden vor allem Anwendung: Trendextrapolation, Zeitreihenextrapolation, Scenario-writing, Strukturanalysen, Spieltheorie, Optimierungungsverfahren und Simulationsmodelle.

Zum Vergleich von kritisch-normativer und Establishment-Futurologie, um ein bereits verworfenes Begriffspaar wieder aufzugreifen, sind folgende Charakteristika auffallend. Bei der ersteren:

- a) Bei der kritischen Futurologie wird von einer Konfliktperspektive ausgegangen.
- b) Die kritisch-normativen Futurologen bedienen sich besonders normativer, intuitiver, explorativer und projektiver Methoden.
- c) Sie betonen die demokratische Zukunftsgestaltung im Sinne des Veränderbaren nach normativer Zielorientierung. "Die Zukunft ist nicht mehr unvorhersehbar und unvermeidlich, ihre Erfindung und Schöpfung ist heute möglich."¹⁾

1) Jungk, Robert: Die neuen Fähigkeiten, in: Basis-Dokumentation, a.a.O., S. 37

- d) Die Bewertungskriterien der Zukunftsgestaltung sind Wünschbarkeit, Vernunft, anthropologisch-humanistische Adäquanz; Ziele sind Freiheit, Ausdrucksmöglichkeit, Selbstverwirklichung und Frieden.
- e) Methodisch dominierend sind gesellschaftliche Phantasie, Imagination und Kreativität.

Es wäre eine grobe Vereinfachung anzunehmen, die kritisch-normative Richtung der Futurologie lasse gewisse Basisdaten und deren Relevanz für die Zukunft außer acht; doch werden diese Informationen anders in Bewertungen und Wertungen umgesetzt, fließen nicht ohne normative Interpretation in Modellkonstruktionen ein und werden als objektive Anhaltspunkte allenfalls im Vorfeld der Untersuchungen berücksichtigt. Die kritischen Einwände gegen diese Richtung der Futurologie lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- a) Die Unverbindlichkeit ihrer Aussagen,
- b) die teilweise Realitätsinadäquatheit ihrer Zukunfts-konstruktionen,
- c) ihre methodologische und theoretische "Leerstelle",
- d) ihre Naivität und Ahnungslosigkeit gegenüber Realitätsphänomenen, die für den Griff nach gegenwarts-alternativen Zukünften wie auch in ihrer dortigen funktionalen Einordnung von ausschlaggebender Bedeutung sind (z.B. Macht, Herrschaft u.ä.),¹⁾
- e) ihre mangelnde Reflexion über ihre Funktion oder ihr Funktionsmißbrauch in gegenwärtiger Situation.

Eine so definierte Zukunftsforschung vermag nicht viel mehr als unterschiedlich zwingende Zukunftsmöglichkeiten aufzuzeigen, in beschränktem Umfang Zielwerte (nicht Ziele) zu

1) Vgl. Koch, Claus/Senghaas, Dieter: Texte zur Technokratiediskussion, Frankfurt/M. 1970, S. 327

formulieren, aus Systemkritik heraus kaum operationable Zukunftsmodelle zu konstruieren und unter Berücksichtigung gewisser evidenter Trends Warnungen auszusprechen und Postulate aufzustellen. Ihre Legitimation liefert eher ihr Engagement für die Zukunft als die Infragestellung ihrer zeitgebundenen Funktionalität.

Die Establishment-Futurologie kennzeichnen folgende Charakteristika:

- a) Ausgangspunkt ist ein eher integrationistisches Gesellschaftsverständnis.
- b) Vorherrschend sind explorative und projektive Methoden, die Quantifizierbarkeit und Operationalisierbarkeit voraussetzen.
- c) Strategisches Denken impliziert ein nahezu institutionalisiertes stabiles Freund-Feind-Bild auf außenpolitischer Ebene.
- d) Technologische Entwicklung wird positiv unter dem Aspekt des Total-Machbaren, unbegrenzte Möglichkeiten in der Erfüllung objektivierbarer Ziele und faktischer Bedürfnisse eröffnend, gesehen.
- e) Soziale Komplexität wird reduziert, um mit quantitativen, mathematischen Methoden erfaßbar zu werden.
- f) Im Vordergrund steht die Eintreff-Zuverlässigkeit und die sichere Gestaltbarkeit der Zukunft.
- g) Experten-euphorisch wird geglaubt, alle Zukunftsfragen durch unterschiedliche Organisationsformen des wissenschaftlichen Sachverstandes lösen zu können.
- h) Leitwerte zukünftiger Gesellschaftsmodelle sind Effektivität, Wirtschaftlichkeit, Optimalität.

Zwischen grenzenlosem Zukunftsoptimismus¹⁾ und z.T. Übertrieben erscheinender Schwarzmalerei sind die Ergebnisse dieser "exploratory"-Futurologie einzuordnen, wobei sich unter deren Protagonisten auch noch ein Lager heraustrennen ließe, das technologischen Fortschritt zumindest dort in Frage stellt, wo nach seiner Meinung Existenzfragen angeschnitten werden, wo also die Ideologie des Machbaren selbst bei Potenzierung des technologischen Wissens an Grenzen stößt (Forrester, Meadows).

Die Kritik gegen die Futurologie korreliert eng mit den landläufigen Argumenten in der Technokratie-Diskussion.

- a) Durch die zielwertlose Extrapolation wird eine interessenspezifische Manipulation der gegenwärtigen Gesellschaft auf ihre gewünschte zukünftige Struktur hin ermöglicht.
- b) Eine Quantifizierung aller gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Prozesse ist absurd und gefährlich.
- c) Das Konzept der "Überraschungsfreien Zukünfte" (Kahn) im Sinne von Vorwarnungssystemen zeugt von ahistorischem und technizistischem Denken.
- d) Die ideologische und konstitutionelle Bindung an die herrschende Ordnung (z.B. Rand und Commission of the Year 2000) schließt eine von der Gegenwart betrachtete gesellschaftliche Systemalternative, die Struktur- und Wertänderung umfaßt, a priori aus.
- e) Es wurden analytische Modelle konstruiert, deren Elemente nicht historisch und kausalanalytisch nachgewiesen werden, und damit eine Simplifizierung gesell-

1) Hier neben Kahn/Wiener (was die Bedeutung des technologischen Fortschritts betrifft) vor allem Helmer, Olaf: Prospects of Technological Progress, in: Alvin Toffler (Hrsg.): The Futurists, New York 1972

schaftlicher Einheiten allgemein, besonders aber eine direkt oder indirekt intendierte Apologetik gesellschaftlicher Stabilität darstellen.

- f) Systemanalyse und Systemelementarisierung werden ohne Gesellschaftstheorie vorgenommen und praktiziert.

Es bleibt anzufügen, daß analytische Präzision und hohe Voraussagewahrscheinlichkeit in der Zukunftsforschung immer relative Begriffe bleiben werden; dies liegt nicht zuletzt in Semantik und Logik des Begriffes "Zukunft" selbst begründet. Dies als Erkenntnisziel und Legitimation für methodisches Vorgehen anzugeben, ist vordergründig, und wohl auch allen Futurologen bewußt, vor allem auch denen der quantitativen Richtung. Daß dennoch die Ergründung der Zukunft als einzig auf diesem Wege lösbar ausgegeben wird, entlarvt diese Richtung als technizistisch mit allen ideologischen Implikationen. "Ihren herrschaftsfreien Planungsbegriff und ihren konfliktlosen Politikbegriff - Politik ist problem-solving - überhöht die Futurologie mit dem Mythos des wissenschaftlichen Expertentums."¹⁾

1) Koch, Claus/Senghaas, Dieter: Texte zur Technokratie-Diskussion, a.a.O., S. 322

c) Zum Versuch einer der Mängel der beiden Richtungen ent-
hobenen "integrierten" Futurologie

Um eine die Mängel beider bisher behandelten Richtungen der Zukunftsforschung beseitigende Zukunftsforschung bemüht sich vor allem Carl Böhret. Sein Bemühen geht dahin, schließlich eine Zukunftsforschung zu entwickeln, die nicht aus einer bloßen Summe der übernehmenswerten Faktoren der beiden Richtungen besteht, sondern auf ihnen aufbauend in einem qualitativen Sprung eine neue Futurologie konstituiert, die sich in einer quasi höheren Ebene präsentiert. Er nennt sie "konstruktive Futurologie" oder desiderativ-konstruktive Zukunftsforschung. Dabei geht es ihm nicht darum, aus prinzipiellen Erwägungen die gegenwärtig zu konstatierende Spaltung der Zukunftsforschung in zwei Lager zu überwinden. Böhret geht von der These aus, daß keine der beiden Ansätze isoliert voneinander zu "gesellschaftlich brauchbaren" Ergebnissen gelangen könne.

Die etablierte Futurologie gerate mit ihren retrospektiv-extrapolativen Einzelprognosen und Ableitungen in ein Vakuum. Einmal weil sie an vereinzelte Entwicklungen aus der Vergangenheit und an heutige Denk- und Systemstrukturen gebunden bleibt. "Weil sie sich von ihrem Selbstverständnis her in diesem limitierten Bereich bewegt, ist diese 'technizistische' Futurologie im gegebenen System kurzfristig und singulär unmittelbar verwertbar."¹⁾

Letztlich werde mit dem Grad der Exaktheit der Eintreffwahrscheinlichkeit ihrer Voraussage ihre Wirkung immer weniger innovativ.

Von daher könne sie das gegebene System weder in Frage noch zur Disposition stellen, sie bleibe damit "tendenziell sy-

1) Böhret, Carl: Hat die Zukunftsforschung eine Zukunft? in: Analysen und Prognosen, hrsg. v. Zentrum für Zukunftsforschung, Berlin o.V., Heft 22, Juli 1972, S. 3

stemkonform". Durch ihren Instrumentenreichtum und ihre ständig anwachsende Bedeutung im Planungssektor des öffentlichen Bereiches eröffne sie auch gewisse, wenn auch nur "reformistische" Perspektiven. Das Dilemma der etablierten Zukunftsforschung kommt aber besonders da zum Vorschein, wo sie versucht, brauchbare Planungs- und Entscheidungshilfe zu liefern.

"... ihre retrospektiv ermittelten Prognosen müssen notwendig begrenzt bleiben, denn sie werden ja von den Empfängern einmal nach einfachen Plausibilitätskriterien und zum anderen an der schnell eintreffenden Wirklichkeit überprüft."¹⁾

Werden die Ergebnisse der etablierten Zukunftsforschung einmal durch die Begrenztheit ihrer Aussage fragwürdig, so ist sie andererseits "gesellschaftlich unverbindlich", wenn sie versucht, möglichst aufwendige und exakte Analysen bzw. Prognosen aufzustellen. Denn dann blieben nach Meinung Böhrets alle Möglichkeiten offen.

Die kritische Zukunftsforschung hingegen könne durch ihre prospektiven Ansätze aus der kritischen Gegenwartsanalyse die "sozialen Erscheinungen und systemimmanenten Entwicklungstendenzen samt ihren Unzulänglichkeiten" erfassen und damit zu einer Relativierung der etablierten Futurologie beitragen. Wenngleich die Hauptfunktion der kritischen Zukunftsforschung darin bestehe, durch soziale Phantasie und Systemkritik andere denkbare Möglichkeiten zu entwerfen, so dürfe sie sich nicht darauf beschränken, die Notwendigkeit, etwas in Hinblick auf die Zukunft zu verändern, zu unterstreichen oder etwa auch durch Utopie-Beschreibungen mögliche alternative Zukünfte aufzuzeigen.

"Will eine gesellschaftsbezogene Zukunftsforschung nicht nur unverbindlich bleiben, sondern auch die Potenzen evalu-

1) Böhret, Carl: a.a.O., S. 3

ieren, kann sie nicht gänzlich auf die Methoden der Überwiegend technizistischen Futurologie verzichten."¹⁾ In ihrem Methodeninstrumentarium besser ausgestaltet, kann so eine veränderte, d.h. erweiterte kritische Futurologie versuchen, die "sensitiven Stellen des sozioökonomischen Systems und sein 'counter-intuitives' Verhalten zu entdecken".²⁾

Wo Böhret die Hoffnung hat, daß eine Futurologie in diesem erweiterten Sinn versuchen kann, dann auch "systemtranszendierende Zukünfte" zu beschreiben, so hat er hier offensichtlich die Frage nach den Ansatzpunkten für die Durchsetzung einer als wünschenswert ermittelten Zukunft im Auge. Obwohl er mehrfach aus einem restriktiven Utopieverständnis eine an Kriterien der Utopie verhaftete Futurologie - so macht er der herkömmlichen kritischen Futurologie den Vorwurf, sie hänge zu sehr Utopien nach - zu überwinden vorgibt, kommt seine Vorstellung von einer konstruktiven Zukunftsforschung dicht an eine Futurologie im bereits beschriebenen Sinn einer konkreten Utopie heran.

Einmal hat sie das "Wünschbare" zu berücksichtigen bzw. zu ermitteln, das wäre das eigentlich utopische Element, darüber hinaus hat sie das Machbare auszuloten, also im Sinne der Erfordernisse, die das "konkrete" der konkreten Utopie abverlangt, mögliche Systemeintrüche für das Wünschbare aufzuspüren.

Eine deutliche Affinität zur konkreten Utopie wird weiterhin sichtbar, wenn Böhret bei der Ermittlung des Wünschbaren fordert, daß dieses nicht "völlig fremd gegenüber dem Gegebenen" sein dürfe und darüber hinaus dem "jeweils vorhandenen Ressourcen - und Technologierahmen" im Sinne einer "potentielle(n) auch zukünftige(n) Machbarkeit"³⁾ zu beachten habe. "Das Mögliche - zu dessen Einschätzung die technizistische

1) Böhret, Carl: a.a.O., S. 3

2) ebd.

3) ebd., S. 4

Futurologie einiges beitragen kann - muß zugleich korrektiv für das Wünschbare sein, damit letzteres nicht bloß "uto-pisch" wird.

In der Gewichtung hat jedoch das Desiderable den Vorrang.¹⁾ Wenn Böhret das auch nicht ausdrücklich betont, sein Futurologieverständnis ist Futurologie im Sinne konkreter Utopie, wobei es ihm gelingt, seine Vorstellungen zu präzisieren, indem er eine Koordination bzw. Integration des überwiegend methodenorientierten retrospektiven und technizistischen Zweiges der Zukunftsforschung mit dem konzeptorientierten, prospektiven und eher normativen Ansatz der Futurologie vorschlägt. Die Ermittlung des Wünschbaren überläßt er nicht der Intuition eines begabten Einzelnen oder gar einer Expertokratie, sondern Böhret will bewußt unter der Beteiligung der Betroffenen als demokratisch ermittelte Zielwerte und Ziele verstanden wissen. Hier verweist er auf die Vorschläge Robert Jungks²⁾, eine demokratische Zukunftsplanung, etwa durch Errichtung von Zukunftswerkstätten und die Mobilisierung bestehender, auf Partizipation beruhender Institutionen in der Gesellschaft, anzustreben.

Die Aufgabe der Wissenschaft bestehe dann darin, die Alternativen herauszuarbeiten und auf ihre möglichen Folgen hinzuweisen.³⁾ "Die gesellschaftsbezogen-desiderative Zukunftsforschung kann dabei als Ferment und Koordination zugleich wirken, indem sie in ständigem Prozeß die wünschenswerten Möglichkeiten unter Beteiligung der Gesellschaftsmitglieder - die ein Selbstbestimmungsrecht auf die Zukunft besitzen - aus der Vielzahl prospektiver und utopischer Entwürfe selektiert und über flexible retrograde Planung hierfür Realisierungschancen eröffnet."⁴⁾

1) Böhret, Carl: a.a.O., S. 4

2) Vgl. Jungk, Robert: Einige Erfahrungen mit "Zukunftswerkstätten", in: Basis-Dokumentation, a.a.O., S. 77 f.

3) Diese Ansicht vertrat Böhret in einem Referat, das er am 1. Feb. 1973 vor dem Seminar für Zukunftsfragen von Prof. Dr. Dr. O. K. Flechtheim gehalten hat.

4) Böhret, Carl: a.a.O., S. 4

Die vordringlichste Aufgabe dieser noch zu konzipierenden konstruktiven Futurologie besteht zunächst darin, eine eigenständige Grundlagenforschung zu betreiben, um sich mit den - nach Meinung Böhrets - Schwierigkeiten einer Zielbewertung zu beschäftigen. Darüber hinaus gelte es, eine besondere "desiderative Methode" und schließlich eine eigene Wissenschaftstheorie der Zukunftsforschung zu entwickeln.

Eine Wissenschaftstheorie der Zukunftsforschung aber müßte - wenn überhaupt konzipierbar - besonders ihre Relevanz für alle sozialwissenschaftlich orientierten Disziplinen methodisch, methodologisch und theoretisch erfassen.

Zusammenfassend läßt sich abschließend zum Komplex Futurologie folgendes anmerken:

Zunächst gilt es, von der Feststellung auszugehen, daß es ein Trugschluß ist, wenn man glaubt, daß kritische Zukunftsforschung schon deshalb kritisch sei, weil bei ihr keine quantifizierenden Methoden Anwendung finden. Die Zukunftsforschung besitzt vor allem in ihrer qualitativen Ausprägung die Chance zur wissenschaftlichen Selbstprofilierung, wenn jene quantifizierenden Techniken und Methoden in anderen Wissenschaften (Planung, Kybernetik, Prognostik, Operation-Research) so weiter entwickelt werden, daß die für die Zukunftsforschung dringend notwendige Beschaffung von quantitativen und statistischen Zukunftsinformationen gesichert ist.

Daher wird es eine immer dringlichere Aufgabe für den Sozialwissenschaftler, der sich mit Futurologie befaßt, sich so weit mit der quantifizierenden Analyse und Prognose sachkundig zu machen, daß er nicht von Technokraten und Naturwissenschaftlern verdrängt wird, die sich gelegentlich gesellschaftspolitische Theorien und Vorstellungen als zugkräfti-

ges Etikett bedienen, um ihre vorwiegend technologischen und technizistischen Zukunftsvorstellungen publikumswirksam zu verbreiten.

Insofern bedarf die kritische Futurologie quantifizierender und statistischer Methoden als Untersuchungsinstrumentarium, um zu einigermaßen überprüfbaren Aussagen zu kommen. Die Interpretation solcher Ergebnisse und Erkenntnisse durch soziale Phantasie, Intuition und emanzipatorisches Engagement führt dann zur Konstruktion alternativer, wünschbarer und menschlichen Grundbedürfnissen entsprechender Zukünfte. Durch das quantitative Vorgehen in der Zukunftsforschung werden mehr oder minder verlässliche und überprüfbare Informationen über die zukünftige Entwicklung gesellschaftlicher Größen ermittelt, deren Auswirkungen und Konsequenzen von der vor allem qualitativ vorgehenden Zukunftsforschung aufgewiesen, interpretiert, und - an gesellschaftspolitischen, normativ-deduzierbaren Bedürfnissen orientiert - zum Entwurf zukünftiger Zielvorstellungen, Zukunftsbilder, oder politischer Handlungspostulate aufgearbeitet werden müssen.

Berücksichtigt die Futurologie diese Erkenntnisse für ihre weitere Konstituierung, so besteht die Chance, daß sie konkrete Utopien entwickelt, die sowohl dem Entwicklungsstand der Wissenschaft gerecht werden, als auch der Komplexität der gesellschaftlichen Zusammenhänge.

Eine derart "ausgereifte" Futurologie dürfte dann imstande sein, wirklich konkrete Utopien für eine emanzipatorische Weiterentwicklung unserer Gesellschaft der praktischen Politik in die Hand zu geben, die die Zusammenhänge zwischen dem Normativ-Wünschbaren und dem Konkret-Machbaren aufzeigt.

Das dürfte u.a. zwei Auswirkungen haben. Einmal wird das verlorengegangene Bewußtsein über die Komplexität der die Politik beeinflussenden Faktoren durch die Synopsis-Funk-

tion dieser Futurologie beim einzelnen Politiker, der gewohnt ist, einen Teilbereich ressortmäßig zu erfassen, wieder aktiviert im Hinblick auf die Notwendigkeit, Politik wieder als konzeptionelle "Gesamtschau" zu begreifen. Zum andern, das ist weit wichtiger, werden der Gesellschaft echte Alternativen vorgelegt für ihre künftige Entwicklung, die über das Ausmaß und die Qualität voluntaristisch ermittelter, den status quo reproduzierender politischer Programme hinausweisen.

4. Die Diskrepanz in der Funktionsbestimmung von "Wachstum" als Schlüsselgröße für die Bewertung unterschiedlicher Zukunftsprognosen

a) Zur Kahn/Wienerschen Konzeption der postindustriellen Gesellschaft

Die einen sehen in Wachstum - hier sei vor allem das Wirtschaftswachstum gemeint - die Hauptvoraussetzung für die Verwirklichung alter Menschheitsträume, andere wiederum sehen in der verhängnisvollen Fixierung an einen angeblichen "Wachstumsfetischismus" die Hauptursache für eine kommende, in diesem Fall unvermeidliche Weltuntergangskatastrophe. Will man einen Maßstab für die Beurteilung von Zukunftskonzeptionen politischer Institutionen, in diesem Fall der beiden großen Parteien der BRD, entwickeln, so kommt man nicht umhin, zumindest in knappen Zügen jene Kontroverse wiederzugeben, die in der Wissenschaft bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu heftigen Diskussionen über den Stellenwert des Wirtschaftswachstums geführt hat. Das Signal gab die amerikanische Zukunftsforschung. In der Studie "Ihr werdet es erleben, Voraussagen für die Wissenschaft bis zum Jahre 2000"¹⁾ erweisen sich die Establishment-Futurologen Hermann Kahn und Anthony J. Wiener als konsequente Anhänger des Wachstumsgedankens. Man irrt, wenn man annimmt, daß sich die Autoren unter dem Eindruck der neueren Forschungsergebnisse der bereits erwähnten Studien von Forrester oder Meadows zu einer Revidierung ihrer bereits 1967 formulierten Prognosen veranlaßt sehen. Zumindest Herman Kahn, Direktor des Hudson-Instituts, glaubt dennoch, der Menschheit eine neue "belle-époque"²⁾ für die Zukunft prophezeien zu können. Optimistisch vertritt er in einem Vortrag in Paris die Meinung, daß selbst eine Erdbevölkerung von zwanzig Milliarden Menschen ernährt werden könnte. Überdies seien die Roh-

1) Vgl. Kahn, Herman/Wiener, Anthony J.: a.a.O.

2) Vgl.: Die Welt, 21. 6. 1972.

stoffvorkommen unendlich umfangreicher als jene "Schwarz-maler" behaupteten. Es sei an der Zeit, dem "industriellen Malthusianismus" den Rücken zu kehren und den Fortschritt, der die Menschheit bereichere, zu beschleunigen.

Da sowohl die Studie von Kahn und Wiener als auch die Ergebnisse der Forschung von Forrester und dem Team um Meadows entscheidend das Denken derjenigen beeinflussen, die beginnen, die Zukunfts "festzuschreiben", sollen im folgenden die Ergebnisse dieser unterschiedlichen Studien etwas ausführlicher diskutiert und problematisiert werden, als es in den vorangegangenen Erörterungen hierzu der Fall war. Gegebenenfalls soll versucht werden, auch die Diskussion um die jeweiligen Folgen der alternativen Modelle bzw. die Diskussionen um ihre Ergebnisse wiederzugeben.

Ziel des Kahn/Wienerschen Modells ist die "postindustrielle" Dienstleistungsgesellschaft, die durch ein hohes Bruttosozialprodukt, hohes Pro-Kopf-Einkommen und die Tatsache gekennzeichnet wird, daß der größte Teil der Beschäftigten nicht mehr im Produktionssektor beschäftigt ist, sondern im Dienstleistungssektor. Eine hohe Wachstumsrate sowie höchster Entwicklungsstand der Produktivkräfte, d.h. auf Grundlage der kybernetischen Steuerung, ermöglichen diesen Gesellschaftstypus. Von daher entwickeln sie ein soziö-ökonomisches Stufenleitersystem, an deren oberster Sprosse die USA fungieren werden, die angeblich zum Beobachtungszeitraum den Bedingungen dieser neuen Struktur bereits sehr nahe kommen.

Gemäß dem unterschiedlichen Entwicklungsstand werden alle Gesellschaften versuchen, eine Stufe weiter hochzuklettern; dabei bleibt das Modell der postindustriellen Gesellschaft das angestrebte Ziel. Kahn/Wiener, ebenso wie Daniel Bell, berufen sich dabei auf Colin Clark, der bereits vor mehr als fünfundzwanzig Jahren als erster erkannt habe, daß alle

Nationen einmal diese Entwicklungskurve nachvollziehen werden.¹⁾

Die nachindustrielle Gesellschaft würde sich im Gegensatz zur Industriegesellschaft, die vor allem mit der Güterherstellung beschäftigt sei, um Wissen und Kenntnisse organisieren. Diese Tatsache führe zu neuen gesellschaftlichen Beziehungen und zu neuen Strukturen, die es noch politisch zu organisieren gelte. Die Führungsgruppe der neuen Gesellschaft seien nicht mehr Unternehmer, Geschäftsleute und Industriemanager, sondern vielmehr Wissenschaftler aller Sparten als die Praktiker jener neuen "intellektuellen Technologie", die durch die Benutzung des Computers entsteht. Die dominierenden Institutionen der neuen Gesellschaft würden die intellektuellen Institutionen sein. Die Führung der neuen Gesellschaft würde demnach nicht mehr bei den Geschäftsleuten oder Industriefirmen liegen, wie zur Zeit, sondern bei den Forschungs- und Entwicklungsfirmen, den Industrielaboratorien, den Experimentierstationen und Universitäten.

Kennzeichnend sei das Anwachsen der akademischen und technischen Angestellten, deren Zahl doppelt so schnell steigen wird wie die der übrigen Beschäftigten.²⁾ Die Wachstumsrate der Wissenschaftler und Ingenieure, als eigentliche Schlüsselgruppe der postindustriellen Gesellschaft, werde sogar dreimal so groß sein, wie die der arbeitenden Bevölkerung im Ganzen.

Eine nachindustrielle Gesellschaft läßt sich demnach in verschiedener Weise charakterisieren. Einmal sei kennzeichnend, daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht länger in der

1) Vgl. Clark, Colin: Conditions of Economic Progress, in: Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft, in: Das 198. Jahrzehnt. Eine Team-Prognose für 1970 bis 1980. Hrsg. v. Grossner, Claus u.a., Hamburg 1969, S. 352

2) Vgl. Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft ..., a.a.O., S. 353 ff.

Landwirtschaft beschäftigt sei oder in der Industrieproduktion arbeite, sondern im Dienstleistungsgewerbe tätig sei. Dem steht aber entgegen, daß z. Z. noch in der Überwältigenden Mehrzahl aller Länder der Erde der Hauptanteil der Beschäftigten im Primärsektor Arbeit findet. In Afrika z.B. arbeiten immer noch mehr als 70 % der Bevölkerung in diesem Sektor. In West- und Nordeuropa sei der größte Teil der arbeitenden Bevölkerung in der Industrie beschäftigt. Allein die USA gehörten jenem Tertiärsektor an und seien somit die erste Dienstleistungsgesellschaft. Das wirtschaftliche Wachstum der nachindustriellen Gesellschaft werde weniger vom Geld als vom "Menschenkapital" und seiner Ausbildung abhängen.

Daniel Bell geht von der Berechnung aus, daß eine nachindustrielle Gesellschaft ein minimales Einkommensniveau von 4.500 Dollar pro Kopf und Jahr besitzt. In diesem Fall würden bei den augenblicklichen Wachstumsraten ungefähr zehn Prozent der Weltbevölkerung auf dem nachindustriellen Niveau leben, und zwar die Bewohner der USA, Japans, Kanadas, Skandinaviens, der Schweiz, Westdeutschlands, der Benelux-Länder und eventuell Frankreichs. Weitere zehn Prozent in Großbritannien, der Sowjetunion, Italien, Österreich, der DDR, der Tschechoslowakei, Israel, Australien und Neuseeland würden diesem Niveau nachkommen. Jedoch mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung wird nach Bells Prognose noch in vorindustriellen oder teilindustriellen Volkswirtschaften leben.

Nach Kahn und Wiener gibt es fünf Stufen des Einkommens und der industriellen Entwicklung im Jahre 2000:¹⁾

"1. Vorindustriell

50 bis 200 Dollar pro
Kopf

1) Kahn, Herman/Wiener, Anthony J.: a.a.O., S. 73

2. Teilweise industrialisiert oder im Übergangsstadium	200 bis 600 Dollar pro Kopf
3. Industriell	600 bis etwa 1500 Dol- lar pro Kopf
4. Massenkonsum oder fortge- schrittene Industriali- sierung	Etwa 1500 bis 4000 Dol- lar pro Kopf
5. Nachindustriell	Über 4000 bis vielleicht 20.000 Dollar pro Kopf

Treffen die gemachten Prognosen ein, so wird im Jahre 2000 eine "recht große Insel relativen Wohlstandes von einem Meer des Elends umgeben sein".

Wie aber sieht die binnenstrukturelle Entwicklung der nachindustriellen Gesellschaft aus, welche Charakteristika sind ihr eigen. Die nachindustrielle Gesellschaft, die nicht mehr vom Massenkonsum bestimmt werde, sehe demnach wie folgt aus:¹⁾

- "1. Das Pro-Kopf-Einkommen ist zirka 50mal so hoch wie in der vorindustriellen Periode.
2. Die meisten Berufe sind eher tertiär und quartär (dienstleistungsorientiert) als primär und sekundär (produktionsorientiert).
3. Neuerungen gehen weniger stark von der Privatwirtschaft aus.
4. Mehr 'consentives' gegenüber 'marketives'.
5. Gewährleistung eines Mindesteinkommens und zureichender Wohlfahrtseinrichtungen.
6. Das Leistungsprinzip steht nicht mehr an erster Stelle.

1) Kahn, Herman/Wiener, Anthony J.: a.a.O., S. 40

7. Die freie Marktwirtschaft spielt eine untergeordnete Rolle, verglichen mit der Öffentlichen Hand und der 'sozialen Gesamtplanung'.
8. Durchgehende Steuerung der Gesellschaft auf kybernetischer Grundlage.
9. eine 'klein gewordene Welt'.
10. Die typische 'Verdoppelungszeit' schwankt zwischen drei und dreißig Jahren.
11. Lerngesellschaft.
12. Rasche Verbesserung der Erziehungsinstitutionen und -methoden.
13. Langsamer Abbau der arbeits-, leistungs- und aufstiegsorientierten Einstellungen (in der Mittelklasse).
14. Langsamer Abbau der 'nationalen Interessen'.
15. Sensualistische, weltliche, humanistische, vielleicht auch 'verweichlichende Grundsätze' erlangen zentrale Bedeutung.

Überdies würden 90 % der Bevölkerung in riesigen Stadtlandschaften, sogenannten Megalopolen, leben. Außerdem sei die nachindustrielle Gesellschaft eine "freizeitorientierte" Gesellschaft mit ungefähr 1100 Arbeitsstunden pro Jahr.¹⁾

Zusammenfassend läßt sich zu Kahn/Wiener und Daniel Bells Modell einer postindustriellen Gesellschaft feststellen, daß diese nur erreicht wird, wenn man annimmt, daß das Bruttosozialprodukt der entsprechenden Länder in dem Maß weiterwächst, wie es etwa die Extrapolation aus der Kahn/Wienerschen Prognose ergibt.

1) Kahn, Herman/Wiener, Anthony J.: a.a.O., S. 184 ff.

Das Ziel für alle Nationen ist demnach ebenfalls, wie die USA den Stand einer postindustriellen Gesellschaft zu erreichen. Dies geht aber nur durch eine hohe Wachstumsrate. Insofern sind Kahn/Wiener und Bell "realistisch", als ihre Prognose den gegenwärtig vorhandenen "Wachstumsfetischismus", dem auch sozialistische Staaten anheimfallen, als Handlungsmaxime in die Zukunft extrapolieren.

Für diese Wissenschaftler bestand zur Zeit ihrer Prognose kein Zweifel, daß eine hohe Zuwachsrates des Bruttosozialproduktes eine prinzipiell glückliche Zukunft für die jeweilige Gesellschaft garantiert. Wirtschaftswachstum ist gemäß dieser Ideologie "der Vater aller Dinge".

Vollkommen unbeachtet bleibt bei dieser Betrachtungsweise die Tatsache, daß für eine notwendige Entwicklung aller Nationen hin zu dem Modell der im Überfluß lebenden antizipierten postindustriellen Gesellschaft nicht die vorhandenen Ressourcen auf unserem Globus ausreichen werden.

Als Alternative bliebe dann lediglich die Stabilisierung des gegenwärtigen, auf krassen Unterschieden in der sozio-ökonomischen Struktur bestehenden Nord-Süd-Gefälles, in dem zehn Prozent der Weltbevölkerung rund zwei Drittel aller Ressourcen verbrauchen.¹⁾

1) Die USA z.B. stellen etwa sechs Prozent der Weltbevölkerung und verbrauchen rund 40 Prozent der jährlich in der Welt erzeugten Produkte.
Vgl. Daddario, Emilio: Demokratie und Fortschritt, Spiegel-Essay, in: Der Spiegel, Nr. 22/1972, S. 128.
Außerdem wird die Lücke zwischen armen und reichen Ländern immer größer. Nach den neuesten Statistiken der UNO ist das Pro-Kopf-Einkommen in den Industrieländern zwischen 1960 und 1970 um 43 % gestiegen, in den Entwicklungsländern dagegen um nur 27 %. Der Energieverbrauch betrug 1970 in den Entwicklungsländern, obwohl ihre Bevölkerungszahl mehr als doppelt so groß war wie jene der Industrieländer, nur etwas mehr als 1/7 der gesamten Weltenergieproduktion.
Vgl. Herald Tribune Nr. 27833, 11. 7. 1972, S. 3

Es zeugt von einer geradezu gefährlichen politischen Naivität, wenn man dieses Modell wie Kahn und Wiener als "Überraschungsfreien Entwurf" deklariert und dabei das geradezu zwangsläufig sich exponentiell potenzierende Konfliktpotential unberücksichtigt läßt, das ein Weltssystem enthält, das auf einer so augenfälligen Disparität in den Entwicklungschancen der einzelnen Nationen beruht. Hier würde nur eine radikale Umverteilung im Weltmaßstab, wie sie Johan Galtung im einzelnen entwickelt hat, zu einer einigermaßen erträglichen Lösung führen und zwangsläufige, künftige Konflikte präventiv verhindern. Das wiederum hieße, daß keine Gesellschaft in absehbarer Zeit den von Kahn und Wiener antizipierten Status einer postindustriellen Gesellschaft erreichen würde, zumal die im globalen Verteilungskampf zur Zeit privilegierten hochindustrialisierten Gesellschaften dann erhebliche Teile ihrer eigenen Ressourcen jenen anderen Nationen zur Verfügung stellen müßten.

Die Kahn/Wienersche Prognose ist weit davon entfernt, Züge einer konkreten Utopie zu tragen. Im Gegenteil, sie kann sich rühmen, "bodenständigen Realismus" zu entwickeln, indem sie den perspektivlosen status quo unkritisch in die Zukunft verlängert.

Die Tagespolitik scheint Kahn und Wiener soweit recht zu geben, als sich einige hochindustrialisierte Nationen eifrig bemühen, ihre binnenstrukturelle Entwicklung so weit voranzutreiben auf Kosten der "Dritten Welt", daß sie dieser prognostizierten nachindustriellen Gesellschaft immer ähnlicher werden. Kahn, Wiener und Bell bieten ein Überzeugendes Beispiel für eine auf "self-fulfilling prophecy" ausgerichtete status-quo-extrapolierende Prognose-Futurologie ohne Utopie und damit ohne Perspektiven.

b) Zu Forresters und Meadows Appell einer Begrenzung des Wachstums

"Es ist einer der Gemeinplätze, von denen so viel abhängt, daß ein Gefühl der Unsicherheit, der Bedrohung durch die Zukunft um sich greift. Offenbar stehen wir auf dem Scheitelpunkt der pessimistischen Phase, in die unsere Zivilisation seit einiger Zeit eingetreten ist."¹⁾

Das liegt nach Meinung Emilio Daddarios in der ungezügelter Vehemenz des technologischen Prozesses, der alles Vertraute sowie bestehende Institutionen, Normen und Werte zerschlage. Zwangsläufig bietet sich an, hier Weizsäcker zu zitieren, der bereits 1968 die Warnung aussprach: "Technik und Freiheit sind keineswegs natürliche Verbündete".²⁾ Daddario vermeidet es in diesem Zusammenhang, den "technologischen Moloch" als entpersonalisierte anonyme Kraft in toto zu verdammen, sondern weist mit recht darauf hin, daß das von ihm beschriebene Gefühl der Zukunftsangst nicht in erster Linie aus dem technologischen Fortschritt an sich resultiere, sondern aus der Erkenntnis, daß offenbar das demokratische System unfähig sei, die Dynamik dieses Prozesses zu zügeln und seine Konsequenzen in für die Menschen zumutbaren Grenzen zu halten. Das Fatale bestehe vor allem darin, daß die meisten glauben, daß erst die nächste Generation ihre Lebensweise ändern müsse und die unabdingbaren Verzicht zu leisten habe.

Hier spricht er auf die Möglichkeit einer Einstellungsänderung an und versucht in seinem Essay, das Verhältnis von Wachstum, Innovation, technischem Fortschritt einerseits und der Demokratie andererseits zu analysieren. Das Fazit seiner Überlegungen gipfelt in der Erkenntnis, die den Weizsäckerschen Überlegungen nicht unähnlich ist, daß De-

1) Daddario, Emilio: a.a.O., S. 128

2) v. Weizsäcker, Carl Friedrich: Können wir die Zukunft errechnen? Die Kunst der Prognose und ihre Grenzen - Acht Voraussagen, in: Die Welt, Nr. 149, 29. Juni 1968

mokratie unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr zwangsläufig mit dem Fortschritt vereinbar sei.

Daddario ist einer unter vielen, die durch die Prognosen von Forrester und Meadows aufgeschreckt wurden. Allenthalben taucht die Forderung nach einem neuen Wertsystem auf, das künftig unser Handeln bestimmen soll. Betroffen fragt man sich, wie es überhaupt so weit kommen konnte. Die Ursache liegt offensichtlich in unserem bisherigen Wertsystem. "Alle unsere Reflexe sind auf Progression ausgerichtet."¹⁾

Nicht nur unserem ökonomischen Denken, sondern unserer gesamten Vorstellungswelt überhaupt liege die Prämisse zugrunde, daß "Vermehrung eine positive Kategorie sei".²⁾ Die bestehenden Größenordnungen seien bereits katastrophal genug, dazu bedürfe es erst gar nicht eines Zustandes, wie er für die Zukunft prognostiziert wird. Daher fordert Daddario: "Was stattdessen betrieben werden muß, ist die konsequente Diffamierung des Wachstumsgedankens."³⁾

Welche Auswirkungen das Festhalten am Wachstumsdenken hat, das unser gegenwärtiges Handeln vorrangig bestimmt, zeigen die getrennten und zeitlich aufeinanderfolgenden Untersuchungen von Forrester und Meadows.

Forresters Schlußfolgerungen basieren auf Computerberechnungen von vier Variablen, deren Interaktionen und ihre Auswirkungen auf die Industrialisierung und die Qualität des Lebens untersucht werden. Forrester erhielt, indem er von verschiedenen Voraussetzungen ausging, als Ergebnis sieben unterschiedliche mögliche Zukunftsbilder. Die Zukunft Nummer 1 besteht in einer einfachen Trendextrapolation der Trends der Periode von 1900 bis 1970. Dabei kommt

1) Daddario, Emilio: a.a.O., S. 128

2) ebd.

3) ebd.

er zu durchaus anderen Ergebnissen als etwa Kahn und Wiener. Die Entwicklung führt zu steigender Industrialisierung, Umweltverseuchung und Überbevölkerung und gipfelt um das Jahr 2030 in einem bedrohlichen Mangel an Rohstoffen und Nahrungsgrundmitteln.¹⁾ Im Jahre 2100 wird dementsprechend die Bevölkerungszahl auf die Ebene von 1980 gesunken sein und der Lebensstandard auf die Ebene von 1900.

Die Voraussetzung von Zukunft Nummer 2 ist die unverzügliche Reduktion des Weltrohstoffverbrauchs um 75 Prozent und die Produktion von Ersatzstoffen an ihrer Stelle. Das Resultat ist erstaunlicherweise schlechter als hätte man gar nichts unternommen. Zwischen 2030 und 2050 wurde dies zu einer Umweltkatastrophe von ungeahntem Ausmaß führen, mit Seuchen und Hungersnot im Gefolge, die bis zum Jahre 2070 fünf Sechstel der Menschen ausrotten und die Bevölkerungszahl auf weniger als die des Jahres 1900 reduzieren würden. Die industrialisierten Länder würden wahrscheinlich schwerer betroffen als die unterentwickelten. Die Zukünfte Nummer 3, 4 und 5 sollen hier nicht im einzelnen wiedergegeben werden.

Zusammenfassend führen sie zu ähnlich verhängnisvollen Entwicklungen wie die oben genannten, obwohl andere Input-Größen verändert wurden, also Einzelmaßnahmen ergriffen wurden und ihre Interaktionen auf die anderen Variablen getestet wurden, d.h. mit dem Computer simuliert.

Die Zukunft Nr. 6 schließlich geht von der Annahme aus, daß es gelingt, durch technologische Verbesserungen die Umweltverschmutzung um 50 Prozent zu verringern. Der Zusammen-

1) Vgl. Forrester, Jay W.: World Dynamics, MIT Press, Cambridge/Mass. 1971 und Der Spiegel, 25. Jahrgang, Nr. 12, 15. März 1971, S. 174 f.
Hier zit. nach Foley, Grover: Sind wir am Ende? Amerikanische Zukunftsprognosen, in: Frankfurter Hefte, Jahrg. 26, Oktober 1971, S. 745 ff.

bruch würde lediglich um zehn Jahre bis zum Jahr 2040 verschoben, wenngleich es zunächst den Anschein hätte, daß sich die Lage bessert, zumal diese Maßnahme zuerst zu einem industriellen Boom führen würde, verbunden mit einem 25-prozentigen Bevölkerungswachstum. Die einzig akzeptable Lösung, die die Computersimulation offen läßt, besteht im siebten Zukunftsentwurf, der in einer Reduktion auf allen relevanten Gebieten vorsieht:

Reduktion der Kapitalinvestitionsrate um 40 Prozent, der Geburtenrate um 50 Prozent, des Rohstoffkonsums um 75 Prozent und der Nahrungsmittelproduktion um 20 Prozent. Diese Maßnahmen würden zu einem ungefähren Gleichgewicht führen, allerdings um den Preis des "Endes des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums".

Die Bevölkerung würde ein wenig zurückgehen auf den Stand von 1970, der Lebensstandard allmählich um 33 Prozent abnehmen, und die natürlichen Vorräte würden langsam dahinschwinden, was aber das Gleichgewicht für die nächsten zweihundert Jahre nicht wesentlich stören würde. Das Fazit dieser Untersuchung besteht in der Erkenntnis, daß weder Umweltverseuchung noch die Überbevölkerung das eigentliche Problem darstellen, sondern die Fiktion, daß die Güterproduktion und der Konsum unbegrenzt weiter wachsen können, letztlich die Idee oder der Traum, daß die ganze Erde industrialisiert werden könne. Da die Menschen in weiten Teilen der Dritten Welt nicht einmal ihre primären Bedürfnisse in ausreichender Weise befriedigen können, zielt die hier geforderte Wachstumsbeschränkung in erster Linie auf die hochindustrialisierten Gesellschaften ab.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die MIT-Studie unter der Leitung von Dennis Meadows¹⁾, wenngleich das Modell komplexer und differenzierter ist. Aus der Überzeugung,

1) Vgl. Meadows, Dennis u.a.: Grenzen des Wachstums, a.a.O.

daß fortgesetztes Wachstum aller Größen in einer endlichen Welt eine Unmöglichkeit ist, regte der "Club of Rome" die Erforschung dieses Problemkreises an und erteilte einem Team des Massachusetts Institute of Technology (MIT) einen entsprechenden Auftrag. Das MIT hat mit Hilfe eines Computers, ähnlich wie Forrester, ein dynamisches Weltmodell¹⁾ hergestellt, an dem die möglichen Grenzen des Wachstums getestet werden. Grundlage für die Arbeit ist die Tatsache, daß praktisch alle Größen der heutigen Welt exponentiell wachsen. Ein weiterer Grundsatz für die Herstellung des Computermodells ist, daß alle Größen nicht nur exponentiell wachsen, sondern sich auch gegenseitig beeinflussen (feedback loops). Um nicht zu modellinhärenten Fehlschlüssen zu kommen, wurde das Modell abschließend einem rigorosen Test unterzogen²⁾; so wurden die Parameter auf Werte eingestellt, die der Situation im Jahre 1900 entsprachen.

Daraufhin simulierte der Computer die Entwicklung unserer Welt bis zur Gegenwart. Dabei ergab sich, daß die am Modell durchgespielte Menschheitsgeschichte ihrem tatsächlichen Verlauf weitestgehend entsprach. Mithin hatte sich das Modell als brauchbar erwiesen. Das Standard-Weltmodell, das Meadows konstruiert hat, geht von einer ansehnlichen Reihe von Unterlagenmaterial aus, das von 1900 bis 1970 verfolgt und dann in die Zukunft projiziert wurde.

1) Das Modell wurde nach der System-Dynamics-Methode erstellt. "System Dynamics ist das Denk- und Arbeitsschema der Kybernetik, wie sie jeder kennt, der mit der Entwicklung von Maschinen und Geräten mit einem hohen Automatisierungsgrad zu tun hat. Das Neue an System Dynamics ist, daß von Forrester und dem MIT-Team der Anfang gemacht wurde, diese Methode auf Systeme anzuwenden, in denen soziologische Faktoren und Zusammenhänge eine wesentliche Rolle spielen, die Anwendung der mathematisch fundierten Kybernetik auf soziologische und sozioökonomische Systeme. System Dynamics ist ein methodischer Ansatz zur Behandlung dieser komplexen Probleme." - Vgl. Busch, Heinz: System Dynamics, in: Analysen und Prognosen, Heft 23, 4. Jahrgang, Nr. 5, September 1972, S. 4

2) Vgl. Randow, Thomas V.: So geht die Welt zugrunde, in: Die Zeit, Nr. 11, 17. März 1972

Dabei ging man von der Annahme aus, daß keine wesentlichen physischen, wirtschaftlichen und sozialen Änderungen eintreten, die Entwicklung also in der Art und Weise weitergeht wie in den letzten siebenzig Jahren. Als interessierende Größen, die verfolgt und miteinander korreliert werden, figurieren:

Bevölkerungszahl, Industrieproduktion pro Kopf, Nahrungsmittelproduktion pro Kopf, der Grad der Umweltverschmutzung und die nicht durch Substitutionsgüter ersetzbaren Rohstoffe. Unter verschiedenen Bedingungen wurde die mögliche künftige Entwicklung bis zum Jahre 2100 hochgerechnet. Die Ergebnisse sagten aus:

Wenn alles so weiterläuft wie bisher, dann werden Erdbevölkerung, Industrieproduktion, Nahrungsmittelerzeugung und Umweltverschmutzung zunächst rapide zunehmen. Die dann einsetzende Rohstoffverknappung wird noch vor Ablauf der nächsten hundert Jahre die industrielle Basis zusammenbrechen lassen. Als bald werden Hunger und Krankheiten zu einer drastischen Dezimierung der Menschheit führen.¹⁾

Sollte in naher Zukunft eine weltweite perfekte Geburtenkontrolle möglich sein, und würden aufsehenerregende technische Fortschritte eine nahezu unbegrenzte Rohstoffversorgung ermöglichen, dann wäre eine Nahrungsmittelkrise dennoch nicht aufzuhalten.²⁾

Einzigen Ausweg bietet das stabilisierte Weltmodell, das die Chance habe, weit in die Zukunft hinein zu funktionieren.³⁾

Ab 1973 gleicht sich diesem Modell zufolge die Geburtenrate der Todesrate an, wodurch die Weltbevölkerung stabili-

1) Vgl. Meadows, Dennis u.a.: a.a.O., S. 113

2) ebd., S. 126

3) ebd., S. 148

siert wird. Das industrielle Wachstum darf sich weiter vergrößern bis 1990. Dann wird es ebenfalls stabilisiert, indem seine Neuschöpfung der Wertverminderung angepaßt wird. Um dem Rohstoffmangel zu begegnen, wird der Rohstoffverbrauch pro industriell produzierte Einheit auf ein Viertel des Wertes von 1970 vermindert. Weiter soll der Mangel (aber auch die Verschmutzung) vermindert werden, indem die Wünsche der Gesellschaft in Richtung Dienstleistung (Erziehung, Medizin usw.) orientiert werden statt weiter auf die Produktion von materiellen Gütern. Die Verschmutzung wird auf ein Viertel des Standes von 1970 reduziert. Die bis dahin beschriebenen Maßnahmen würden aber zu einer ziemlich schlechten Nahrungsmittelproduktion führen. Deshalb wird das Kapital in die Produktion von Nahrungsmitteln umgeleitet, auch wenn dies nach heutigen Maßstäben unwirtschaftlich wäre. Das Schwergewicht liegt dabei aber nicht einfach auf einer großen Agrarproduktion mit allen Mitteln, sondern auf Erhaltung der Humusstruktur, die z.B. bei den heutigen Anbaumethoden weitgehend zerstört wird. Dazu gehört beispielsweise auch die Kompostierung der städtischen Abfälle. All diese kapitalintensiven Veränderungen würden das aus der Industrie geschöpfte Kapital stark beanspruchen, und es bestände die Gefahr, daß es nicht mehr zur Genüge fließen würde.

Dem wird begegnet mit einer Erhöhung der Dauerhaftigkeit der Produkte und der Produktionsmittel. Auch wird das System neu ausgerichtet auf Verschleißarmut und Reparaturmöglichkeit. In diesem Beispiel wäre bei gleicher Weltbevölkerung wie heute die Nahrungsmittelproduktion doppelt so groß, die Lebenserwartung durchschnittlich 70 Jahre, der Industrieausstoß weltweit auf dem heutigen Stand, die Dienstleistungen verdreifacht, das durchschnittliche Gesamteinkommen auf die Hälfte des heutigen US-Einkommens oder etwa auf dem heutigen europäischen Stand.

Die Rohstoffe würden allerdings immer noch verbraucht, jedoch sehr viel langsamer, so daß Zeit wäre für industrielle und technologische Anpassung.¹⁾

Die Autoren der Studie kommen zum Schluß, daß die Möglichkeiten in einem Zustand des Gleichgewichts beinahe unbegrenzt sind. Allerdings wäre auch dieser Zustand nicht ohne gewisse Einbußen zu erhalten. Gleichgewicht würde bedeuten, daß gewisse menschliche Freiheiten, wie etwa das Produzieren einer unbeschränkten Zahl von Nachkommen und das Konsumieren von unkontrollierten Mengen von Rohstoffen, eingetauscht würden gegen andere Freiheiten, wie die Erlösung von Verschmutzung, Gedränge und der Gefahr eines totalen Kollapses des Weltsystems.

Fest steht, daß die Alternativen von Forrester und dem MIT-Team um Meadows eine herausfordernde Kontrastierung zum Modell einer auf unbeschränktes Wachstum zumindest in der Produktionssphäre ausgerichteten postindustriellen Gesellschaft, wie sie Kahn und Wiener antizipieren, darstellen. Gleichwohl hat die Meadowssche Konsequenz gewisse nicht zu bagatellisierende "Pferdefüße". Flechtheim kritisiert wohl mit Recht die gesellschaftspolitische Abstinenz dieser Studie, die aus ihren Ergebnissen heraus im Anschluß die gesellschaftspolitischen Konsequenzen hätte reflektieren bzw. analysieren müssen.²⁾

Diese deutliche Schwäche des Buches wird erst im Anhang mit Einschränkungen gemildert, durch eine "kritische Würdigung des Club of Rome", der die Relevanz der abzuleitenden gesellschaftspolitischen Konsequenzen zumindest konzidiert.

1) Vgl. Meadows, Dennis: a.a.O., S. 141 ff.

2) Vgl. Flechtheim, O. K.: Beunruhigend und unbequem, in: Umwelt, Heft 4/1972, S. 35

Hier wird vor allem ein Problem angedeutet, wegen dessen Nichtbeachtung es zu heftiger Kritik an Meadows gekommen ist, nämlich das Problem der ungleichen Verteilung der Bevölkerung und der Rohstoffe. Andererseits hat z.B. eine radikale Einschränkung der Herstellung von Produktionsgütern für die bereits hochindustrialisierten Länder ganz andere Auswirkungen als für die unterentwickelten Staaten der Dritten Welt.¹⁾

Auf diese Tatsache verweist ausdrücklich ein Bericht im Magazin "Der Spiegel", der sich kritisch mit den Folgen eines Wachstumsstops auseinandersetzt. Dabei wird allerdings die Forderung nach Begrenzung des Wachstums im generellen verdammt: "Heute hätte ein Wachstumsstop jedenfalls nur fatale Folgen. Für die Entwicklungsländer würde er Hunger auf ewig bedeuten - selbst wenn ihre Bevölkerung nicht mehr wachsen würde. Aber auch die hochindustrialisierten Volkswirtschaften würde ein jetzt oder in abschaubarer Zukunft verordneter Fortschrittstop in die Armut zurückdrücken, aus der sie sich gerade mühselig herausgestrampelt haben."²⁾

Dabei bleibt die Frage aber offen, was "Fortschritt" ist. Die Vermutung liegt nahe, daß hier Wachstum und Fortschritt synonym gesetzt werden. Welche gefährlichen Folgen das aber haben kann, versuchten gerade Forrester und Meadows aufzuzeigen. Den Vorwurf, daß bei einer Reduzierung des wirtschaftlichen Wachstums auf Null der Gegensatz zwischen reichen und armen Ländern verewigt würde, weist Meadows³⁾ energisch zurück.

Heute führe das materielle Wachstum dazu, daß sich ständig die Kluft zwischen wohlhabenden Ländern und armen Volkswirt-

1) Der Spiegel, Nr. 2, 27. Jahrg., 8. Jan. 1973, S. 39

2) ebd.

3) Fragen an Dennis Meadows zum Wachstumsstop. Wege nach Utopia? in: Die Zeit, Nr. 6, 2. Feb. 1973, S. 32

schaften immer weiter öffne, wie überdies der Gegensatz zwischen Reichen und Armen auch innerhalb der jeweiligen Gesellschaft bei den jetzigen Wachstumsraten ständig zunehme. Dennoch habe er nicht die Intention gehabt, das Wachstum der ganzen Welt zu stoppen, das sei politisch und moralisch unverantwortlich. Es gelte vorerst, das Wachstum in den Industrieländern zu verlangsamen, dann blieben auch mehr Hilfsmittel, um die Grundbedürfnisse der armen Länder zu befriedigen.

Schließlich bleibt die Feststellung, daß als primäre Voraussetzung für das Durchsetzen eines Zustandes, wie er von Forrester und Meadows gefordert wird, die Veränderung des Wertsystems ist. Darauf wurde von beiden mit Nachdruck hingewiesen. Daß aber derartige Veränderungen im Wertsystem der Gesellschaft im Weltmodell des MIT-Teams unberücksichtigt bleiben, wird heftig kritisiert.¹⁾

Als Antwort kann man nur Meadows zitieren: "Unser Forschungsziel sollte keine Futurologie sein, sondern eine Analyse herrschender Tendenzen und ihrer gegenseitigen Wechselwirkungen sowie der möglichen Folgen."²⁾

Wie groß aber gerade die Trägheit des Wertsystems ist, beweist unter anderem die Tatsache, daß die Erfindung der Antibabypille vor rund zehn Jahren bis heute am Wachstum der Erdbevölkerung nicht das geringste geändert hat.³⁾

Gerade aber dieses Wert- bzw. Normensystem ist das Kardinalproblem. Inwieweit die beiden großen Parteien der BRD dieser von Forrester und Meadows antizipierten Herausforderung an

1) Vgl. Weltuntergangs-Vision aus dem Computer, in: Der Spiegel, Nr. 21, 26. Jahrg., 15. Mai 1972, S. 127

2) Meadows, Dennis, zit. nach Flechtheim, O. K.: Beunruhigend und unbequem ..., a.a.O., S. 35

3) Vgl. Die Zeit, Nr. 11, 17. März 1972

die Zukunft in ihrer Programmatik begegnen, soll im empirischen Teil der Arbeit untersucht werden.¹⁾

Eine Revision der "industriellen Expansions-Ideologie" fordern eindringlich auch andere namhafte Wissenschaftler. So vertrat Werner Heisenberg in seiner Festrede anlässlich der 500-Jahr-Feier der Universität München²⁾ die Ansicht, daß es sich sehr bald als nützlich erweisen könne, die jährlich produzierte Warenmenge zu verringern, statt sie ständig zu vergrößern. Der Expansions-Raum der Technik und des Wirtschaftswachstums müsse unter Kontrolle genommen werden.

Wie sehr unser Wertsystem von ausschließlich quantitativem Denken beherrscht wird, beweist ein Untersuchungsbericht, den Gerhard Bruckmann der World Future Research Conference in Bukarest vorgelegt hat.

So sei es unbezweifelbar, daß in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten bedeutend höhere staatliche sowie nichtstaatliche Ausgaben erbracht werden müssen, als dies bislang der Fall sei. Das heiße, daß ein erheblicher Teil der Produktivkräfte eines Landes, die bisher zur Produktion von Konsumgütern oder unmittelbar der Produktion dienenden Investitionsgütern eingesetzt waren, zur Behebung von Umweltschäden eingesetzt werden müsse. "Eine Weiterverwendung des traditionellen Sozialproduktbegriffes als Wohlstandsindikator, der Wachstumsraten des (traditionellen) Sozial-

1) Zur Problem der Veränderung des Wertsystems vgl. Urban, G. R. (Hrsg.): Can we Survive our Future? The Bodley Head, London 1972

Sachsse, Hans: Technik und Verantwortung. Probleme der Ethik im technischen Zeitalter, Freiburg 1972

Jungk, Robert K.: Vor einem Wettlauf nach anderen Zielen, in: Jungk, Robert/Mundt, Hans Josef (Hrsg.): Modelle für eine neue Welt, München 1964

2) Vgl. Der Spiegel, Nr. 29, 26. Jahrgang, 10. Juli 1972, S. 90

produktes und des Verbraucherindex als Leitlinien für die Einkommenspolitik andererseits würden zu schwerwiegenden Fehlentwicklungen führen."¹⁾

Insbesondere täusche eine Nichtberücksichtigung des Umweltverzehrs in der Sozialprodukt-Berechnung eine Wohlstandsvermehrung vor, die der Staatsbürger gewohnt ist durch eine reale Steigerung seines privaten Konsums aufzufangen. Bruckmann gibt ein Beispiel:

Wenn das Sozialprodukt pro Kopf (real) um 6 % gewachsen ist und der Verbraucherindex um 4 %, dann erwartet der Staatsbürger, daß ihm eine 10 %ige nominelle Steigerung seines Nettoeinkommens gewährt wird. Bei einer erheblichen Verlagerung von Produktionskräften aus dem Produktionssektor zum "Entsorgungssektor" sei es jedoch völlig unmöglich, diese Relation aufrechtzuerhalten. In diesem Fall müsse sich eben die Gesellschaft mit nominell weniger stark steigenden Löhnen abfinden. Das Dilemma beruhe eben darauf, daß das Sozialprodukt bzw. sein Wachstum als einziger Wohlstandsindex gilt, ohne daß qualitative Größen darin eingehen.

Folgerichtig fordert daher Bruckmann:

"a) das bisher als Wohlstandsindikator verwendete Sozialprodukt pro Kopf unter Einbeziehung eines möglichst breiten Spektrums qualitativer Faktoren zu einem einzigsten neuen Wohlstandsindex,

1) Bruckmann, Gerhard: Ein revidierter Sozialproduktsbegriff und ein revidierter Verbraucherpreisindex als Voraussetzung für eine Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unveröffentlichtes Diskussionsmanuskript, vorgelegt auf der "Third World Future Research Conference", Bukarest, 3. - 10. Sept. 1972, S. 9

- b) den Verbraucherpreisindex, ebenfalls unter Einbeziehung qualitativer Faktoren, zu einem einzigen Index der 'Kosten der Lebensqualität' auszubauen.¹⁾

Inzwischen geht die Diskussion um die Ergebnisse namentlich der Meadows-Studie weiter. So bestritten auf einem Symposium der Handelshochschule St. Gallen die Wirtschaftswissenschaftler Kneschaurek, Werner und Frey die Thesen des MIT-Teams. Wirtschaftswachstum müsse nicht zwangsläufig zu einer laufend stärkeren Belastung der Natur führen. Nur eine wachsende Wirtschaft, in der die Produktionsfaktoren stärker als bisher für den Umweltschutz eingesetzt werden müßten, könne die von Meadows aufgezeigten Gefahren abwenden.

Also weiter Wachstum. Außerdem können weit mehr Energiequellen noch erschlossen werden als Meadows angenommen hat.²⁾

Diese und andere Stellungnahmen führen gleich zu bequemen Schlußfolgerungen, mit denen versucht wird, das Problem herunterzuspielen und das inzwischen aufgeschreckte öffentliche Gewissen wieder zu beruhigen:

"Es wäre gefährlich, wenn eine mit Emotionen angefüllte Diskussion über dieses Gutachten wiederum zu politisch übereilten und falschen Reaktionen führen würde ... Jede Analyse der Zukunft muß trotz Computer ein Stück Spekulation bleiben. Wer auf diesem Feld mit dem Anspruch der Wahrheit auftritt, verwirrt sich und andere."³⁾

1) Bruckmann, Gerhard: a.a.O., S. 11

2) Vgl. FAZ, 2. November 1972

3) Vetter, Ernst Günther: Katastrophe in hundert Jahren? in: FAZ, 9. November 1972, S. 7

In diesem Fall wäre zu fragen, wer wen verwirrt. Neben den recht trivialen und mit Meadows schnell widerlegbaren Argumenten gibt es weit ernstzunehmendere Einwände gegen die Prognosen von Meadows, die zwingen, deren Aussagen differenziert und mit der nötigen Kritikbereitschaft anzuwenden.

c) Zur Kritik der Modellaussagen von Meadows¹⁾

Die unmittelbar nach Erscheinen des Berichts vom Club of Rome - "The Limits to Growth, Report on the Predicament of Mankind" - einsetzende und vehement geführte politische und sozialwissenschaftliche Diskussion über die aus dieser Studie resultierenden Aussagen weist im wesentlichen zwei grundlegende Momente auf:

- a) Mit zunehmendem Zukunftsbewußtsein der politisch und wissenschaftlich relevanten Entscheidungsgruppen wird Problemen der weiteren Menschheitsentwicklung allgemein und übereinstimmend große Aktualität beigemessen, und mit wachsender Dringlichkeit zu deren Bewältigung aufgefordert.
- b) Die Beurteilung und Einschätzung der Modellaussagen ist grundsätzlich unterschiedlich, ja bisweilen sogar kontradiktorisch. Die aus der interdependenten Extrapolation vergangener und anhaltender Entwicklungen resultierenden Modellaussagen und die von den Autoren der Studie vorgeschlagenen Konsequenzen und Maßnahmen zur Vermeidung der etwa für 2040 angesetzten weltweiten Katastrophe (Verminderung des industriellen Wachstums, kontrollierte Bevölkerungsvermehrung, Beendigung des Raubbaus natürlicher Rohstoffe, Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung u.a.) werden einerseits nachhaltig kritisiert und verworfen, zum andern teilweise jedoch auch enthusiastisch befürwortet.

Bezüglich des ersten Moments steht diese Studie in einer schon seit längerer Zeit festzustellenden wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Entfaltung eines Zu-

1) Dieser Abschnitt ist das Ergebnis eines Gespräches des Verfassers mit Werner Hugger und Helmut Maier, die an einer ausführlichen Kritik der MIT-Studie arbeiten.

kunftsbewußtseins, das gleichermaßen durch objektiv nachweisbare Mißstände und Gegenwartsprobleme gespeist wie auch von Interessenlagen ideologisch motiviert ist.

Die gegensätzliche Beurteilung der Ergebnisse dieses Weltmodells mag zunächst darauf zurückzuführen sein, daß diese Studie just in dem Augenblick der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, als Probleme der Übervölkerung, Umweltverschmutzung, Rohstoffverknappung eine Größenordnung annahmen, daß eine regionalisierte Lösung solcher Konflikte kaum mehr als aussichtsreich eingeschätzt werden konnte. Daneben läßt sich diese leidenschaftlich geführte Auseinandersetzung sicherlich auch daraus erklären, daß mit dem hier vorgestellten Weltprognosemodell erstmalig ein Instrumentarium in der Erforschung der zukünftigen Menschheitsentwicklung angewandt wurde, das sich auszeichnete

- a) durch die Erfassung von Zusammenhängen zwischen Gesellschaftsgrößen auf internationaler Ebene, und deren interdependente Fortschreibung über einen größeren Prognosezeitraum (insofern es sich hier um ein Prognosemodell handelt),
- b) durch den Verzicht auf umfangreiche Dateninformationen, woran bislang eine Modellierung gesamtgesellschaftlicher Bereiche und Zusammenhänge scheiterte (sofern das Modell als Informationsfeedbacksystem entwickelt ist).

Ogbleich die Autoren dieser Studie die Modellergebnisse mit vorsichtiger Zurückhaltung interpretiert wissen wollen und den Anspruch an die Aussagekräftigkeit und -verbindlichkeit des Modells vergleichsweise niedrig ansetzen, zögerten sie jedoch nicht, die Modellergebnisse selbst rasch der internationalen Öffentlichkeit vorzustellen und unterließen es, den von dieser Seite an das Modell herangetragenen Anspruch zu relativieren.

Tatsächlich ist heute von einem nicht unbeträchtlichen Einfluß der Modellaussagen auf politische Entscheidungen auszugehen.¹⁾ Nicht zuletzt ist gerade hierauf die aufwendig geführte Diskussion um die Validität und Glaubwürdigkeit der Modellergebnisse zurückzuführen. Die von sozialwissenschaftlicher und politischer Seite aus geäußerte Kritik richtet sich vor allem gegen den hohen Aggregationsgrad, gegen im Modell angeblich fehlende und für wichtig erachtete Realbezüge, gegen das Fehlen statistischer Daten, und partiell auch gegen die ideologischen Implikationen, die man dem Modell hinsichtlich seiner Auftraggeber und seiner wissenschaftshistorischen Stellung nachweisen zu können glaubt. Manche Einwände gegen das Modell könnten von den Autoren ohne größeren Aufwand durch Erweiterung, Differenzierung, Datenhinzunahme u.a. behoben werden. Indessen stehen demjenigen, der mit diesem Modell arbeiten oder sich auf dessen Ergebnis berufen will, konträre Einschätzungen der Modellaussagen gegenüber, ohne daß ihm konsistente, Überzeugende Prüfungskriterien an die Hand gegeben würden, um sich für die eine oder andere Beurteilung entscheiden zu können.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma könnte vielleicht die Überprüfung der Modellaussagen durch eine modellimmanente Analyse darstellen. Erste erfolgreiche Anstrengungen in dieser Richtung wurden unternommen.²⁾

Ziel dieser modellimmanenten Analyse war, invariante Strukturen des Modells herauszufinden. "Unter einer modellinvarianten Eigenschaft einer Prognosekurve ist eine Eigenschaft zu verstehen, die nur von den im Modell fest veran-

1) Ob dies auch für die BRD zutrifft, soll im folgenden anhand der Parteien untersucht werden.

2) Maier, Helmut/Huqoer, Werner: Invariante Strukturen in Forresters World Dynamics, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (BFuP), 25. Jahrg., Nr. 4, April 1973, S. 181 - 211

kerten Größen und nicht von den in das Modell eingegebenen und zu prognostizierenden Daten abhängig ist." ¹⁾

Im Prozeß der Modellentwicklung können in der Phase der Quantifizierung von Modellelementen und Modellstrukturen (Beziehungen zwischen diesen Elementen) bestimmte, dem Modellkonstrukteur gemeinhin zu diesem Zeitpunkt noch unbekannte Eigenschaften und modellimmanente Wirkungsmechanismen in das Modell eingehen, die als invariant bezeichnet werden können und nach der Fertigstellung des Modells herauszufinden sind, da sie die Aussageintention des Modells zu beeinträchtigen oder zu verfälschen vermögen. Beispielsweise kann eine Prognosekurve einen typischen, auch durch Änderungen der Anfangswerte nicht beeinflußbaren Verlauf nehmen, etwa in der Weise, daß das Maximum dieser Zeitreihe immer im selben Jahr liegt, oder daß sie sehr rasch stationär wird und einem Grenzwert zustrebt.

Aufgefundene Modellvarianten brauchen noch nicht unbedingt relativierende Auswirkungen auf die Modellaussagen zu besitzen, so könnte die invariante Eigenschaft des Modells, nach einer bestimmten Zeit stationär zu werden und einen Grenzwert anzunehmen, im Sinne der Modellstabilität durchaus wünschenswert sein. Die aufgefundenen modellinvarianten Strukturen müssen als jeweils gesondert auf ihre Relevanz für die Modellaussagen hin untersucht werden, um dann, wenn diese Eigenschaft nicht akzeptiert werden kann, entsprechende Modelleingriffe und Verbesserungen vorzunehmen.

Diese modellinvarianten Eigenschaften vollständig zu erfassen und innerhalb der Modellstruktur kausal zu lokalisieren, ist letztlich erst durch eine numerische Analyse

1) Maier, Helmut: Die Rolle invarianter Strukturen in mathematischen Modellen, in: Grundlagenstudien aus Kybernetik und Geisteswissenschaft, 13. Jahrg., Nr. 3/1972, S. 92 - Vgl. auch hierin die mathematische Formulierung invarianter Eigenschaften.

möglich. Da jedoch bei nichtlinearen und komplexen Systemen wie dem vorliegenden ein entsprechender Formalismus noch nicht verfügbar ist, haben Modelluntersuchungen mit dem Ziel, invariante Eigenschaften aufzuspüren, über Simulationen und Testläufe zu erfolgen. Für die angesprochene Untersuchung wurde eine hierfür besonders gut geeignete Programmiersprache eingesetzt¹⁾, die es erlaubt, über ein Sichtgerät die Modellgrößen von verschiedenen Rechenläufen bei unterschiedlichen Inputänderungen vergleichend darzustellen und zu interpretieren.

Untersucht wurde das Modell von Jay W. Forrester, "World Dynamics" (Cambridge Mass., 1971, Wright-Allen-Press), das als Vorläufer der Meadows-Studie anzusehen ist.

In dieser Untersuchung wurden Simulationen zum langfristigen Modellverhalten, zum Einfluß der bewerteten Größen und zu Änderungen der Anfangswerte durchgeführt. Unter anderem konnte festgestellt werden, daß sich in dem Modell von Forrester die Tendenz der Modellgrößen, stationär zu werden und einen Grenzwert anzunehmen, schon vor dem von Forrester noch als interpretationsfähig angesehenen Jahr 2100 ausprägt.

Ferner konnte die Hypothese aufgestellt werden, daß das Modell bei weit in der Vergangenheit liegenden Anfangswerten sehr viel früher einen Grenzzustand annimmt. Gleichfalls war zu sehen, daß die angenommenen Grenzwerte der einzelnen Größen unabhängig von den Anfangswerten sind. Um die hier nachgewiesenen und teilweise vermuteten invarianten Modelleigenschaften bezüglich ihres Einflusses auf die Modellaussagen verbindlich interpretieren zu können, wären noch weitergehendere Untersuchungen dieser Art notwendig. Immerhin kann schon zu diesem Zeitpunkt gesagt

1) Maier, Helmut: SIMA - Ein problemorientiertes Informationssystem, 1. Zwischenbericht, TU Berlin, 1971

werden, daß die Eigenschaft des Modells, schon vor 2100 tendenziell auf einen Grenzwert hinzustreben, zur Vorsicht bei der vorbehaltlosen Übernahme von Modellaussagen vor allem in diesem Zeitraum veranlaßt. Durch weitere gezielte Simulationen wären noch mehrere dieser modellimmanenten Wirkungszusammenhänge, die als Modellinvarianten bezeichnet werden können, herauszufinden, um mit diesem Analyseverfahren zu einer verbindlichen, begründeten Beurteilung und Einschätzung der Modellaussagen zu gelangen.

Möglicherweise könnten weitere Untersuchungsergebnisse dieses Analyseverfahrens zu einer Entscheidung zwischen den gegensätzlichen Beurteilungen der Aussagen des Weltprognosemodells von Meadows, vor allem was die Frage von aus diesem Modell deduzierbaren Maßnahmen zur Katastrophenverhinderung betrifft, führen.

Trotz dieser nicht zu unterschätzenden Einschränkungen im Hinblick auf die Aussagekraft der MIT-Studie sollen ihre Ergebnisse mit allen Vorbehalten im folgenden empirischen Teil der Arbeit als eine mögliche Bewertungsgrundlage für die Beurteilung der Zukunftsvorstellungen der Parteien Anwendung finden.

B) Futurologische Komponenten in der neueren Parteiprogrammatik von CDU und SPD

I. Zum Problem der westdeutschen Parteien und ihrer Programmatik als futurologischer Gradmesser der Gesellschaft

1. Parteien und die Zukunft

Fast täglich stößt man auf futuristische Elemente in den Reden von Politikern und in der Werbung der Parteien. Besonders in den letzten Wahlkämpfen in der Bundesrepublik versuchte jede konkurrierende Partei, sich gegenüber den anderen besonders aufgeschlossen in bezug auf die Zukunft zu gerieren und sich dem Wähler gegenüber ein modernistisch-futuristisches Image zu geben. Theo Pirker meint, so etwas wie ein "futuristisches Klima"¹⁾ in der hochindustrialisierten Gesellschaft der BRD entdecken zu können. "Das Wort - nicht der Begriff - 'Zukunft' dürfte zu den am meisten gedruckten Wörtern im publizistischen und politischen Vokabular gehören. Die Gesellschaft scheint, wenn vielleicht nicht auf Zukunft orientiert, so doch auf Zukunft - sagen wir - eingestimmt zu sein oder eingestimmt zu werden."²⁾

Dieser geradezu modische Run in futurologische Dimensionen habe schließlich zur Folge, daß die Intentionen der ihr zugrundeliegenden Wissenschaft zu Allerweltsformeln werden, die jede Aufklärung dadurch verhindern, daß sich jedermann bereits für aufgeklärt hält. Lese man die Programme und Erklärungen der großen Parteien in der Bundesrepublik, so meint Pirker, könne man zu dem beruhigenden Schluß kommen, "daß die Zukunft der Gesellschaft bei ihnen in den besten Händen sei". Das Wort Zukunft wird so oft und so gern ge-

1) Pirker, Theo: Zukunftsforschung zwischen Utopie und Positivismus, a.a.O., S. 176

2) ebd.

braucht, daß man versucht ist anzunehmen: Entweder hat innerhalb der Parteien die Orientierung auf die Zukunft schon begonnen, oder es steht zu befürchten, "daß das Wort Zukunft in den Erklärungen und Programmen nichts mehr als ein modischer futuristischer Tupfer ist".¹⁾

Die Futuristen unter den Politikern der BRD zeichneten sich dadurch aus, daß sie viel von Zukunft, Projektionen und Perspektiven sprechen. Pirker unterstellt ihnen, daß sie sich "futurologisch gebärden"²⁾, da es noch keine Futurologie gebe, die sie zur Begründung ihrer politischen Entscheidungen heranziehen könnten. Außerdem seien ihre Aussagen, soweit sie sich auf futurologische Bereiche beziehen, von "erschütternder Allgemeinheit".³⁾

Diese Feststellungen Pirkers gilt es im empirischen Teil im einzelnen anhand des hinzugezogenen Materials zu überprüfen. In einer Aussage muß Pirker aber vorweg widersprochen werden.

Wenn sich einzelne Politiker oder die Parteien nur futuristisch geben und nicht futurologisch begründen können, so liegt dies nicht, wie Pirker bereit ist zu unterstellen, daran, daß der Stand der westdeutschen Zukunftsforschung dies noch nicht erlaubt. Mag der Forschungsstand der deutschen Zukunftsforschung am internationalen Maßstab gemessen noch nicht ausreichen, darüber kann man geteilter Meinung sein, so ist doch die ausländische Futurologie in Teilbereichen so aussagekräftig, daß man durchaus auf ihren Ergebnissen aufbauend argumentieren könnte. Dies ist zumindest nach dem bisherigen Stand der Arbeit die Auffassung des Verfassers. Es ist anzunehmen, daß Pirker, wäre ihm zum damaligen Zeitpunkt (1969) die MIT-Studie schon bekannt gewesen, seine Meinung diesbezüglich revidiert hätte.

1) Pirker, Theo: a.a.O., S. 177

2) Pirker, Theo: Die Parteien und die Zukunft, in: Neue Rundschau, Heft 3, 80. Jahrg., Berlin/Frankfurt a. M. 1969, S. 402

3) ebd.

Gleichwohl scheint Pirker ansonsten mit dem Großteil seiner Aussagen auch heute noch recht zu behalten. Dies kann vorweg in Kenntnis des verwendeten Materials als These aufgestellt werden. Ossip K. Flechtheim glaubt, die Tatsache, daß sich in der BRD noch keine zukunftssträchtige und global orientierte Politik durchsetzen konnte, darauf zurückführen zu können, daß der militärindustrielle Komplex analog zu den USA auch hier ständig an Einfluß gewinnt. Dies sei ein Indiz dafür, daß die herrschenden Eliten wie die breiten Massen in Wirtschaft und Politik ihren eigenen kurzfristigen Interessen immer wieder den Vorrang geben.

"Keineswegs verschwunden ist auch die von der Vergangenheit übernommene Parteipolitik mit der typischen Konzentration auf Tagespolitik, auf das, was man in den USA nicht zufällig etwas abwertend 'politics' nennt, das heißt also Patronage und Personalpolitik, Kuhhandel und Korruption, Borniertheit und Duplizität. Kein Wunder, daß dann alle Rede von der Zukunft allzu oft unverbindliches Gerede bleibt."¹⁾

Eine gewisse Besserung der Situation, glaubt Flechtheim, sei seit der sozial-liberalen Koalition eingetreten, dennoch wirken hier weiter starke Kräfte, die neben den bereits genannten eine zukunfts offene Gesellschaft in der BRD verhindern. Hier ist nicht der Platz, die Interessen des Kapitals bzw. verschiedener Gruppen daraufhin zu untersuchen. Daher sollen die Feststellungen auf den Parteienrahmen beschränkt bleiben. Sicher ist nur, daß beispielsweise die Verschränkung zwischen innerparteilichen Pressure Groups in der CDU und Verbänden der Industrie auf den Ausgang relevanter Entscheidungen im sozialökonomischen Bereich von großer Bedeutung ist.

1) Flechtheim, O. K.: Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973, S. 27

In der Partei selbst wirkt, wie Flechtheim zu recht feststellt, vor allem das Eigeninteresse der Parteipolitiker an der Organisation bzw. am Apparat, "das eher in der Richtung der Bewahrung überholter Verhaltensweisen und Strukturen wirkt als der Realisierung rationaler Zukunftsvorstellungen".¹⁾

Aber es sind noch andere Elemente, die die Partei als offensichtlich ungeeigneten Hebel ausweisen, um die Gesellschaft auf die Erfordernisse der Zukunft vorzubereiten. Flechtheim verweist auf die Kybernetik, die nachgewiesen habe, daß Systeme und Institutionen, die auf Gewalt oder Macht aufgebaut sind, prinzipiell lernfeindlich sind. Demnach wären Parteien also im generellen der falsche Ansatzpunkt für eine notwendige Initialzündung. Wo liegen dann aber die möglichen Ansatzpunkte zur Umsetzung von Erkenntnissen in konkrete Entscheidungen, wenn schließlich nicht doch bei den Parteien. Gerade durch die Vorrangstellung, die die Parteien, wie Flechtheim richtig feststellt, seit ihrer Pervertierung zu "Quasi-Staatsorganen"²⁾ einnehmen, kommt man an ihnen nicht vorbei.

Einige Umstände wurden bereits erörtert, die die Parteien in der BRD zu ungeeigneten Instrumenten für einen notwendigen Wandel machen.

Ein anderer, nicht unwesentlicher Faktor ist in der Tatsache begründet, daß die Parteien vorwiegend nur im nationalen Bereich wirksam werden. Übernationale, global oder nur europäisch ausgerichtete Parteien existieren bislang noch nicht. Die jetzigen Parteien oder die Parteien der jüngeren Vergangenheit sind unter den gegenwärtigen

1) Flechtheim: Die Parteien ..., a.a.O., S. 29

2) Vgl. Flechtheim, O. K.: Die Institutionalisierung der Parteien in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Politik, Jahrg. 9, S. 97 f.

Umständen so antiquiert wie der nationale und imperiale Staat, mit dem sie sich identifizieren.¹⁾

Die seit dem Ende der Entideologisierung, von der vor allem die Parteien betroffen waren, einsetzende allmähliche Reideologisierung gilt es zu überprüfen, ob sie wirklich Voraussetzungen schafft für eine Anreicherung mit zukunftsadäquaten Wertvorstellungen und sich nicht auf eine Rückkehr zu alten Ideologien beschränkt.

In diesem Zusammenhang hat Georg Picht versucht, "die Wechselwirkung zwischen Wachstumsprozessen und Überzeugungen²⁾" zu untersuchen. Seiner Analyse zufolge bestand zunächst "Einigkeit zwischen den Politikern aller Parteien, daß hinter der Förderung industriellen Wachstums alle anderen Aufgaben des Staates zurückstehen müßten".³⁾

Auch diese These gilt es daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie durchgehend zutrifft, und ob sich bereits gegenläufige Tendenzen abzeichnen. Picht ist sicherlich zuzustimmen, wenn er im Zusammenhang mit der Meinung der Parteien, an alten Wachstumsideologien festzuhalten, unter dem Eindruck der MIT-Studie eine "Umwertung der Werte"⁴⁾ für erforderlich hält, soll es nicht zu einer globalen Krise kommen.

Flechtheim gründet seine Hoffnung, daß sich in der Gesellschaft auch außerhalb der Parteien Strömungen abzeichnen, die eine notwendige Umstrukturierung einleiten, auf zwei

1) Vol. Flechtheim, O. K.: Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 17

2) Picht, Georg: Wir brauchen neue Überzeugungen. Von der Wechselwirkung zwischen Wachstum und Werten, in: Evangelische Kommentare. Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft, Nr. 6, 6. Jahrg., Juni 1973, S. 328

3) ebd.

4) ebd., S. 331

zu beobachtende Erscheinungen. Einmal glaubt er, feststellen zu können, daß sich immer mehr Bürger nicht mehr länger als Parteibürger fühlen, sondern eher schon als Weltbürger, und sich so "Überparteilich" mit Gleichgesinnten in anderen Parteien verbunden fühlen.¹⁾ In diesem Phänomen sieht Flechtheim übrigens schon ein wichtiges Bauelement für die von ihm propagierten "Weltparteien".

Eine weitere Chance sieht er in Anlehnung an Theodor Ebert in der ständigen Zunahme von Bürgerinitiativen und ihren Aktivitäten in der Gesellschaft. Ob diese neuen Formen eines Tages die alten Parteistrukturen verändern oder Parteien überhaupt überflüssig machen, bleibt abzuwarten. Sicher ist nur, daß diese zumindest eine Herausforderung für die alten Parteien darstellen und für die Gesellschaft notwendiges Innovationsmaterial enthalten. Vorläufig ist Ossip K. Flechtheim zuzustimmen, wenn er meint: "Es mag idealistisch oder utopistisch klingen, verdeutlicht aber das Dilemma unserer Epoche, wenn wir offen aussprechen, daß wir eigentlich schon heute Europa- und Weltparteien brauchen, um die großen Aufgaben unseres Jahrhunderts zukunfts- und menscheitsbewußt zu lösen".²⁾

Der empirische Teil der Arbeit soll so weit wie möglich auf folgende Fragen eine Antwort geben:

1. Emilio Daddario³⁾ meint, das von ihm beschriebene Gefühl der Zukunftsangst resultiere nicht aus dem technologischen Fortschritt an sich, sondern aus der Erkenntnis, daß offenbar das demokratische

1) Vgl. Flechtheim, O. K.: Parteikrise im Weltmaßstab, in: Evangelische Kommentare, Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft, Nr. 6, 6. Jahrg., Juni 1973, S. 338

2) Flechtheim, O. K.: Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 32

3) Vgl. Daddario, Emilio: a.a.O., S. 128

System unfähig sei, die Dynamik dieses Prozesses zu zügeln und seine Konsequenzen in für die Menschen zumutbaren Grenzen zu halten.

Inwieweit tragen die Parteien SPD und CDU zur Zeit zu einer Verifizierung dieser Einschätzung bei? Ist dies ein strukturelles Problem, oder ist es lediglich ein cultural lag, der behoben wird, wenn das Informationssystem Partei durch einen, wenn auch verspäteten, Lernprozeß sich diesem Problem adäquat stellt?

2. Trifft die Behauptung Theodor Pirkers zu, daß die Futurologie teilweise bereits zur Grundlage moderner fortschrittlicher Politik gemacht wird und gleichzeitig der geringe Forschungsstand in der BRD aber geflissentlich übersehen wird? Sofern diese Tendenz bereits in Programmen der beiden Parteien sichtbar wird, sind sie dann wirklich nur futuristisch, gebärden sie sich also nur futurologisch, oder stützen sie sich auf ernstzunehmende futurologische Ansätze?
3. Gibt es schon programmatische Vorläufer für ein Langzeitprogramm eines politischen und sozioökonomischen Neubaus der Welt in den vorwiegend auf die nationale Dimension beschränkten Programmen von CDU und SPD?
4. Inwieweit sind SPD und CDU bereit, in ihren Programmen Ansätze zu einer "Weltinnenpolitik" zu entwickeln? Inwieweit sind sie auch bereit, ihre eigene Institution langfristig in Frage zu stellen und sie zugunsten übernationaler und globaler Parteiföderationen aufzugeben?

5. Welche Partei, SPD oder CDU, scheint eher jenes von Flechtheim geforderte, wahrhaft revolutionäre Ausmaß an Reform und Innovation aufzubringen, um die Probleme der Zukunft in den Griff zu bekommen?
6. Ist der Anti-Utopismus in CDU und SPD zu stark, oder gibt es bereits Elemente einer konkreten Utopie als neue Form der Zukunftsorientierung in der Programmatik?
7. Inwieweit begegnen die beiden großen Parteien der BRD der von Forrester und Meadows antizipierten Herausforderung an die Zukunft in ihrer Programmatik?
8. Sofern die Programmatik von SPD und CDU den Zukunftsaspekt anschneidet, orientiert sie sich mehr an dem auf Wachstum ausgerichteten Modell der postindustriellen Gesellschaft oder an der von Meadows propagierten Wachstumsbegrenzung?
9. Wenn Planung als dringendes Erfordernis zur Gestaltung der Zukunft programmatisch angesprochen wird, werden eher Konzeptionen vorgeschlagen, die die Gefahr einer Pervertierung zur Expertokratie hin enthalten oder werden eher Formen demokratischer Mitbeteiligung am Planungsprozeß erörtert?
10. Ist die BRD in den Programmen von SPD und CDU eine "Gesellschaft ohne Zukunft"?¹⁾

1) Vgl. gleichnamigen Titel: Gesellschaft ohne Zukunft, 33 Fragen und Antworten zum Imperialismus der BRD, hrsg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1972

2. Die Bedeutung, Aussagekraft und Funktion von Parteiprogrammen

Zunächst stellt sich die Frage: Was ist ein Parteiprogramm? Dazu schreibt Ossip K. Flechtheim:

"Unter einem politischen Programm im engeren Sinne verstehen wir vor allem ein Dokument, das über Charakter und Ziele einer politischen Gruppe, Partei oder Bewegung Aufschluß geben soll."¹⁾

Heino Kaack²⁾ stellt in diesem Zusammenhang fest, daß Parteien heute weniger allumfassende Programme erstellen, sondern der Trend eher zu befristeten Programmen dominiert, d.h. hier läßt sich zwischen Grundsatzprogramm, Aktionsprogramm, Wahlprogramm und Regierungsprogramm differenzieren. Den Trend zu differenzierten Programmen erklärt Kaack mit dem Überwiegen eines gewissen Pragmatismus im Verhalten der Parteien. Ein konkretes Programm, das zu einer Wahl oder entscheidenden politischen Abschnitten erstellt wird, erleichtert eine stärkere Anpassung, d.h. verbessert die Möglichkeit einer möglichst nahen Orientierung am Wählerverhalten und Wählerwillen. Aktuelles Beispiel für die Richtigkeit dieser Annahme bieten die heftigen innerparteilichen Diskussionen in der CDU/CSU nach der verlorenen Wahl und dem Versuch, sich künftig wieder stärker als sozial engagierte Volkspartei zu repräsentieren.

Zunächst wäre die Frage zu stellen, inwieweit ein Parteiprogramm überhaupt das Wählerverhalten beeinflusst, wie vielen Wählern es überhaupt in seinen wichtigsten Aussagen bekannt ist, und welche Bedeutung ein Parteiprogramm schlechthin hat.

-
- 1) Flechtheim, O. K.: Parteiprogramme, in: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied/Rh. - Berlin 1960, S. 415
 2) Vgl. Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 401

Sicherlich trifft in diesem Kontext die Feststellung Max Webers¹⁾ nicht zu, daß Parteiprogramme vorwiegend zur Werbung Außenstehender dienen, weil Parteien Vergesellschaftungen seien mit dem Zweck, ihren Führern Macht innerhalb eines Verbandes zu verschaffen. Wie später noch gezeigt werden soll, haben Parteiprogramme verschiedene Funktionen, die sich nicht alle auf diese monokausale Auslegung reduzieren lassen. Unbestritten an Max Webers Feststellung bleibt, daß die Werbefunktion ein Zweck von Parteiprogrammen ist.²⁾

Dennoch ist die Wirkung auf den Adressaten, nämlich den Wähler, gering. Wie eine EMNID-Untersuchung³⁾, die während und nach der Legislaturperiode des Dritten Deutschen Bundestages durchgeführt wurde, zeigt, sind den meisten Wählern die Programme überhaupt nicht bekannt. Nur wenige befragte Wahlberechtigte konnten Einzelheiten nennen. Ein recht großer Teil konnte die Fragen nicht einmal allgemein beantworten.

Interessant war, daß nicht einmal den Anhängern der jeweiligen Partei nähere Details der Programme ihrer eigenen Partei bekannt waren.

Eberlein interpretiert daher folgerichtig: "Parteiprogramme scheinen der Masse des Volkes einerseits zu abstrakt zu sein, andererseits zu kompliziert in ihren Einzelheiten. Man simplifiziert sie auf wenige Grundzüge und hält sich

-
- 1) Vgl. Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der Sozialökonomik, Abt. 3, Tübingen 1922, S. 167
 - 2) Vgl. Flohr, Heiner: Parteiprogramme in der Demokratie. Ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik, Göttingen 1968, S. 56
 - 3) Ergebnisse dieser Untersuchungen enthält die Schrift: Der Prozeß der Meinungsbildung, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1961, bearbeitet von Viggo Graf Blücher u.a.; - EMNID GmbH u. Co., Bielefeld, o.J.; hier zit. nach Flohr, Heiner: a.a.O., S. 59

im Übrigen an die Persönlichkeiten, die als Vertreter der Parteien an die Öffentlichkeit treten".¹⁾

Wenn Parteiprogramme eine ihrer Funktionen, nämlich die Werbefunktion, nur unzureichend erfüllen, so dienen sie sicherlich u.a. zur Kennzeichnung einer Partei und geben Aufschluß darüber, wie und wodurch sich eine Partei von einer anderen unterscheidet. Dabei stellt sich die prinzipielle Frage nach der Aussagekraft von Parteiprogrammen schlechthin. Die Beantwortung dieser Frage stellt ein wichtiges Problem für die vorliegende Studie dar, zumal Parteiprogramme bzw. Programmatik im weitesten Sinne Aufschluß geben soll über die Zukunftsvorstellungen von CDU und SPD.

Insofern ist Flechtheim zuzustimmen, der meint, daß aus der Parteiprogrammatik allein sich kaum die wahre Natur einer Partei voll und ganz erschließen läßt. Dazu stehen politische Programme zu sehr im Zeichen "ideologischer Verhüllung".²⁾ Zur besseren Außenwirkung werde manches mehr oder weniger "frisirt".

"Es geht also nicht nur daru, welche Punkte ein Programm enthält, sondern auch, welches Gewicht sie in ihm haben. Selbst der Umstand, daß gewisse Formulierungen in einem Programm nicht (oder nicht mehr!) enthalten sind, kann äußerst aufschlußreich sein."³⁾

Flechtheim verweist auf eine andere wichtige Tatsache, die es unbedingt zu berücksichtigen gilt. So hat durchaus nicht für alle Parteien die Programmatik dieselbe Bedeutung. Das

1) Eberlein, K. D.: Die Wahlentscheidung vom 17. September 1961, ihre Ursachen und Wirkung, in: Zeitschrift für Politik, S. 237 ff., hier S. 240. - Zit. nach Flohr, Heiner: a.a.O., S. 259

2) Flechtheim, O. K.: Parteiprogramme, a.a.O., S. 416

3) ebd.

ist in erster Linie davon abhängig, welchen Charakter eine Partei hat, besser: zu welchem Parteitypus sie zählt.

Für eine Partei, deren Aufgabe vorwiegend darin besteht, die Bedeutung von Staatsämtern mit Parteianhängern anzustreben, wie dies bei den Patronageparteien in den USA nach dem Bürgerkrieg typisch war, hat ein Programm nur untergeordnete Bedeutung. Anders bei Parteien, die eine Bewegung repräsentieren, die zum bestehenden System und den statusquo-stützenden Kräften in Opposition steht. Für eine solche Partei hat das Parteiprogramm die wichtige Aufgabe, ihr Selbstverständnis festzulegen und einen Bestandteil ihrer Agitation und Propaganda zu bilden, um ihre Anhängerschaft im Kampf für ihre Ziele zu verbreitern. Eine solche, somit zu recht als Programmpartei bezeichnete Partei war sicherlich die frühe SPD, während für die aus "Parlaments- und Honorationscliquen"¹⁾ hervorgegangenen konservativen Parteien die Programmatik eine zunächst völlig untergeordnete Rolle spielte. Erst in Reaktion auf den liberalen Vorstoß, so meint Flechtheim, sei die konservative Programmatik entstanden.

Während in einem Mehrparteiensystem das Parteiprogramm nach außen zu einer Abgrenzung von anderen Parteien dient, hat es zum Beispiel in einer Volkspartei moderner Prägung mit ihren vielen, oft gegensätzlichen politischen Strömungen die Aufgabe, diese miteinander zu versöhnen, also eine ausgesprochene Integrationsfunktion. Folgerichtig haben dann diese Programme nicht selten Kompromißcharakter.

Heino Kaack nennt im Zusammenhang mit der Integrationsfunktion die sogenannte Identifikationsfunktion, was eine qualitative Steigerung der Integrationswirkung bedeutet. Das Parteiprogramm kann in den Händen der Parteifüh-

1) Flechtheim, O. K.: Parteiprogramme, a.a.O., S. 417

rung auch ein Instrument zur politischen Herrschaft über die Parteiorganisation und die Mitglieder sein. Umgekehrt muß ein Parteiprogramm auch dazu herhalten, daß sich Funktionsträger in ihrer Herrschaftsausübung auf etwas berufen können, etwa, daß sie im Sinne einer programmatischen Festlegung gehandelt haben. Hier spricht man von Legitimationsfunktion. Schließlich kann ein Parteiprogramm auch die Funktion einer Antriebskraft übernehmen, sowohl in seiner Binndwirkung als auch als Voraussetzung für die Agitationsfunktion nach außen. Dann spricht man von einer Stimulationsfunktion. Ebenso bilden Parteiprogramme auch die Operationsbasis für Sachforderungen der Parteien, d.h. die Plattform, von der aus die Parteien die Konkretisierung ihrer Ziele in Konflikten anstreben können.

Da man gemeinhin zwischen Grundsatzprogramm, Aktionsprogramm, Wahlprogramm und Regierungsprogramm unterscheidet, sollen im folgenden Schema die verschiedenen Funktionen von Parteiprogrammen den vier genannten Grundtypen der Programme zugeordnet werden.

Es wird die Intensität angegeben, mit der die einzelnen Funktionen von den vier Arten der Programme erfüllt werden. Alle Programmarten nehmen mehr oder weniger stark diese Funktionen wahr, so daß grundsätzlich in jedem Fall der geringste Intensitätsgrad - gekennzeichnet durch x - gegeben ist.

Bei stärkerem Intensitätsgrad werden xx angegeben, während xxx maximaler Intensitätsgrad bedeutet. Die folgende Tabelle wurde von Heino Kaack übernommen.¹⁾

1) Kaack, Heino: a.a.O., S. 403

Funktionen der Parteiprogramme

Funktionen	Grundsatz- programm	Aktions- programm	Wahl- programm	Regierungs- programm
a) <u>nach außen</u>				
1. Werbefunktion	x	xx	xxx	xx
2. Profilfunktion	xx	xxx	xxx	xxx
3. Agitationsfunktion	x	xx	xxx	xx
4. Operationsbasis	x	xx	xx	xxx
b) <u>nach innen</u>				
1. Integrationsfunktion	xxx	xx	xx	x
2. Identifikationsfunktion	xxx	x	x	x
3. Stimulationsfunktion	x	xxx	xxx	x
4. Herrschaftsfunktion	xx	xx	xxx	xx
5. Legitimationsfunktion	xxx	xx	x	x

Für den folgenden empirischen Teil der Studie soll der Begriff Parteiprogrammatik extensiv Anwendung finden, d.h. daß über den Bereich der unmittelbar genannten vier Grundarten von Parteiprogrammen auch Publikationen von Parteiorganen oder einflußreichen Parteiführern, die eine gewisse Meinungsströmung repräsentieren, ebenso wie eventuell

programmatische Äußerungen von Teil- oder Untergliederungen sowie Artikeln in Parteipublikationen analysiert werden, soweit sie geeignet sind, Aufschluß zu geben über die Zukunftsvorstellungen der untersuchten Parteien und gegebenenfalls Ansätze konkreter Utopien enthalten.

Grundsätzlich soll von der Forderung Heiner Flohrs ausgegangen werden, der eine Offenlegung der Wertprämissen auch der großen sogenannten Volksparteien fordert. Dabei sollen die Grundsatzprogramme vor allem genügend Zukunftsaspekte beinhalten. Interessant hierbei ist, daß Flohr der Futurologie als wissenschaftlicher Hilfsquelle zur Erarbeitung solcher Programme große Relevanz einräumt. Seine Forderung an Parteiprogramme lautet schließlich:

"Ohne in die Fragwürdigkeit zeitferner Utopien zu verfallen, sollten Konzeptionen entworfen und im Programm fixiert werden, die den Blick auf die kommenden Jahrzehnte lenken. Unter den Bedingungen unserer Zeit kann nur eine genügend langfristige Politik erfolgreich sein, welcher sich die je nach den konkreten Erfordernissen gebotenen kleineren Aktionen sinnvoll müssen einfügen lassen."¹⁾

1) Vgl. Flohr, Heiner: a.a.O., S. 61

II. Die CDU und die Zukunft

1. Zum Verhältnis der CDU zur Futurologie, dargestellt anhand von Beiträgen der wissenschaftlichen Beratungsinstitutionen der Partei

Bevor gegebenenfalls Parteiprogramme der CDU daraufhin untersucht werden sollen, inwieweit futurologische Denkkategorien hierin eingeflossen sind, soll zunächst das programmatische Vorfeld auf futurologische Denkanstöße hin analysiert werden.

So haben im Jahr 1968 wissenschaftliche Mitarbeiter der CDU im Rahmen der "Politischen Akademie Eichholz", die zu recht als eine Art "Parteihochschule" der Unionsparteien bezeichnet werden kann, eine umfangreiche Studie und Materialsammlung zum Thema Futurologie, Prognostik und Planung angefertigt, die als Arbeitsgrundlage für eine wissenschaftliche Tagung der Akademie Eichholz gedacht war.

Da die wissenschaftliche Beratertätigkeit parteieigener Institutionen die wesentliche Vorarbeit nicht für den unmittelbaren politischen Entscheidungsprozeß von Funktionsträgern leistet, sondern darüber hinaus die ideologischen Konturen einer jeweiligen Partei versucht wissenschaftlich zu fundieren, nimmt sie eine Schlüsselposition im Vorbereitungsprozeß programmatischer Arbeit ein. Daher können solche Beiträge bei großzügiger Auslegung des Begriffes Programmatik als Teile einer solchen definiert und im folgenden untersucht werden.

Prinzipiell kann man davon ausgehen, daß zu jenem Zeitpunkt die rigorose Planungsaversion im Zuge der allgemeinen Diskussion auch in den Unionsparteien spätestens Mitte der sechziger Jahre einer aufgeschlosseneren Haltung Platz machte. Dies galt vor allem für die eher technokratisch orientierte und pragmatisch motivierte "Avantgarde"

der jungen Nachwuchskräfte, die vom RCDS und der 'Jungen Union ¹⁾ kommend, zum Teil mit abgeschlossenen gesellschaftswissenschaftlichen Studien, in die Partei drängten. Bevor sie versuchten, eigene politische Machtpositionen zu erwerben, bildeten sie das Gros der wissenschaftlichen Hilfskräfte und Mitarbeiter der Partei. Es wäre sicherlich eine wissenschaftlich dankenswerte Aufgabe zu untersuchen, inwieweit diese Gruppe zum Primärstimulans eines auch bei den Unionsparteien allmählich einsetzenden Innovationsprozesses ist.

Im folgenden soll sich die Arbeit aber darauf beschränken, einige Beiträge zum Futurologie- und Planungsaspekt im Vorfeld der unmittelbaren Parteiprogrammatik zu analysieren. Zunächst auffallend dabei ist, daß hier durchaus unterschiedliche Betrachtungsweisen und zum Teil in sich kontroverse Interpretationsschemata nebeneinander bestehen. Kurz, es bestehen eher positivistische und konservative neben eher aufgeschlossen und progressiv anmutenden Formulierungen, so daß kein einheitliches Bild zustandekommt. Hier einige Beispiele:

"Alle empirischen, deskriptiven und spekulativen Wissenschaften dienen zunächst einmal der notwendigen Fragestellung und Problemerkhellung mit dem Ziel der maximalen Mathematisierung ... Je mehr zahlenmäßige Exaktheit eine Arbeit enthält, um so höheren Rang kann sie behaupten."²⁾

-
- 1) Auf eine gesonderte Darstellung des futurologischen Gehalts in der Programmatik der Jungen Union wird hier verzichtet, da der Verfasser sich hierzu bereits geäußert hat. Vgl. Grasser, Ulrich: Die CDU und die Junge Union, in: Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf (Hrsg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973, S. 345 ff.
 - 2) Elschner, Gerhard: Zur Einführung, in: Material zum Thema Futurologie, Prognostik, Planung, angefertigt für die wissenschaftliche Arbeitstagung am 28. und 29. Oktober 1960, hrsg. v. Politische Akademie Eichholz und Wissenschaftliches Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e.V., S. 7

Für diesen Autor ist Futurologie nur dann "seriös", d.h. ernstzunehmen, wenn sie quantifizierbar ist. "Die Verobjektivierung durch den Zwang, nach Möglichkeit alles durch das Nadelöhr numerischer Präzisierung zu zwingen, durch Quantifizierung auf den harten Kern des Meßbaren zurückzuführen, diese strenge Wissenschaftlichkeit liegt der Zukunftsforschung in erster Linie zugrunde."¹⁾

An einer anderen Stelle beklagt der Autor, daß zahlreiche junge Wissenschaftler, denen überdies die Medien viel zu große Publizität bescheren, oftmals die Grenzen der Wissenschaft überschreiten, "um nach dem erlösenden Traumreich der Ideologien zu streben".²⁾

Darüber hinaus würden selbst so renommierte Wissenschaftler wie Helmar Frank, Max Bense und vor allem auch Karl Steinbuch ihren wissenschaftlichen Ruf gefährden für "abenteuervolle ideologische Ausweitungen und spekulative Deutungen neosozialistischer Provenienz".³⁾

Mit dieser eher reaktionären Einschätzung von Wissenschaft im allgemeinen und Futurologie im besonderen kontrastiert ein anderer Bereich dieses Beitrages. So wird zum Beispiel als Ursache für das Entstehen der Futurologie u.a. der Kolonialismus und die "soziale Frage" aufgeführt, von der es heißt, daß sie durch den Kapitalismus und die Industrialisierung ausgelöst wurde, "als Ausdruck der unerträglich gewordenen Verfügungsgewalt von Menschen über Menschen, des Elends großer Massen der Verfremdung im Produktionsprozeß ..."⁴⁾, wie es wörtlich in dem Beitrag heißt.

Offensichtlich alles Zustände, die die Futurologie in der Zukunft helfen soll abzubauen. Eine Forderung sowie ein

1) Elschner, Gerhard: Zur Einführung, a.a.O., S. 7

2) ebd.

3) ebd.

4) ebd. S. 8

Eingeständnis, das für eine eher konservative Partei durchaus nicht typisch ist.

Als Ziel der Futurologie wird durchaus einsichtig an die von Flechtheim bereits vorformulierten "challenges" angeknüpft. Abweichend allerdings begreift der Autor die Futurologie primär als crisis management, ein Vorwurf, der der bürgerlichen Zukunftsforschung allenthalben und hier, wie das Beispiel zeigt, zurecht gemacht wird. So besteht für den Autor die Hauptaufgabe der Futurologie in der Beantwortung der Frage: "Wie kann man solche Brände löschen und künftig verhindern, wenigstens aber ihrer sofortigen Ausbreitung entgegenwirken?"¹⁾

Daß die Futurologie im Vordergrund primär als crisis management begriffen wird, verdeutlicht ein weiteres Beispiel. So wird das Problem des Hungers nicht nur als menschliches gesehen, das aus Gesichtspunkten der christlichen Solidarität anzusehen ist, sondern auch und vor allem als Problem, das als mögliche Gefahr für das eigene System, d.h. für seinen weiteren Bestand eingeschätzt wird und somit präventiv in den Griff bekommen werden muß.²⁾

Durchaus kritisch wird in dem Beitrag auf die Behäbigkeit und die Indolenz der praktischen Politik gegenüber solchen globalen Bedrohungen gesehen. Dennoch glaubt der Autor, vor dem Entstehen einer Expertokratie warnen zu müssen. Stattdessen spricht er sich für eine Integration der Wissenschaftler als "Helfer und Berater"³⁾ in den politischen Entscheidungsprozeß aus, denn "ohne die Erweiterung und Erhellung der Horizonte werden unsere Politiker sehr bald auf einem toten Gleis, d.h. auf dem Weg in eine der möglichen Katastrophen enden."⁴⁾

1) Elschner, Gerhard: Zur Einführung, a.a.O., S. 9

2) Vgl. ebd., S. 10

3) ebd., S. 11

4) ebd., S. 11

Wie allerdings die Wissenschaft in den politischen Entscheidungsprozeß integriert werden soll, ohne daß es zum Primat einer Expertokratie oder im umgekehrten Fall bei der rigiden status-quo-verlängernden Tagespolitik bleibt, diese Frage beantwortet der Autor ebenso wenig zufriedenstellend konkret wie Manfred E. Ritterbach, der sich in seinem Beitrag ausgiebig mit dem Problem der Vereinbarkeit von Demokratie und Planung¹⁾ auseinandersetzt. Statt einen eigenen Vorschlag zu unterbreiten, beschränkt er sich darauf, die Diskussion um die Rolle der Experten im politischen Entscheidungsprozeß wiederzugeben.

Elschner kommt zum Fazit, daß wir am "Vorabend möglicher Katastrophen"²⁾ stehen. Insofern hat er die Warnung des Überwiegenden Teils der Futurologie begriffen und versucht, bei den verantwortlichen Politikern in seiner Partei ein entsprechendes Problembewußtsein zu schaffen. So schlußfolgert er: "Diese Entscheidungsfelder können und dürfen nicht den Sozialisten überlassen werden ... Nicht zuletzt von der CDU wird erwartet, daß sie sich als politische Kraft für die Zukunftsgestaltung bewährt."³⁾

In einem anderen Punkt, nämlich in seinem Verhältnis zur Utopie, ist Elschner weniger aufgeschlossen. So glaubt er zu Beginn seines Beitrages u.u. vor "utopischem Zukunftsgerede"⁴⁾ warnen zu müssen, von dem sich die seriöse Futurologie abzusetzen habe. Sein Parteifreund Helmut Pütz⁵⁾ war bislang der einzige im christdemokratischen Lager, der mit dem Begriff Utopie nicht etwas prinzipiell ver-

1) Ritterbach, Manfred E.: Zukunftsaspekte der demokratischen Staatsordnung, in: Material zum Thema Futurologie, Prognostik und Planung, a.a.O., S. 24 f.

2) Elschner, Gerhard: Zur Einführung, a.a.O., S. 10

3) ebd., S. 11

4) vgl. ebd., S. 7

5) Pütz, Helmut: Gegenstand, Methodik und Intention der Futurologie, in: Material zum Thema Futurologie ..., a.a.O., S. 12 f.

Negatives verbindet und zwischen Utopie und wissenschaftlicher Prognose keinen Widerspruch sieht. Pütz bekennt sich ausdrücklich in Anlehnung an Georg Picht zur "aufgeklärten Utopie".¹⁾

Erst 1972 bekennt sich ein weiterer wissenschaftlicher Berater der CDU, der langjährige Leiter des volkswirtschaftlichen Seminars an der Politischen Akademie Eichholz, unter dem Eindruck der MIT-Studie von Meadows u.a. zu "aufgeklärter Utopie". Bezeichnenderweise ist sein Beitrag in der "Sonde", dem Organ der jungen reformerischen Technokraten aus RCDS und Junger Union mit "Mut zu 'aufgeklärter Utopie' und Planung" überschrieben. Hier setzt sich Christian Zschaber²⁾ kritisch mit der Rede Richard von Weizsäckers auseinander, die dieser als Bericht der Grundsatzkommission auf dem CDU-Parteitag in Wiesbaden am 9. Oktober 1972 gehalten hat. Richard von Weizsäcker versuchte in dieser Rede herauszustellen, vor welchen Herausforderungen Mensch, Gesellschaft und Staat in unserer Zeit stehen und welche politischen Werte und Ziele sich im Angesicht dieser Herausforderungen für die CDU ableiten. Zunächst soll der Beitrag Zschabers behandelt werden, da er sich mit der konkreten Utopie befaßt und ausführlich als bisher einziger auf die Ergebnisse der Meadows-Studie und ihre Konsequenzen für die Programmatik der CDU eingegangen ist. Die seinem Beitrag zugrunde liegende Weizsäcker-Rede soll im Anschluß noch detailliert erörtert werden.

Zschaber bezieht sich direkt auf Helmuth Pütz und Georg Picht. Von ersterem übernimmt er die These, daß jede Ge-

1) In diesem Zusammenhang ist auf einen weiteren Beitrag von Helmuth Pütz zu verweisen, den der Verfasser bereits eingangs seiner Studie ausführlich behandelt hat; vgl. Pütz, Helmuth: "Reale Utopien" als politische Integrationsfaktoren der BRD, Parlament 19, 1. 3. 1969, Beilage.

2) Vgl. Zschaber, Christian: Mut zu "aufgeklärter Utopie" und Planung, in: Sonde, Neue Christlich-Demokratische Politik, 5. Jahrg., Nr. 4, Bonn 1972, S. 54 ff.

sellschaft zu ihrer sozialen Integration und politischen Orientierung realistische Utopien brauche. Von Picht übernimmt er die Aussage, daß jede Prognose des Überlebens nur möglich sei aufgrund einer "aufgeklärten Utopie". Daraus folgert Zschaber: "Damit ist die Menschheit - so Picht - zu dieser Utopie gezwungen, und so könnte man weiter folgern, daß auch für eine Programmatik diese bei ihrer Analyse zugrunde zu legen ist."¹⁾

Erstmalig empfiehlt ein Vertreter aus jener Gruppe im programmatischen und entscheidungspolitischen Vorfeld der CDU-Instanzen konkrete Utopie der künftigen Programmatik zugrunde zu legen. Ja er geht sogar noch weiter: Indem er sich auf Picht beruft, erklärt er jede Programmatik, die nicht den Kategorien aufgeklärter Utopie gerecht wird, von vornherein als gescheitert. So gipfelt die Kritik Zschabers an Weizsäckers Rede schon zu Beginn in dem pauschalen Vorwurf, hier handele es sich nur um verlängerte Gegenwart und nicht um eine echte Zukunftsbetrachtung, was schon in der Frage der Grundsatzkommission zum Ausdruck komme, "wie nämlich menschenwürdiges Dasein in der nächsten Generation noch möglich sei".²⁾

Außerdem komme im Bericht der Grundsatzdiskussion das Wort Planung nur einmal vor, nämlich bei der regionalen Strukturplanung. Das meint Zschaber damit erklären zu können, daß es sich hier wohl noch um Überreste des "Trauma Erhard-scher Prägung in bezug auf die Planung"³⁾ handele.

In einem anderen Punkt allerdings zollt er der Rede Weizsäckers Beifall, da nämlich, wo sie Formulierungen eine Absage erteilt, wie die von Eppler, der "die Epoche der Lebensqualität schlicht zur Epoche des Sozialismus"⁴⁾ zu

1) Zschaber, Christian: a.a.O., S. 54

2) ebd.

3) ebd., S. 55

4) ebd.

erklären versucht. In Anlehnung an Popper könne diese Äußerung Epplers nur mit einem "historizistischen Beigeschmack" interpretiert werden.¹⁾

Hier wird, wie schon bei Elschner, die tiefverwurzelte Angst der jungen CDU-Intelligenz spürbar, daß ihre Partei im Wettlauf um zukunftsadäquate Ziele hoffnungslos ins Hintertreffen zu geraten droht. Im weiteren Verlauf setzt sich der Autor ausführlich mit der Studie "Die Grenzen des Wachstums" von Meadows auseinander und versucht, seinen Parteifreunden die Relevanz der Ergebnisse dieser Zukunftsprognose für ihre eigene künftige Programmatik vor Augen zu führen. In Anlehnung an Picht betont er, daß es nur mehr analytisch möglich sei, in der hochkomplexen Erdgesellschaft einzelne determinierte Systeme herauszuschälen. Daher müsse jede Überlebensprognose und -planung von dem Zwang zu aufgeklärter Utopie ausgehen. Utopisches Planen werde fortschreitender Integration der Erdgesellschaft zunehmend unumgänglich.

Vor diesen Schwierigkeiten habe auch das MIT-Forscherteam gestanden. Besonders beunruhigt den Autor die Wachstumsgeschwindigkeit, die er nicht mehr als exponentiell, sondern als "superexponentiell"²⁾ bezeichnet. Die "Zeitbombe", wie er sie nennt, mache deutlich, daß auch "gut gemeinte isolierte Maßnahmen und Handlungen aufgrund der Komplexität des Systems das Ziel meist verfehlen".³⁾

Als Fazit der Komplexität des Weltmodells meint Zschäber, als Ratschlag an seine Partei gewandt, daß intuitive Fähigkeiten wohl kaum mehr ausreichen würden, gegenwärtige und künftige Wechselwirkungen zu erfassen, um dann entsprechende Strategien zu formulieren. Dies kann wohl als deut-

1) Zschäber, Christian: a.a.O., S. 55

2) ebd., S. 57

3) ebd., S. 58

licher Hinweis bzw. als Kritik der Vorgehensweise der Grundsatzkommission unter Weizsäcker verstanden werden. Unter dem Eindruck der Meadows-Studie glaubt der Autor die CDU, davor warnen zu müssen, bei der Erarbeitung einer Zukunftsprognose bzw. Zukunftsplanung auf die Kybernetik verzichten zu wollen.¹⁾

Mit der Feststellung, daß globales Gleichgewicht, wie es Meadows vorschlägt, nur dynamisch zu interpretieren sei und nichts mit Stagnation zu tun habe, bekennt sich Zschaber - unabhängig von seiner im Anschluß an die Ergebnisse der MIT-Studie formulierten Kritik an Einzelpunkten - prinzipiell zu ihren Empfehlungen: "Je eher die Menschheit sich entschließt, diesen Gleichgesichtszustand herzustellen, und je rascher sie damit beginnt, um so größer sind die Chancen, daß sie ihn auch erreicht."²⁾

Bei seiner Kritik an den Modellaussagen will sich der Autor nur an der Zweckmäßigkeit bzw. Realitätsnähe des Modells orientieren, da das Modell in sich ja konsistent sei. Zschaber weist zu recht einen offensichtlichen Fehler der MIT-Studie nach. So wird zwar im Produktionsbereich, was Arbeitsproduktivität und das Pro-Kopf-Einkommen betrifft, eine konstante Wachstumsrate angenommen. Beim technischen Fortschritt zwischen Wirtschaft und Umwelt wird stillschweigend lediglich von einer einheitlichen Verbesserung der Technik ausgegangen. Das ist weder logisch noch realitätsgerecht. Insofern plädiert Zschaber für eine differenzierte Betrachtung der Wachstumsproblematik. "Verhängnisvoll wäre es, aus einer Wachstumsangst heraus technologische Innovationen zu bekämpfen. Denn obwohl die Technik an der gegenwärtigen Umweltsituation sicherlich mitschuldig ist, so ist sie zugleich aber ein Mittel zur Verbesserung unserer Umweltbedingungen."³⁾

1) Zschaber, Christian: a.a.O., S. 59

2) ebd., S. 61

3) ebd., S. 62

Eine Studie für die USA bestätige die Richtigkeit seiner Annahme. Diese besagt, daß eine vollständige Sanierung der weltgefährdenden Energieerzeugung und übriger Industrien in den Jahren 1972 - 1980 das Bruttosozialprodukt nur um 0,6 % verkleinern würde. Insofern sind die ökonomischen Auswirkungen eines umfassenden Umweltschutzprogramms durchaus vertretbar. In diesem Zusammenhang, meint Zschaber, sei die Empfehlung der CDU-Grundsatzkommission, daß staatliche Mittel für die Forschung und Entwicklung umweltschützender Technologien eingesetzt werden müssen, richtig. Weiterhin kritisiert der Autor an der MIT-Studie, daß diese die Auswirkungen von Änderungen im ethischen Verhalten auf einzelne Wachstumsströme nicht berücksichtigt habe. So werde sicherlich eine Einstellungsänderung im ethischen Bereich zu einer Verminderung des Bevölkerungswachstums führen.

Heftig wird aber die Kritik im Zusammenhang mit der Frage des Bevölkerungswachstums an der Arbeit der CDU-Grundsatzkommission. Es sei befremdend, daß die Grundsatzkommission im Kapitel "Der Zwang zum Frieden" keine Stellung bezogen habe, "obwohl zusammen mit der unterschiedlichen technologischen Entwicklung hier ein Problem von weltpolitischer Brisanz entsteht, das auch aufgrund der verfügbaren Nahrungsmittelproduktion unter humanen und christlichen Gesichtspunkten betrachtet werden muß. Natürlich kann man den Raster für die Herausforderungen unserer Zeit so weit fassen, daß diese Probleme hindurchfallen."¹⁾

Da sich der Autor trotz kritischer Anmerkungen zu den Ergebnissen der MIT-Studie bekennt, fordert er notwendige Konsequenzen, die seine Partei daraus zu ziehen habe. So sehe sich die Menschheit angesichts der aufgezeigten Entwicklungstendenzen gezwungen, die eigene Zukunft planend zu gestalten. In Anlehnung an Lenk versucht er, der Pla-

1) Zschaber Christian: a.a.O., S. 63

nungsphobie seiner Partei mit dem Hinweis zu begegnen, daß Planung keineswegs zwangsläufig eine Einschränkung der Freiheit bedeute, sondern im Gegenteil meist eine Voraussetzung für ihr Fortbestehen sei. Ob diese These angesichts der bereits erörterten Problematik so unüberprüft stehen gelassen werden kann, soll im folgenden nicht weiter untersucht werden. Aber eine andere Anmerkung scheint hier sinnvoll. So einsichtig Zschaber auch in bezug auf die Notwendigkeit von Planung für die Zukunftsgestaltung ist, seine Ausführungen bleiben doch sehr pauschal. Er beschreibt weder, welche Art von Planung er meint, noch wessen Freiheit sie garantieren soll. So haben durchaus weite Teile der Unternehmerschaft inzwischen erkannt, daß Planung in gewissen Grenzen eine Grundvoraussetzung für den weiteren Bestand ihrer Interessen sein kann und ihrer Auslegung von "Freiheit".

Im weiteren Verlauf seiner Abhandlung betont der Autor in Verbindung mit der Planungsproblematik, daß hier selbstverständlich nur an eine "offene und flexible Planung"¹⁾ gedacht sei. Die Planungsfreiheit für die nächste Generation müsse unbestritten bleiben. Dieser Hinweis erinnert an Helmut Pütz' bereits erörterte Feststellung, die Zukunft dürfe nicht festgeschrieben werden. Ein Vorwurf, der übrigens im Zusammenhang mit der CDU-Kritik an der Zukunftsprogrammatik der SPD wieder auftaucht, wenn gesagt wird, die SPD zwingt den Bürger zu seinem Glück und nehme ihm sämtliche Freiheit, mündig über seine eigene Zukunft zu entscheiden. Diese in der Gesamtunion ausgeprägte Angst vor einer diktierten und programmierten Zukunftsplanung kommt auch hier bei einem vergleichsweise aufgeschlossenen Vertreter der jungen CDU-Intelligenz zum Ausdruck.

1) Zschaber, Christian: a.a.O., S. 65

2. Zum Bericht Richard von Weizsäckers Über die Ergebnisse der CDU-Grundsatzkommission

Richard von Weizsäckers Rede beginnt mit einem Abschnitt, der mit "Der Zwang zum Frieden" überschrieben ist. Hierin ging die Grundsatzkommission bei ihrer Arbeit von der Überzeugung aus, daß alle politischen Grundentscheidungen daraufhin zu untersuchen seien, ob und inwiefern sie dem Frieden dienen. Zunächst könnte man meinen, hier handele es sich um eine Leerformel, wie sie symptomatisch für "Sonntagsreden" von Politikern ist. Bei näherem Hinsehen muß man jedoch konstatieren, daß hier eine Erkenntnis ins Bewußtsein gelangt ist, die eine der Essentials der ethisch motivierten kritischen Zukunftsforschung sein dürfte. Weizsäcker sagt:

"Denn Frieden im atomaren Zeitalter ist nicht eine mögliche Wahl neben einer anderen, sondern Bedingung für die Erhaltung der Art und für das Überleben des Menschen. Frieden ist Voraussetzung für jedes private Ziel und für das Zusammenleben in der Gesellschaft."¹⁾

Neben dem globalen Bekenntnis zur absoluten Priorität aller leitenden Ziele für die Zukunft, nämlich der Erhaltung und Erringung des Friedens, kommt hier die Erkenntnis zum Durchbruch, daß die Suche nach Zielen und Normen für die Zukunftsgestaltung nicht im beliebigen Ermessen unterschiedlicher Wertsetzung steht, wie dies noch in vergangenen Epochen möglich sein mochte, sondern deutlich determiniert ist.

Die Ziel- und Wertfindung ist insofern determiniert, als bei der Nichtbeachtung einiger Ziele alle folgenden obsolet werden. Ziele, wie sie etwa Flechtheim in seinem "challenges" formuliert, stecken den Rahmen ab, innerhalb dessen

1) Weizsäcker, Richard von: Gleichheit - das Ende der Freiheit und Solidarität. Plädoyer für eine humane Leistungsgesellschaft, in: Die Zeit, Nr. 43, 27. Oktober 1972

Unter- bzw. Teilziele formuliert werden können. So müssen sich zwangsläufig alle unterschiedlichen politischen und philosophischen Strömungen, mithin auch die Parteien, in diesem Fall wirklich "naturnotwendig" zu ihnen bekennen bzw. sie anstreben. Ihre Nichtbeachtung wird mit der Vernichtung der gesamten menschlichen Art bezahlt. Existenzsicherung bleibt aber noch immer oberstes Prinzip menschlichen und sozialen Handelns. Diese an und für sich triviale Erkenntnis, längst Allgemeingut der Wissenschaft, ist für die praktische Politik, so absurd dies anmuten mag, längst keine Selbstverständlichkeit, wie die bittere Erfahrung der Geschichte lehrt. Insofern verdient es hervorgehoben zu werden, daß in programmatischer Hinsicht, was die Formulierung der Zukunftsziele betrifft, eine begrüßenswerte Konvergenz zwischen den unterschiedlichsten politischen Parteien besteht.

So ist nicht mehr die Frage, ob Frieden oder nicht, kontrovers, sondern: Wie hat der Weg zum Frieden auszusehen, welche anderen Ziele müssen zu seiner Erhaltung gegebenenfalls geopfert werden, und wie ist Frieden zu definieren. Hier ist auch ein Ansatz zur Kritik an Weizsäckers Ausführungen. Hier ist er etwas zu allgemein. Meint er mit Frieden nur das Nichtvorhandensein kriegerischer Auseinandersetzungen oder einen Zustand, der weitaus komplexer gefaßt werden muß. Eine - wenn auch zaghaft und wiederum recht allgemein gehaltene - Antwort gibt Weizsäcker, wenn er von der dringenden Notwendigkeit spricht, das bildungsmäßige und soziale Gefälle zwischen der nördlichen und südlichen Halbkugel zu beseitigen. Es sei auf die Dauer nutzlos und gefährlich, Entwicklungspolitik im Zeichen eines Ost-West-Gegensatzes zu betreiben. Nur ein Zusammenwirken der Industrieländer könne die globalen Probleme beseitigen.

Diese für die CDU recht fortschrittliche Auffassung korrespondiert übrigens mit entsprechenden Äußerungen des SPD-Ministers Eppler.

Weiterhin erteilt Weizsäcker der Konzeption des Gleichgewichts des Schreckens als probate Zukunftskonzeption eine entschiedene Absage, ohne allerdings so weit zu gehen, hier eine praktische Konsequenz abzuleiten, nämlich das Einfrieren der Rüstungsproduktion. Wie Theodor Ebert einmal durchaus richtig bemerkt, diese Essentials tradierter westdeutscher Politik sind noch nicht einmal von der derzeitigen sozial-liberalen Regierungskoalition in Frage gestellt worden, sieht man einmal von den letzten Beschlüssen des Jungsozialisten-Bundeskongresses ab. Das Fortdauern der Rüstung und der Bestand der BRD in der Nato bleiben in der Programmatik der Parteiensysteme der etablierten westdeutschen Parteien unangetastete "heilige Kühe".¹⁾

Zweifel an der Richtigkeit jener Essentials seien bisher leider nur in wissenschaftlichen Untersuchungen, nicht jedoch in Parteiprogrammen geäußert worden, stellt Ebert resigniert fest. Weizsäcker befindet sich zumindest bereits im Vorfeld jener Überlegungen, deren Konsequenzen er sicherlich aus parteiaktischen Erwägungen noch nicht auszusprechen wagt.

Liest man weitere Kapitel seines Berichts, so stellt man erleichtert fest, daß allmählich Überlegungen im Bewußtsein der ausübenden Politik bestehen, die bisher nur zum scheinbar esoterischen Erkenntnisgut der Wissenschaft gehört haben, während sich die praktische Politik in tagespolitischer Indolenz bislang um das Aufwerfen dieser Fragen gedrückt hat. Hier wird endlich das Problem der Überbevölkerung zur Kenntnis genommen, die Gefahren der biotechnischen Manipulation werden erkannt, die Umweltbedrohung wird als reale Herausforderung endlich ernstgenommen, ebenso wie die Erkenntnis, daß die wissenschaftlich-technische Revolution, sowie der hohe Entwicklungsstand der

1) Vgl. Ebert, Theodor: Weltinnenpolitik: Futuristische Ideologie oder konkrete Utopie? in: Futurum, Heft 3, 1973, S. 382

Produktivkräfte alte soziale Strukturen zerschlagen hat, in denen der Mensch zum Teil Geborgenheit fand. Die Tatsache, daß die moderne medizinische Organisation Geburt und Altern, Krankheit und Tod den Menschen in der Regel nicht mehr im häuslichen Rahmen erleben lassen, führt zu neuen Herausforderungen an die Sozialpolitik.

Wenn Weizsäcker sagt: "Unsere Aufgabe ist es, Schönheit, Gesundheit und Menschlichkeit unserer Umwelt zu bewahren"¹⁾, so klingt dies wie der Glaube, hier habe die CDU ein Feld entdeckt, in dem sie "Konservatives" - im substantiell-positiven Sinne verstanden -, also echt Erhaltenswertes vorfindet, das dem konservativen Gedanken eine moderne Zielrichtung geben könnte. Folgerichtig wendet sich Weizsäcker scharf gegen diejenigen, die den Begriff "Lebensqualität" für sich zu usurpieren gedenken.

"Folglich können wir uns keinen Gewinn für die Lebensqualität davon versprechen, daß eine Partei versucht, aus diesem Begriff ein Monopol für sich und ihre Wahlkampfparolen zu machen ... Gerade der Umweltschutz zeigt, wie töricht die gängige Alternative von Progressiven gegen Konservative ist. Ernsthaft Erneuerer sind nur die, die wissen, was es bei aller Dynamik zu erhalten gilt; daher ist es ihr Ziel, die bewahrenden Kräfte in der Gesellschaft für die Erneuerungsaufgaben zu gewinnen. Gute Konservative aber sind nur die, welche die fälligen Erneuerungen selbst in die Tat umsetzen."²⁾

Weizsäcker geht auf die Wachstumsdiskussion und somit indirekt auf die Thesen der MIT-Studie ein. Kritik wurde bereits ausführlicher im Zusammenhang mit dem Aufsatz von Christian Zschaber geäußert. Prinzipiell sollte, läßt man die Kritik kurzzeitig außer acht, festgestellt werden, daß

1) von Weizsäcker, Richard: a.a.O.

2) ebd.

es sicherlich für die CDU ein nicht zu Übersehender Fortschritt ist, daß sie die aus der Wissenschaft stammenden Anregungen aufgreift und die Wachstumsorientierung problematisiert.

Entschuldigend meint Weizsäcker allerdings - und damit hofft er die Marktwirtschaft aus der Schußlinie zu retten -, daß Wirtschaftswachstum für die Marktwirtschaft keinen absoluten Wert darstelle, sondern eine abhängige Variable sei. Ob das allerdings zutreffend ist, und nicht doch der Marktwirtschaft die Tendenz zu einem Wachstumsfetischismus mit all seinen inzwischen auch erkannten Nachteilen inhärent ist, soll hier nicht weiter erörtert werden.

Bei aller Halbherzigkeit auch in dieser Passage zieht die CDU-Grundsatzkommission zumindest eine vorläufige praktische Konsequenz, mit der Forderung, den Rahmen so zu stecken, "daß die mit dem Schutz unserer Lebensbedingungen verbundenen sozialen Kosten zu einzelwirtschaftlichen Kosten werden".¹⁾

Daß dann diese Mehrkosten selbstverständlich wieder auf den Verbraucher abgewälzt werden, wird hier sinnigerweise verschwiegen. Zumindest kommt man abschließend zur Einsicht: "Nicht in der Quantität um ihrer selbst willen, sondern in der qualitativen Steuerung des Wachstums liegt die Aufgabe ..."²⁾.

Im weiteren Verlauf beschäftigt sich der Bericht mit den "ethischen Grundlagen der Politik".

Fatal ist hierbei die versteckte Utopieangst, die eng gekoppelt ist mit der alten Urangst bürgerlicher Geistesströ-

1) von Weizsäcker, Richard: a.a.O.

2) ebd.

mungen und Parteien, daß sozialistisch motivierte Zukunftsbestrebungen die Zukunft unabänderlich festschreiben würden, die dem Individuum und einzelnen Gruppen der Gesellschaft keine Dispositionsmöglichkeit offenlassen. Daß diese teils pathologische Utopiephobie ihre Ursprünge in einem falschen Utopieverständnis hat, wurde im theoretischen Teil der Arbeit bereits hinlänglich erörtert. Besonders deutlich wird diese Einstellung in folgendem Auszug aus dem Bericht Richard von Weizsäckers:

"Fatal ist freilich vor allem der Irrglaube, daß es die geschichtliche Rolle des Menschen sei, ein festes Endbild der Zukunft zu verwirklichen. Marx lehrt die geschlossene Zukunft. Sozialdemokraten haben noch heute die Vorstellung vom notwendigen historischen Ablauf, für den sie wirken. Wer das gesellschaftliche Endziel zu kennen glaubt, der wird immer wieder versuchen, die Menschen zum Werkzeug dieser fertigen Zukunft zu machen. Das ist die wahre Beraubung der Jugend um ihre Freiheit. Denn wenn Freiheit Verantwortung bedeutet, dann nur für eine offene Zukunft, die kein Mensch nach seinem Bild vorfabrizieren kann."¹⁾

Hier ist Reaktion im wahrsten Sinne des Wortes am Werke. Anstatt eigene Zukunftsvorstellungen zu entwerfen, werden hier die Zukunftsvorstellungen konkurrierender Gruppen pauschal verdächtigt.

Die Vermutung, daß die Jugend in großen Teilen deshalb den Unionsparteien wegläufte, weil sie keine Zukunftsperspektiven, eben kein Bild von der Zukunft entwirft, das es zu verwirklichen bzw. anzustreben gilt, kurz daß es dieser Partei bisher an konkreten Utopien mangelt, darauf kam die CDU-Grundsatzkommission offensichtlich nicht.

1) von Weizsäcker, Richard: a.a.O.

Im weiteren Verlauf beschäftigt sich der Bericht mit dem Gegensatz zwischen Gleichheit und Solidarität und gipfelt im Bekenntnis zur Leistungsgesellschaft. Weiter wird der Funktionsverlust des Staates als normensetzende Instanz bedauert. Der Staat, wie er sich jetzt der CDU darstellt, wird etwas verächtlich als "Dienstleistungsbetrieb" charakterisiert. Was die CDU für die Zukunft will, ist den Staat wieder mit mehr Autorität ausstatten. So lautet ein Kernsatz im Bericht:

"Es gibt keine bessere Qualität des Lebens ohne bewußte, gewollte und politisch kontrollierte Autorität des Staates ..."¹⁾.

Letztlich bleibt die unbefriedigende Frage: Autorität wofür? - Hier wird das Dilemma der CDU in ihrem Selbstverständnis offenbar. Man kritisiert Zeiterscheinungen und -strömungen, man beklagt den Verlust offensichtlich bewährter Werte und verdächtigt andere Zielvorstellungen. Deutlicher als eben dieser Bericht der CDU-Grundsatzkommission, der wohl als das zur Zeit aktuellste Dokument der CDU zur Zukunftsfrage gelten darf, demonstriert nichts die Ideen- und Konzeptionslosigkeit dieser Partei in bezug auf die Zukunft. Wahrlich ein Dokument der tiefen Selbstwertkrise, in der diese Partei zur Zeit steckt.

Eigene Kreise innerhalb des Unionsspektrums haben dies deutlich erkannt und plädieren energisch dafür, dieses Vakuum schleunigst zu füllen. So lautet ein Auszug aus der dritten These der "29 Thesen zur politischen Strategie der Union", die einige namhafte Vertreter aus RCDS und Junger Union formuliert haben:

"Die Aufgabe einer politischen Partei besteht vor allem darin, daß sie Tendenzen der Zeit erkennt und einen ge-

1) von Weizsäcker, Richard: a.a.O.

danklichen Entwurf für die Zukunft der Gesellschaft erarbeitet. Daher darf sich die CDU/CSU nicht auf die Aktualisierung vorhandener und überkommener Meinungen und Verhaltensweisen in der Wählerschaft beschränken. Sie muß vielmehr das politische Denken der eigenen Anhängerschaft mit den geistigen Strömungen und Entwicklungen unserer Zeit verbinden, damit ihre Wähler nicht den Anschluß an den Fortschritt in der Gesellschaft verlieren. Nur mit einer politischen Interpretation der modernen Welt verhindert die Partei den politischen Rückstand vieler Menschen, die ihr nahestehen. Die Union vermeidet so auch die Situation, in Wahlkämpfen jeweils hinter die eigene Politik zurückgehen zu müssen, um ihre Anhänger mobilisieren zu können."¹⁾

1) Pütz/Radunski u.a.: 29 Thesen zur politischen Strategie der Union", in: Sonde, Neue Christlich-Demokratische Politik, 5. Jahrg., Nr. 4, 1972, S. 5

3. Zum futurologischen Gehalt der Berliner Programms der CDU

Im folgenden sollen nur die Auszüge des Berliner Programms in seiner zweiten Fassung, wie es auf dem 18. Bundesparteitag der CDU vom 25. bis 27. Januar 1971 in Düsseldorf verabschiedet wurde, erörtert werden, die in ihrer Thematik in futurologischen Untersuchungen eine Entsprechung finden.

In Ziffer 1 bekennt sich das Programm zum Prinzip des Friedens, wobei der Friedensbegriff dahingehend erläutert wird, daß damit nur Frieden in Freiheit, d.h. letztlich nach den Vorstellungen westlicher Lebensart, gemeint ist.¹⁾

In Ziffer 3 wird davon ausgegangen, daß dies nur möglich sei über eine Vereinigung des politisch freien Europa sowie über eine europäische Friedensordnung.

Recht aufgeschlossen gibt sich das Programm in Ziffer 4 und 6. In Ziffer 6 wird durchaus richtig erkannt, daß ein dauerhafter Frieden letztlich nur realisierbar ist, wenn auch eine globale soziale Befriedigung erreicht wird. Offensichtlich haben die Warnungen der Futurologen, sich nicht zu sehr auf den Ost-West-Konflikt zu kaprizieren, da dieser bald von einem Nord-Süd-Konflikt abgelöst werde, der ersteren an Wirkung bzw. Heftigkeit bei weitem in den Hintergrund treten lasse, etwas genützt. So heißt es in der entsprechenden Ziffer u.a.:

"Die Gefahren großer sozialer und politischer Spannungen, die sich zunehmend aus dem Gegensatz zwischen den hochentwickelten Industrienationen und den anderen Ländern ergeben, erfordern eine Politik der internationalen Solidarität."²⁾

1) Vol.: Das Berliner Programm der CDU - 2. Fassung. Verabschiedet auf dem 18. Bundesparteitag vom 25. Jan. 1971 in Düsseldorf, in: Flechtheim, O. K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Band 9, S. 29 ff.

2) ebd., S. 30

Diese Passage klingt verheißungsvoll. Gerade hier aber zeigt sich ein Dilemma, das dadurch entsteht, wenn man die Zukunftskonzeption einer Partei ausschließlich unter programmatischen Gesichtspunkten betrachtet. Was helfen die besten Absichtserklärungen, wie etwa, um beim Beispiel zu bleiben, im Wirtschaftsteil des Programms eine Wirtschaftspolitik propagiert wird, die über ihre Außenhandelspraxis weiter eine Politik propagiert, die die Exportchancen der Dritten Welt eindeutig beschränkt. Unter Einbeziehung der leider restriktiven Praxis müssen solche recht wohlklingenden Formulierungen des Programms lediglich als verschleiende Deklamationen eingestuft werden.

Eine weitere futurologischen Forderungen entgegenkommende Absichtserklärung ist in der Ziffer 6 enthalten, wo sich die CDU im Sinne einer sinnvollen komplexen Friedenssicherung für einen verstärkten Ausbau der wissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung bekennt. Auch hier müssen Zweifel, bedingt durch die bisherige Praxis, angemeldet werden, zumal in der Wissenschafts- und Forschungspolitik bisheriger Regierungen unter CDU-Beteiligung bei der Mittelvergabe vorrangig die Forschungsvorhaben unterstützt wurden, die über ihre wissenschaftlich-technische Verwertung unmittelbaren materiellen Gewinn für die Industrie versprochen.

Wie die konkrete Utopie des Friedens erreicht werden kann nach Meinung der CDU, kommt in Ziffer 23 zum Ausdruck, wo im Abschnitt über Sicherheitspolitik die Behauptung enthalten ist, daß Frieden und letztlich Freiheit nur durch eine Stärkung der nordatlantischen Verteidigung zu erhalten sei. Diese These steht wohl im direkten Gegensatz zur Auffassung der Mehrheit innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung. Auffallend ist hier, wie auch in Programmen der SPD, daß sich programmatische Forderungen innerhalb ein und desselben Programms oft widersprechen bzw.

ohne Entsprechung in einem korrespondierenden Unterabschnitt bleiben. Oft stellt sich die krasse Alternative, entweder will die Partei das eine oder andere glaubhaft erreichen, dann schließt aber eins das andere aus.

Die bisherige Programmatik der modernen sogenannten Volksparteien - oder wie sie besser als catch-all-parties - bezeichnet werden - weist gerade als eines ihrer Hauptmerkmale auf, daß sie keine Prioritäten setzt und oft einander Widersprechendes aufzeigt. Das Dilemma wird dadurch verursacht, daß sie eben wie in einem Warenhauskatalog für alle potentiellen Zielgruppen etwas anzubieten hat. Dieser Umstand verhindert daher eine echte Bewertung ihrer Zielvorstellungen.

Konkrete Utopie, wie sie definiert wurde, kommt wohl eher im Abschnitt über die Europapolitik zum Tragen. Utopie ist die Errichtung eines europäischen Bundesstaates.¹⁾ Im folgenden versucht das Programm einzelne konkrete Etappen, wie etwa Ausbau der Wirtschafts- und Handelsgemeinschaft etc., als Zwischenziele für dieses Endziel aufzuzeigen.

Im strengen Sinne der Definition ist der Komplex Europapolitik der einzige Ansatz hin zu einer konkreten Utopie. In allen anderen Bereichen geht man stillschweigend davon aus, daß der status quo tendenziell gut sei und beschreibt einzelne Reformziele, die ihn gegebenenfalls etwas besser machen können. Insofern muß das Programm im weitesten Sinne als konservativ charakterisiert werden. Mangel an sozialer Phantasie und sozialem Engagement bestätigen die Feststellung selbst da, wo das Programm in Kategorien konkreter Utopie angelegt ist.

Das Europa von morgen wird vorrangig als Europa der Wirtschaft gesehen. Forderungen wie etwa bei der SPD, die so-

1) Vgl. Ziffer 11 - 15 des Berliner Programms, a.a.O., S. 31

ziale Komponente im Vereinigungsprozeß stärker zu betonen, da im Konstituierungsprozeß der Europäischen Gemeinschaft die Kapitalinteressen zu einseitig zum Zuge kamen, fehlen in den Überlegungen der CDU gänzlich.

Problembewußtsein in bezug auf die Dritte Welt wird wiederum deutlich im Abschnitt über die Entwicklungshilfe (Ziffern 19 und 20), wo die Forderung nach Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer auftaucht. Pauschale Leerformeln unterstreichen die Konsequenzlosigkeit solcher wohlmeinender Formulierungen, wenn es dann heißt:

"Unser Volk muß sich seiner Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern stärker bewußt werden."¹⁾

Modernistisch gibt sich das Programm, wenn es im Abschnitt Bildung, Wissenschaft und Forschung von der Notwendigkeit eines "lebenslangen Lernprozesses"²⁾ spricht. Auch hier ein gutgemeinter Appell, letztlich ins Blaue hinein formuliert, wenn nicht gesagt wird, daß man für den Bildungsbereich die erforderlichen Mittel eben nur dann aufbringen kann, wenn man sie beispielsweise von einem anderen Haushaltstitel abzieht und diesen auch nennt. Die Partei scheut sich, in ihrem Programm Prioritäten zu setzen.

Ein Beispiel aus dem Abschnitt Verkehrspolitik mag dies belegen. In Ziffer 87 spricht sich die CDU für den weiteren Ausbau des Straßennetzes aus. Im folgenden plädiert sie für den Bau einer Hochleistungsschnellbahn als Zukunftsaufgabe. Hier wird ein konfuses "Sowohl-als-auch" angeboten.

Liest man den Abschnitt über Städtebau, so ist man vordergründig beruhigt. Hier ist die Rede von der Notwendigkeit,

1) Ziffer 20 des Berliner Programms der CDU, a.a.O., S. 33

den Gleichgewichtszustand der Natur zu erhalten.¹⁾ Man spricht sich aus gegen die Zersiedelung von städtischen Naherholungsgebieten. Man plädiert für die Entwicklung neuer Städtebaukonzeptionen und ist sogar bereit, bei der Raumordnungspolitik ein gewisses Maß an Planung in Kauf zu nehmen.

Im Umweltschutz ist man für das Verursacherprinzip²⁾; man fordert die Schaffung von Schall- und Lärmschutzzonen, ebenso seien bei der Standortwahl für Industrieansiedlungen auch ökologische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Die Schädlingsbekämpfung sowie Feldbautechniken seien auf ihre ökologischen Auswirkungen hin zu überprüfen.

In Ziffer 19 ist noch die Rede von der Notwendigkeit eines weltweiten Wirtschaftswachstums, während man in Ziffer 69 schon differenzierter von einem qualitativen Wirtschaftswachstum spricht, das weder die Umwelt zerstören, noch die Arbeits- und Lebensbedingungen des einzelnen und der Gesellschaft beeinträchtigen dürfe. Sieht man einmal von dem Widerspruch zwischen Ziffer 19 und 69 ab, so kann man nicht umhin zu gestehen, daß hier zumindest Denkanstöße vorhanden sind, die an die Untersuchungen von Forrester und Meadows folgerichtig anschließen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Das Berliner Programm der CDU ist sicherlich kein Programm für die Zukunft, im Gegenteil, es macht teilweise bedrückend klar, daß hier Zukunftskonzeptionen fehlen und die Partei gut daran täte, ein nach Prioritäten gegliedertes Programm zu entwerfen, was klar nennt, welches Ziel ein anderes ausschließt, und wie die materiellen Ressourcen für dessen Realisierung aussehen. Andererseits muß man zugestehen, daß hier bereits

1) Vgl.: Ziffer 122 ff. des Berliner Programms, a.a.O., S. 60

2) Vgl.: Ziffer 126 ff. des Berliner Programms, a.a.O., S. 61 f.

futurologische Erkenntnisse einfließen, wenngleich noch rudimentär und streckenweise dilettantisch.

Vergleicht man das Berliner Programm mit Vorläufern, so ist in bezug auf den Erkenntnisstand der Zukunftsforschung immerhin ein minimaler Fortschritt erzielt. Das Mahnen und die Öffentlichkeitsaufklärung der Futurologie, unterstützt durch einen Teil der Massenmedien, blieb nicht ganz erfolglos.

Dennoch wird man das Unbehagen nicht los, daß dieser vermeintliche "Lernerfolg" dieser Partei mehr eine Konzession an obengenannte Aktivitäten ist, denn ernstgemeinte Absicht. Allzuvielen die Zukunftsforschung berücksichtigenden Passagen hängen unvermittelt ohne praktische Konsequenz in einer Kette von zum Teil einander ausschließenden anderen Forderungen. Befriedigende Alternativen und Schlußfolgerungen, wie sie etwa die MIT-Studie zwingend vorschreibt, sind hier noch nicht im entferntesten vorhanden.

Auf die konkrete Utopie einer anders qualifizierten und strukturierten Zukunftsgesellschaft glaubt auch dieses Programm der CDU verzichten zu können. Dabei wäre allerdings die Frage zu stellen, ob dies überhaupt ein Anliegen einer doch vorwiegend konservativ ausgerichteten Partei wie der CDU sein kann.

4. Zu einem Aufsatz des Parteivorsitzenden Helmut Kohl Über die Zukunft der Union

Der Autor geht eingangs von der Notwendigkeit aus, daß eine programmatische Aussage über die Zukunft der CDU nur möglich ist, wenn zuvor eine Aussage über die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft getroffen wird.¹⁾

Hier spricht der Parteivorsitzende direkt die Zukunftsfor- schung an, von deren Aussagen er sich bei der Erörterung des Themas abhängig machen will. Welche Richtung bzw. welche Aussagen nimmt Helmut Kohl als Grundlage? Er bekennt sich explizit zum Modell der "nachindustriellen Gesell- schaft". Jener Prognose, die aussagt, daß auch in der Bun- desrepublik in absehbarer Zeit eine Verschiebung vom pri- mären und sekundären hin zum tertiären Sektor erfolgen wird. Anders ausgedrückt, die Bundesrepublik wird zu ei- ner "Dienstleistungsgesellschaft". So weit kann sich der Autor auf Kahn/Wiener stützen. Er bedauert, daß die von der Sozialwissenschaft zur Verfügung gestellten Kenntnis- se zu diesem Komplex für eine präzise Langzeitprogramma- tik noch nicht ausreichen. Vor allem werde der Politiker, nach Meinung Kohls, von der Wirtschaftswissenschaft im Stich gelassen, deren neue Fachrichtung "Dienstleistungs- ökonomik" gerade erst im Entstehen begriffen sei.²⁾

Somit ist vorläufig folgendes offensichtlich: Erstens räumt der Parteivorsitzende der Zukunftsforschung einen wichtigen Platz bei der programmatischen Ausrichtung der CDU ein und bekennt sich explizit zu einer Richtung; zwei- tens orientiert sich der Autor eher an dem Kahn/Wienerischen Modell der postindustriellen Gesellschaft und läßt die Pro- gnose der MIT-Studie unberücksichtigt. Die Frage, wes-

1) Kohl, Helmut: Die Zukunft der Union. Überlegungen nach dem SPD-Parteitag, in: Die politische Meinung, 18. Jahr- gang, Heft 148, Mai/Juni 1973, S. 44

2) ebd.

halb in der CDU Kahn und Wiener Präferenz gegenüber dem pessimistischeren MIT-Modell eingeräumt wird, soll zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgegriffen werden. Zunächst gilt es, die Frage zu beantworten, welche Schlußfolgerungen der Parteivorsitzende aus seinem Bekenntnis zur nachindustriellen Gesellschaft ableitet. Damit verbunden sei ein grundsätzlicher Wandel der Bedürfnisstruktur. Die materiellen Bedürfnisse verlieren an Bedeutung, während andere, nämlich immaterielle, an ihre Stelle treten.¹⁾

Der Parteivorsitzende zählt dazu ausdrücklich das Verlangen nach Demokratisierung, worunter er das Bedürfnis "nach mehr Teilnahme, Mitwirkung, Sinnggebung und Selbstverwirklichung"²⁾ versteht. Ein weiteres Charakteristikum dieser modernen nachindustriellen Gesellschaft sei ihr hoher Organisationsgrad. Diese Gesellschaft sei eine organisierte Gesellschaft. Immer mehr Menschen werden in Organisationen beschäftigt und immer mehr werden von solchen abhängig. Der Mensch komme in eine ambivalente Situation, die für die moderne Gesellschaft kennzeichnend sei, einerseits bedürfe er eines ständigen Mehr an Organisation, andererseits erfahre er ein Gefühl ständig wachsender Ohnmacht dieser gegenüber. Eben dieser Situation habe die CDU gerecht zu werden. Wie dies zu geschehen hat, darüber äußert sich Kohl nicht näher.

Die moderne Gesellschaft sei aber nicht nur eine organisierte, sondern darüber hinaus auch eine verwissenschaftlichte und geplante Gesellschaft. Dies ist immerhin ein recht positiver Schritt im Lernprozeß der Unionsparteien, daß diese Tatsache inzwischen auch von diesen erkannt wird. Werden damit sämtliche traditionellen Vorbehalte der CDU gegenüber der Planung hinfällig, hat diese Partei ihre fast schon pathologische Planungsphobie überwunden? Sicherlich

1) Kohl, Helmut: a.a.O., S. 45

2) ebd.

nicht, denn einige Sätze weiter schränkt Kohl ein, daß sich Politik und Gesellschaft nicht im ganzen planen lassen, bereits der Versuch hierzu sei tendenziell totalitär.¹⁾ Wenn man der Wissenschaft auch künftig mehr Raum bei der Gestaltung der Politik einzuräumen bereit ist, so gesteht man ihr doch nur beratende Funktion zu. Kohl bekennt sich streng zum dezisionistischen Planungsmodell, indem er die Notwendigkeit unterstreicht, daß gleichzeitig "der Herrschaftsanspruch mancher Wissenschaftler und Experten abgewehrt werden"²⁾ muß.

Gleichzeitig erteilt er eine klare Absage an jede Form von Expertokratie bzw. Technokratie. Kohl scheint darüber hinaus auch der sogenannten "emanzipatorischen" Wissenschaft wenig zu trauen, der er implizit unterstellt, auch diese könne à la longue zu einer inhumanen Technokratenherrschaft pervertieren. Dieses Bekenntnis reflektiert sicher ein gewisses Problembewußtsein.

Wünschenswert wäre aber gewesen, wenn Kohl in seinen Ausführungen deutlicher geworden wäre und Vorschläge unterbreitet hätte, wie der Planungsbereich institutionell vor diesen Entartungen zu schützen ist. So kommen seine Ausführungen über einen deklamatorischen Charakter nicht hinaus. Dafür spart der Autor nicht mit dem Aufzählen jener neuen Tugenden, mit denen der Politiker in der künftigen Gesellschaft ausgestattet sein muß, um ihre Probleme adäquat zu lösen. Nach dem bekannten Schema, für das die CDU schon immer anfällig war, werden auch hier die Probleme personalisiert nach dem Motto: "Schließlich machen Personen Politik".

Vom Politiker des neuen Stils verlangt Kohl vor allem "Systematik" und "Offenheit" sowie "Rationalität", worunter

1) Kohl, Helmut: a.a.O., S. 45

2) ebd.

er versteht, "in umfassender Weise auf das vorhandene Wissen zurückzugreifen".¹⁾ Diese drei Kriterien kennzeichneten einen "neuen politischen Stil", eine "neue politische Methode" ... "Eine Partei, die dies nicht beachtet, verfehlt ihre eigene Zukunft".²⁾

In einem Punkt kommt der Autor auf ein Problem zu sprechen, das bislang von der CDU geradezu in beklemmender Weise fehlinterpretiert wurde und zu einer polemischen Waffe gegen die politischen Gegner umgeschmiedet wurde, in der richtigen Annahme bei der Masse der weniger informierten Wähler eine Lawine von Ressentiments auszulösen. Es geht schlicht um das Problem zwischen Individualität und Kollektivität. Helmut Kohl geht so weit, daß er einsieht, daß die sogenannten individuellen Bedürfnisse in den Hintergrund treten, gegenüber jenen neuen kollektiven Bedürfnissen, die der Bürger nicht einfach auf dem Markt erwerben kann.³⁾ Implizit räumt Kohl der Gesellschaft bzw. dem Staat somit mehr Kompetenzen ein, um diese neuen Aufgaben zu bewältigen. Soweit ein erstaunlicher Wandel.

Interessant wäre nun zu eruieren, ob dieser Lernprozeß inzwischen auch von der Mehrheit der relevanten Unionsrepräsentanten nachvollzogen wurde. Ansonsten darf man Helmut Kohl in dieser Frage getrost eine Avantgardefunktion einräumen. Aber auch er verhält sich in einigen Punkten noch schizophren. Er erkennt die Erfordernisse, ist aber nicht bereit, den entsprechenden Preis zu zahlen. Einen Absatz weiter schränkt Kohl sein Entgegenkommen ein, indem er die Marktwirtschaft tabuisiert. Wie er allerdings die soziale Marktwirtschaft, ohne sie zu tangieren, "durch ordnungspolitische Weiterentwicklung in die Lage versetzen will, dem veränderten Gleichgewicht zwischen dem Bedürfnis nach individuellen und kollektiven Gütern Rechnung zu

1) Kohl, Helmut: a.a.O., S. 45 f.

2) ebd., S. 46

3) ebd., S. 46

tragen"¹⁾, das wird nicht klar und muß als unreal eingeschätzt werden. Es dürfte sicher von Interesse sein, wie die CDU künftig gedenkt, diesen offensichtlichen Widerspruch zu lösen. Es erscheint beinahe sicher, daß an dieser Grundmentalität der CDU, die Dinge zu erkennen, ohne gleichzeitig den erforderlichen Preis bezahlen zu wollen, die gesamte Zukunftspolitik schließlich scheitern wird. Sicher ist auch die Annahme berechtigt, daß es dann zu einer schweren Krise im Selbstverständnis der Unionsparteien führen wird, wenn das ganze Ausmaß dieses Grundwiderspruchs offenbar wird. So wird es auch jeder anderen Partei ergehen, die glaubt, alte bürgerliche Werte über die Schwelle des neuen Zeitalters retten zu können.

Noch deutlicher wird dieser Tatbestand, wenn Kohl an einer späteren Stelle der SPD vorwirft, daß ihre Vorschläge zur Verstaatlichung der Großindustrien, die Forderung nach Investitionskontrollen oder die Pläne zur Vermögensbildung "das Prinzip der SPD, an der Reinheit der Doktrin stärker als an den Konsequenzen einer Politik interessiert zu sein"²⁾, verdeutlichen.

Interessant dürfte sein, wie Kohl die Tatsache des Machtwechsels beurteilt und worin er die Zukunftsaufgabe der CDU sieht. Seiner Meinung nach habe die SPD die Wahl gewonnen, weil die Mehrheit der Wähler ihr eher als der CDU/CSU Reformen zutraut; gleichzeitig aber lehne eben dieselbe Mehrheit eine "Ideologisierung und Dogmatisierung"³⁾ der Politik ab. Hierin liege die Zukunft der CDU. Sie sei zwar für Strukturverbesserungen und Strukturveränderungen, aber eine Systemüberwindung lehne sie ab. Überdies glaubt Helmut Kohl, daß die CDU bei der Gestaltung der Zukunft im Wettstreit mit der SPD keiner neuen Prin-

1) Kohl, Helmut: a.a.O., S. 46

2) ebd., S. 49

3) ebd., S. 48

zipien und Wertvorstellungen bedürfe. Diese Einschätzung mutet angesichts der MIT-Studie absurd und antiquiert an. Andererseits wurde aber bereits erwähnt, daß sich Kohl eher am Kahn/Wienerschen Modell der postindustriellen Gesellschaft orientiert. Wie dies einzuschätzen ist, wurde ebenfalls schon erörtert. Es bleibt jedoch der entscheidende Einwand, daß ein Festhalten auch an dieser Zukunftskonzeption einschneidende Veränderungen erforderlich macht, zu denen die CDU z.Z. offensichtlich noch nicht bereit ist. Helmut Kohl beschließt seine Ausführungen mit dem Bekenntnis zu einer solidarischen Gesellschaft, "welche die sozialen Kosten des Fortschritts nicht ignoriert".¹⁾

Wenn es aber darum geht, diese zu realisieren, erweist sich die CDU bislang als schärfster Opponent, ganz zu schweigen von der Tatsache, daß sie bisher auch nicht bereit ist, die notwendigen Strukturveränderungen, die ein Erfordernis der Zukunft darstellen, in Kauf zu nehmen. So bleibt als Fazit die Feststellung, daß Kohl sicher einige begrüßenswerte Erkenntnisse bereit ist für die CDU nachträglich zu akzeptieren; aber - wie Flechtheim zurecht feststellt - nur mit radikalen Reformen ist die Zukunft noch in den Griff zu bekommen.

Was Helmut Kohl hier vorlegt, bleibt, gemessen an dieser Forderung, ein Katalog von "Halbherzigkeiten". Daß eine programmatische Aussage die MIT-Studie ignoriert, disqualifiziert diese noch zusätzlich und unterstreicht aufs Neue den Vorwurf, daß die Parteien sich bislang als unfähig erwiesen haben, adäquate Vorschläge zur Lösung der Zukunftsprobleme zu entwickeln.

1) Kohl, Helmut: a.a.O., S. 52

III. Futurologische Aspekte in der Programmatik der SPD

1. Die Zukunftsorientierung in den sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren

Im folgenden sollen futurologische Aspekte, wie sie in den sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, die auf dem Parteitag in Nürnberg am 21. März 1968 beschlossen wurden, erörtert werden. Einleitend soll mit einem kritischen Diskussionsbeitrag begonnen werden, der vom Kreisverband Berlin-Charlottenburg zu dem Programm-entwurf am 24. 2. 1968 in einer Beilage in dem regionales SPD-Parteiorgan Berliner Stimme veröffentlicht wurde. Auf eine getrennte Behandlung des Entwurfs sowie des später beschlossenen Programms kann verzichtet werden, zumal beide in den wesentlichen Punkten weitgehend übereinstimmen.

Zunächst kritisiert der Kreisverband Charlottenburg, daß der Programmentwurf den Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft zu einseitig betont, während der Gesichtspunkt der notwendigen Demokratisierung der Gesellschaft deutlich vernachlässigt werde.¹⁾ Leerformeln sowie das Fehlen einer Besinnung auf die Grundlagen sozialdemokratischer Politik kennzeichneten den Programmentwurf des Bundesvorstandes als bewußte Abkehr von politischer Programmatik.

Der Hunger eines großen Teiles der Erdbevölkerung, zahlreiche Kriege, ideologische Ausschließlichkeitsansprüche mächtiger Gruppen sowie die auf Unkenntnis beruhende Furcht vieler Menschen vor der wissenschaftlich-technischen Entwicklung seien die signifikantesten Globalprobleme. Da sich der demokratische Sozialismus auf die Grundforderung nach physischer Existenzhaltung der Menschheit gründe sowie

1) Vgl. Flechtheim, O. K.: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 7, Berlin 1969, S. 311 ff.

die ständige Erweiterung in der Freiheitssphäre anstrebe und Gerechtigkeit sowie Solidarität zum Ziel habe, müsse er auf diese Herausforderungen eingehen.

Interessant bei dieser Resolution ist die Parallele zu den Challenges, wie sie die kritische Futurologie analysiert. Folgerichtig beginnt das Kapitel "Weltprobleme" mit einem Abschnitt über die Problematik der Dritten Welt. Das eigentlich Neue an diesem Diskussionsbeitrag des Charlottenburger Kreisverbandes ist die Tatsache, daß er sich nicht mit einem allgemeinen Bedauern über die fatale Situation in der Dritten Welt begnügt und diese mit pauschalen, vage formulierten Absichtserklärungen ausklingen läßt, sondern daß er sich zumindest ansatzweise um eine Analyse der Ursachen bemüht, um dann einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln.

Hierin unterscheidet sich der Charlottenburger Entwurf wohltuend von Programmwürfen der CDU, aber auch von der später beschlossenen Fassung der Perspektiven der SPD-Bundespartei. In der mit Zahlenangaben verdeutlichten Analyse der ökonomischen Beziehungen zwischen den Industrienationen und der Dritten Welt kommt die Denkschrift zum Ergebnis:

"Die Krise in den Beziehungen zwischen Reichen und Armen macht eine globale Entwicklungsstrategie erforderlich, die wesentlicher Teil der Friedenssicherung in der Welt wäre."¹⁾

Auch hier kommen die Überlegungen der Autoren den Erkenntnissen der Friedensforschung und Futurologie recht nahe, die eben nicht Friedensstabilisierung auf das Vermeiden direkter gewaltsamer Konflikte reduziert.

1) Flechtheim, O. K.: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung ..., a.a.O., S. 315

Mit einem entsprechenden Maßnahmenkatalog reichen die programmatischen Vorschläge des Kreisverbandes Charlottenburg bei weitem über den üblichen Mangel an Konkretisierung parteiprogrammatischer Aussagen hinaus. Die Autoren sind zumindest so konsequent, daß sie die deutlichen Nachteile auch für die ökonomischen Interessen des eigenen Landes in Kauf zu nehmen bereit sind, wie sich in Ziffer 3 und Ziffern 5 bis 7 zeigt. Diese Festlegung vermeiden die Bundesparteiprogramme bewußt. Daher muß man die auch noch so moralisch tönenden Formulierungen z.B. in den Perspektiven als verschleiерnde Leerformeln charakterisieren.

Vordringliche Maßnahmen zur internationalen Förderung der Entwicklungshilfe sind nach Meinung des Charlottenburger Diskussionsbeitrags:

- "1. Förderung internationaler Koordination der Hilfe ausschließlich im Sinne der Effektivität und Objektivität;
2. Verbesserung der Hilfsmodalitäten, Schwerpunkte: technische Hilfe und Ausbildungsförderung;
3. Zuwendung eines festen Anteils am Volkseinkommen der reichen Nationen zur Entwicklungshilfe;
4. Vermehrung und Harmonisierung der Hilfe bei Vorlage kurz-, mittel- und langfristiger Programme;
5. Anhebung und Stabilisierung der Rohstoffpreise;
6. Reformen des Zollsystems zur Förderung der Industrialisierung der Dritten Welt;
7. Erleichterung der Schuldenlast (langfristige Kredite, Verminderung der Zinssätze, evtl. Zahlungsaufschübe)."¹⁾

1) Flechtheim, O. K.: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung ..., a.a.O., S. 315

Ausgesprochen zukunftsorientiert ist der mit "Beseitigung der Furcht vor der wissenschaftlich-technischen Entwicklung" überschriebene Abschnitt im Kapitel "Weltprobleme". Daß die wissenschaftlich-technische Entwicklung nicht nur Euphorie und Zustimmung erzeugt, wie man mitunter glauben könnte, wie man bei der kollektiven Hysterie anlässlich der großen Raumfahrtprojekte hätte glauben können, hat die Wissenschaft längst erkannt. Dies als Problem erkannt zu haben und es auch programmatisch auszusprechen, ist sicherlich fortschrittlich. Hier ist von der Furcht vor dieser Entwicklung die Rede, die sicherlich mehr dumpf erfahren wird, also in den tiefenpsychologischen Bereich gehört, als offen erlebt. Diese Furcht stamme aus der Diskrepanz zwischen dem menschlichen Verstand gegenüber der erfahrbaren Welt einerseits und "der Hilflosigkeit infolge Tabuisierung ganzer Lebensbereiche, die wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten menschenwürdig zu nutzen, andererseits.¹⁾ Zudem komme erschwerend hinzu, daß diese Furcht durch weitverbreitete Unwissenheit verstärkt wird, da heute nur wenige an den Entwicklungen teilhaben können.

Der Abschnitt schließt mit einer Passage, in der versucht wird, die nach Meinung der Autoren unbegründete Furcht vor der Automation abzubauen. Schließlich helfe die Automation doch dazu beizutragen, eine menschenwürdige Gemeinschaft zu erreichen, da sie viele Menschen von unwürdigen Tätigkeiten befreie.

Ungeachtet der futurologischen Orientierung dieses Abschnitts, ist er doch in mancherlei Hinsicht problematisch. Angefangen bei dem Problem der Automation. Inzwischen gehört ebenso zum allgemeinen Erkenntnisstand, daß die Automation auch eine nicht zu übersehende unmenschli-

1) Ein Diskussionsbeitrag zur Sozialdemokratischen Politik im Übergang zu den siebziger Jahren - Erarbeitet im Kreisverband Berlin-Charlottenburg, a.a.O., S. 316

che Komponente haben kann. Hier sei nur an die zahlreichen Streiks in einzelnen Industriezweigen erinnert, die zum Ziel hatten, die Fließbandgeschwindigkeiten herabzusetzen. Ebenso sei erinnert an die inzwischen in Schweden bei den Volvo-Werken angelaufenen Versuche, die stumpfsinnige Fließbandarbeit durch kreative und befriedigendere Arbeitstechniken zu ersetzen. Warum also, fragt man sich, tauchen diese etwas mißverständlichen Formulierungen in dem ansonsten recht progressiven Kontext auf? Das liegt vor allem an der zunächst mißverständlichen und zu verkürzten Darstellung. Hier hätte man präzise auch die Nachteile der Automation ansprechen und dann differenzieren müssen, wo Automation in welcher Form ein echter Fortschritt für den Menschen ist, d.h. wo sie ihn befreit und freisetzt für Tätigkeiten im kreativen und planenden Entscheidungsbereich. Formulierungen etwa wie: "Erregende Kapitel menschlicher Entwicklung wie Atomforschung und Genetik blieben den meisten bisher verschlossen"¹⁾ setzen falsche Akzente und tragen dazu bei, den zur Zeit weitverbreiteten unkritischen Kult von Naturwissenschaft und Technik zu unterstützen. Zur Zeit, das zeigen die Ergebnisse der Forrester- und MIT-Studie deutlich, ebenso wie die beginnende Umweltdiskussion, wäre eher eine Aufklärung über die Gefahren der technologischen Entwicklung angebracht mit Blickrichtung auf die Zukunft, als diese Furcht abzubauen.

Die bewußtgemachte Furcht ist leider z.Z. begründet und muß im Gegenteil zunächst vermittelt werden. Sicherlich darf dies nicht zu einer generellen Technophobie führen. Leicht könnte die gegenwärtige Aufklärungskampagne bei undifferenzierter Anwendung zu einer solchen unerwünschten Entwicklung führen. Dann wäre eine solche Akzentuierung als kompensatorische Maßnahme auch sinnvoll. Augenblicklich wäre aber gerade aus futurologischer Sicht ein gegenteilig ausgerichtetes Aufklären angebracht, d.h. Skepsis gegenüber

1) Ein Diskussionsbeitrag ..., a.a.O., S. 317

der unkontrolliert wuchernden Technologie zu erzeugen, die zu einem Überlegten Abwägen anreizen soll.

Allerdings muß einschränkend um der wissenschaftlichen Redlichkeit Willen festgestellt werden, daß zum Zeitpunkt, als der Charlottenburger Kreisverband seinen Diskussionsbeitrag der Öffentlichkeit vorgelegt hat, also 1968, das Problembewußtsein in bezug auf die Gefahren ausufernder technisch-wirtschaftlicher Entwicklung noch recht gering war. Die Diskussion um die Notwendigkeit einer globalen Umweltschutzstrategie sowie der Notwendigkeit einer eventuellen Wachstumsbeschränkung im Produktionssektor ist auch in wissenschaftlicher Hinsicht erst später datiert.

Der im Charlottenburger Diskussionsbeitrag noch deutlich zur Schau getragene Optimismus in bezug auf die Segen der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung sind eben Ausdruck jener zu diesem Zeitpunkt noch vorwiegenden allgemeinen Grundstimmung. So mag es für damalige Verhältnisse schon recht aufgeschlossen anmuten, wenn im Abschnitt über Strukturpolitik und Raumordnung in Ziffer e im Zusammenhang mit dem Anwachsen der Ballungsräume bereits auf die Gefahren hingewiesen wurde, die durch die Vergiftung und Verschmutzung von Luft und Wasser sowie durch die Zersiedelung der Landschaft entstehen können.¹⁾

Recht zukunftsaufgeschlossen ausgerichtet ist auch ein Kapitel im Diskussionspapier des Charlottenburger Kreisverbandes, das sich mit Planung befaßt. Als mittelfristige Ziele werden genannt: der Ausbau einer amtlichen, volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie die Aufstellung mehrjähriger Haushaltspläne und Investitionshaushalte. Weiter wird die Schaffung eines Nationalbudgetsystems und Erprobung verschiedener Prognosetechniken propagiert, "um mit

1) Ein Diskussionsbeitrag zur sozialdemokratischen Politik im Übergang zu den 70er Jahren ..., a.a.O., S. 332

Hilfe eines Nationalbudgets eine höchstmögliche Koordination der Gesamtsteuerung und Sektoralplanung durchführen zu können."¹⁾

Als Nahziele nennt das Charlottenburger Kontrastprogramm:

"... bb) Bildung von Forschungsschwerpunkten und Erteilung von Forschungsaufträgen an Hochschulen und Universitätsabteilungen zur Erarbeitung des Gebietes gesamtwirtschaftlicher Programmierung.

cc) Abbau der ideologischen Hemmnisse und Aufklärungsarbeit über die neoliberale Marktideologie".²⁾

Dieser Abschnitt zeigt deutlich, daß bei den Verfassern bereits ein hinreichendes Problembewußtsein existiert in bezug auf die Schaffung einer umfassenden Planungskonzeption. Die Wissenschaft ist sich längst einig, daß nur durch die Schaffung ausreichender Planungsinstrumente die Probleme der Zukunft frühzeitig in den Griff bekommen werden. Ausgesprochen wichtig ist es, daß auch die ideologischen Hemmnisse angesprochen werden, wie hier in Ziffer cc7, die leider noch häufig einem aufgeschlossenen Planungsdenken entgegenstehen. Auch hier sollte hervorgehoben werden, daß die Verfasser sich nicht mit einem unverbindlichen und allgemein gehaltenen Bekenntnis zur Planung begnügen, sondern einen Katalog von diskussionswürdigen Vorschlägen vorlegen.

Im weiteren Verlauf soll die endgültige Fassung der sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren auf ihren Zukunftsgehalt hin durchleuchtet und untersucht werden, und inwieweit hier auch Überlegungen entwickelt werden, die denen des Charlottenburger Diskussionsbeitrages qualitativ ebenbürtig sind.

1) Ein Diskussionsbeitrag ..., a.a.O., S. 332

2) ebd.

"Die Folgen der Vergangenheit zu tragen, dabei die Gegenwart zu bestehen, und aus dem Ungenügen der Gegenwart in die Zukunft planen - diese dreifache Last ist dem denkenden Menschen auferlegt."¹⁾

Mit dem Bekenntnis zur Einheit aller drei Zeitdimensionen beginnt das Programm der SPD. Indem das Programm in seinem Vorspann auf die Verleumdungen und Verfolgungen der Vergangenheit anspielt, soll der historische Bezugsrahmen klar werden. Es soll deutlich werden, daß der programmatische Ausblick in die Zukunft der siebziger Jahre nicht beziehungslos im Raum steht, sondern in einem bewußten historischen, also auch traditionellen Kontext steht.

Weiter heißt es, die Partei habe nur überleben können, "weil sie immer in allen drei Zeiten zu Hause gewesen ist: Die Vergangenheit gab ihr die Kraft, in widriger Gegenwart die Zukunft nicht zu fürchten, sondern planend zu durchdenken."²⁾

Gegen Ende des Vorworts wird darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der SPD, sich an der Regierung zu beteiligen, aus Lehren der Vergangenheit erwachsen sei, "um unser Land vor dem Verlust der Zukunft zu bewahren."³⁾ Dieser Formulierung liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die CDU in ihrem statischen Status-quo-Denken, das überdies nahezu ausschließlich von einem tagespolitischen Pragmatismus beherrscht war, drauf und dran war, die Weichen in die Zukunft nicht rechtzeitig zu stellen. Mit einem leichten Anflug von Pathos zeigt das Vorwort des Programms die

1) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den 70er Jahren. Beschlossen auf dem Parteitag in Nürnberg am 21. März 1968, in: Flechtheim, O. K.: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 9. Band, Berlin 1971, S. 155

2) ebd.

3) ebd., S. 156

Ziele auf, von denen sich die SPD in absehbarer Zukunft leiten lassen will.

"Dieser Schritt ins nächste Jahrzehnt muß den großen Zielen der Sozialdemokratischen Partei dienen: der Vertiefung der sozialen Demokratie, der Humanisierung der Gesellschaft und der Stärkung der Freiheit des einzelnen."¹⁾

Das eigentliche Programm beginnt mit einem Abschnitt, der mit "Unsere Lage" überschrieben ist, wobei zunächst recht ausführlich der globale Bezugsrahmen aufgezeigt wird. Daß das Programm zunächst eine Bestandsaufnahme der Weltprobleme aufweist, ist eine programmatische Novität und zeigt, daß man wesentlichen Forderungen und Mahnungen seitens der Friedens- und Zukunftsforschung ein Stück näher gekommen ist. Man bewegt sich nicht weiter in den kurz-sichtigen Dimensionen nationaler oder regionaler Schranken, spricht: Westeuropa, sondern sieht das eigene politische Wollen in das globale Bezugsnetz eingewebt, das man nicht mehr ignorieren kann.

Die Erkenntnis der globalen Verpflichtung ist ein entscheidender Fortschritt auf dem Weg zu einer stärker zukunftsorientierten Ausrichtung der Parteien. Indem mit exakten Zahlenangaben die bedrohliche Wachstumsentwicklung der Weltbevölkerung aufgezeigt wird, bekundet die SPD, daß sie dieses Problem als solches erkannt hat. In dem Abschnitt heißt es weiter, daß es nach den heute üblichen Methoden der Nahrungsmittelproduktion möglich sei, selbst 30 bis 50 Milliarden Menschen zu ernähren. Ob diese Aussage richtig ist, soll zunächst unüberprüft bleiben. Wichtig ist vorerst, die Konsequenzen zu untersuchen, die sich aus dieser Einsicht für das politische Handeln der

1) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, a.a.O., S. 156

SPD programmatisch ergeben. Das Programm nennt weitere Tatsachen, beispielsweise, daß trotz der Möglichkeiten der heutigen Nahrungsmittelproduktion bei einer Gesamtbevölkerungszahl von lediglich 3,4 Milliarden Menschen dennoch jährlich 25 Millionen Menschen verhungern.

"Der Hunger eines großen Teils der Erdbevölkerung, der Kampf von hundert Millionen Menschen um das nackte Leben bestimmen die weltpolitische Gegenwart,"¹⁾ heißt es lapidar im Text.

Mit dieser Feststellung begnügt sich das Programm. Es gibt keine Erklärung für die ungeheure Diskrepanz zwischen den angeblich enormen Möglichkeiten der Nahrungsmittelproduktion und der hohen Anzahl der Verhungerten. Wieso dies so ist, und an wem und was es liegt, daß diese fatale Tatsache weiterhin aktuell bleibt, um diese Analyse drückt sich das Programm.

Was liegt näher, als daß man dann auch keine Konsequenzen für das eigene Handeln aufzeigt. Stellt man selbst in Rechnung, daß dieses Programm kein Aktionsprogramm ist, so sind und bleiben doch diese Leerformeln, die ohne Schlußfolgerung bleiben, von bestürzender Aussagelosigkeit und erinnern an Mitleidheuchelnde Sonntagsreden. Zieht man die Diskussionsbeiträge des Charlottenburger Kreisverbandes zum Kontrast hinzu, so wird deutlich, was in diesem Programm fehlt, und weshalb es an vielen Stellen eben nicht mehr Programm ist, weil es aus unvollständigen Analysen keinen Handlungskatalog ableitet.

An einer späteren Stelle wird zwar an das konstatierte Elend weiter Teile der Dritten Welt angeschlossen, aber nicht etwa im Sinne konkreter Konsequenzen für die eige-

1) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu dem siebziger Jahren, a.a.O., S. 156

ne Politik. Die "Konsequenz" begnügt sich mit der Feststellung von Mitgefühl und kulminiert in einem wohlwollenden Appell: "Das kommende Jahrzehnt muß die reichen armen Völkern verpflichten, aus dem Überfluß die Hungersnot abzuwenden."¹⁾ Dabei erinnert man sich sozialistischer Grundwerte, wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese gelte es auch bei den Beziehungen zu anderen Völkern anzuwenden. Die zunächst altruistisch und von humanitären Gesichtspunkten getragenen Hilfsappelle entpuppen sich jedoch bald als handfeste Interessen, als da sind Erhaltung der Sicherheit und Eroberung neuer Märkte. Freimütig heißt es:

"Unsere Hilfe ist zugleich ein Gebot des Überlebens. Wollen wir nicht Frieden, Wohlstand und Fortschritt auch für uns selbst gefährden, müssen die Industrienationen in West und Ost alle verfügbaren menschlichen und wirtschaftlichen Kräfte für die Lösung dieser Aufgabe zur Verfügung stellen."²⁾

Durchaus richtig wird ein künftiger Nord-Süd-Konflikt antizipiert, der dem Ost-West-Konflikt nachfolgt.³⁾ Aus dieser Zukunftsprognose versucht die SPD in ihrem Programm für eine Entwicklungshilfe zu plädieren, die in erster Linie Krisenmanagement-Funktion hat. Daß sie dabei die sehr materiellen Interessen der Bundesrepublik nicht vernachlässigt, versteht sich von selbst. So versucht man, das notwendige Verständnis gegenüber Maßnahmen in bezug auf die Dritte Welt auch damit zu erzielen, daß man alles, was zunächst den Anschein von "Opfer" hat, als langfristig sinnvolle Investition ausweist:

1) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, a.a.O., S. 166

2) ebd.

3) ebd., S. 156

"In der Dritten Welt liegen die Märkte von morgen; hier fällt auch eine Entscheidung über unsere Arbeitsplätze von heute und morgen."¹⁾

Das Zukunftsprojekt verstärkter Hilfe für die Dritte Welt entspricht also weniger humanitärer Intention, sondern hat krisenverhindernde Präventivfunktion in doppelter Hinsicht. Einmal soll sie möglichen kriegerischen Konflikten mit Teilen der Dritten Welt, bedingt durch ihre weitere Verelendung, die Grundlage frühzeitig entziehen, ein außen- und sicherheitspolitischer Aspekt, und zum zweiten innenpolitisch in der BRD auch in der Zukunft den Arbeitsmarkt auslasten.

Trotz tiefgreifenden Umbruchs und, wie die SPD zu konstatieren vermeint, der Suche nach neuen Lösungen für die Zukunft, verliefen dennoch die politischen Auseinandersetzungen im Stil vergangener Jahrhunderte.²⁾

Daher wird als eine der dringendsten Zukunftsaufgaben die Sicherung des Friedens angestrebt. Bei dem hohen Stand der Waffentechnik würde selbst ein konventioneller Krieg verheerende Folgen haben. Bisher sei nur ein nuklearer Waffengang verhindert worden. Suez 1956, Kuba 1962, Sinai 1967 und der Vietnam-Krieg seien tragische Beispiele dafür, daß es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen komme. Daher spricht sich die SPD in ihrem Programm für einen gleichgewichtigen Truppenabbau zwischen Ost und West aus. Eine Lösung als primären Schritt, wie sie etwa Theodor Ebert fordert, daß die BRD sich aus der NATO zu lösen habe, um den Weg initiativ hin zu einer künftigen Weltinnenpolitik zu beschreiten, sieht das Programm nicht vor. Noch bewegt man sich in den bewährten Kategorien tra-

1) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, a.a.O., S. 166

2) ebd., S. 157

dierter Sicherheits- und Außenpolitik, was ironischerweise der im Programm selbst getroffenen Feststellung entspricht, daß "die politischen Auseinandersetzungen noch weitgehend im Stil vergangener Jahrhunderte verlaufen".¹⁾

Die SPD scheint zunächst nichts im Hinblick auf eine zukunftsadäquate Ausrichtung im außenpolitischen Bereich zu wagen. Dabei gibt man sich der Hoffnung hin, daß in absehbarer Zeit mit der Gefahr eines nuklearen Krieges in Mitteleuropa wegen des atomaren Gleichgewichts nicht zu rechnen sei.²⁾

Diese Begründung für das starre Festhalten an den alten außenpolitischen Schemata gibt das Programm immerhin. Eine programmatische Rarität in der Parteiengeschichte ist sicherlich ein Abschnitt im Programm, der mit der Überschrift "Zukunftsaspekte" versehen ist. Allein seine Existenz bescheinigt den zumindest im Ansatz vorhandenen futurologischen Charakter des Programms in den Übergang zu den siebziger Jahren. Der Zukunftsaspekt sollte hier wohl augenscheinlich betont werden. Da dieser Abschnitt einen betont prognostischen Charakter zeigt, Futurologisches erstmalig konsistent in einem Abschnitt zusammenfaßt und überdies bereits einige Schwerpunkte des späteren Langzeitprogramms antizipiert, bedarf es einer besonders aufmerksamen Analyse. Interessant dürfte auch sein, an welche Richtungen und Aussagen der Zukunftsforschung die im Programm aufgeführte Prognostik sich anlehnt.

Man geht von der Erkenntnis aus, daß die Zukunft bereits begonnen habe, daher gelte es bereits jetzt, Entscheidungen zu fällen, die über den Weg der Menschheit bis zum

1) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, a.a.O., S. 157

2) ebd., S. 158

Jahre 2000 entscheiden.¹⁾ Grundsätzlich geht man von der Ansicht aus, daß die künftige Entwicklung von Forschung und Technik voraussehbar und auch steuerbar sei. Der gegenwärtige Entwicklungsstand ermögliche sowohl Innovationen zur Lösung von dringenden Weltproblemen als auch eine Entwicklung, die zur Zerstörung führt. Welcher Weg gewählt wird, liegt in der Entscheidung der Menschheit.

Vergleicht man diese Aussage im Parteiprogramm mit dem Erkenntnisstand der Zukunftsforschung, so läßt sich feststellen, daß hier ein Gedankengut in Kurzform direkt von der kritischen Zukunftsforschung übernommen wurde. Das wird im folgenden noch deutlicher, wenn betont wird, daß es darum gehe, eine wünschbare Zukunft zu entwerfen und diese in die Tat umzusetzen. Das entspricht übrigens jener Konzeption von konkreter Utopie, wie sie eingangs der Studie diskutiert wurde. Wenn eine Partei, die überdies Machtträger ist, d.h. die Regierungsentscheidungen bedeutend mit beeinflußt, dann hat der Grad der Konkretisierung besonders hohen Stellenwert. Das Wünschbare ist ungleich eher zu realisieren als der Entwurf einer konkreten Utopie, etwa der Oppositionspartei oder anderer politischer Gruppierungen, die auf den politischen Entscheidungsprozeß der nächsten Jahre weit weniger Einfluß haben als die Regierungspartei SPD. Daher gilt es, deren Entwürfe besonders aufmerksam und kritisch zu untersuchen. Die Stelle im Programmtext, die hier gemeint ist, hat folgenden Wortlaut:

"Der Stand der Wissenschaft erlaubt es heute vor auszuschauen. Eine zukunftsorientierte Politik muß also von dem Willen beseelt sein, erkennbare und unerwünschte Entwicklungen zu unterbinden, erkennbare und unvermeidliche Entwicklungen frühzeitig in den Griff zu bekommen, vor allem aber:

1) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, a.a.O., S. 161 f.

wünschenswerte Entwicklungen zu erkennen, zu fördern und einzuteilen. Dies verlangt eine Politik der Vorausschau und der mittel- und langfristigen Planung."¹⁾

Ohne eine Politik, die sich diese Erkenntnis zu eigen mache, seien wirtschaftliche, soziale und politische Vorgänge weder überschaubar noch in irgendeiner Form unter Kontrolle zu bringen.

Daher plädiert das Programm in Hinblick auf eine adäquate Bewältigung der Zukunftsaufgaben auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Technik und politischen Entscheidungsträgern. Sicherlich eine begrüßenswerte Absicht, doch wie diese Kooperation strukturiert sein soll, darüber gibt das Programm keine Erläuterungen.

Im folgenden gibt das Programm einige Aussagen der Futurologie wieder, die sich die SPD als Bestandteile für die eigene Prognostik zu eigen macht. In der Bemerkung, dies seien Ergebnisse der Vorausschau einer Zukunftsforschung, wie sie im Ausland seit längerem betrieben werde und in der Bundesrepublik leider noch nicht existiere, mag eine versteckte Aufforderung für die Installierung entsprechender Einrichtungen in der BRD gesehen werden.¹⁾

Auch dies wäre eine seitens der Futurologie nur wünschenswerte Entscheidung. Doch welche oft unerwünschten Interessen meist übergewichtig dann repräsentiert werden, zeigen die Auseinandersetzungen in den wenigen Forschungsinstitutionen, die später geschaffen wurden. Dadurch wurde die Absicht, eine von Kapitalinteressen unabhängige Forschung als Gegengewicht zu schaffen, meist im weiteren Verlauf unterlaufen. Ein besonders markantes Beispiel für solche

1) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, a.a.O., S. 162

Entwicklungen bietet der Skandal um das Forschungsinstitut von Weizsäckers.

In den Ziffern 2-6 befaßt sich das Programm mit den Problemen, die sich für Individuum und Gesellschaft aus der Prognose ergeben, daß sich die Gesellschaft durch die fortschreitende Automation strukturell verändert. So ist z.B. in Ziffer 2 die Rede davon, daß die Zahl der Beschäftigten in vielen Wirtschaftszweigen stark zurückgehen wird, während neue Industrien entstehen werden. In Ziffer 4 geht das Programm auf die Auswirkungen ein, die die Automation auf die Zahl der Erwerbstätigen hat. Dabei würde die Zahl der in Ausbildung stehenden jungen Menschen ebenso zunehmen wie die Anzahl der Rentner. Das wiederum würde zu höheren Belastungen für die im Erwerbsleben stehenden Menschen führen. Ziffer 5 besagt, daß in dem Maße, in dem die schwere körperliche Arbeit dem Menschen durch die Automation abgenommen werde, die Belastung nervlicher und psychischer Art zunehmen werde. Ziffer 3 befaßt sich mit den Folgen, die sich aus der Veränderung der Wirtschaftsstruktur und damit der Gesellschaft für die Ausbildungsstruktur und das Berufsbild ergeben.

"Das in der Schule und in der Berufsausbildung erworbene Wissen, das in der Vergangenheit dazu ausreichte, das Leben eines Menschen sicher zu gestalten, wird aufhören, die Existenzgrundlage für die ganze Dauer eines Menschenlebens zu sein. Alle drei bis fünf Jahre wird das Wissen ergänzt, erweitert oder gar erneuert werden müssen, um den sozialen errungenen Status zu erhalten. Der durch Jahrhunderte geprägte Begriff des Lebensberufes wird nur noch für wenige von Bedeutung sein. Der Mensch von morgen muß mobil und darauf eingestellt sein, sich der rasanten technischen Entwicklung anzupassen."¹⁾

1) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, a.a.O., S. 162

Hier wird die Notwendigkeit einer "éducation permanente" erwähnt.

Ziffer 6 erwähnt die Annahme, daß nicht mehr die Arbeit im Mittelpunkt des Daseins steht, sondern die Freizeit künftig mehr Platz einnimmt. Das Programm weist dies als unbedingten Fortschritt aus, ohne wenigstens die Probleme anzuschneiden, die mit dem Begriff "Freizeitgesellschaft" verbunden sind.

Alles in allem gibt das Programm in Ziffer 2-6 das von Daniel Bell, Kahn und Wiener entworfene Zukunftsbild der sogenannten postindustriellen Gesellschaft wieder. Hier sei in diesem Zusammenhang nur an die Kritik erinnert, die an dieser auf unkritischer Extrapolation gegenwärtiger Trends beruhenden Establishment-Futurologie und ihren Modellen geübt wurde. Eins ist sicher: daß dieser Abschnitt wenig gemein hat mit der Absichtserklärung in der Einleitung des futurologischen Teils des Programms, daß es der SPD um den Entwurf einer wünschenswerten Zukunft gehe. Hier wird das Kahn/Wiener-Modell der nachindustriellen Gesellschaft unüberprüft übernommen, ohne die Einschränkungen dieses Modells zu berücksichtigen, die Forrester und das Team um Meadows hinlänglich deutlich gemacht haben. Auch wird außer acht gelassen, daß diese Entwicklung hin zur dienstleistungsorientierten Überflußgesellschaft nur auf Kosten der Dritten Welt stattfinden kann, bzw. diese dabei vollkommen unberücksichtigt bleibt. Dies steht wiederum im deutlichen Gegensatz zu den bereits erwähnten Absichten der SPD in diesem Programm, sich um eine Politik zu bemühen, die vorgibt, sich um die Belange der Dritten Welt zu kümmern.

Überdies ist das Kahn/Wiener-Modell nur unvollständig bzw. unkorrekt übernommen worden. Man spricht zwar von Verände-

rungen im Produktionsbereich, erwähnt aber mit keinem Wort, daß bei einer Verlängerung bestehender Trends der Produktionssektor generell abnehmen wird, während der Dienstleistungssektor zunehmen wird.

Ziffer 1 beschäftigt sich mit der künftigen Entwicklung von Waffensystemen und den Folgen, die sich daraus ergeben.

Ziffer 8 spricht ein wichtiges Problem an, das bereits zum jetzigen Zeitpunkt von brennender Aktualität ist. Das Verhältnis zwischen Technokratie und der Notwendigkeit von Planung einerseits zu Freiheit und Demokratie andererseits. Es sei darauf zu achten, daß sich daraus keine Herrschaft von Technokraten ergibt. "Die Freiheit unserer Gesellschaft erfordert, daß neue Methoden zur Kontrolle der politischen Planung entwickelt werden."¹⁾

Im Abschnitt Strukturpolitik, Raumordnung und Städtebau bekennt sich die SPD zur Urbanität und spricht sich gegen die "Zersiedelung von Städten und Landschaften"²⁾ aus. Diesmal bleibt das Programm nicht so vage und ergeht sich in unverbindlichen Absichtserklärungen, sondern plädiert konsequent für ein neues Bodenrecht, das die soziale Bindung von Eigentum ermöglicht und somit dazu beiträgt, einen organischen Städtebau sowie die Stabilisierung von Mieten zu ermöglichen.

Die Ziffer d, die sich mit der Verkehrspolitik beschäftigt, ist wieder angehäuft mit Allgemeinplätzen, zum Teil widersprüchlich und ohne zukunftsweisende Perspektiven.³⁾

1) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, a.a.o., S. 163

2) ebd., S. 177

3) ebd., S. 178

So wird beispielsweise das Bekenntnis zur fortschreitenden Integration der Gesellschaft als Begründung für den weiteren Ausbau des Straßennetzes für den Individualverkehr herangezogen. Dieses Bekenntnis zum Individualverkehr dürfte unter heutigen Gesichtspunkten und Erkenntnissen als töricht eingeschätzt werden und ist wohl nur aus dem mangelnden Problembewußtsein diesbezüglich zu jenem Zeitpunkt, nämlich 1968, zu erklären. Folgerichtig fehlt auch jeder Hinweis auf die Notwendigkeit zur Schaffung neuer Verkehrssysteme, wie etwa Schweb- oder Magnetbahnen. Einzig im Bereich des Massengüterverkehrs zeigt sich das Programm mittlerweile so aufgeschlossen, daß es den Appell enthält, dieses möglichst nur mehr über Schienen und Wasserwege abzuwickeln.

Die Ziffer e, die sich mit der Verunreinigung von Luft, Wasser und Landschaft sowie mit der Lärmbelastigung befaßt, ist so knapp und nichtssagend, daß dieser Bereich keine Erörterung ermöglicht. Dafür ist der Hinweis angebracht, festzustellen, daß das Programm in bezug auf Umweltschutz nicht einmal den dringendsten Bedürfnissen und Erfordernissen gerecht wird.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die sozialdemokratischen Perspektiven enthalten immerhin einige Denkanstöße, die sie aus dem gegenwärtigen Stand der Zukunftsforschung in Auszügen übernommen haben. Verglichen mit früheren Programmen, die überhaupt keine Reflexe auf die Erfordernisse der Zukunft enthielten, obwohl die Notwendigkeit längst dringend erforderlich geworden war, zukunftsorientiertes Denken und Planen zu entwickeln, ist dieses Programm der SPD immerhin ein Anfang. Allerdings enthält dieser programmatische Auftakt der Partei hin zu Programmaussagen, die auch die längerfristige Dimension Zukunft mit einbeziehen, alle Schwächen, die ein Debütant mitbringt. Geme-

sen an dem Diskussionsbeitrag des Kreisverbandes Berlin-Charlottenburg sind die meisten Zukunftsaussagen dieser vorgeblich progressiven Partei halbherzig, phantasielos und ohne Hinweis auf sachliche Folgen für die eigene künftige Politik.

2. Zur Wachstumsdebatte im programmatischen Vorfeld der deutschen Sozialdemokraten

Wie bereits aufgezeigt wurde, ist das Problem einer möglichen Begrenzung des wirtschaftlichen Wachstums in den bisherigen Programmen der SPD, die sich mit Zukunftsaspekten befassen, kaum erörtert, geschweige denn hinreichend berücksichtigt worden. Einen Einschnitt stellt die Veröffentlichung des vom "Club of Rome" lancierten Forschungsberichts der MIT-Studie im deutschen Sprachraum dar. Seither ist zumindest in Teilbereichen der Partei ein Problembewußtsein bezüglich einer möglichen Wachstumsbeschränkung entstanden, das nicht ohne Auswirkungen für die Diskussion um den vormals als "Langzeitprogramm" bezeichneten "Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973-1985"¹⁾ geblieben ist.

Im Juli 1972 beispielsweise griffen die Jungsozialisten des Kreises Berlin-Tiergarten in ihrem Informationsdienst die Ergebnisse der Meadows-Studie auf. Indem sie auch die wissenschaftliche Kritik an der MIT-Studie berücksichtigen, verweisen sie gerade auf diese, um ihr Unbehagen im Sinne der Studie zu untermauern. So habe die MIT-Studie nach Meinung der Kritiker zu wenig den Fortschritt von Wissenschaft und Technik in ihre Überlegungen mit einbezogen. Gerade dieser Hinweis bestärkt die vorrangig emotional argumentierenden Jungsozialisten.

"Soll man sich darauf verlassen, was Wissenschaft und Technik in den letzten 130 Jahren hervorbringt? Ja, soll man sich darauf verlassen, solange sie sich damit beschäftigen, wie man Menschen humaner und schneller umbringt? Soll man sich darauf verlassen, wenn diese Wissenschaft und Technik noch dazu beiträgt, daß diese Welt kaputt geht,

1) Künftig soll der Einfachheit halber die Bezeichnung "Langzeitprogramm" verwendet werden.

indem sie z.B. tausende von Hektar Wald in Vietnam entlaubt, unsere Wasserreservate vergiftet oder unsere Luft immer schwerer atembar macht?"¹⁾

Es mußte noch gut ein Jahr vergehen, bis die Mutterpartei dieses Problem als diskussionswürdig zur Kenntnis nahm, sieht man einmal von den Spitzenpolitikern Eppler und Vogel ab, die einsame "Vorreiter" in dieser Hinsicht in den Reihen ihrer Partei darstellen. Im Januar 1973 erscheint im offiziellen Organ des Berliner Landesverbandes der SPD ein ausführlicher Artikel, der sich mit der MIT-Studie auseinandersetzt. Der Autor referiert weitgehend die Ergebnisse der Studie und erläutert sie populärwissenschaftlich. Dabei mißt er der Studie große Bedeutung bei, da sie erstmalig den Kritikern der Wachstumsideologie Argumentationshilfe in schlüssiger und komprimierter Form wie nie zuvor liefere. Der wissenschaftlichen Redlichkeit entsprechend erörtert er auch die Kritik an der Studie und fügt eigene Einschränkungen hinzu. Dennoch kommt er zum Schluß:

"Trotz aller Einschränkungen wird man jedoch einer Diskussion der Konsequenzen dieser Studie für die praktische Politik nicht ausweichen können."²⁾

Konsequent fordert er, die Leitlinien der Wirtschaftspolitik neu zu überdenken. Die praktische Politik ebenso wie die bisherige, auch die jüngste Programmatik der SPD für die nähere Zukunft blieb weitgehend von Überlegungen dieser Art verschont. So geht das Langzeitprogramm, das noch ausführlicher behandelt werden soll, von der beträchtlichen Wachstumsrate von jährlich fünf Prozent aus.

1) Mahr, Hans-Günter: Und die Welt geht doch kaputt! in: Juso-Info des Kreises Tiergarten, Juli 1972, S. 16

2) Harnischfeger, Horst: Von den Grenzen des Wachstums, in: Berliner Stimme, 13. Januar 1973

Wie sieht es bei den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern aus, die sich in verantwortlicher Position befinden und deren Meinung nicht unerheblich für die Gestalt der künftigen SPD-Programmatik sein dürfte? Bislang herrschte ein gewisser Vorsprung im Bewußtsein dieser Problematik bei Funktionären auf supranationaler Ebene. Bekannt wurde vor allem der Sozialist Sicco Mansholt, auf den sich später übrigens Erhard Eppler mehrfach bezieht. In der Sendung "Panorama" der ARD vom 26. 6. 1972 bezog sich Mansholt beispielsweise explizit auf die Thesen des "Club of Rome". Er kommt in seinen Ausführungen zu dem Ergebnis, daß bisher die sogenannten Utopisten die wahren Realisten seien. Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen, müsse die Gesellschaft sozialistische Strukturen anstreben. Auf nationaler Ebene nehmen bislang Erhard Eppler und Hans-Jochen Vogel eine Art Avantgarde-Funktion in der Wachstumsfrage ein.

Eppler wie Vogel kommen über die Probleme ihrer jeweiligen Ressorts zu ihrer jetzigen Position, deren Probleme eng mit diesem Fragenkreis zusammenhängen. In derselben eben erwähnten Sendung forderte Eppler u.a.: "Weg vom Primat der Wirtschaft zum Primat der Politik". Gleichzeitig verwies er auf den Wachstumsfetischismus der sozialistischen Länder, der oftmals stärker ausgeprägt sei als im Kapitalismus. In seinen Ausführungen erinnert er auch an Picht, der darauf hingewiesen habe, daß die Erhaltung der Natur und Umwelt ursprünglich ein konservatives Anliegen gewesen sei. Durch die enge Verbindung der Konservativen mit der wachstumsorientierten Wirtschaft aber mußten sich diese von ihren ursprünglichen Zielen entfernen.

In diese "verlassenen Stellungen" müßten nun die Linken nachrücken. Nach der Lektüre der Meadows-Publikation identifizierte sich Eppler mit den wesentlichsten Forderungen der Studie, so u.a. auch mit der Einsicht, daß es vorab

eines neuen Wertsystems bedürfe. Er sei sicher, daß "wir mit den jetzt sichtbar werdenden Aufgaben nicht fertig werden ohne einen grundlegenden Wandel in unseren Wertsystemen. Unser Begriff von Leistung wird sich ändern müssen."¹⁾

Bei einer anderen Gelegenheit erklärte Eppler: "Jetzt gibt es eine kopernikanische Wende, das Wirtschaftswachstum wird zur abhängigen Variablen der Lebensqualität."²⁾

Mit Eppler konform geht bisher nur Vogel, der als Minister für Städtebau für die künftige Raumordnung zuständig ist. Auch er plädiert für ein stagnierendes Wirtschaftswachstum.

"Diese neue Stabilität ist sicher in wenigen Jahren eine politische Aufgabe. ... Bis 1980 oder 82 müßten wir allmählich auf diese Bahn kommen."³⁾

Es ist zunächst gar nicht verwunderlich, daß ausgerechnet diese beiden Minister für eine Wachstumsbeschränkung eintreten. Im Gegensatz zu anderen Ressorts sind sie besonders ausgeprägt an langfristigen Aspekten der Politik orientiert und stehen somit den Ergebnissen der Zukunftsforschung aufgeschlossener gegenüber. In ihren Ressortbereichen sind die Zukunftsfragen längst zu tagespolitischen Problemen geworden, die die Dimension Gegenwart bestimmen.

Als entschiedener Gegner jeglicher Wachstumsbegrenzung tritt der recht einflußreiche Wirtschaftsexperte Klaus-Dieter Arndt innerhalb der SPD auf. So vermutet er einem Spiegelbericht zufolge hinter der Aufforderung des niederländischen Sozialisten und ehemaligen EWG-Präsidenten Sicco Mansholt zur Wachstumsbegrenzung "schlicht einen Ver-

1) Der Spiegel, Nr. 21, 26. Jahrgang, 15. Mai 1972, S. 127

2) Der Spiegel, Nr. 2, 27. Jahrgang, 8. Jan. 1973, S. 44

3) Der Spiegel, a.a.O., S. 39

such, die Wohlstandsgesellschaften wieder zu den Bescheidenheitsidealen von früher zu bekehren: 'Die Holländer haben uns schon immer Calvinismus als Sozialismus verkauft'.¹⁾

In einer Rede anlässlich der Aussprache über das Langzeitprogramm vor dem Landesparteitag der Berliner SPD (1973)²⁾ meinte Klaus-Dieter Arndt zur Wachstumsbegrenzung, daß diese charakteristisch sei für Konservativismus und utopischen Sozialismus zugleich. Es sei für einen Sozialdemokraten, der sich wissenschaftlich mit dem Problem beschäftige, unvereinbar, sich an Alwin Tofflers "Zukunftsschock" noch an Arnold Gehlen zu orientieren. In einem persönlichen Gespräch mit dem Verfasser vertrat Klaus-Dieter Arndt die Ansicht, daß die Ergebnisse der Arbeiten von Forrester und Meadows bei der Erstellung des Langzeitprogramms unberücksichtigt blieben. Lediglich Tofflers "Zukunftsschock" sei bekannt gewesen. Aber auch heute aus der Kenntnis der beiden Studien würde er diese verwerfen. Dies sei "alles Unsinn", inzwischen gebe es genug ökonomische Kritik an beiden Arbeiten, mit denen er konform gehe.

Diese generelle Ablehnung Arndts, die Wachstumsproblematik zu diskutieren, macht sich in den Ergebnissen des Langzeitprogramms besonders bemerkbar, das in vielem seine Handschrift trägt. Doch zunächst zurück zur Periode, die vor der heftigen Diskussion um den politisch-ökonomischen Orientierungsrahmen der SPD liegt. Ein wichtiges Dokument stellt zweifelsfrei die Rede dar, die Erhard Eppler vor einer Arbeitstagung der IG-Metall 1972 gehalten hat.³⁾

"Wir sprechen heute von Qualität des Lebens, obwohl wir nicht genau wissen, worin sie besteht, noch weniger, wie

1) Der Spiegel, Nr. 2, 27. Jahrgang, 8. Jan. 1973, S. 40

2) Landesparteitag der Berliner SPD vom 24. 2. 1973

3) Vgl. Eppler, Erhard: Die Qualität des Lebens, in: Süddeutsche Zeitung v. 20. April 1972

sie zu verwirklichen sei. Wir sprechen von Qualität, weil wir an der Quantität irregeworden sind. Am Anfang steht also auch hier nicht das Wissen, sondern der Zweifel."1)

Im Anschluß stellt Eppler einen Katalog von Erscheinungen auf, die die Qualität des Lebens sicherlich beeinträchtigen. So spricht er auch einige Neuerungen an, deren Nutzen für die Qualität des Lebens er in Zweifel zieht. Bislang habe das Wirtschaftswachstum nach Meinung Epplers zweifelsohne dazu beigetragen, das Leben für die Menschen in den letzten hundert Jahren in vielem angenehmer zu gestalten. Diese Funktion habe das Wirtschaftswachstum zunehmend eingebüßt und schlage ins Gegenteil um. Dabei bezieht sich Eppler ausdrücklich auf den Bericht des "Club of Rome". Für ihn sei das wichtigste der Meadows-Studie, daß sie der Menschheit die Grenzen künftiger Entwicklungen vor Augen führe, Grenzen, die vor fünf Jahren niemand für möglich gehalten habe. Eppler verwehrt sich ausdrücklich gegen den Vorwurf, daß die Bewegung, die für eine sinnvolle Beschränkung des Wirtschaftswachstums votiere, auf einer "windschiefen Ideologie" basiere, dies sei heute schlicht "realitätsbewußter Pragmatismus". Eppler betont, daß er im Gegensatz zu Fred L. Polak den MIT-Forschern auch nicht vorwerfe, sie hätten die künftigen möglichen Veränderungen in der Politik nicht berücksichtigt. Denn indem sie dies bewußt vermieden hätten, wiesen sie den praktischen Politiker auf seine Verantwortung hin und erzwingen somit auch Entscheidungen.

Eppler begreift die MIT-Studie demnach als Herausforderung der Wissenschaft an die Politik zur weiteren Gestaltung der Zukunft. Überdies warnt er auch vor Hoffnungen, die von Meadows' aufgezeigten Probleme könnten sich in Zukunft durch die weitere Entwicklung der Technologie erübrigen:

1) Vgl. Eppler, E.: Die Qualität des Lebens, a.a.O.

"Wir müssen uns von dem Aberglauben trennen, daß die Technokraten schließlich immer einen Ausweg wüßten, aus den Sackgassen, in die sie uns führen."¹⁾

Aufgeschlossen und auf dem Erkenntnisstand der Wissenschaft wiederholt Eppler den Hinweis, daß die Trennung von Naturwissenschaft und Technik von den Geistes- und Sozialwissenschaften zu einem Zustand geführt habe, der schließlich für die gesamte Gesellschaft fatale Folgen zeige. Daraus folgert er:

"Wenn die Bedürfnisse des Menschen innerhalb ökologisch fixierbarer Grenzen befriedigt werden sollen, werden alle, vom Geologen bis zum Psychologen, einander zuarbeiten müssen."²⁾

Epplers Überlegungen gipfeln in der Forderung nach einem Übergang vom ökonomischen zum ökologischen Denken, vom Pro-Kopf-Einkommen zur Lebensqualität. In diesem Zusammenhang meint er, daß künftig die Gemeinschaftsaufgaben vor einem privaten Konsum rangieren müßten. Diese Entwicklung würde auch die Gewerkschaften nicht aussparen. Sicherlich wäre auch hier ein gewisser Funktionswandel denkbar. In den Aussagen der Zukunftsforschung sieht Eppler eine bewußte Herausforderung an die Politik.

Seiner Meinung zufolge werde der Wandel von der Ökonomie zur Ökologie keines der Gesellschaftssysteme "ungescho-ren"³⁾ lassen. Der Wandel und seine Auswirkungen für das Verhältnis von Ökonomie und Politik stellt sich für ihn folgendermaßen dar:

1) Eppler, Erhard: Die Qualität des Lebens, a.a.O.

2) ebd.

3) ebd.

"Ändern wird sich das Verhältnis von Wirtschaft und Politik, und zwar in Ost und West. Wo wirtschaftliches Wachstum unangefochtenes Ziel der Politik ist, wird Politik vor allem das administrative Gerüst für das Wirtschaftliche Wachstum zu liefern haben: Gute Politik ist, was das Wachstum fördert, schlechte, was das Wachstum hemmt. Immer wird der Politiker gefragt sein, was er zum wirtschaftlichen Wachstum beitrage.

Wo Qualität des Lebens gefragt ist, wird der Politiker gedrängt von der öffentlichen Meinung, den Ökonomen, auch den Unternehmer, fragen, was er - positiv oder negativ - dazu beitrage. Politik wird das Interesse des Gemeinwohls zu konkretisieren haben, an dem sich Wirtschaft und Administration in gleicher Weise orientieren können."¹⁾

Die Aufgaben, die dieser Wandel im Verhältnis von Ökonomie und Politik mit sich bringt, kann nach Meinung Epplers nur ein starker und funktionsfähiger Staat, für den er in diesem Zusammenhang votiert, bewältigen. Hier wird bedrückend klar, was Emilio Daddario²⁾ über den Gegensatz von Demokratie und Fortschritt gesagt hat. Überdies wird hier einer der beiden angreifbaren Punkte der Eppler-Rede deutlich. Einmal hat er bei seinen Ausführungen zu wenig die institutionellen Auswirkungen erörtert, die ein solcher Wandel im Verhältnis von Ökonomie, Politik, Gesellschaft und Staat notwendig werden, oder anders ausgedrückt, die einen solchen Wandel überhaupt erst möglich machen. Gerade jene vernachlässigten politischen Konsequenzen liefern erst die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Umorientierung. Allein die gesellschaftlichen Normen zu verändern dürfte sicherlich nicht genügen. Die Forderung nach einer Veränderung der Wertsysteme, wie sie Eppler direkt von der Meadowsstudie übernimmt, ist nicht falsch. Die

1) Eppler, Erhard: Die Qualität des Lebens, a.a.O.

2) Vgl. im vorangegangenen Teil der Arbeit

Kardinalfrage, an den Politiker gerichtet, ist aber die Frage wie man dieses gesellschaftlich verbindlich durchsetzt, ohne z. B. gegen das Postulat der Demokratie zu verstoßen.

Weiter und nicht weniger wichtig ist die Machtfrage. Wie soll dieser Wandel gegen die mächtigen gesellschaftlichen Gruppen durchgeführt werden, denen weiter am Wachstumsfetischismus gelegen ist und die die ökonomischen Mittel besitzen, diesen Wandel zu boykottieren? Hier bleiben die Ausführungen Epplers doch sehr abstrakt und politisch wenig konkret. Auch bleibt die Frage offen, was Lebensqualität eigentlich wirklich ist, und wer sie bestimmt. Zum letzteren meint Eppler lediglich, daß sie nicht von "wenigen Wissenden dekretiert werden dürfe. Doch hier beginnen die eigentlichen politischen Fragen. Wie kann von einem "starken und funktionsfähigen Staat", wie ihn Eppler fordert, geplant und geleitet werden, ohne das es schließlich über die Forderung nach mehr "Lebensqualität" zu einer Herrschaft von Technokraten und Administrationen kommt? Unternehmerherrschaft soll schließlich nicht durch Experto-kratenherrschaft sondern durch mehr Demokratie ersetzt werden.

Alles in allem ist die Rede Epplers trotz der oben angeführten Kritik ein mutiger und bisher noch wenig nachgeeiferter einsamer Vorstoß eines Politikers, der die Herausforderungen der Wissenschaft an die Politik ernst nimmt. Überdies, und das wird bei Epplers Rede besonders deutlich, plädiert er für ein Primat der Politik im normativen Sinne, die das formuliert, was gesellschaftlich notwendig und wünschenswert wird, um es dann auch durchzusetzen. Seine Idee von der "Ökonomie zur Ökologie" ist in diesem Sinne bereits konkrete Utopie.

Zum Abschluß sollte noch richtig gestellt werden, daß es Eppler bei seinen Forderungen nicht um eine weltfremde Verteufelung des Begriffs des wirtschaftlichen Wachstums geht, wie etwa sein Parteigenosse Klaus-Dieter Arndt vermutet, sondern um die richtige Zuordnung von Zielsetzung und Funktion. Letztere kann erstere nicht erübrigen und zum Selbstzweck werden:

"Soweit Wachstum sich aus Produktivitätsfortschritten der modernen Industriegesellschaft ergibt, ist es ein statistisches Datum, nicht mehr und nicht weniger, für manche Zwecke brauchbar, nur nicht als Maßstab für den Fortschritt der Gesellschaft."¹⁾

1) Eppler, Erhard: Die Qualität des Lebens, a.a.O.

3. Zum futurologischen Gehalt des Langzeitprogramms der SPD

a) Das Langzeitprogramm, ein Novum in der Geschichte der westdeutschen Parteiprogramme

Der Saarbrücker Parteitag 1970 der SPD hatte den Vorstand beauftragt, "eine Kommission einzusetzen, die auf der Grundlage des Godesberger Grundsatzprogramms ein langfristiges gesellschaftspolitisches Programm erarbeitet, das konkretisiert und quantifiziert sein muß".¹⁾

Damit wurde in der Bundesrepublik zum ersten Mal in der Parteigeschichte von einer Partei eine langfristige, die gesamten Gesellschaftsbereiche umfassende Planungskonzeption mit programmatischer Ausrichtung gefordert. Wie es weiter heißt, sollen die Parteimitglieder "nicht nur über politische Grundsätze beschließen, sondern auch über Strategien zu ihrer Verwirklichung entscheiden."²⁾

Dabei seien auch die ökonomischen Konsequenzen dieser politischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Im Godesberger Programm der SPD heißt es in der Einleitung: "Darum fürchtet der Mensch, gewarnt durch die Zerstörungskrise und Barbereien seiner jüngsten Vergangenheit, die eigene Zukunft, weil in jedem Augenblick an jedem Punkt der Welt durch menschliches Versagen das Chaos der Selbstvernichtung ausgelöst werden kann."³⁾

-
- 1) Parteivorstand der SPD. Entwurf eines ökonomischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973 bis 1985 (Langzeitprogramm-Entwurf, im folgenden abgekürzt LZP), Bonn 1972, Seite 3
 - 2) ebd.
 - 3) Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, S. 2

Weiter heißt es: "In unsere Hand ist die Verantwortung gelegt für eine glückliche Zukunft oder für die Selbstzerstörung der Menschheit."¹⁾

Das ist auch die Ausgangsbasis der kritischen Zukunftsforschung. Wenn weiter vom "Weltfrieden", von der "Beendigung des Weltrüstens" oder von der Notwendigkeit gesprochen wird, daß alle Völker am Wohlstand der Welt teilzunehmen hätten,²⁾ so sind das deutliche utopische Ansätze. Hinzu kommen noch die programmatischen Forderungen nach Demokratisierung und Humanisierung des innerstaatlichen und gesellschaftlichen Bereichs der BRD im Sinne des demokratischen Sozialismus.

Auch dies ist zweifelsohne eine auf die Zukunft angelegte Utopie, aber eben noch keine konkrete. Inwieweit erfüllt das LZP die Kriterien einer konkreten Utopie, zumal es ja beansprucht, langfristig, gesellschaftsumfassend, konkretisiert, quantifiziert zu sein und überdies auch Strategien zur Realisierung aufweisen will? Diese Frage gilt es vorrangig im folgenden zu beantworten. Auch ist die Frage aufzuwerfen, inwieweit bestehende Aussagen der Zukunftsforschung, etwa im Sinne der MIT-Studie oder im Anschluß an die Konzeption der postindustriellen Gesellschaft Eingang in das LZP finden? Diese beiden Fragestellungen im Sinne der Themenstellung sind einer eingehenden politökonomischen Kritik am LZP vorzuziehen, zumal letzteres eine eigene Aufgabenstellung erfordert.

Bisher wurden Planungskonzeptionen, die auf einen längeren Zeitraum angelegt waren, sofern sie überhaupt in der BRD in Angriff genommen wurden, auf der Regierungsebene initiiert. Helmut Schmidt betont in einer Anmerkung zum

1) Grundsatzprogramm der SPD, a.a.O., S. 3

2) ebd., S. 7

LZP¹⁾, daß mit dem bereits erwähnten Beschluß des Saarbrücker Parteitages der SPD langfristige politische Planung von der staatlichen Ebene auf die Tätigkeit einer politischen Partei verlagert wird. Sicht man von den bekannten Aktionsprogrammen ab, die lediglich kurzfristige Aspekte politischen Planens und Handelns enthalten, dann ist dies ein Novum in der Geschichte der westdeutschen Parteiprogramme.

Wie Helmut Schmidt auch unterstreicht, soll dieser neue Programmtypus die Mängel der bisherigen Typen vermeiden, wobei er aber ausdrücklich unterstreicht, daß damit aber keineswegs ein Grundsatzprogramm, wie es das Godesberger darstellt, ersetzt werden kann.²⁾ Das LZP soll ausdrücklich auf diesem aufbauen.

Die SPD kennt nach Schmidt bisher vier Typen programmatischer Äußerungen:

1. den Typ des Grundsatzprogramms (z.B. Erfurt oder Godesberg),
2. den Typ des Aktionsprogramms (z.B. Dortmund),
3. den Typ eines während des Wahlkampfes vorgelegten Regierungsprogramms,
4. den Typ der fachlichen Einzelprogramme oder Leitsätze.

Mit dem neuen Typ des LZP habe man den Gedanken des "quantifizierenden Planungsdenkens"³⁾ versucht in den Programmfächer der SPD einzubauen. Dies hätten die erkennbaren Mängel in der bisherigen Parteiprogrammatik der SPD notwendig

1) Vgl. Schmidt, Helmut: Anmerkungen zur Absicht eines sogenannten Langzeitprogramms, in: Sonderdruck von "Die neue Gesellschaft", 18. Jahrgang, November 1971, S. 816

2) ebd.

3) ebd.

gemacht. Während ein Grundsatzprogramm das Bild einer von der SPD gewollten zukünftigen Gesellschaft entwirft, also eine Art Utopiebeschreibung darstellt, bieten Aktionsprogramme eine Fülle von Einzelvorhaben innerhalb dieses angestrebten weitgesteckten Rahmens an.

Diese Einzelpläne hätten den deutlichen Nachteil, daß sie "häufig weder sachlich noch finanziell aufeinander abgestimmt"¹⁾ seien, und überdies überforderten sie "bisweilen die knappen Ressourcen oder widersprechen sich sogar im Inhalt".²⁾

Das LZP hat u.a. folgende Ziele zu erfüllen:

- "a) Es soll Aufschluß geben, welche Ressourcen zur Realisierung der angestrebten Ziele zur Verfügung stehen.
- b) ... wie diese Ressourcen für die Realisierung dieser Ziele verwendet werden sollen.
- c) ... in welcher zeitlichen Folge die Verwirklichung der angestrebten Maßnahmen erreicht werden soll.
- d) ... in welchem politischen Rang und Vorrangverhältnis die beabsichtigten Maßnahmen untereinander bewertet werden."³⁾

Außerdem stehen bislang viele Forderungen insofern isoliert da, als über die direkten und indirekten Nebenwirkungen der Realisierung auf andere Bereiche keine Aussagen gemacht werden. Aus diesen Bemerkungen ist zu ersehen, daß man offensichtlich versucht, ökonomisches Planungsdenken auf politische Programmatik einer Partei zu übertragen und einen Großteil der aufgezählten Mängel bisheriger Programmatik dabei zu vermeiden.

1) Vgl. Schmidt, He.mut: a.a.O., S. 816

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. ebd.

Helmut Schmidt macht außerdem in seinen Ausführungen deutlich, daß das LZP zwar langfristig ausgerichtet sei, dabei aber keineswegs beabsichtigt, einen alles umfassenden Totalplan aufzustellen. Dies sei aus mehreren Gründen nicht möglich bzw. wünschenswert. Einmal hätten die Erfahrungen mit der mittelfristigen Finanzplanung gelehrt, daß ein Totalplan sich kaum ernsthaft auf mehr als vier Jahre erstrecken könnte.

"Ein Totalplan bedürfte aber außerdem alljährlich schmerzvoller Anpassungen an die seither gemachten Erfahrungen und an die abweichend von den im Plan unterstellten Daten verlaufenen Prozesse."¹⁾

Außerdem sei ein Totalplan auch nicht mit der Forderung nach mehr Demokratie vereinbar. Einmal bekomme die Partei Funktionen zugeschrieben, die nach den Vorstellungen westlicher parlamentarischer Systeme in die Kompetenz von Gesetzgebungsorganen, Regierung und Verwaltung gehören. Zum anderen wäre ein solches Programm eher ein Programm des Parteiapparates denn der breiten Parteimitgliederschaft, vom Wähler sei ganz zu schweigen, dieser sei bei einem solchen Verfahren vollends ausgeschaltet. Hierzu komme, daß das Parlament und die Regierung in eine passive, befehlempfangende Abseitsposition gerate. Zwischen den Zeilen gelesen, bezieht hier Helmut Schmidt in seiner Interpretation des LZP eine klare ideologische Position innerhalb des Meinungsspektrums der SPD. Zum einen erteilt er mit diesen Äußerungen allen Bestrebungen innerhalb seiner Partei, das imperative Mandat durchzusetzen, eine klare Absage, und zum anderen möchte er das LZP nicht als Ansatz der SPD verstanden wissen, die Verfassungspraxis mit dem Primat einer Partei hier über einen Totalplan in Richtung auf die Praxis sozialistischer Staaten zu verändern. Letz-

1) Schmidt, Helmut: a.a.O., S. 817

terer Teil seiner Ausführung dürfte vor allem an die Adresse der bürgerlichen Opposition und ihrer Befürchtungen gerichtet sein.

Nicht oft genug kann Schmidt betonen, daß das LZP nicht das Grundsatzprogramm der SPD ersetzen kann und will. Damit will er von vornherein jenen Strömungen seiner eigenen Partei die Argumentationsbasis entziehen, die im Verlauf der Diskussion um das LZP versucht haben, über dieses eine nachträgliche Revision des Godesberger Programms in ihrem Sinne zu erreichen bzw. die interpretationsfähigen Stellen des Godesberger Grundsatzprogramms in ihrem Sinne auszufüllen. Ein Grundsatzprogramm stellt nach Meinung Schmidts die "politische Ethik"¹⁾ einer Partei dar und ist primär darauf angelegt, die Partei als Ganzes und die einzelnen Mitglieder zu integrieren. Dem LZP kommen aber vorrangig andere Aufgaben zu. Das LZP hat vor allem das Zukunftsdefizit der SPD abzubauen, also eine quantifizierbare Zukunftskonzeption zu entwerfen.

"Eine den Staat regierende und seine Gesetze gebende Partei, auch eine Partei, die erst die Schwelle dieser Macht erreicht hätte, muß sich dagegen zum konkreten, realistischen Planen zwingen, wenn sie nicht sich selbst (und danach ihre Wähler) späteren Fehlschlägen und entsprechenden Vorwürfen und politischen Konsequenzen aussetzen will."²⁾

Präventiv argumentiert Schmidt auch, wenn er feststellt, daß das LZP die Partei in seiner jetzigen Fassung nicht unabänderlich festlegen soll. Es sei ein "stetig fortgeschriebener Langzeit-Orientierungsrahmen, eine permanente 'Tagesordnung' für die demokratische Diskussion und für die Entscheidungen kommender Dekaden ... Ein so ver-

1) Schmidt, Helmut: a.a.O., S. 817

2) ebd.

standenes 'Langzeitprogramm' ist in erster Linie ein Instrumentarium, langfristige Entwicklungen nach realistischen ökonomischen Maßstäben zu beeinflussen und diese in den Willensbildungsprozeß der politischen Partei einzubeziehen".¹⁾

Abschließend bleibt vorerst festzustellen, daß die SPD mit dem LZP unabhängig vom programmatischen Charakter im einzelnen ein wichtiges Vakuum in dem Funktionskatalog einer politischen Partei geschlossen hat, nämlich den eigenen Mitgliedern als auch dem Wähler einen Orientierungsrahmen für das künftige Wollen in der Zukunft vorzustellen. Allein durch diese Tatsache hat diese Partei verlorengegangenen Handlungsspielraum wiedergewonnen. Zumindest kann man ihr jetzt nicht mehr vorwerfen, daß sie zu den gesellschaftlichen Kräften gehöre, die konzeptionslos in die "Zukunft taumeln". Ob sie allerdings in allem voll den Erwartungen mit dem LZP entspricht, die relevante Strömungen der Zukunftsforschung von einer politischen Kraft erwarten, bleibt im folgenden noch zu untersuchen.

Eines sollte nicht unerwähnt bleiben. Auch das LZP ist ein Produkt der Entspannung. Vor nicht allzulanger Zeit hätte keine politische Partei in der BRD gewagt, ein umfassenderes Planungskonzept vorzulegen, weil es gegen die allgemein verbreitete Planungsphobie verstoßen hätte. Heute ist man also auch im nichtsozialistischen Gesellschaftsbereich offensichtlich bereit, Zukunftsplanung als erforderlich anzusehen und dies nicht nur als konstitutives Merkmal des ideologischen Gegners anzusehen.

Dieser Lernprozeß ist allerdings auch ein Ergebnis der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Entwick-

1) Schmidt, Helmut: a.a.O., S. 821

lung im Kapitalismus, der es sich offensichtlich nicht mehr leisten kann, ohne Leitlinien und Wegweiser für die Zukunft auszukommen. Ob diese Leitlinien allerdings auch den Erfordernissen einer humaneren Menschheitsentwicklung entsprechen, bleibt eine andere Frage. Ein gutes Beispiel bietet hier wieder die Wachstumsfrage.

b) Die umstrittene Funktion von Wachstum in der Diskussion um das Langzeitprogramm

Im folgenden sollen nur einige Aspekte der komplexen Wachstumsdebatte erörtert werden, nämlich vorwiegend die, die direkt oder indirekt im Zusammenhang mit der MIT-Studie stehen. Andere wichtige Aspekte der Wachstumsdebatte führen zu sehr in eine ökonomische Kritik am Langzeitprogramm bzw. in volkswirtschaftliche Theorien, die nicht Gegenstand dieser Arbeit sein können. Zunächst muß geklärt werden, welchen Modellen der Zukunftsforschung das im LZP entworfene Modell der Bundesrepublik am ehesten entspricht, dem Modell einer auf Gleichgewicht und Wachstumsbegrenzung basierenden Gesellschaft, wie sie die MIT-Studie vorschlägt, oder dem Modell der von Kahn und Wiener antizipierten nachindustriellen Dienstleistungsgesellschaft. Helmut Schmidt z.B. spricht bei der Diskussion um das LZP explizit von einem "Trend zum Dienstleistungsstaat"¹⁾, der auf stark wachsendem Staatsverbrauch und Staatsinvestitionen beruht. Vorab kann somit festgestellt werden: Das LZP bekennt sich zum Modell der postindustriellen Gesellschaft, die überhaupt nur möglich wird durch kräftiges Wirtschaftswachstum. Wie es im einzelnen noch zu zeigen gilt, ist das geplante Wirtschaftswachstum eines der konstitutiven Merkmale des LZP. Dennoch erheben sich Stimmen der Kritik über Art, Ausmaß und Charakter dieses Wachstums, einige auch im Sinne der Meadows-Studie.

Zunächst sollen die Stimmen Gehör finden, die in der Diskussion um das LZP für Wachstum plädieren. Am deutlichsten wird der Charakter des LZP in einer Stellungnahme des Parteivorstandes vom 2. Juni 1972 zum LZP. Darin heißt es in Ziffer 3: "Der vorgelegte Entwurf ist der erste Versuch, politische Aussagen unserer Partei mit quantifizierendem

1) Schmidt, Helmut: a.a.O., S. 819

Planungsdenken zu verbinden ... Der Entwurf versucht, im besonderen die Aufgaben der Gesellschaft und ihre Lösungsmöglichkeiten in der Zukunft darzustellen und zu diesem Zweck die Anteile des Sozialproduktes zu quantifizieren, die dafür verwendet werden müssen. Die wichtigste Voraussetzung für die spätere Verwirklichung ist eine relativ hohe Wachstumsrate des Sozialproduktes, die vor allem durch Produktivitätsfortschritt erreicht werden muß." ¹⁾

Carl Christian von Weizsäcker schließlich sieht den demokratischen Sozialismus nur durch wirtschaftliches Wachstum zu verwirklichen: "Schließlich kann der demokratische Sozialismus nur bei hoher wirtschaftlicher Produktivität und ausreichendem Wachstum verwirklicht werden." ²⁾

Eine unabdingbare Voraussetzung für Wachstum sei ein entsprechend hoher Ausbildungsstand der Arbeitskräfte. Dies aber wiederum sei nur durch eine drastische Expansion im Bildungswesen zu erreichen. Während 1955 noch ein Zeitaufwand von 200 Stunden für die Bildung in der Gesamtbevölkerung pro Kopf und Jahr zu genügen schien, werden für 1985 bereits 400 Stunden erforderlich sein. ³⁾ Mit anderen Worten wird für 1985 der Zeitaufwand für Bildung im Verhältnis zum Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit genauso groß sein. ⁴⁾ So sei damit zu rechnen, daß 1985 etwa vierzig Prozent aller Hochschulabsolventen Lehrer sein werden, zumal man die Lehrer-Schüler-Relation verbessern will. ⁵⁾

1) Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973 - 1985, Materialien zum Parteitag der SPD vom 28. 11. bis 2. 12. 1972, in Hannover (Langzeitprogramm entwurf, künftig abgekürzt verwendet LZP), Bonn, Juni 1972, S. XIX

2) von Weizsäcker, Carl Christian: Bildung- eine kostspielige Aufgabe, in: Zwischenbericht über die Arbeit der Kommission Langzeitprogramm, herausgegeben vom Vorstand der SPD zum außerordentlichen Parteitag vom 18. - 20. November 1971 in Bonn, S. 8

3) ebd.

4) ebd., S. 9

5) ebd., S. 11

An den Ausführungen von Weizsäckers zum Bildungsbereich wird wiederum deutlich, daß das Modell der künftigen Gesellschaft der BRD gemäß dem LZP frappierend dem Modell der von Kahn und Wiener entworfenen postindustriellen Gesellschaft nachgezeichnet ist. Diese ist durch einen besonders hohen Ausbildungsstand der Gesellschaft gekennzeichnet, sowie durch einen geringeren Prozentsatz der Erwerbstätigen, gemessen an der Gesamtbevölkerung, als auch durch mehr Freizeit. Auch von Weizsäcker spricht in seinem Bericht über das LZP von einem zu prognostizierenden Rückgang der wöchentlichen Arbeitszeit und der volkswirtschaftlichen Erwerbsquote¹⁾. Das habe zur Folge, daß der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt wesentlich erhöht werden muß. Hier wird eine Freizeit- und Lerngesellschaft programmatisch antizipiert, wie sie von Kahn und Wiener gemäß dem Modell der nachindustriellen Gesellschaft prognostiziert wurde.

Auch für Rudi Arndt bleibt es zweifelsfrei, daß nur durch ökonomisches Wachstum gesellschaftlicher Fortschritt zu erzielen ist. "Da wir alle wissen, daß die wirtschaftliche Entwicklung die Basis zur Erfüllung unserer Forderungen ist, müssen wir ein schnelleres reales Wachstum des Bruttosozialproduktes erreichen."²⁾

Er stellt sich die Frage, wie dieses Wachstum zu erreichen sei. So sei beispielsweise eine Erhöhung des Bruttosozialproduktes (BSP) dadurch zu erreichen, daß jeder Beschäftigte eine Stunde mehr arbeitet. Damit würde das BSP 1985 um 37 Milliarden³⁾ erhöht. Letztlich verwirft der Autor diese Möglichkeit, da sie gegen das gesellschaftspolitische Ziel nach Verkürzung der Arbeitszeit verstoßen würde. Ebenso

1) von Weizsäcker, Carl Christian: a.a.O., S. 9

2) Arndt, Rudi: Gesellschaftlicher Fortschritt und ökonomisches Wachstum, in: Zwischenbericht über die Arbeit der Kommission Langzeitprogramm, a.a.O., S. 11

3) ebd., S. 11

4) ebd., S. 11

verwirft Arndt die zweite Möglichkeit, durch eine Erhöhung der Erwerbsquote diesen Effekt zu erzielen. Auch dies sei nicht wünschenswert, denn das hieße, daß die Bundesrepublik mehr Gastarbeiter aufnehmen muß. Einzig akzeptabel bleibt der dritte Weg, den das LZP schließlich vorschlägt, nämlich durch Produktivitätssteigerung eine Zunahme des BSP zu erreichen, ohne damit die gesellschaftlichen Ziele zu gefährden. So würde eine Steigerung der Produktivität je Arbeitsstunde um 1 % über die angenommene Rate hinaus bedeuten, daß sich das BSP 1985 um 236 Milliarden¹⁾ vermehrt. Wie aber soll eine Produktivitätssteigerung erreicht werden? "Die Steigerung der Produktivität je Arbeitsstunde hängt weitgehend vom Einsatz des Produktionskapitals und des geistigen Kapitals ab. Der vermehrte Einsatz von Produktionskapital bedeutet ein Absinken der Konsumrate. Um Investitionsquote und Konsumrate in einem angemessenen Verhältnis zu halten, muß verstärkt geistiges Kapital mobilisiert werden."²⁾

Auch was den Maßnahmenkatalog zur Erreichung von Wachstum bei gleichzeitigem Beibehalten der gesellschaftspolitischen Ziele betrifft, entspricht das LZP dem Modell der postindustriellen Gesellschaft von Kahn und Wiener. Auch hier ist die Mobilisierung der Erwerbstätigen nur durch das Prinzip des lebenslangen Lernens zu erreichen. "Eine Qualitätssteigerung des Einsatzes der menschlichen Arbeitskraft bedingt, daß der arbeitende Mensch besser und schneller lernen muß, komplizierte Maschinen zu bedienen und komplexere Produktionsabläufe zu beherrschen."³⁾ Dies wiederum ist nur durch bessere Bildung zu erreichen. Das sieht auch das Modell der nachindustriellen Gesellschaft vor. Kennzeichnend sei nach Kahn und Wiener, wie bereits erörtert, ein hohes BSP bzw. hohes Pro-Kopf-Einkommen sowie eine

1) Arndt, Rudi: a.a.O., S. 11

2) ebd., S. 11 f.

3) ebd., S. 12

Lern- bzw. Freizeitgesellschaft. Daß sich diese Kennzeichen nicht unbedingt ausschließen, wie man zunächst annehmen könnte, sondern sogar bedingen, das versuchen die Autoren des LZP-Entwurfs, wie hier u.a. Rudi Arndt, zu beweisen.

Eine Korrelation zwischen besserer Ausbildung und erhöhter Produktivität erlaubt überhaupt erst die Entwicklung zu der von Kahn und Wiener antizipierten nachindustriellen Dienstleistungsgesellschaft. Nur durch "erhöhte Mobilität der Arbeitskraft"¹⁾ wird eine Schwerpunktverlagerung zum tertiären Sektor möglich.²⁾

In sich scheint dieses Modell der nachindustriellen Gesellschaft schlüssig und zweifelsfrei zu sein. Sieht man das Modell der nachindustriellen Gesellschaft unter den Gesichtspunkten einer konkreten Utopie, so sieht es allerdings anders aus. So wurde u.a. vom Verfasser als Kriterium einer konkreten Utopie ihr emanzipatorischer Gehalt aufgeführt. Unter diesem Aspekt erscheint eine Kritik am LZP besonders angebracht. Vorweg nur ein Beispiel aus dem Bericht von Rudi Arndt. Nach Aussage des LZP ist technischer Fortschritt eine Grundvoraussetzung für Wachstum. Daß beides nicht unbedingt die Lebensqualität erhöht, besagt die Tendenzaussage der MIT-Studie. Wie aber soll garantiert werden, daß technischer Fortschritt unbedingt emanzipatorische Funktion hat? Hier erweisen sich die Autoren des LZP und damit das LZP als besonders hilflos.

"Der technische Fortschritt kann nicht allein privatrechtlichem Gewinnstreben überlassen bleiben, sondern muß als gesamtgesellschaftliche Zielsetzung verstanden werden."³⁾ Wie das geschehen soll, darüber sagt das LZP herzlich wenig. Das Modell der auf Wachstum und technischem Fort-

1) Arndt, Rudi: a.a.O., S. 12

2) ebd., S. 12

3) ebd., S. 12

schritt beruhenden postindustriellen Gesellschaft ist nicht immer mit Verbesserung der Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt gleichzusetzen. Das ist u.a. eine Lehre, die aus der MIT-Studie abzuleiten ist. Das beweist aber auch besonders das LZP, das ja schließlich nichts anderes ist als ein konkretisiertes Programm hin zu einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft.

Um die gestiegene Nachfrage in der Bildung, in der Medizin und im Verkehrswesen in der Zukunft zu garantieren, plädiert Klaus-Dieter Arndt in seinem Zwischenbericht zum LZP für einen höheren Anteil der Staatsverwendung. Diese betrage 1980 mutmaßlich 20 Prozent.¹⁾ Das bedeutet, daß die Sozialdemokraten bis 1985 sukzessive den privaten Konsum drosseln und stattdessen den Staatsverbrauch erhöhen wollen. Nur über einen erhöhten Anteil der Staatsausgaben lassen sich die programmatischen Ziele der SPD verwirklichen. Man ist sich im klaren, daß die öffentliche Finanzkraft aber im wesentlichen von der Produktionskraft der Wirtschaft abhängt. Konsequenterweise wird infolgedessen auch das Wirtschaftswachstum propagiert. "Unternehmensinvestitionen und privater Verbrauch steigen unterproportional, aber sie steigen mit 4 und 4,5 Prozent nicht etwa wenig."²⁾

Noch deutlicher wird dieser Zukunftsplan der SPD in Ziffer 31 des LZP-Entwurfs, in dem es heißt: "4,5 v. H. bzw. 5 v. H. reales Wachstum bedeutet für uns nicht: jedes Jahr weitere 5 v.H. mehr Konsumgüter, wie Autos und Fernseher, sondern für uns bedeutet das: mehr Mittel dafür zu haben, die öffentlichen Einrichtungen annähernd so gut zu machen, wie wir es bei unseren privaten Dingen als selbstverständlich halten. Deshalb müssen Dienstleistungen und Investitionen des Staates deutlich stärker steigen als der private Konsum. Wenn dieser jährlich unterproportio-

1) Vgl. Arndt, Klaus-Dieter: Der Anteil am Sozialprodukt für öffentliche Aufgaben, in: Zwischenbericht über die Arbeit der Kommission Langzeitprogramm, a.a.O., S. 14

2) ebd., S. 15

nal steigt, in Raten von 4,3 v.H. bis 1975 und 4,7 v.H. von 1975 bis 1985, dann können wir den Verbrauch des Staates, der allen diest, in der gleichen Zeit mit über 6 v.H. jährlich verstärken, ohne daß die Anlage-Investitionen, die Kapazitäten schaffen, darunter leiden müssen." ¹⁾

Der quantifizierte Entwurf des LZP setzt Fortschritt mit Verbesserung der Lebensqualität synonym. Diese sei aber nur durch vermehrtes Anbieten von Gütern und Dienstleistungen möglich. Dies setzt aber wiederum weiteres Wirtschaftswachstum voraus. So heißt es in der Ziffer 28 des LZP: "Fortschritt aber wird für den Menschen nur dann erreicht, wenn mit der Vermehrung der Güter und Dienste eine Verbesserung seiner gesamten Lebenssituation verbunden ist." ²⁾

Ob es allerdings genügt, Lebensqualität auf ein vermehrtes Angebot des Staates an Gütern und Dienstleistungen zu reduzieren, muß bezweifelt werden. Zumindest nach dem Selbstverständnis der Autoren des LZP trägt ihr Entwurf charakteristische Züge einer konkreten Utopie. Die Utopie besteht im Entwurf einer Gesellschaft auf dem Weg von einer durch privaten Konsum gekennzeichneten Produktionsgesellschaft, hin zu einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft. Das qualitativ Neue reduziert sich auf die Tatsache, daß nunmehr der Staat als mächtigster "Produzent" im Sinne erhöhter Dienstleistungskapazität auftritt. Der Bürger vermag höhere Lebensqualität in Anspruch zu nehmen, da ihm der Staat mehr Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Das "konkrete" dieser Utopie besteht darin, daß der Plan für diesen Zukunftsentwurf quantifiziert ist. Soweit wäre eine Anforderung an das konkrete Element der Utopie erfüllt. Wie aber steht es mit den Überlegungen zur Durchsetzung der sicherlich nicht uner-

1) LZP, a.a.O., S. 11

2) ebd., S. 10

heblichen Strukturveränderungen, die zunächst ein erhöhter Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt nach sich zieht? Die SPD ist sich dabei durchaus bewußt, daß dies nicht widerspruchsflos durchgesetzt werden kann. So heißt es in Ziffer 23 des LZP: "Die von der Einschränkung ihrer Machtposition Betroffenen werden ihren ganzen politischen und wirtschaftlichen Einfluß mobilisieren, um einen Abbau ihrer Vorrechte zu verhindern."¹⁾ Soweit eine durchweg einleuchtende Erkenntnis; wie aber will die Partei dem begegnen? Darauf gibt das LZP eine verblüffend einfache Antwort: "Der wirtschaftlichen Macht der Wenigen kann die SPD nur die politische Macht durch die Wählerstimmen der Vielen entgegensetzen."²⁾

Eine einleuchtende, aber dennoch naive Äußerung, die dem komplexen Bereich der Strategie sicherlich nicht im entferntesten gerecht wird. Es genügt auch nicht, daß das LZP in Ziffer 24 auf die "Förderung des politischen Bewußtseins"³⁾ als notwendige Maßnahme etwas näher eingeht, wobei die Absicht bekundet wird, zu diesem Zweck eine intensivere Medienpolitik zu betreiben. Hier wird ein Hauptansatzpunkt der innerparteilichen Kritik besonders deutlich, die in diesem Zusammenhang mit recht am LZP moniert, daß es den Strategieaspekt völlig vernachlässige.⁴⁾ Allerdings ließe sich hierzu einwenden, es gelte zu prüfen, ob es wirklich sinnvoll ist, in einem Programm öffentlich plakativ die beabsichtigte Strategie zu erläutern und somit dem politischen Gegner frühzeitige Dispositionsmöglichkeiten einzuräumen.

1) LZP, a.a.O., S. 8

2) ebd.

3) ebd.

4) Vgl.: Langzeitprogramm, kritische Stellungnahme zum Problem einer gesellschaftspolitischen Langzeitplanung, in: JUSO, Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD, Hrsg.: Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, Heft 11/12 1972, S. 38

Selbst Jochen Steffen, ansonsten eher kritisch, sieht in Wachstum eine unbedingte Notwendigkeit für gesellschaftlichen Fortschritt. Bezugsnehmend auf den Futurologen Alvin Toffler beschwört Steffen eine mögliche Abkehr von der Wachstumsideologie und ihren Folgen, die er als äußerst negativ einschätzt: "Dies bedeutet eine Verlangsamung, wenn nicht Blockierung des wirtschaftlichen Wachstums, eine Verschärfung der Gruppen- und Klassenkämpfe, ohne eine Perspektive des Durchbruchs auf eine Gesellschaft der Freien und Gleichen."¹⁾

Dabei verweist er in deutlicher Anlehnung an die ähnlich lautende Argumentation der bereits erwähnten übrigen Berichterstatter über den Stand des LZP, daß es keine qualitativen Veränderungen der Gesellschaftsstruktur "im objektiven Interesse der Mehrheit der Gesellschaft"²⁾ gebe ohne eine Erhöhung des öffentlichen Anteils am Sozialprodukt. In diesem Punkt ist man sich offensichtlich einig. Ähnlich der kritischen Futurologie erhebt Steffen die Notwendigkeit alternativer Gesellschaftsmodelle und wendet sich gegen eine Fortschreibung der Zukunft durch mittel- und kurzfristige Ausgabenstruktur.³⁾ Durchaus realitätskonform sieht er dabei auch künftige Konflikte mit kurzfristigen Gruppen- und Klasseninteressen. Bemerkenswert ist hierbei, daß er sich bei der Erarbeitung des LZP ausdrücklich auf den Aspekt einer konkreten Utopie beziehen will. So habe die Kommission zwei Hauptaufgaben zu lösen. "Erstens müssen wir von Modellen, sagen wir ruhig, von konkreten Utopien aus, für die Probleme Lösungen suchen, vor denen wir morgen stehen werden, wenn die heutigen Entwicklungen nicht anders gelenkt und beeinflußt werden können."⁴⁾

1) Steffen, Jochen: Methoden gesellschaftspolitischer Entscheidungen, in: Zwischenbericht über die Arbeit der Kommission Langzeitprogramm, a.a.O., S. 15

2) ebd., S. 16

3) ebd., S. 17

4) ebd.

Zweitens müsse "die Sprengwirkung der Planung"¹⁾ ausgenutzt werden, um da den Ansatz für neue Strukturen aufzuzeigen, wo sich die alten als überholt erweisen. Damit nimmt Steffen auf das Element des qualitativ Anderen bzw. Neuen, also das eigentlich utopische Element der Konzeption einer konkreten Utopie Bezug.

Helmut Schmidt zitiert zwar Willi Eichler, wonach "... die besinnungslose Maximierung des Sozialproduktes weniger wert ist als die Maximierung der menschlichen Rücksichten und gegenseitigen Hilfen"²⁾; ist aber an einer anderen Stelle seiner Ausführungen weniger wachstumskritisch und bezieht sich direkt auf die Notwendigkeit von Wachstum.³⁾

Sieht man kurzfristig von der eigentlichen Wachstumsdiskussion ab, so fällt ein anderer Aspekt bei Schmidts Ausführungen auf, der im Zusammenhang mit dem Thema Futurologie und Parteiprogrammatik unbedingt Erwähnung finden muß. Kein Beitrag zum LZP bezieht sich so dezidiert auf die Futurologie wie der von Helmut Schmidt. So bestände für eine Partei, die Regierungspolitik betreiben wolle, die Notwendigkeit, sich wissenschaftlicher Vorausschau zu bedienen. Regierungspolitik könne schon seit geraumer Zeit "nicht mehr von der Hand in den Mund leben".⁴⁾ Sie müsse sich wissenschaftlicher Analyse und wissenschaftlich fundierter Vorausschau bedienen. "Sie muß das Gelände kennen, in dem sie handeln will."⁵⁾ Trotz seines Bekenntnisses zur Futurologie verbleibt Schmidt in kritischer Distanz zur Zukunftsforschung und bekennt sich zum aktiv handelnden Menschen,

1) Schmidt, Helmut: Ausblicke auf die Aufgabe des nächsten ordentlichen Parteitag, in: Zwischenbericht über die Arbeit der Kommission Langzeitprogramm, a.a.O., S. 22

2) ebd., S. 22

3) ebd., S. 22

4) ebd., S. 22

5) ebd., S. 22

der bestenfalls im Sinne einer self-fulfilling prophecy die Zukunft gestaltet.

"Die Futurologen haben sich bislang nicht als Propheten ausgewiesen. Das würde auch für uns gelten, denn Trendextrapolationen ergeben noch kein Bild der Zukunft, schon gar nicht eine humanere und gerechtere Welt. Wie die zukünftige Welt sein wird, das entscheiden nicht zuletzt diejenigen, die in ihr leben werden!"¹⁾

Die Argumentation der Jungsozialisten kritisiert den im LZP angelegten Wachstumsfetischismus zunächst unter dem im LZP vertretenen Gesichtspunkt der Gleichsetzung von Wachstum und Wohlstand. "Die Bereitstellung von Gütern und Diensten zur Befriedigung der Bedürfnisse hat sich umgekehrt in eine Bereitstellung von Bedürfnissen zur Befriedigung von Absatzchancen."²⁾ Hier wird auf die vielzitierten Konsumzwänge verwiesen. So sei über die Frage, ob der "bewußtlose Konsum"³⁾ zu Wohlstandssteigerungen führe, schon genug geschrieben worden. Insofern könne eine direkte Gleichsetzung von Wachstum und steigendem Wohlstand mit Recht angezweifelt werden. Auch wird die direkte Gleichsetzung von Wachstum und Freiheitswahrung, die aus dem LZP abgeleitet werden kann, von den Jungsozialisten in Frage gestellt. Wenn behauptet werde, daß die Wirtschaft nur mehr im Wachstum funktioniere, so schaffe Wachstum folglich nicht mehr Freiheit, sondern werde zu einem "Zwangsprozeß"⁴⁾, der Freiheit abbaue.

Alle Maßnahmen der Industrie zur Auslastung der Kapazitäten, die sogenannten "institutionalisierten Sachzwän-

1) Schmidt, Helmut: a.a.O., S. 23

2) Langzeitprogramm - Kritische Stellungnahme, a.a.O., S. 31

3) ebd.

4) ebd.

ge"1) hatten weder Wohlstandmehrung noch eine Erhöhung des Freiheitsspektrums zur Folge. In diesem Zusammenhang wird von den Jungsozialisten besonders auf die zunehmende Konzentration im Wirtschaftsbereich verwiesen, zu der einige Branchen besonders tendieren, zumal Unternehmenszusammenschlüsse "positive Wachstumseffekte"2) erzielen. Demnach würde oft im Wachstumsinteresse für Konzentration plädiert. Im folgenden wird auch die hinlänglich bekannte Interdependenz zwischen Konzentration und Freiheitseinschränkung, so zum Beispiel in der Dispositionsbeschränkung staatlicher Wirtschaftspolitik, verwiesen. Das JUSO-Papier kommt zu dem Schluß: "Der Wachstumsprozeß erhöht nicht den individuellen Freiheitsgrad, sondern baut ihn partiell ab."3)

Kritisiert wird auch unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten, daß der private Unternehmer der Träger des Wachstumsprozesses sei. Einmal betone das LZP, daß die Steigerung der öffentlichen Ausgaben nur im Rahmen eines allgemeinen Wirtschaftswachstums möglich sei.4) Zum anderen werde die Bereitstellung öffentlicher Güter als Instrument der Konjunkturstabilisierung, so in Ziffer 15 des LZP, und darüber hinaus als Instrument zur Wachstumsforcierung (Ziffer 27) propagiert. "Damit ist deutlich, daß der Träger des Wachstumsprozesses der private Unternehmer ist ...".5) Kritisiert wird ferner, daß Wachstum nicht automatisch soziale Sicherheit garantiere. Hier wird vor allem die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Preisstabilität angesprochen. Fest steht, daß der Wachstumsprozeß nur über verstärkte Investitionen zu bewirken sei. Diese wiederum werden nur bei günstigen Gewinnerwartungen getätigt. Liesen sich die Gewinne nicht durch Mengensteigerungen sicher-

1) Langzeitprogramm - Kritische Stellungnahme, a.a.O., S. 31

2) ebd.

3) ebd.

4) Vgl. u.a. Ziffer 26 des LZP

5) Langzeitprogramm - Kritische Stellungnahme, a.a.O., S. 32

stellen, so argumentieren die Jungsozialisten, dann müssen notgedrungen diese durch Preiserhöhungen erzielt werden. Folglich liege der Preis für Wachstum in fortschreitender Inflation. Wolle man Preissteigerungen vermeiden, so sei dies nur möglich, wenn zur Aufrechterhaltung von Rentabilität Kostensenkungen erreicht werden. Kostensenkungen andererseits sei aber nur bei den Lohnkosten möglich. Die Folgen sind evident. Eine Senkung der Lohnkosten sei nur bei gleichzeitiger Schwächung der Gewerkschaften möglich. Eine Schwächung der Gewerkschaften wiederum sei nur durch Unterbeschäftigung zu erreichen. Damit ist für die Jungsozialisten der Beweis erbracht, daß ein Wachstumsprozeß, der in unserem System auf Investitions- und Rentabilitätsicherung angewiesen ist, immer mit einer Gefährdung der sozialen Sicherheit verbunden ist. Ähnlich umfassend argumentiert auch Werner Glasstetter in der "Berliner Stimme", dem Organ der Berliner SPD, gegen den vorliegenden Entwurf des LZP. Ein Hauptansatzpunkt für Kritik ist auch bei diesem Autor in der parteiinternen Diskussion der dem LZP zugrundeliegende Wachstumsbegriff. Da die Ausführungen Glasstetters wesentliche Elemente der JUSO-Argumentation komprimiert enthalten, soll hier ein längeres Zitat den Gesamtzusammenhang abschließend noch einmal vor Augen führen:

"Es stellt sich nämlich zunehmend die Frage, ob ein Wachstumsprozeß noch mit einer echten Lebensstandarderhöhung gleichgesetzt werden kann, wenn er einerseits zunehmend nur noch von Werbung, Marketing usw. getragen werden kann, und wenn er andererseits droht, die physisch-ökologischen Grenzen (Rohstoffquellen, Umweltbedingungen) zu ignorieren."¹⁾

1) Glasstetter, Werner: Am Beginn eines langen Weges - Probleme eines wirtschafts- und gesellschaftspolitischen "Langzeitprogramms", in: Berliner Stimme vom 26. Mai 1973, S. 11

Hier ist übrigens, darauf ist besonders hinzuweisen, einer der wenigen Kritikersätze in der parteiinternen Auseinandersetzung um das LZP, die Wachstum in Anlehnung an die MIT-Studie von Meadows kritisieren. Ansonsten wird in der innerparteilichen Diskussion bei der Wachstumskritik erstaunlicherweise nur wenig auf Meadows Bezug genommen. Glasstetter fährt fort: "Ebenso stellt sich die Frage, ob eine Marktwirtschaft noch mit einem Demokratieverständnis gleichgesetzt werden kann, wenn die aus dem marktwirtschaftlichen Grundprinzip abgeleiteten Freiheitsrechte ('Freiheit' zur Konzentration) dazu mißbraucht werden, die Freiheitsrechte anderer Beteiligter am Wirtschaftsprozess (Konsumenten, Arbeitnehmer) formal anzuerkennen, materiell aber zu untergraben, indem man die Marktwirtschaft dazu benutzt, im Rahmen eines 'freien' Wirtschaftsprozesses bestimmte Verteilungsziele (etwa Preissteigerungen) zu erzwingen."¹⁾

Bei dem Beitrag Glasstetters wie auch bei den Ausführungen der Jungsozialisten wird deutlich, daß die parteiinternen Kritik oft über eine eigentliche Kritik am LZP-Entwurf hinausreicht und zu einer Kritik am praktizierten ökonomischen System der BRD ausgeweitet wird. Auch, und vor allem, in der Diskussion um den vorliegenden Entwurf des LZP versucht die Parteilinke, ihre politökonomische Gesellschaftskritik der BRD zu exemplifizieren. So wird die Diskussion um das LZP als Ansatzhebel für die Kritik an den von der rechten Parteimehrheit vorgelegten Zukunftskonzeptionen und ihres Verständnisses von demokratischem Sozialismus benutzt. Nicht zu Unrecht bestand bei der rechten Parteimehrheit die Furcht, daß über die Langzeitkommission die Linke versuche, die Diskussion um die Wege in eine Diskussion um die Ziele umzufunktionieren. So wurde auf dem Landesparteitag der Berliner SPD vom 24. 2. 1973

1) Glasstetter, Werner: a.a.O., S. 11

zum LZP-Entwurf von einem Sprecher die sicherlich nicht unrichtige Feststellung getroffen, daß die Zieldiskussion bisher immer die Partei gespalten habe.

Auf demselben Landesparteitag warfen einige Delegierte dem LZP vor, es habe noch nicht dem Problembewußtsein über unreflektiertes und unkontrolliertes Wachstum Rechnung getragen. Daher habe eine zweite Diskussion um dieses Programm dies zu berücksichtigen. In diesen Ausführungen wird immerhin eine deutliche Affinität zur MIT-Studie sichtbar.

Als Sprecher der Berliner Parteilinken warf der Delegierte Peter Schallock dem Langzeitprogramm-Entwurf vor, er sei eine technokratische futurologie¹⁾. So fehle eine wissenschaftliche Analyse, d.h. eine Bestandsaufnahme über den Ist-Zustand, sowie eine Prognose, die sich an diese knüpfen müsse. Es fehle eine Aussage darüber, was, wofür und wie erreicht werden solle. So bedürfe es erstens einer umfassenden Gesellschaftsanalyse und zweitens einer deutlichen Strategie.

Auch die Jungsozialisten reflektieren in ihrer Kritik am LZP Probleme des quantitativen Wachstums, wie sie die MIT-Studie ausgearbeitet hat, doch reduzieren auch sie dieses Problem auf ein Randproblem, das gerade eben noch Erwähnung findet. Mit einem einzigen Satz wird dieses Thema abgehandelt. "Die Interdependenzen zwischen privatem Sektor, zwischen quantitativem Wachstum und Qualität des Lebens, sind im LZP kaum angesprochen."²⁾ Sicher genügt es nicht, ein so komplexes Thema in dieser Weise aufzugrei-

1) Dies geht aus persönlichen Notizen des Verfassers hervor, die er während des Berliner Landesparteitages vom 24.2.1973 als Beobachter protokolliert hatte.

2) Langzeitprogramm = Kritische Stellungnahme zum Problem einer gesellschaftspolitischen Langzeitplanung, a.a.O., S. 32

fen. Hier befinden sich die Jungsozialisten Übrigens in sicherlich unbeabsichtigtem Einklang mit ihrer "Mutterpartei". Auch das LZP erörtert die Interdependenz zwischen quantitativem Wachstum und Lebensqualität nur mit einem Satz. So heißt es in Ziffer 239: "In den Industriegesellschaften führt die quantitative Wirtschaftsexpansion zunehmend zu einer Verminderung der Qualität des menschlichen Lebens."¹⁾

Wenn das an der Wirtschaftsexpansion an sich liegt, dann müßte das LZP - falls es ihm wirklich ernst ist mit der Lebensqualität als höchstem Kriterium, d.h. als höherem Maßstab als das Wirtschaftswachstum für sich - den sofortigen Stop des Wachstums fordern. Wenn das nicht an dem Wirtschaftswachstum an sich liegt - dies meint offensichtlich das LZP -, dann muß untersucht werden, was das Wirtschaftswachstum zu jenem fatalen Prozeß verkehrt. Ganz entgegen den Aussagen des Meadows-Studie unterstellt das LZP, daß nur durch beschleunigtes Wachstum ein neues Gleichgewicht erreicht werden kann. Insofern steht die Ziffer 239 in einem markanten Widerspruch zur Gesamtaussage des LZP.

In Verbindung mit der MIT-Studie reagieren die Autoren des LZP und offiziöse Organe der SPD in der Diskussion meist entschieden ablehnend, ohne konkreten Bezug auf sie zu nehmen. Die Vorbehalte, die gegen die Meadows-Studie von seiten der SPD vorgebracht werden, sind sehr allgemein gehalten und vermögen wenig zu überzeugen. So habe Helmut Schmidt einem "Vorwärts"-Artikel²⁾ zufolge im Februar 1973 auf dem Münchener Parteitag der Bayerischen SPD in der Diskussion den Wert der Studie für die

1) LZP, a.a.O., S. 77

2) Interview mit Eduard Pestel: Neue Qualitäten des Wachstums, in: Vorwärts, Sozialdemokratische Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur, 12. 4. 1973

Bundesrepublik angezweifelt. In demselben Artikel wird das deutsche Mitglied im Exekutiv-Komitee des Club of Rome, Professor Eduard Pestel, zur Meadows-Studie interviewt. Die Aussagen Pestels in sich sind widersprüchlich. Einmal behauptet er, die Studie sei nicht politisch operational, und er gibt damit denen ein Alibi, die in der Diskussion um das LZP die MIT-Studie glauben ignorieren zu können, andererseits argumentiert er wieder im Sinne Meadows gegen unkontrolliertes Wachstum und für neue "Qualitäten des Wachstums". So besehen, ist sein Interview für den Leser verwirrend, seine Kritik an Meadows allgemein und hat überdies die gewollte oder ungewollte Funktion, den durch die MIT-Studie aufgeschreckten Zeitbürger und eventuellen SPD-Genossen für die LZP-Diskussion zu beruhigen und zu beschwichtigen.

Besonders aufschlußreich an seinem Interview ist eine ganz andere Passage, in der er ähnlich wie Emilio Daddario, wie bereits erwähnt, einen Widerspruch zwischen Demokratie und der Fähigkeit, die Zukunft in den Griff zu bekommen, sieht. "Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie und bedienen uns der sozialen Marktwirtschaft. Beides sind Institutionen, die aufgrund ihrer Wesensart nur kurzfristig reagieren. Wenn wir kurzfristig reagieren, werden wir die Probleme der Zukunft nicht meistern können."¹⁾

Weder der "Vorwärts" noch die Partei gehen näher in der Diskussion um das LZP auf diesen äußerst brisanten Aspekt ein. Ebenso opportun erscheint es, die MIT-Studie nachhaltig zu diskreditieren. Eine dezidierte, ernsthafte Auseinandersetzung mit ihr hat die Sozialdemokratie bisher vermieden. Vielleicht würden die in der Meadows-Studie enthaltenen Aussagen die SPD dazu zwingen, inzwischen

1) Neue Qualitäten des Wachstums, a.a.O.

liebgewordene Glaubenssätze, wie etwa den im LZP zum Dogma erhobenen Glauben an das allein seligmachende quantitative Wirtschaftswachstum, aufzugeben. Dafür lassen offiziöse Stimmen der Partei keine Gelegenheit aus, gegen die Studie zu polemisieren. Will man damit sein schlechtes Gewissen beruhigen, muß man sich fragen. Aus Anlaß der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an den Club of Rome heißt es in einem Kommentar im "Vorwärts": "Die SPD hat die MIT-Thesen im Rahmen der Langzeitprogrammatik diskutiert. Sie ist zu dem Schluß gekommen, daß es keine generelle Wachstumsbeschränkung geben könne, solange die bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten in der Welt nicht beseitigt sind. Denn eine Begrenzung des Wachstums würde den gegenwärtigen Stand der höchsten Kapitalakkumulation festschreiben. Was gefunden werden muß, ist eine neue Qualität des Wachstums. Das wäre dann schon eher den Friedenspreis wert."¹⁾

Diese Ausführungen beweisen, daß auch die SPD versucht, sich an den für uns alle schmerzhaften Konsequenzen der MIT-Studie vorbeizuschmuggeln und zeugt überdies von bestürzender Unkenntnis ihrer wahren Aussagen, wie bereits ausführlich in dieser Arbeit erläutert wurde.

1) Rosenbaum, Ulrich: Friedenspreis für Rattenfänger, in: Vorwärts, Sozialdemokratische Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur, 11. Oktober 1973

c) Zur Einschätzung weiterer Aspekte des Langzeitprogramms

Entgegen der CDU bekennt sich die SPD im LZP ausdrücklich zur Planung. Die Frage der Planung an und für sich ist nirgends strittig. "Die Frage, ob Gesellschaftspolitik langfristig geplant werden soll oder nicht, ist schon entschieden: Es wird geplant."¹⁾ Dabei bleibt man nicht vage, sondern nennt Adressat und Form der Planung. Das LZP bekennt sich zum Prinzip der demokratischen Planung, d.h. die Betroffenen sollen in den Entscheidungsprozeß einbezogen werden. Wie dies im einzelnen aussehen soll, darüber macht das LZP noch keine konkreten Angaben. Insofern bleiben diese Passagen bislang vage Absichtserklärungen. So heißt es weiter in Ziffer 3 des LZP: "Aufgabe der sozialdemokratischen Partei ist, danach zu fragen, in welche Richtung und zu wessen Gunsten dieser Prozeß läuft. Wir wollen versuchen, einen Weg zu finden, wie man in einem demokratischen Entscheidungsprozeß die gesellschaftliche Entwicklung rechtzeitig beeinflussen kann."²⁾

Der Begrünstigte der Planung, also der Adressat, soll die Mehrheit der Bürger sein. Das LZP unterteilt all jenen Absichten eine entschiedene Ablehnung, die etwa den Planungsprozeß an den Interessen mächtiger organisierter Gruppen ausrichten wollen. So heißt es in Ziffer 23 des LZP: "Planung und Lenkung nach den Interessen der Mehrheit der Menschen, deren Existenzbedingungen einer ständigen Veränderung unterworfen sind, setzen voraus, daß alle Entscheidungen, die Art und Richtung des sozialen Wandels wesentlich beeinflussen, sich an deren Interessen orientieren und nicht von den Zwecken und Zielen einzelner Personen und Gruppen beherrscht werden."³⁾

1) LZP, a.a.O., Ziff. 3, S. 4

2) ebd.

3) LZP, a.a.O., S. 8

Diese Passage des LZP stellt zwar eine klare Absage an jegliche Spielart zentralistischer Planung dar und bekennt sich zu einem demokratischen Planungsverfahren, gleichwohl bleibt die Formulierung "Mehrheit der Menschen" als Adressat bzw. Nutznießer der Planung äußerst diffus. Die SPD wird nicht umhin können, in dem Fächer organisierter Interessenpluralität klare Prioritäten zu setzen. Von marxistischer Seite wird in diesem Zusammenhang dem LZP vorgeworfen, es diene langfristig der "politisch-ideologischen Absicherung der Herrschaft der Monopole".¹⁾ Dies sei besonders deutlich im Abschnitt, der sich mit gesellschaftlicher Planung befaßt. Solange z.B. das Versprechen von Mitwirkung der Bevölkerung bei der Planung nicht die Abschaffung des kapitalistischen Profitprinzips zum Ziel habe, seien diese Versprechungen "nichts als integrationsistische Demagogie".²⁾

Wenn diese Kritik nach Meinung des Verfassers auch etwas einseitig ist und sicherlich nicht in allem zutreffend erscheint, so werden die Vorwürfe doch überhaupt erst ermöglicht, weil das LZP nicht klar ausweist, wie es die Interessen der vermeintlichen Mehrheit gegen die mächtigen Interessen der organisierten Wirtschaft durchzusetzen vermag. Wenn dies in einer Neufassung des LZP nicht eingearbeitet wird, bietet dieses Programm der SPD den Strömungen marxistischer Kritik weiter eine offene Flanke.

Die Gefahren einer ausufernden Totalplanung werden im LZP bewußt angesprochen. Im Föderalismus sieht man das Überzeugendste Gegengewicht gegen mögliche zentralistische Planungspraktiken. Das föderative Element seinerseits er-

1) Hofschien, Heinz-Gerd/Ott, Erich: Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 18. Jahrg., Heft 3, Köln 1973, S. 260

2) ebd., S. 261

hält einen probaten Kontrapunkt durch die Konzeption einer Rahmenplanung, d.h. also, Rahmenplanung bei gleichzeitiger bewußter Anwendung des Föderalismus soll sowohl föderalistische Globalplanung als auch chaotisch aufgesplittete Einzelplanung verhindern. Dazu heißt es in Ziffer 13 des LZP: "Wir halten eine gemeinsame Rahmenplanung von Bund, Ländern und Gemeinden zur Steuerung der öffentlichen Investitionen und Dienste für notwendig ... Sozialdemokraten wollen keine totale zentralistische Planung, Regierung und Verwaltung setzen sich für eine Stärkung des kooperativen Föderalismus ein."¹⁾

Ebenso entschieden spricht sich der Programmentwurf gegen eine umfassende Einzelplanung aus.²⁾ Gleichzeitig bekennt sich das LZP analog zum Godesberger Programm erneut zur Beibehaltung der Marktwirtschaft und dem Wettbewerb als konstitutives Element dieser Wirtschaftsform. Ein dezidiert sozialistisches Element wird nur durch die Erwähnung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen als Gegengewicht zum Privatkapitalismus in Ziffer 14 angesprochen. Bei einer abschließenden Würdigung der Ziffer 14 wäre zu fragen, ob ihr Wortlauf und Sinn nicht von vornherein jene Bestrebungen in der Sozialdemokratie abwürgen, die in Zusammenhang mit der Umgestaltung der ökonomischen Bereiche die Notwendigkeit von umfassender Investitionslenkung propagiert.

Interessant ist auch in Ziffer 16 der Hinweis auf die Notwendigkeit eines sektoralen und regionalen Strukturwandels. Primäres Ziel dieses beabsichtigten Strukturwandels ist vorrangig die "Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums".³⁾ Übrigens erhofft man sich auf diesem Weg zumindest eine gewisse Beeinflussung der Investitionsent-

1) LZP, a.a.O., S. 7

2) Vgl.: LZP, a.a.O., Ziff. 14, S. 7

3) ebd.

scheidungen. Insofern schränkt Ziffer 16 teilweise die in Ziffer 14 getroffenen Prioritäten nachträglich ein. Somit ist zumindest ein Minimalbestand sozialdemokratischer Grundforderungen gesichert.

Das Langzeitprogramm berücksichtigt im Abschnitt, der Probleme bzw. Zielvorstellungen auf dem Gebiet der Planung anspricht, auch die Tatsache, daß dem nationalen, autonomen Rahmen durch das Bekenntnis zur konkreten Utopie eines vereinigten Europas markante Grenzen gesetzt sind. Dabei orientiert sich das LZP bewußt an der Erkenntnis, daß nationale Planungskompetenzen im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration abgebaut werden müssen. Dazu heißt es in Ziffer 5: "Langfristige Planung muß sich darüber hinaus an der Tatsache orientieren, daß Gesellschaft, Wirtschaft und Staat der Bundesrepublik Deutschland in den Prozeß der europäischen Integration einbezogen sind ... Insofern setzt die europäische Integration, deren Weiterentwicklung Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt, auch Rahmenbedingungen für langfristige Planung im nationalen Bereich."¹⁾

Als Beispiel führt das LZP Bereiche auf, in denen bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Planung nur im europäischen Rahmen sinnvoll sei, so u.a. auf dem Gebiet der Währungs- und Außenwirtschaftspolitik sowie auf dem Sektor Kapitalmarktpolitik. Aber auch in anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik ist das LZP gemäß Ziffer 5 bestrebt, den nationalen Rahmen zu sprengen. So könnten langfristige Ziele der Wirtschaftspolitik, wie etwa die Erreichung eines ausreichenden und ausgeglichenen Wirtschaftswachstums in Verbindung mit Preisstabilität und die Sicherung ausreichender Energieversorgung, auf nationaler Ebene nicht mehr realisiert werden.

1) LZP, a.a.O., S. 4

Als direkten Beitrag zur schrittweisen Realisierung der konkreten Utopie der Europäischen Einigung ist die SPD zum Abbau einiger bundesdeutscher Kompetenzen und Übertragung auf supranationale europäische Institutionen bereit. In Ziffer 22 spricht sich das LZP dafür aus, "der europäischen Exekutive ein direkt gewähltes europäisches Parlament mit wirksamen Entwicklungs- und Kontrollrechten gegenüberzustellen."¹⁾ Dies sei ein wichtiger Schritt bei der Übertragung von Kompetenzen der Bundesländer und des Bundes auf die Behörden der europäischen Gemeinschaft.

Aber auch die eigene Institution des Parteiapparates ist die SPD gewillt in den Einigungsprozeß mit einzubeziehen. Um eine spezifisch sozialdemokratische Politik auch im europäischen Rahmen zu garantieren, schlägt das LZP in Ziffer 22 zusätzlich vor, gemeinsame Programme und Perspektiven mit den sozialdemokratischen, sozialliberalen und sozialistischen Parteien in Europa zu erarbeiten, sowie die Kontakte mit den europäischen Gewerkschaften und "anderen fortschrittlichen Gruppierungen in Europa"²⁾ zu verstärken.

Dabei bleibt abzuwarten, ob dieser verbalen Absichtserklärung der SPD in ihrem Langzeitprogramm auch wirklich konkrete Schritte hin zu der von O.K. Flechtheim geforderten Schaffung von Europa- bzw. Weltparteien folgen werden. Erfahrungsgemäß ist gerade die SPD wenig geneigt, entscheidende Kompetenzen von Parteivorstandsorganen zu delegieren, wie u.a. die Diskussion um die Erweiterung des Aufgabenbereiches von parteiinternen Arbeitsgemeinschaften gezeigt hat. Ein weiteres Beispiel für die rigide Haltung des Parteiapparates bietet die Durchsetzung und volle Anwendung des Parteiengesetzes in der SPD gegen

1) LZP, a.a.O., S. 8

2) ebd.

alte, traditionelle und zum Teil undemokratische Praktiken (z.B. Blockwahlssystem). Ein anderes Beispiel, daß diese Bestrebungen äußerst skeptisch im Hinblick auf die Chance für ihre Realisierung eingeschätzt werden müssen, zeigt die geringe Neigung z.B. der nationalen Gewerkschaften im Gegensatz zu den Organisationen des Kapitals, eigene schlagkräftige und wirksame Institutionen auch auf europäischer Ebene zu bilden. Wieso sollen andere Kampforgane der Arbeiterbewegung wie z.B. die ihr nahestehenden Parteien besser verfahren, zumal diese wie in der Bundesrepublik durch das Volksparteienprinzip ohnehin etwas neutralisiert werden.

Abschließend soll noch einmal zusammenfassend der Utopiebezug des LZP kritisch hinterfragt werden, d.h. das LZP soll gerafft auf sein Veränderungspotential hin bewertet werden oder anders formuliert, wie steht es um den Zielwert langfristiger Verwirklichung des demokratischen Sozialismus in diesem Zukunftsprogramm der deutschen Sozialdemokraten? Es fehlt im LZP an einer Analyse der reformfeindlichen Kräfte ebenso wie an einer Einschätzung der zu erwartenden politischen Macht- und Interessenkonflikte. "Bewußt wird auf eine Gesellschaftsanalyse, die die Grundlage jeglicher auf Veränderung zielender Planung sein muß, verzichtet".¹⁾ Ob bewußt oder nicht, das mag zunächst ununtersucht bleiben; die Kritik an ihrem Fehlen ist in diesem Zusammenhang unbestreitbar berechtigt.

Es fehlt an einer Analyse der Mittel und Instrumente zur Durchsetzung der Ziele und an einem politischen und strategischen Konzept, mit dessen Hilfe die SPD die wohl unvermeidbaren Konflikte wird durchsetzen können. Die Gesellschaft verändert sich, die Existenzbedingungen der Menschen verändern sich, ob gesamtgesellschaftlich geplant oder nicht. Dazu heißt es im LZP in Ziffer 10:

1) Hofschien, Heinz-Gerd/Ott, Erich: a.a.O., S. 257

"Sozialdemokratische Politik will diese Veränderungen so lenken, daß das Ziel des Godesberger Programms erreicht wird: eine neue Gesellschaftsordnung, die den Grundwerten des Sozialismus entspricht."¹⁾

Wie und über welche Zwischenziele der demokratische Sozialismus erreicht werden soll, ist im LZP nicht ersichtlich, weil es an der versprochenen Konkretisierung der Grundwerte des Godesberger Programms mangelt. Bezeichnend ist, daß in der Kommission der "Versuch, die Programmaussagen auf die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität zu beziehen, für gescheitert und die entsprechende Passage im Verlauf ihrer Arbeit wieder gestrichen"²⁾ wurde.

So bleibt oft uneinsichtig, weshalb gerade diese vorgeschlagenen Maßnahmen den Zielen des demokratischen Sozialismus dienen sollen und weshalb andere mögliche Maßnahmen nicht vorgeschlagen werden. Der Bezug auf das Godesberger Programm bleibt damit meist deklamatorisch, die Maßnahmen antworten nicht direkt auf die gesteckten Ziele.

Nicht umsonst hat die Kommission im späteren Verlauf auch auf den Titel "Programm" verzichtet. Das LZP beschränkt sich meist darauf, die gegenwärtigen Trends zu extrapolieren und die so gewonnenen Werte zu berichtigen, d.h. letztlich die bestehenden Verhältnisse und ihre Tendenzen in die Zukunft fortzuschreiben. Die Kommission gibt damit tatsächlich kein Programm der gesellschaftlichen Veränderung, sondern eine Orientierung an zu Erwartenden, zumal sie vollständig auf eine Analyse des gesellschaftlich Ganzen verzichtet.

1) LZP, a.a.O., S. 6

2) Langzeitprogramm - Kritische Stellungnahmen zum Problem einer gesellschaftspolitischen Langzeitplanung, a.a.O., S. 8

Dem LZP fehlt in wesentlichen Teilen das Genuin-Programmatische. Es besteht der Verdacht, daß das LZP da, wo es präzise quantifiziert, auf die mittel- bzw. langfristige Bedarfsplanung der jeweiligen Ministerien zurückgegriffen hat, wobei allmählich das eigentlich Programmatische des LZP zunehmend in den Hintergrund tritt.

In diesem Zusammenhang ist der allenthalben vorgebrachte Vorwurf, das LZP sei technokratisch, nicht ganz von der Hand zu weisen. Das LZP ist zwar "konkret", hat aber wenig "Utopie" im Sinne der zu Beginn der Studie getroffenen Definition. Insofern scheint die Kritik der CDU, daß staatliche Planung, wie sie im LZP propagiert wird, zum Sozialismus führe, wenig überzeugend.¹⁾

1) Vgl. Narjes, Karl-Heinz: Wenn Glück verordnet wird, in: Die Zeit, Nr. 34, 25. August 1972

C. Schlußbemerkungen

Abschließend kann man zusammenfassend feststellen, daß das Entwerfen konkreter Utopien sicherlich eine Notwendigkeit bleibt, wenn die Parteien nach Konzeptionen suchen, um die Zukunft human und emanzipatorisch zu gestalten. Wie dargelegt wurde, hat die Wissenschaft bereits eine angemessene Vorstellung entwickelt, wie konkrete Utopien auszusehen haben. Zusätzlich versucht die Zukunftsforschung, wo sie von gesellschaftskritischen und progressiven Implikationen geleitet wird, der praktischen Politik die Rahmenbedingungen wissenschaftlich fundiert an die Hand zu geben. Obgleich die Zukunftsforschung noch eine Wissenschaft ist, die quasi heuristisch, noch im Aufbau begriffen, nach ihrem eigenen Standort sucht, ist sie doch bereits mit Einzelergebnissen so präzise, daß sie der Gesellschaft Signale setzt. Es bleibt sicher unbestritten, daß Ergebnisse der Zukunftsforschung, die zu drastischem Umdenken und Umdisponieren tradierten gesellschaftlichen Handelns führen müssen, besonders kritisch und intensiv auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden müssen.

Methodologische Schwächen und partielle Fehlschlüsse der Futurologie auf ihrem bisherigen Forschungsstand sind dennoch kein adäquates Alibi für die Gesellschaft, ihre Forschungsergebnisse, nur weil sie unbequem sind, in toto zu ignorieren.

Wie der empirische Teil der Arbeit zeigt, neigen die Parteien dazu, sofern sie sich überhaupt futurologisch orientieren, sich die Ergebnisse aus der Palette der Forschungsergebnisse herauszusuchen, die es ihnen erlauben, an ihren tradierten Vorstellungen festzuhalten und sie in die Zukunft fortzuschreiben. Wenngleich die Zukunftsorientierung von CDU und SPD differenziert beurteilt werden muß,

sind beide Parteien insofern kongruent, als sie die Augen vor unliebsamen Ergebnissen weiterhin mit Erfolg verschliessen. Die CDU steht programmatisch der Zukunft, gemessen an den aus der Futurologie abzuleitenden Erfordernissen, im allgemeinen noch völlig hilflos, d.h. konzeptionslos, gegenüber. Führe die Gesellschaft der BRD nach dem Fahrplan der allenthalben wieder erstarkenden CDU, sie bliebe eine Gesellschaft ohne Zukunft. Doch auch hier zeichnen sich allmählich Wandlungstendenzen ab.

Blieb eine umfassende innerparteiliche Kritik an den bisherigen Zukunftsvorstellungen der CDU bisher nur auf vereinzelte Bereiche des wissenschaftlichen Beratungsdienstes im Vorfeld der Unionsparteien beschränkt, so scheint sich inzwischen auch bei relevanten Parteigliederungen die Erkenntnis durchzusetzen, daß verantwortungsvolles politisches Handeln künftig nicht mehr mit einer Haltung zu vereinbaren ist, die die längerfristige Zukunft aus den politischen Überlegungen der Gegenwart ausklammern zu können glaubt. So erklärte der Bundesvorstand der Jungen Union, daß man zusammen mit dem Mitglied des Parteipräsidiums der CDU Leisler-Kiep vereinbart habe, eine "Langzeitkonzeption" zu erarbeiten.¹⁾

Ob diese Langzeitkonzeption der CDU ebenso wie das Langzeitprogramm der SPD über den Stand der status-quo-extrapolierenden Konzeption der postindustriellen Gesellschaft nicht hinauskommt, kann erst nach ihrem Vorliegen beantwortet werden. Aus dem bekannten programmatischen Rahmen der Unionsparteien ist dies allerdings zu befürchten. Wenn die SPD auch mit der Vorlage ihres Langzeitprogramms einen ersten wichtigen Schritt getan hat, um die längerfristige Zukunft in den Programmfächer der Parteien einzubauen, bleibt sie solange inadäquat, gemessen an den

1) Die Welt und Der Tagesspiegel, 19. 3. 1974

antizipierten Zukunftsproblemen, wie sie den Wachstumsfetischismus nicht aufgibt.

Die gegenwärtige Krise der europäischen Energieversorgung, deren Ende nicht abzusehen ist, macht zweifellos deutlich, was Wachstumsgrenzen für unsere Gesellschaft an Zwang zum Umdenken mit sich bringen.

Man hätte annehmen können, daß das gegenwärtige Stagnieren des Wirtschaftswachstums u.a. auch in der Bundesrepublik die relevanten politischen Kräfte zum Umdenken motiviert.

Eine kürzlich von der UNO veröffentlichte Studie beweist, daß die gegenwärtige Energiekrise keine vorübergehende ist, sondern eine Erscheinung, die für die weitere Zukunft charakteristisch bleibt. "Wenn der Energiebedarf des Menschen wie gegenwärtig um fünf Prozent pro Jahr stiege, so wäre der Verbrauch an Öl und Kohle, selbst wenn für den Rest des Jahrhunderts täglich ein großes Atomkraftwerk entstünde, im Jahre 2000 noch immer doppelt so groß wie heute."¹⁾

Eingehende Forschungen haben überdies ergeben, daß das Abwärmeproblem unserer Energienutzung bei weiterem weltweitem Wachstum von 4 bis 5 Prozent jährlich in hundert Jahren kritisch werden könnte, da dann die Abwärme in den Prozentbereich der von der Sonne eingestrahlten Energie kommt und unabsehbare Klimaänderungen zu erwarten sind.²⁾

Diese beiden Tatsachen scheinen die umstrittene MIT-Studie ein weiteres Mal nachträglich zu bestätigen. Trotz-

1) Der Tagesspiegel, 10. März 1974

2) Vgl. Meyer-Abich, K.M.: Die ökologischen Grenzen des herkömmlichen Wirtschaftswachstums, in: Die Zukunft des Wachstums, hrsg. v. Nußbaum, H. von, Düsseldorf 1973, S. 163

dem glauben CDU und SPD, sofern sie überhaupt konkrete Utopien entwickeln, diese an den Grenzen des Wachstums vorbei entwerfen zu können. Hinzu kommt noch, daß sich dann auch noch Wissenschaftler finden, die die Gesellschaft vor der "Gefahr einer Unzufriedenheitsexplosion"¹⁾ warnen, falls sich unsere Volkswirtschaft auf Null-Wachstum einrichtet.

In Anlehnung an James C. Davies' Revolutionstheorie²⁾ beschwört Helmut Klages im Zusammenhang mit Null-Wachstum für die Gesellschaft der Bundesrepublik in diesem Fall das Ausbrechen sozialer Unruhen oder sogar einer Revolution. In diesem Rahmen übt eine Richtung der Futurologie in der Tat, den oft erhobenen Vorwurf offensichtlich bestätigend, Krisenmanagement-Funktion aus.

Das Zusammenspiel zwischen sozialer Präventiv-Futurologie und politischen Machttägern wird hier transparent. So hat die SPD diesen Wink der Wissenschaft rechtzeitig verstanden. Statt aus der Energiekrise, der Rohstoffverknappung und dem Rückgang des Wirtschaftswachstums für die Überarbeitung ihres Langzeitprogramms die entsprechenden Konsequenzen im Sinne der MIT-Studie zu ziehen, flieht man zurück in die Wachstumsideologie und rückt von den entsprechenden Parteitagebeschlüssen nachträglich wieder ab.

"Der Ölboykott der Araber, die Preispolitik der Mineralölkonzerne, fallende Konjunktur mit steigender Arbeitslosigkeit bei anhaltender Inflation haben auch für jene Genossen neue Zeichen gesetzt, die noch geglaubt hatten,

-
- 1) Klages, Helmut: Nullwachstum - Ein soziales Stabilitätsrisiko? in: Analysen und Prognosen, hrsg. v. Zentrum für Zukunftsforschung Berlin e.V., Heft 31, Januar 1974, S. 3
 - 2) Davies, James C.: Toward a Theory of Evolution, in: American Sociological Review, Vol. 27, No. 1, February 1962, S. 5 ff. (zit. n. Klages, H.: aaO)

die SPD müsse sich auf die Seite der Wachstumsfeinde schlagen."¹⁾ Banale Slogans liefern hierzu die Begründung. So äußerte der eher kritische Parteilinke Oertzen, auf die nunmehr beschlossene rigide Neufassung des Langzeitprogramms angesprochen: "Kapitalistisches Wachstum ist immer noch besser als sozialistische Schrumpfung."²⁾

Triumphierend konstatiert das Magazin "Der Spiegel" die Tendenz in der Langzeitkommission, das Papier anders zu gestalten, als man bislang erwarten konnte. Das bedeutet, daß die starken innerparteilichen Kritiken in der SPD, denen man anfänglich geneigt war, partiell nachzugeben, nachträglich unberücksichtigt bleiben.

Krisenmanagement-Futurologie und kurzsichtige Parteipolitik scheinen einander fatal zu entsprechen. Die SPD hat die historisch einmalige Situation, der Bevölkerung angesichts der konkreten Erfahrungen der Energiekrise die Notwendigkeit zu einem radikalen Umdisponieren im Sinne der Grenzen des Wachstums zu propagieren, ungenutzt verstreichen lassen. Statt in langfristig unwirksamen Konzeptionen im Angesicht der hereinbrechenden Zukunft zu fliehen, sollten sich die Parteien der Bundesrepublik mit der Frage auseinandersetzen, inwiefern die gegenwärtige Entscheidungsstruktur unserer Gesellschaft erlaubt,

Mittel, die für die langfristige Sicherung der Lebensqualität notwendig sind, dem privaten und öffentlichen Konsum- und Investitionssektor zu entziehen.

Offen bleibt auch weiterhin die von Emilio Daddario bereits erwähnte Frage, ob das demokratische System fähig sei, die Dynamik des Wachstumsprozesses zu zügeln und damit der Menschheit überhaupt eine Zukunft zu ermöglichen.

1) Der Spiegel, Nr. 11, 11. März 1974

2) ebd.

chen. Versucht man anhand der neueren Parteiprogrammatik von CDU und SPD, hier eine Prognose zu erstellen, so ist vorerst Pessimismus angebracht. Fest steht jedenfalls, daß die Innovationsfähigkeit der beiden großen Parteien darüber entscheiden wird, ob die Demokratie in der Bundesrepublik auch die Zukunft überdauern wird.

LITERATURVERZEICHNIS

=====

- ABENDROTH, WOLFGANG: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1964
- ANDERSON, OSKAR (jr.): Stichwort "Trend", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 10, Stuttgart/Tübingen/Göttingen
- APOSTOL, PAVEL: Der gegenwärtige Stand der Zukunftsfor- schung und der Anfang einer neuen Phase, aus marxi- stischer Sicht, in: Ansichten einer künftigen Futu- rologie - Zukunftsforschung in der zweiten Phase, hrsg. v. Pforte, Dietger/Schwencke, Olaf, München 1973
- ARNDT, KLAUS-DIETER: Der Anteil am Sozialprodukt für öf- fentliche Aufgaben, in: Zwischenbericht über die Ar- beit der Kommission Langzeitprogramm, hrsg. v. Vor- stand der SPD zum außerordentlichen Parteitag vom 18. - 20. November 1971 in Bonn
- ARNDT, RUDI: Gesellschaftlicher Fortschritt und ökonomi- sches Wachstum, in: Zwischenbericht über die Arbeit der Kommission Langzeitprogramm, hrsg. v. Vorstand der SPD zum außerordentlichen Parteitag vom 18. - 20. November 1971 in Bonn
- ARON, RAYMOND: Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung, Köln/Berlin 1957
- BACHRACH, PETER: Die Theorie demokratischer Elitenherr- schaft, Frankfurt/M. 1970
- BELL, DANIEL: The End of Ideology, The Free Press of Glencoe, Illinois 1960
- BERLINER Programm der CDU - 2. Fassung. Verabschiedet auf dem 18. Bundesparteitag vom 25. Januar 1971 in Düs- seldorf, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Band 9
- BESTUSCHEW-LADA, IGOR: Utopien der bürgerlichen Futurolo- gie, in: Basis-Dokumentation des Freiburger Asta, Freiburger Studentenzeitung, 1971
- BÜHRET, CARL: Entscheidungshilfen für die Regierung. Mo- delle, Instrumente, Probleme. Ein Beitrag zur demo- kratischen Regierungslehre, Berlin 1969

- BÜHRET, CARL: Hat die Zukunftsforschung eine Zukunft? in: Analysen und Prognosen, hrsg. v. Zentrum für Zukunftsforschung Berlin e.V., Heft 22, Juli 1972
- BÜNISCH, ALFRED: Futurologie. Eine kritische Analyse bürgerlicher Zukunftsforschung. Frankfurt/M. 1971
- BOMMER, JÜRGEN: Methoden der Zukunftsforschung, in: Basis-Dokumentation des Freiburger Asta, Freiburger Studentenzeitung, 1971
- BUSCH, HEINZ: Planung, langfristige Zielvorstellungen und Zukunftsforschung, in: Basis-Dokumentation des Freiburger Asta, Freiburger Studentenzeitung, 1971
- BRUCKMANN, GERHARD: Ein revidierter Sozialproduktsbegriff und ein revidierter Verbraucherpreisindex als Voraussetzung für eine Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. - Unveröffentlichtes Diskussionsmanuskript, vorgelegt auf der "Third World Future Research Conference", Bukarest, September 1972
- BUSCH, HEINZ: System Dynamics, in: Analysen und Prognosen, Heft 23, 4. Jahrgang, Nr. 5, September 1972
- CLARK, COLIN: Conditions of Economic Progress, in: Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft, in: Das 198. Jahrzehnt. Eine Team-Prognose für 1970 bis 1980. Hrsg. v. Grossner, Claus et al., Hamburg 1969
- DADDARIO, EMILIO: Demokratie und Fortschritt. Spiegel-Essay, in: Der Spiegel, Nr. 22/1972
- DAHRENDORF, RALF: Das Ende der Ideologie, in: Die Zeit, Nr. 44, 1. November 1963
- DAHRENDORF, RALF: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, Stuttgart/Hamburg 1965
- DAVIES, JAMES C.: Toward a Theory of Evolution, in: American Sociological Review, Vol. 27, No. 1, February 1962
- DIRKS, WALTER: Die Zukunft als Tabu, in: Deutschland ohne Konzeption? Modelle für eine neue Welt, hrsg. v. Jungk, Robert/Mundt, Hans Josef; München/Wien/Basel 1964
- DITTBERNER, JÜRGEN: Die Bundesparteitage der Christlich Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1946 bis 1968 - Eine Untersuchung der Funktion von Parteitag. Inaugural-Dissertation an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, Augsburg 1969

- DROR, GEHEZKEL: Muddling Through - "Science" or Inertia?
in: Public Administration Review, Vol. XXIV, No. 3/
1964
- EBERLEIN, K. D.: Die Wahlentscheidung vom 17. September
1961, ihre Ursachen und Wirkung, in: Zeitschrift für
Politik
- EBERT, THEODOR: Weltinnenpolitik - Futuristische Ideolo-
gie oder konkrete Utopie? in: Futurum, Heft 3/1970
- EICHLER, WILLI: Hundert Jahre Sozialdemokratie, hrsg. v.
Vorstand der SPD, Bonn/Bielefeld 1962
- ELSCHNER, GERHARD: Zur Einführung, in: Material zum The-
ma Futurologie, Prognostik, Planung, angefertigt
für die wissenschaftliche Arbeitstagung am 28. und
29. Oktober 1968. Hrsg. v. Politische Akademie Eich-
holz und Wissenschaftliches Institut der Konrad-Ade-
nauer-Stiftung für politische Bildung und Studien-
förderung e.V.
- EPPLER, ERHARD: Die Qualität des Lebens, in: Süddeutsche
Zeitung, 20. April 1972
- EYERNER, GERT VON: Grundlinien und Ziele wissenschaftli-
cher Politik, Bad Homburg v. d. H. 1955
- FLECHTHEIM, OSSIP K.: Dokumente zur parteipolitischen
Entwicklung in Deutschland seit 1945, Berlin 1969
- FLECHTHEIM, OSSIP K.: Soziologie, Politologie, Futurolo-
gie: Begriffsbestimmungen und Problemstellungen, in:
Neue Sammlung, Heft 3, 1967
- FLECHTHEIM, OSSIP K.: Die Institutionalisierung der Par-
teien in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für
Politik, Jahrgang 9, 1962
- FLECHTHEIM, OSSIP K.: Futurologie - Möglichkeiten und
Grenzen, Frankfurt/M. 1968
- FLECHTHEIM, OSSIP K.: Die Anpassung der SPD: 1914, 1933
und 1959, in: Politologie und Soziologie, Otto Stam-
mer zum 65. Geburtstag.
- FLECHTHEIM, OSSIP K.: Beunruhigend und unbequem, in: Um-
welt, Heft 4/1972
- FLECHTHEIM, OSSIP K.: Futurologie. Der Kampf um die Zu-
kunft, Köln 1970

- FLECHTHEIM, OSSIP K.: Ist die Zukunft noch zu retten? Ein futurologischer Versuch. Auszüge aus einer Rede, gehalten anlässlich der "Third World Future Research Conference" in Bukarest vom 3. - 10. September 1972. Maschinengeschriebenes Manuskript
- FLECHTHEIM, OSSIP K.: Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973
- FLECHTHEIM, OSSIP K.: Parteikrise im Weltmaßstab, in: Evangelische Kommentare, Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft, Nr. 6, 6. Jahrgang, Juni 1973
- FLECHTHEIM, OSSIP K.: Parteiprogramme, in: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied/Rh. - Berlin 1960
- FLOHR, HEINER: Parteiprogramme in der Demokratie. Ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik, Göttingen 1968
- FOLEY, GROVER: Sind wir am Ende? Amerikanische Zukunftsprognosen, in: Frankfurter Hefte, 26. Jahrgang, Oktober 1971
- FORRESTER, JAY W.: Principles of Systems, Cambridge/Mass. 1968 (Second Preliminary Edition)
- FORRESTER, JAY W.: World Dynamics, Wright-Allen-Press Inc., Cambridge/Mass 1971
- FRANKFURTER Allgemeine Zeitung, 2. November 1972
- FROMM, ERICH: Der moderne Mensch und seine Zukunft, Frankfurt/M. 1960
- GALTUNG, JOHAN: Pluralism and the Future of Human Society, zitiert nach Matzner, Jutta: s. d.
- GALTUNG, JOHAN: Friedensforschung, in: Krippendorff, Ekkehart (Hrsg.): Friedensforschung, Köln/Berlin 1968
- GALTUNG, JOHAN: Über die Zukunft des internationalen Systems, in: Futurum, Heft 1/1968
- GALTUNG, JOHAN: On the Future of Human Society, in: Futures, The Journal of Forecasting and Planning, Vol. 2, Nr. 2
- GAUS, GÜNTHER: Bonn ohne Regierung, München 1965

- GLASSTETTER, WERNER: Am Beginn eines langen Weges - Probleme eines wirtschafts- und gesellschaftspolitischen "Langzeitprogramms", in: Berliner Stimme vom 26. Mai 1973
- GRASSER, ULRICH: Die CDU und die Junge Union, in: Dittbener, Jürgen/Ebbighausen, Rolf (Hrsg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973
- GRASSER, ULRICH: Die Mitbestimmungsdebatte in der CDU - eine exemplarische Analyse eines Gruppenkonflikts, unveröffentlichts Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, WS 1969/70
- GROSSNER, CLAUS: Zukunftsforschung ohne Zukunft - Sind Futurologen Scharlatane? in: Basis-Dokumentation des Freiburger Asta, Freiburger Studentenzeitung, 1971
- GRUNDSATZPROGRAMM der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959
- GUSTAFSSON, LARS: Ist Futurologie eine Wissenschaft? in: Futurum, Heft 2/1971
- HARNISCHFEGGER, HORST: Von den Grenzen des Wachstums, in: Berliner Stimme, 13. Januar 1973
- HAUS RISSEN (Hrsg.): Futurologie. In Auszügen wiedergegeben in: Information für die Truppe, Hefte für staatsbürgerliche Bildung und innere Führung, hrsg. v. Bundesminister der Verteidigung, Führungsstab der Streitkräfte, Nr. 2/1971
- HEBERLE, RUDOLF: Hauptprobleme der politischen Soziologie, Stuttgart 1967
- HELMER, OLAF: Prospects of Technological Progress, in: Toffler, Alvin (Hrsg.): The Futurists, New York 1972
- HERALD Tribune, Nr. 27833, v. 11. 7. 1972
- HOFSCHEN, HEINZ-GERD/OTT, ERICH: Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 18. Jahrgang, Heft 3, Köln 1973
- HUGGER, WERNER: Können futurologische Erkenntnisse zu einer Zielwertbestimmung beitragen? Referat, gehalten im SS 1972 am Otto-Suhr-Institut im Seminar von Prof. Dr. C. Böhrer: "Modelle sozioökonomischer Systemreform, Teil I".

- INSTITUT für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
(Hrsg.): Gesellschaft ohne Zukunft, 33 Fragen und
Antworten zum Imperialismus der BRD, Berlin 1972
- JANTSCH, ERICH: Technological Forecasting in Perspective,
Publication of the OECD, Paris 1967
- JUNGK, ROBERT: Anfänge und Zukunft einer neuen Wissen-
schaft: Futurologie 1985, in: Jungk, Robert/Mundt,
H. J. (Hrsg.): Unsere Welt 1985, München 1965
- JUNGK, ROBERT: Einige Erfahrungen mit "Zukunftswerkstät-
ten", in: Basis-Dokumentation des Freiburger Asta,
Freiburger Studentenzeitung, 1971
- JUNGK, ROBERT: Vor einem Wettlauf nach anderen Zielen,
in: Jungk, Robert/Mundt, Hans Josef (Hrsg.): Model-
le für eine neue Welt, München 1964
- JUNGK, ROBERT: Die neuen Fähigkeiten, in: Basis-Dokumen-
tation des Freiburger Asta, Studentenzeitung, 1971
- KAACK, HEINO: Geschichte und Struktur des deutschen Par-
teisystems, Opladen 1971
- KAHN, HERMANN/WIENER, ANTHONY: Ihr werdet es erleben -
Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahr 2000,
Reinbek/Hamburg 1971. Titel der Originalausgabe:
The Year 2000 - A Framework for Seculation on the
Next 33 Years, Hudson-Institute 1967
- KAISER, K.: Friedensforschung in der Bundesrepublik, Ge-
genstand und Aufgabe der Friedensforschung, ihre
Lage in der Bundesrepublik sowie Möglichkeiten und
Probleme ihrer Förderung. Im Auftrag der Stiftung
Volkswagenwerk, Göttingen 1970
- KIRCHHEIMER, OTTO: Der Wandel des westeuropäischen Par-
teisystems, in: PVS 1, Januar 1965
- KLAGES, HELMUT: Nullwachstum - ein soziales Stabilitäts-
risiko? in: Analysen und Prognosen, hrsg. v. Zentrum
für Zukunftsforschung Berlin e.V., Heft 31, Januar
1974
- KLAGES, HELMUT: Soziologie zwischen Wirklichkeit und Mög-
lichkeit. Plädoyer für eine projektive Soziologie.
Köln/Opladen 1968.
- KLAGES, HELMUT: Aufgaben und Ziele der Zukunftsforschung,
in: Futurologie - Zukunftsforschung. in: Basis-Doku-
mentation des Freiburger Asta, Freiburger Studenten-
zeitung, 1971

- KLEINES Politisches Wörterbuch, Berlin - Ost 1967
- KOCH, CLAUD: Kritik der Futurologie, in: Hans Magnus Enzensberger (Hrsg.): Kursbuch 14, Frankfurt/M. 1968
- KOCH, CLAUD/SENGHAAS, DIETER: Texte zur Technokratiediskussion, Frankfurt/M. 1970
- KOLAKOWSKI, L.: Der Sinn des Begriffs "Linke", in: Neuss, A.: Utopie, Berlin 1968
- KOLAKOWSKI, L.: Der Mensch ohne Alternative, München 1960
- KOHL, HELMUT: Die Zukunft der Union. Überlegungen nach dem SPD-Parteitag, in: Die politische Meinung, 18. Jahrgang, Heft 148, Mai/Juni 1973
- KUCZYNSKI, JÜRGEN: Futurologische Strömungen, in: Basis-Dokumentation des Freiburger Asta, Freiburger Studentenzeitung, 1971
- LANGZEITPROGRAMM, Kritische Stellungnahme zum Problem einer gesellschaftspolitischen Langzeitplanung, in: JUSO, Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD, Hrsg.: Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, Heft 11/12 1972
- LE LIONNAIS, FRANÇOIS: Hat die Futurologie eine Zukunft? in: Unesco Kurier, 12. Jahrgang, Nr. 4, Bern 1971
- LOHMAR, ULRICH: Ideologie und Struktur der deutschen Linken, in: Standpunkt, Nr. 3/4, 1958
- LOMPE, KLAUS: Politische Wissenschaft und politische Planung, in: Die Mitarbeit, Vol. 17, 1968
- LOMPE, KLAUS: Wissenschaftliche Beratung der Politik. Ein Beitrag zur Theorie anwendender Sozialwissenschaften, Göttingen 1966
- LOMPE, KLAUS: Das Verhältnis der 'Zukunftsforschung' zur Wissenschafts- und Regierungslehre. Kritische Analyse der Bezugspunkte eines neuen Forschungszweiges, in: Futurum, Bd. 2, Heft 1,
- MAHR, HANS-GÜNTER: Und die Welt geht doch kaputt! in: Juso-Info des Kreises Tiergarten, Juli 1972
- MAIER, HELMUT: SIMA - Ein problemorientiertes Informationssystem. Erster Zwischenbericht. Technische Universität Berlin, 1971

- MAIER, HELMUT: Die Rolle invarianter Strukturen in mathematischen Modellen, in: Grundlagenstudien aus Kybernetik und Geisteswissenschaft, 13. Jahrgang, Nr. 3, 1972
- MAIER, HELMUT/HUGGER, WERNER: Invariante Strukturen in Forresters World Dynamics, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (BFuP), 25. Jahrgang, Nr. 4, April 1973
- MANNHEIM, KARL: Ideologie und Utopie, Frankfurt/M. 1965
- MATZNER, JUTTA: Zum Selbstverständnis kritischer Futurologie, in: Meynaud, Jean: Spekulationen über die Zukunft, München 1971
- MEADOWS, DENNIS et al.: Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972
- MEADOWS, DENNIS et al.: The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, New York 1972
- MEYER-ALBICH, K. M.: Die ökologischen Grenzen des herkömmlichen Wirtschaftswachstums, hrsg. v. Nussbaum, H. von, Düsseldorf 1973
- MOLT, PETER: Wertvorstellungen in der Politik - Zur Frage der "Entideologisierung" der deutschen Parteien, in: Politische Vierteljahresschrift, 4. Jahrgang, Heft 4, 1963
- NARJES, KARL-HEINZ: Wenn Glück verordnet wird, in: Die Zeit, Nr. 34, 25. August 1972
- NARR, WOLF-DIETER: CDU - SPD, Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966
- NEUSÜSS, A.: Utopisches Bewußtsein und freischwebende Intelligenz - Zur Wissenssoziologie Karl Mannheims, Meisenheim a.G., 1968
- OZBEKHAN, HASAN: Skizze einer "Look-out-Institution", in: Koch, Klaus/Senghaas, Dieter: Texte zur Technikdiskussion, Frankfurt/M. 1970
- PICHT, GEORG: Prognose, Utopie und Planung. Die Situation des Menschen in der Zukunft der technischen Welt, Schriften der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V., Heft 6, Stuttgart 1967
- PICHT, GEORG: Mut zur Utopie - Die großen Zukunftsaufgaben, München 1969

- PICHT, GEORG: Wir brauchen neue Überzeugungen. Von der Wechselwirkung zwischen Wachstum und Werten, in: Evangelische Kommentare, Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft, Nr. 6, 6. Jahrgang, Juni 1973
- PIRKER, THEODOR: Zukunftsforschung zwischen Utopie und Positivismus, in: Die Zukunft, Wille und Vorstellung, Vorträge der steinschen Akademie 1969
- PIRKER, THEODOR: Die Parteien und die Zukunft, in: Neue Rundschau, Heft 3, 80. Jahrgang, Berlin - Frankfurt/M. 1969
- POPPER, KARL: Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965
- PÜTZ, HELMUTH: Reale Utopien als politische Integrationsfaktoren in der Bundesrepublik, in: Reale Utopien, Glanz und Elend der Parteien, Schriftenreihe des Instituts für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung, Band 6, Mainz 1970
- PÜTZ, HELMUTH: Gegenstand, Methodik und Intentionen der Futurologie, in: Material zum Thema Futurologie.
- PÜTZ/RADUNSKI et al.: 29 Thesen zur politischen Strategie der Union, in: Sonde, Neue Christlich-Demokratische Politik, 5. Jahrgang, Nr. 4, 1972
- RANDOW, THOMAS VON: So geht die Welt zugrunde, in: Die Zeit, Nr. 11, 17. März 1972
- RITTERBACH, MANFRED E.: Zukunftsaspekte der demokratischen Staatsordnung, in: Material zum Thema Futurologie, Prognostik und Planung.
- ROUNEAS, S.W./FARGANIS, J.: American Politics and the End of Ideology, in: Iltorowitz, J.L.: The New Sociology, New York 1965
- ROSENBAUM, ULRICH: Friedenspreis für Rattenfänger, in: "Vorwärts", Sozialdemokratische Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur, 11. Oktober 1973
- RUVER, RAYMOND: L'utopie et les utopies, Paris 1950
- SACHSSE, HANS: Technik und Verantwortung, Probleme der Ethik im technischen Zeitalter, Freiburg 1972
- SENGHAAS, DIETER: Die Zukunft des Konflikts, in: Berliner Zeitschrift für Politologie, hrsg. v. Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin, 9. Jahrgang, Heft 2, 1968

- SPD-Parteivorstand. Entwurf eines ökonomischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973 bis 1985 (Langzeitprogramm-Entwurf), Bonn 1972
- SOZIALDEMOKRATISCHE Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren. Beschlossen auf dem Parteitag in Nürnberg am 21. März 1968, in: Flechtheim, O. K.: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 9. Band, Berlin 1971
- SPD-Kreisverband Berlin-Charlottenburg: Ein Diskussionsbeitrag zur Sozialdemokratischen Politik im Übergang zu den siebziger Jahren
- SPENGLER, OSWALD: Der Untergang des Abendlandes, 2. Band: Welthistorische Perspektiven, München 1922, zitiert nach: Flechtheim, O. K.: Futurologie - Der Kampf um die Zukunft, Köln 1970
- DER SPIEGEL, Nr. 21, 26. Jahrgang, 15. Mai 1972: Weltuntergangsvision aus dem Computer
- DER SPIEGEL, Nr. 11, 28. Jahrgang, März 1974
- DER SPIEGEL, Nr. 12, 25. Jahrgang, 15. März 1971
- DER SPIEGEL, Nr. 29, 26. Jahrgang, 10. Juli 1972
- DER SPIEGEL, Nr. 21, 26. Jahrgang, 15. Mai 1972
- DER SPIEGEL, Nr. 2, 27. Jahrgang, 8. Jan. 1973
- SONNTAG, HEINZ-RUDOLF: Zur Kritik eines Gedankens für die Zukunft, statt einer Polemik, in: Enzensberger, Hans Magnus (Hrsg.): Kursbuch 14, Frankfurt/M. 1968
- SCHELSKY, HELMUTH: Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Köln/Düsseldorf 1965
- SCHELSKY, HELMUTH: Planung der Zukunft, in: Soziale Welt, Heft 2, 1966
- SCHMIDT, HELMUT: Ausblicke auf die Aufgabe des nächsten ordentlichen Parteitages, in: Zwischenbericht über die Arbeit der Kommission Langzeitprogramm, hrsg. v. Vorstand der SPD zum außerordentlichen Parteitag vom 18. - 20. November 1971 in Bonn
- SCHMIDT, HELMUT: Anmerkungen zur Absicht eines sogenannten Langzeitprogramms, in: Sonderdruck von "Die Neue Gesellschaft", 18. Jahrgang, November 1971

- SCHMIDTCHEN, GERHARD/NOELLE-NEUMANN, ELISABETH: Die Bedeutung repräsentativer Bevölkerungsumfragen für die offene Gesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 4. Jahrgang, Heft 2, 1963
- SCHNEIDER, HANS G.: Die Zukunft wartet nicht, Stuttgart 1971
- SCHÜTZ, Klaus: Die SPD und die außerparlamentarischen Gruppen, in: Jahre der Wende, Festgabe für Alex Möller zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Robert Schwebler und Walter Föhrenbach, Karlsruhe 1968, in: Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971
- SCHWONKE, MARTIN: Naturwissenschaft und Technik im uto-
pischen Denken der Neuzeit, in: Futurum, Heft 3, 1971
- STAMMER, OTTO: Die Freiheit des Menschen in der industriellen Gesellschaft, in: Die Neue Gesellschaft, Jahrgang 5, Heft 4, 1958
- STEENBERGEN, BART VAN: Kritische und Establishment-Futurologie, in: Futurum, Heft 2, 1970
- STEFFEN, JOCHEN: Methoden gesellschaftspolitischer Entscheidungen, in: Zwischenbericht über die Arbeit der Kommission Langzeitprogramm, hrsg. v. Vorstand der SPD zum außerordentlichen Parteitag vom 18. - 20. November 1971 in Bonn
- STEINBUCH, KARL: Technik und Gesellschaft als Zukunftsproblem, in: Menschen im Jahr 2000. Eine Übersicht über mögliche Zukünfte, hrsg. v. Robert Jungk, Frankfurt/M. 1969
- STRAUCH, VOLKMAR: Kritik der Zukunftsforschung - Futurologie in der zweiten Phase, in: Analysen und Prognosen über die Welt von Morgen, hrsg. v. Zentrum Berlin für Zukunftsforschung e.V., Heft 21, Mai 1972
- DER TAGESSPIEGEL, 13. 2. 1971
- DER TAGESSPIEGEL, 25. 10. 1972
- DER TAGESSPIEGEL, 10. 3. 1974
- DER TAGESSPIEGEL, 19. 3. 1974
- TORMIN, WALTER: Geschichte der deutschen Parteien seit 1948, Stuttgart 1967
- URBAN, G. R. (Hrsg.): Can we survive our future? The Bodley Head, London 1972

- VETTER, ERNST GÜNTHER: Katastrophe in hundert Jahren? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. November 1972
- VILMAR, FRITZ: Relevanz und Irrelevanz futurologischer Literatur, in: Futurum, Heft 3, 1970
- VICO, G.: Die neue Wissenschaft über die gemeinschaftliche Natur der Völker, in deutscher Übersetzung, Reinbek 1966
- PESTEL, EDUARD: Neue Qualitäten des Wachstums, Interview in: Vorwärts, Sozialdemokratische Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur, 12. April 1973
- WASKOW, A. J.: The Historian's Role in Futures Research, in: Futures, Bd. 1, Heft 2, 1968
- WASKOW, A. J.: Vorausschau 1999, in: Basis-Dokumentation des Freiburger Asta, Freiburger Studentenzeitung 1971
- WASKOW, A. J.: Looking Forward: 1999, in: Jungk, Robert/Galtung, Johan (Hrsg.): Mankind 2000, Oslo/London 1969
- WEBER, MAX: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der Sozialökonomik, Abt. 3, Tübingen 1922
- WEICK, EDGAR: Die Zukunft - eine Utopie? in: "Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde, Nr. 12, 22. Jahrgang, August 1971
- WEINGART, PETER: Friedensforschung und Futurologie - Wege zur heimlichen Programmierung der Wissenschaftspolitik, in: Futurum, Heft 3, 1970
- WEIZSÄCKER, CARL CHRISTIAN VON: Bildung - eine kostspielige Aufgabe, in: Zwischenbericht über die Arbeit der Kommission Langzeitprogramm, hrsg. vom Vorstand der SPD zum außerordentlichen Parteitag vom 18. - 20. November 1971 in Bonn
- WEIZSÄCKER, CARL FRIEDRICH VON: Können wir die Zukunft errechnen? Die Kunst der Prognose und ihre Grenzen. Acht Voraussagen, in: Die Welt, Nr. 149, 29. Juni 1968
- WEIZSÄCKER, RICHARD VON: Gleichheit - das Ende der Freiheit und Solidarität. Plädoyer für eine humane Leistungsgesellschaft, in: Die Zeit, Nr. 43, 27. Oktober 1972

WELLS, H. G.: Der Luftkrieg, Stuttgart 1909

DIE WELT, 19. März 1974

DIE ZEIT, Nr. 11, 17. März 1972

DIE ZEIT, Nr. 6, 2. Februar 1973: Fragen an Dennis Meadows zum Wachstumsstop. Wege nach Utopia?

ZSCHABER, CHRISTIAN: Mut zu "aufgeklärter Utopie" und Planung, in: Sonde, Neue Christlich-Demokratische Politik, 5. Jahrgang, Nr. 4, Bonn 1972

ZEUNER, BODO: Innerparteiliche Demokratie, Zur Politik und Zeitgeschichte Nr. 33/34, hrsg. v. Landeszentrale für Politische Bildung, Berlin 1969

MEIN LEBENS LAUF

Am 9. Juni 1943 wurde ich als deutscher Staatsangehöriger in Prag (CSSR) geboren. Nach der Flucht 1945 lebte ich bei meiner Urgroßmutter in St. Moritz in der Schweiz. 1949 wurde ich in eine Primarschule für Ausländer in Damaskus (Syrien) eingeschult, wo mein Vater beruflich tätig war. Bereits Mitte 1950 kehrten meine Eltern zurück nach Deutschland. Inzwischen besuchte ich die Volksschule in Mürzzuschlag (Österreich) und St. Moritz (Schweiz), bis ich 1951 in Moitzfeld (Kreis Köln), dem vorübergehenden Wohnsitz meiner Eltern, den Schulbesuch fortsetzte.

An dem neuen und endgültigen Wohnsitz meiner Eltern in Köln besuchte ich bis 1954 die "Stadtwaldschule" im Stadtteil Braunsfeld. Im Anschluß an die Grundschule besuchte ich das städtische Gymnasium "Kreuzgasse", eine humanistische Oberschule, in der ich mich für den neusprachlichen Zweig entschied. Nach meiner Umschulung 1959 besuchte ich bis zum Sommer 1960 als Internatsschüler das Gymnasium "Hollenberg-schule" in Waldbröl (Kreis Siegburg). Im Anschluß daran war ich für ein Vierteljahr zwecks Sprachstudien Schüler des "Institut Jaccard" in Lausanne (Schweiz), bevor ich in die deutsche Schulabteilung des "Instituts auf dem Rosenberg" in St. Gallen eingeschult wurde. Im Februar 1964 bestand ich dort die Reifeprüfung.

1964 bis Herbst 1965 verbrachte ich als Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr in Bad Reichenhall.

Vom Wintersemester 1965/66 an studierte ich an der Freien Universität Berlin Politologie. Da ich an der juristischen Fakultät immatrikuliert war, besuchte ich zusätzlich Lehrveranstaltungen des Staats- und Verwaltungsrechts sowie des Völkerrechts. Am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität bestand ich im September 1967 das Vordiplom und im Sommersemester 1970 die Diplomprüfung für Politologen. Während meines Studiums war ich hochschulpolitisch tätig bis Mitte 1969, u.a. auch Mitglied des Haushaltsausschusses des ehemaligen AStA und des Konventpräsidiums des 20. Konvents, des vorletzten Studentenparlaments der FU.

Praktische Erfahrungen konnte ich während meines Studiums u.a. im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestages, in Verbandsarbeit und bei Parteien sowie nach dem Diplom in der Erwachsenenbildung sammeln.

Berlin, Juni 1974

Ulrich Grasser

